6.2.8 KG 442 Eigenstromversorgungsanlagen, Photovoltaik-Anlagen

6.2.8.1 Konzeptionell

- Grundsätzlich gibt das "Klimaschutzprogramm für die Verwaltung der Region Hannover" mit den Maßnahmennummern E.05 entsprechende Handlungsrichtlinien vor.
- Als Leitfaden zur Auswahl, Planung, Errichtung und Betrieb von netzgekoppelten PV-Anlagen ist die VdS 3145 zu berücksichtigen und anzuwenden.
- Da eine PV-Anlage eine vertragliche Gefahrerhöhung für den Gebäudeversicherer darstellt, werden aus Sicht des Gebäudeversicherers bestimmte Mindestanforderungen an die Errichtung, Inbetriebnahme, Abnahme und Betrieb von PV-Anlagen gestellt. Um den Versicherungsschutz der Region Hannover gegenüber dem Versicherungsträger daher nicht zu gefährden, sind folgende Standards bei der Errichtung von PV-Anlagen auf Dächern, insbesondere mit brennbaren Bestandteilen, einzuhalten, zu kommunizieren und zu dokumentieren:
 - I. Bei der Auswahl der Module sind Glas/Glas Module zu verwenden.
 - II. Es sind ausschließlich nicht brennbare Tragsysteme zu installieren.
 - III. Einzelne PV-Leitungen im Bereich der Module sind an Traggestellen zu befestigen.
 - IV. Ein Abstand von 2,5 Metern zu Brandwänden ist einzuhalten.
 - V. Der erforderliche Trennungsabstand zur Blitzschutzanlage ist an jeder Stelle des Daches einzuhalten.
 - VI. Nach erfolgter Installation ist die Blitzschutzanlage durch einen Sachverständigen abzunehmen.
 - VII. Der Sachverständige ist bereits in der Planungsphase einzubinden.
 - VIII. Der Belegungsplan, die Planungsunterlagen des Dachaufbaus und die Bestätigung eines Statikers zur Tragfähigkeit des Daches sind vor Aufstellung der Anlage bei der Region Hannover einzureichen und dem Versicherungsträger vorzulegen.
 - IX. Ein Monitoringsystem ist zu installieren, Störungsmeldungen sind direkt bei einer Elektrofachkraft aufzuschalten
 - X. Die Anlage ist durch einen VdS anerkannten Sachverständigen zu prüfen. Das Protokoll ist bei der Region Hannover einzureichen und dem Versicherungsträger vorzulegen.

- XI. Bei der Planung von Batteriespeichersystemen ist der Aufstellungsort vom Brandschutzprüfer zu genehmigen. Die Genehmigungsunterlage ist bei der Region Hannover einzureichen und dem Versicherungsträger vorzulegen.
- XII. Es ist bei der Verkabelung der PV-Module darauf zu achten, dass ausschließlich MC 4 Verbindungen eines Herstellers verwendet werden. Schaden- und Brandfallanalysen haben unter anderem ergeben, dass Kombinationen von unterschiedlicher Herstellern zu Überhitzung bzw. Brand führen können. In der Ausschreibung ist auf die zwingende Verwendung gleicher Hersteller hinzuweisen.
- Bei der Planung von PV-Anlagen und ergänzenden Batteriespeichersystemen ist neben den eigentlichen Bemessungstätigkeiten immer eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung durchzuführen. Simulationen sind nur nach Abstimmung mit dem Projektkoordinator der Region Hannover durchzuführen. Nachfolgende Gesichtspunkten und Inhalte sind dabei mindestens zu berücksichtigen und mit einem Projektbericht zusammenfassend darzustellen:

Allgemeines

- > Projektbeteiligte
- Ort der Liegenschaft
- › Maßnahmenübersichtsplan
- › Beschreibung des Bauvorhabens
- › Aufgabenstellung
- › Grundlagen
- › Beteiligte Architekten und Fachplaner

Kriterien und Ergebnisse

-) Jahresenergiebilanz
- > Energien und Wetterdaten
 - > Ausrichtungen
 - Horizontalstrahlung
 - > Windgeschwindigkeit
 - › Außentemperatur
- > Verschattungssituation
- › Einspeisevergütung
- > Strombezugskosten
- Schadstoffemissionen
- > Schematischer Aufbau der PV-Anlage
- > Grundrissdarstellung mit Generatoren und Strängen
- > Standortwahl der/des Wechselrichter(s)
- > Berücksichtigung von Speichersystemen
- Grafische Darstellungen (Auflösung in Stunden-, Tages- oder Monatswerten)
 - > Zeitliche Verlauf der Wetterdaten
 - > Energielieferung des PV-Generators
 - > Strombezug und -einspeisung aus dem Netz
 - Energiebedarf des elektrischen Verbrauchers und die Bewertungsgrößen wie Deckung und Nutzungsgrade

Zusammenfassung und Empfehlungen

- > Wirtschaftlichkeitsbetrachtung
- > Empfehlungen für zusätzlich notwendige Planungsschritte (Detailbetrachtungen, Simulationen etc.)
- Empfehlung für die Ausführung (Entscheidungsgrundlage)



6.2.8.2 Bauteilanforderungen 6.2.8.2.1 Allgemein

 Bei Aufstellung von Wechselrichtern im Außenbereich sind Verschattungseinrichtungen (Überdachung / Teileinhausung etc.) zum Schutz vor direkter Sonneneinstrahlung vorzusehen.

6.2.8.2.2 Kennwerte

Keine besonderen Anforderungen.

6.2.8.2.3 Brandschutz

• Es sind die Vorgaben des Sachversicherers der Region Hannover (VGH-Versicherung) zu berücksichtigen.

6.2.8.3 Umfang und Qualität von Berechnungs- und Bemessungsinhalten

Entwurfsplanung – endend
 Es dürfen später aus der Tiefe der Berechnungen, mit
 Abschluss der Entwurfsplanung, keine grundsätzlichen
 Änderungen mehr resultieren. Die Dimensionierungen
 haben so zu erfolgen, dass grundsätzliche Änderungen in der Ausführungsplanung bei unveränderten
 Planungsgrundlagen vermieden werden.

Nr.	Gegenstand	Berechnungs- und Dimensio- nierungstiefe
1.	Netzberechnung und Dimensionierung	Bezeichnung, Ort, Nennstrom- stärke, Kurzschlussberechnung und Spannungsfälle
		Nachweise der erforderlichen Netzberechnungen nach DIN EN 60909-0 (VDE 0102), und der AMEV "EltAnlagen"
		Grafische Darstellung von:
		 Systemwirkungsgrad
		 Energetischer Jahresbilanz als monatlicher Auflösung der Last- und Arbeitsgänge
		 Verschattungen
		 Ausrichtungsfaktoren
		Globalstrahlung etc.
2.	Wechselrichter	Auslegung der Wechselrichter
3.	PV-Generatoren	Auslegung der PV-Module/Ge- neratoren
4.	Standsicherheitsnach- weis	Standsicherheitsnachweis hinsichtlich Wind- und Schneelasten
5.	Statische Nachweise	Statisch-bauliche Nachweise für den Aufstellungsfall
6.	Erdungs-und Blitzschut- zanlage	Risikoanalyse gemäß DIN EN 62305-2 und Gebäudezeichnung

Tabelle 74: Matrix Berechnungsinhalte LP 3, KG 442 – Eigenstromversorgungsanlagen und PV-Anlagen

Ausführungsplanung

Die in der Entwurfsplanung erstellten Berechnungen sind in der Ausführungsplanung zu überprüfen und fortzuschreiben. Grundlegende Veränderungen und Abweichungen zur Entwurfsplanung sind zu dokumentieren und gegenüber dem Projektkoordinator der Region Hannover zu begründen. Es hat eine vollständige Berechnung aller Anlagen/-teile unter Berücksichtigung aller Schnittstellen zu erfolgen.

Nr.	Gegenstand	Berechnungs- und Dimensio- nierungstiefe
1.	Netzberechnung und Dimensionierung des gesamten Netzes	Bezeichnung, Ort, Nennstrom- stärke, Kurzschlussberechnung und Spannungsfälle
		Nachweise der erforderlichen Netzberechnungen nach DIN EN 60909-0 (VDE 0102), und der AMEV "EltAnlagen"
		Grafische Darstellung von:
		 Systemwirkungsgrad
		 Energetischer Jahresbilanz als monatlicher Auflösung der Last- und Arbeitsgänge
		 Verschattungen
		 Ausrichtungsfaktoren
		Globalstrahlung etc.

Nr.	Gegenstand	Berechnungs- und Dimensio- nierungstiefe
2.	Wechselrichter	Auslegung der Wechselrichter
3.	PV-Generatoren	Auslegung der PV-Module/Generatoren
4.	Standsicherheitsnach- weis	Standsicherheitsnachweis hinsichtlich Wind- und Schneelasten
5.	Statische Nachweise	Statisch-bauliche Nachweise für den Aufstellungsfall
6.	Erdungs-und Blitzschut- zanlage des gesamten Netzes	Risikoanalyse gemäß DIN EN 62305-2 und Gebäudezeichnung
7.	Auslegung der Kabel- tragsysteme	Auslastung von Kabeltragsystemen, sowie Berücksichtigung von Kabelaufnahmen anderer Gewerke, z.B. KG480 Gebäudeautomation oder KG450 Fernmelde- und informationstechnische Anlagen

Tabelle 75: Matrix Berechnungsinhalte LP 5, KG 442 – Eigenstromversorgungsanlagen und PV-Anlagen

- Werk- und Montageplanung Im Rahmen der Werk- und Montageplanung werden die Planungsinhalte aus der Ausführungsplanung fortgeschrieben, wie z.B. das Erstellen von Aufstellplänen, Schaltplänen, Wärmelastberechnungen für Schaltanlagen, Fertigungszeichnungen, Stücklisten, Einzelteilzeichnungen etc. sowie alle notwendigen Schritte und Dokumentation für den Zukauf von Komponenten. Ferner gehört zu dieser Leistungsphase die Anfertigung von Montage- und Verlegeplänen, welche mit allen für den Einbau der Elemente erforderlichen Angaben und Montagehinweisen zu versehen sind. Hierzu gehört ebenfalls die Beschaffung und Anfertigung von Dokumenten, Stücklisten und Anleitungen etc. (Siehe hierzu auch VOB/C.).
- Revisionsunterlagen / Anlagendokumentation
 Die Revisionsunterlagen und Anlagendokumentationen
 sind die Fortschreibung aller vorherig abgeschlossenen
 Leistungs- und Ausführungsphasen.

Dies betrifft auch die Fortschreibung von Berechnungen aus den Planungsphasen der Fachplaner. Siehe ergänzend auch 8.2 (Anlagendokumentation KG 400)

6.2.8.4 Umfang und Qualität von Zeichnungen

 Entwurfsplanung – endend Sinngemäß den Hinweisen aus dem Kapitel Umfang und Qualität von Berechnungs- und Bemessungsinhalten.

Nr.	Gegenstand	Berechnungs- und Dimensio- nierungstiefe
1.	Funktionsschema I	 Darstellung des Überspannungsschutzes innen unter zeichnerischer Angabe der PAS und der Schnittstelle zu anderen Trassenführungssystemen und Anlagen Die PAS sind fortlaufen zu nummerieren und die Nummerierung ist hinsichtlich des Gesamtbeschriftungskonzeptes abzustinmmen.
2.	Elektrische Anschluss- und Übersichtspläne	Alle technischen Anlagen und Geräte z. B. Verteiler, Module, Wechselrichter, Generatoren etc.
3.	Grundriss-Installations- plan	Darstellung der Einbauorte der elektrotechnischen Anla- gen, der Elektroinstallationen, Wechselrichter, Aufstellungs- plan der Module, Verteilungen etc.
4.	Übersichtsplan der elektrischen Kabel- und Leitungsanlagen des Gebäudes und der Außenanlagen	

Tabelle 76: Matrix Zeichnungen LP 3, KG 442 – Eigenstromversorgungsanlagen und PV-Anlagen

 Ausführungsplanung
 Sinngemäß den Hinweisen aus dem Kapitel Umfang und Qualität von Berechnungs- und Bemessungsinhalten.

Nr.	Gegenstand	Berechnungs- und Dimensio- nierungstiefe
1.	Funktionsschema I	 Darstellung des Überspannungsschutzes innen unter zeichnerischer Angabe der PAS und der Schnittstelle zu anderen Trassenführungssystemen und Anlagen Die PAS sind fortlaufen zu nummerieren und die Nummerierung ist hinsichtlich des Gesamtbeschriftungskonzeptes abzustinmmen.
2.	Elektrische Anschluss- und Übersichtspläne	Alle technischen Anlagen und Geräte z. B. Verteiler, Module, Wechselrichter, Generatoren etc.
3.	Grundriss-Installations- plan	Darstellung der Einbauorte der elektrotechnischen Anla- gen, der Elektroinstallationen, Wechselrichter, Aufstellungs- plan der Module, Verteilungen etc.
4.	Übersichtsplan der elektrischen Kabel- und Leitungsanlagen des Gebäudes und der Außenanlagen	

Tabelle 77: Matrix Zeichnungen LP 5, KG 442 – Eigenstromversorgungsanlagen und PV-Anlagen

- Werk- und Montageplanung
 Mit Erstellung der Version V2.0 des Aufgabenheftes
 der Region Hannover erfolgt erstmals eine Aufnahme
 dieses Punktes. Die Erweiterung und pezifizierung er folgt mit der Verteilung der Nachfolgeversion.
- Revisionsunterlagen / Anlagendokumentation
 Sinngemäß den Hinweisen aus dem Kapitel Umfang und Qualität von Berechnungs- und Bemessungsinhalten.

6.2.9 KG 450 Fernmelde- und informationstechnische Anlagen

6.2.9.1 Konzeptionell

- Es ist grundsätzlich eine strukturierte Verkabelung und Netzaufbau vorzusehen, so dass Erweiterungen in Bezug auf die Netzstruktur zu jeder Zeit problemlos möglich sind. Es sind im Rahmen der Planung die jeweiligen Anforderungen zum Verwendungszweck, dem Netzaufbau und den Qualitäten zu berücksichtigen und zu benennen. Grundsätzlich können als Standard folgende, voneinander unabhängige, Netz-Strukturen vorgesehen werden:
 - > Verwaltungsnetz
 - Techniknetz (Gebäudeautomation, Gebäudebetrieb, Servicezugänge etc.)
 - > Schulnetz (nur bei Schulbauten)

Die Vorsehung und Integration der aktiven Komponenten ist im Detail abzustimmen. Für das Techniknetz sind immer eigenständige Aktivkomponenten vorzusehen.

- Für Räume mit 1 Arbeitsplatz sind 4 Datenanschlüsse vorzusehen. Für jeden weiteren Arbeitsplatz im Raum kommen zwei weitere Anschlüsse hinzu.
- Für das intelligente Stromnetz ist zwischen der Messeinrichtung des Netzbetreibers EVU und dem Informationstechnikhausanschluss APL eine Leerrohrverbindung mit Zugdraht zu schaffen. Durch diese Verbindung soll der Netzbetreiber EVU in die Lager versetzt werden, seine ggf. spätere Datenübertragung leitungsgebunden durchzuführen.
- Die Datenverteilerschränke müssen von vorn und hinten zugänglich sein. Die Türen müssen so angeschlagen sein, dass der Fluchtweg nicht blockiert wird.



6.2.9.2 Bauteilanforderungen

6.2.9.2.1 Allgemein

• Bei der Vorsehung von Serverschränken ist die Richtlinie AMEV-LAN zu berücksichtigen. Grundsätzlich soll aus energetischer und ökologischer Sicht bei Fernmelde- und Informationstechnischen Anlagen auf klassische Raumkühlungen verzichtet werden und stattdessen spezifische Bauteilkühlungen Berücksichtigung finden. Dabei ist ergänzend die Aufteilungsvariante des Schrankes gemäß nachfolgender Abbildung vorzusehen und luftseitige Anschlussmöglichkeiten für eine externe Kühleinheit vorzusehen. Ergänzend ist die Vorsehung eines Lochbleches zur gleichmäßigen Beaufschlagung des "Aktivbereiches" zu berücksichtigen. Die Schrankabmessungen in der Abbildung sind Beispielmaße und richten sich nach dem tats. Bedarf. Sofern in einem Raum mehrere wärmeimitierende Anlagen vorhanden sein sollten, kann weiterhin auf eine klassische Raumkühlung zurückgegriffen werden, sofern ein Direktanschluss nicht möglich sein sollte.

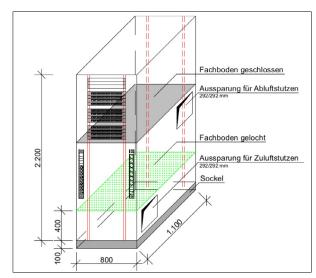


Abbildung 42: Systembild zum Schrankaufbau

Für den luftseitigen Anschluss können Wickelfalzrohroder Blechkanalkomponenten verwendet werden. Eine Dämmung der Leitungen ist nicht erforderlich.

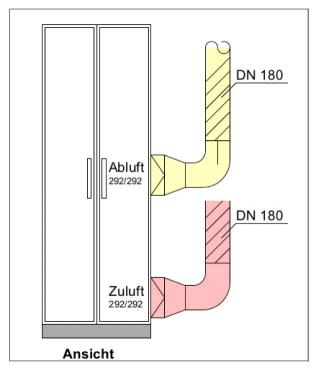


Abbildung 43: Systembild Luftanschlüsse

Der Aufbau der Kälteanlage sollte bei mehreren Serverschränken als Multisplitanlage mit einer Außeneinheit vorgesehen werden. Ferner soll die Möglichkeit im Rahmen der LPH 2 geprüft werden, ob die Ergänzung des System mit einer Wärmerückgewinnung sinnvoll erscheint. Hier könnten zum System passende Kältemittel/Wasser-Konvertereinheiten zur Ausführung kommen. Die Regelgröße ist die Serverschrankinnentemperatur.

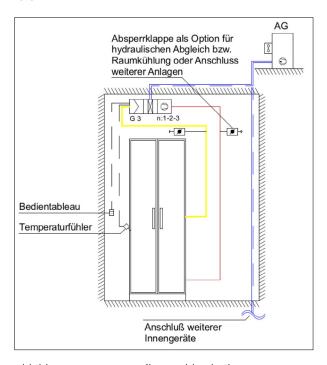


Abbildung 44: Systemaufbau Kühltechnik

 Die Abschließbarkeit von Schaltgerätekombinationen und Schaltanlagen erfolgt ausschließlich über Verschlussgriffe in Klapp- oder Schwenkausführung als Einheit zur Aufnahme von handelsüblichen Profilhalbzylindern. Kleinverteiler erhalten Kunstoff-Handgriffe oder Knebelgriffe zur Aufnahme von Sicherheitszylindern, sofern die Aufnahme von handelsüblichen Profilhalbzylindern baulich oder konstruktiv nicht möglich ist. Die Verwendung von Verschluss-Einsätzen für Doppelbart-Schlüssel (Vorreiberverschluss) ist nicht zugelassen.

6.2.9.2.2 Kennwerte

Keine besonderen Anforderungen.

6.2.9.2.3 Brandschutz

Keine gesonderten Anforderungen neben den Anforderungen aus dem Brandschutzkonzept oder den A.a.R.d.T.

6.2.9.3 Umfang und Qualität von Berechnungs- und Bemessungsinhalten

Entwurfsplanung – endend
 Es dürfen später aus der Tiefe der Berechnungen,
 mit Abschluss der Entwurfsplanung, keine grundsätz lichen Änderungen mehr resultieren. Die Dimensio nierungen haben so zu erfolgen, dass grundsätzliche
 Änderungen in der Ausführungsplanung bei unveränderten Planungsgrundlagen vermieden werden.

Ausführungsplanung

Die in der Entwurfsplanung erstellten Berechnungen sind in der Ausführungsplanung zu überprüfen und fortzuschreiben. Grundlegende Veränderungen und Abweichungen zur Entwurfsplanung sind zu dokumentieren und gegenüber dem Projektkoordinator der Region Hannover zu begründen. Es hat eine vollständige Berechnung aller Anlagen/-teile unter Berücksichtigung aller Schnittstellen zu erfolgen.

Revisionsunterlagen / Anlagendokumentation
Die Revisionsunterlagen und Anlagendokumentationen
sind die Fortschreibung aller vorherig abgeschlossenen
Leistungs- und Ausführungsphasen.

Dies betrifft auch die Fortschreibung von Berechnungen aus den Planungsphasen der Fachplaner. Siehe ergänzend auch 8.2 (Anlagendokumentation KG 400) Die Richtline AMEV-LAN ist zu berücksichtigen.

6.2.9.4 Umfang und Qualität von Zeichnungen

Entwurfsplanung – endend
 Es dürfen später aus der Tiefe der zeichnerischen Umsetzung, mit Abschluss der Entwurfsplanung, keine grundsätzlichen Änderungen mehr resultieren. Die Darstellungen haben so zu erfolgen, dass grundsätzliche Änderungen in der Ausführungsplanung bei unveränderten Planungsgrundlagen vermieden werden.

Nr.	Gegenstand	Berechnungs- und Dimensio- nierungstiefe
1.	Funktionsschema I	 Darstellung der strukturierten Datenverkabelung nach: > Primärverkabelung > Sekundärverkabelung > Tertiärverkabelung Angabe der Leitungstypen Darstellung des Überspannungsschutzes innen unter zeichnerischer Angabe der zugehörigen örtlichen Erdungspunktes (PAS) und des zentralen Erdungspunktes (ZEP) bzw. Anschluss an Hauptpotentialausgleich (HPA)
2.	Anschluss-, Übersichts- und Etagenpläne	Alle technischen Anlagen und Geräte z. B. Datenverteil- schränke, Router, Access- Points, WLAN-Access-Points etc.
3.	Grundriss-Installations- plan	 Darstellung der Einbauorte der Anlagen, der Datenver- teilschränke, Router, Access- Points, WLAN-Access-Points etc. Maßstäbliche Darstellung der Schaltanlagen/Datenverteil- schränke und die notwendi- gen Wartungs- und Arbeits- sicherheitsbereiche
4.	Übersichtsplan der Kabel- und Leitungs- anlagen des Gebäudes und der Außenanlagen	

Tabelle 78: Matrix Zeichnungen LP 3, KG 450 IuK-Anlagen

Ausführungsplanung

Die in der Entwurfsplanung erstellten Zeichnungen und Listen sind in der Ausführungsplanung zu überprüfen und fortzuschreiben. Grundlegende Veränderungen und Abweichungen zur Entwurfsplanung sind zu dokumentieren und gegenüber dem Projektkoordinator der Region Hannover zu begründen. Es hat eine vollständige zeichnerische Darstellung, unter Berücksichtigung aller Schnittstellen, zu erfolgen.

5101	Sientigung uner Seimmastenen, zu errorgen.		
Nr.	Gegenstand	Berechnungs- und Dimensio- nierungstiefe	
1.	Funktionsschema I	 Darstellung der strukturierten Datenverkabelung nach: > Primärverkabelung > Sekundärverkabelung > Tertiärverkabelung Angabe der Leitungstypen Darstellung des Überspannungsschutzes innen unter zeichnerischer Angabe der zugehörigen örtlichen Erdungspunktes (PAS) und des zentralen Erdungspunktes (ZEP) bzw. Anschluss an Hauptpotentialausgleich (HPA) 	
2.	Anschluss-, Übersichts- und Etagenpläne	Alle technischen Anlagen und Geräte z. B. Datenverteil- schränke, Router, Access- Points, WLAN-Access-Points etc.	
3.	Verzeichnisplan	 Verzeichnis der Kommuni- kationsnschlüsse je Verteiler unter Angabe der entspre- chenden Beschriftung Gesamtverzeichnis der Kommunikationsnschlüsse im Kommunikationsnetzwerk 	
4.	Grundriss-Installations- plan	 Darstellung der Einbauorte der Anlagen, der Datenver- teilschränke, Router, Access- Points, WLAN-Access-Points etc. Maßstäbliche Darstellung der Schaltanlagen/Datenverteil- schränke und die notwendi- gen Wartungs- und Arbeits- sicherheitsbereiche 	
5.	Übersichtsplan der Kabel- und Leitungs- anlagen des Gebäudes und der Außenanlagen		
6.	Gewerkebeziehungs- matrix	Nach Erfordernis und separater Abstimmung mit Projektkoordinator der Region Hannover	

Tabelle 79: Matrix Zeichnungen LP 5, KG 450 IuK-Anlagen

- Werk- und Montageplanung
 Mit Erstellung der Version V2.0 des Aufgabenheftes
 der Region Hannover erfolgt erstmals eine Aufnahme
 dieses Punktes. Die Erweiterung und Spezifizierung
 erfolgt mit der Verteilung der Nachfolgeversion.
- Revisionsunterlagen / Anlagendokumentation
 Sinngemäß den Hinweisen aus dem Kapitel Umfang und Qualität von Berechnungs und Bemessungsinhalten.
 Die Richtline AMEV-LAN ist zu berücksichtigen.

6.2.10 KG 460 Förderanlagen

Die Energieverbräuche von Aufzuganlagen lassen sich in drei große Kategorien einteilen:

- Stillstandsverluste
 Fahrkorbbeleuchtung, Anzeige- und Bedienelemente,
 Frequenzumrichter, Türantriebe und Aufzugsteuerung
- Energieverbrauch für Fahrten Energiebedarf für Transport von Fahrkorb und Beladung
- Wärmeverlust Umschließungsflächen und Entlüftung/Entrauchung

Zur Eingrenzung dieser Verbrauchsfaktoren werden nachfolgende Vorgaben definiert.

6.2.10.1 Konzeptionell

- Standby-Schaltung: Die Standby-Schaltung soll die Elektronik bei Wartezeiten automatisch abschalten. Insbesondere die Aufzugsbeleuchtung bei Nichtnutzung.
- Beleuchtung: Es sind grundsätzlich LED-Leuchten für Schacht, Maschinenraum und Aufzugskabine vorzusehen.
- Regenerative Antriebe: Energierückspeisung soll über Wandlung der Bremsenergie nutzbar gemacht werden.
- Feierabendschaltung: Schlüsselschaltung zur Außerbetriebnahme der gesamten Aufzugsanlage ist vorzusehen.
- Evakuierungsschaltung: Bei Nichtnutzung (≥ 4 Stunden), Feierabendschaltung, Hausalarm-Meldung oder BMA-Meldung fährt der Aufzug automatisch in die erste Evakuierungsebene oder offizielle Hauptevakuierungsebene und öffnet dort die Aufzugstüren und schaltet den Aufzug/Beleuchtung ab.

Eine Abstimmung mit Feuerwehr und Brandschutzsachverständigen ist notwendig.

• Es ist eine Zweiknopfsammelsteuerung bei Aufzugsanlagen von mehr als drei Haltestellen vorzusehen.



- Intelligente Schachtentlüftung / GEG: Der Wärmeverlust der Anlage, der durch die Abwärme über den Schacht entsteht, ist einzugrenzen. Entscheidende Faktoren sind dabei, die Be- und Entlüftung und der Rauchabzug des Schachtes. Hier sind geeignete und zugelassene Komponenten des Aufzugherstellers oder gesonderter Hersteller zum Verschluss der offenen Gebäudedurchdringungen (Unterbrechung der thermischen Hülle) vorzusehen.
- Die Aufzugskabine ist mit einer Sprachansage auszustatten. Im Rahmen der LPH 3 ist abzustimmen, ob neben der zwingend umzusetzenden Ansage der Etagenankündigung auch weitere Meldungen, wie Öffnen und Schließen der Türen und Richtung des Aufzugs umgesetzt werden sollen. Dabei ist auch die Umsetzung eines GONG-Signals zur Ankündigung des Stockwerks und der Bedarf der Einspielung von Hintergrundmusik oder Begrüßungsansagen bei Zutritt in der Hauptzugangsebene abzustimmen.

Bei Störungen und einer damit einhergehenden Abschaltung des Aufzuges, ist der Störfall durch Sprachansage mit der notwendigen Handlungsempfehlung, sowie ein optischer Hinweis, vorzusehen.

- Die Ausführung der Etagenbeschriftungen in der Aufzugskabine sind in der LPH 3 abzustimmen. Hierzu gehören folgende Aspekte:
 - Lage in der Aufzugskabine
 - Abmessung
 - Inhalte Etagennamen, Hinweise zu Abteilungen etc.

- Ausführung Materialität, Vandalismusschutz etc.
- Design Aufbau, Farbkonzeptwiedergabe des Hausleitsystems etc.
- Warnhinweise sind nicht nur als reine Textinformation vorzusehen, sondern gem. ASR als Arbeitsschutz-Verbotsbeschilderung immer in Ergänzung mit einem selbsterklärenden Piktogramm. Hierfür bieten sich Kombischilder an. Beispielwarnhinweis: "Aufzug im Brandfall nicht benutzen".
- Die Befehlsgeber (Tableautaster) sind mit taktilen Elementen (Brailleschrift und Pyramidenschrift) auszuführen. Die farbliche Absetzung der Befehlsgeber in der Kabine für die Anfahrt der Hauptzugangsebene (Eingang/Ausgang), sowie der Alarmtaster sind im Rahmen der Planung abzustimmen. Es ist auf eine Kontrastfähigkeit von mindestens 0,4 0,7 zu achten.
- Mindestens an einer Seite ist ein Handlauf mit einer Oberkantenhöhe von 900 mm (+/- 25 mm) anzuordnen. Die Ausführung des Handlaufes ist auf die Lage und Ausführung der Tableaus abzustimmen.
- Im Rahmen der LPH 3 muss die Ablaufkette von sicherheitsrelevanten Maßnahmen und Funktionen abgestimmt und beschrieben werden. Hierzu gehört die Beschreibung von Ablaufketten vom Auslöseereignis des Notruftasters in der Aufzugkabine bis zum Zeitpunkt der Personenbefreiung, inkl. zwischengeschaltete Firmen, Gebäudezugang (Schlüsseltresor o.ä.), Notrufnummern, Telefonliste der beteiligten Firmen und Institutionen.



Diese Festlegungen und Prozesse sind in einem Notfallplan für Aufzugsanlagen zu fixieren und spätestens von der ausführenden Firma zur Abnahme anzufertigen und an den Anlagenbetreiber zu übergeben. Der Notfallplan ist Bestandteil der Anlagendokumentati-

 Vor der "Inverkehrbringungsprüfung" durch die zugelassene Überwachungsstelle muss durch den zuständigen FBT eine vorherige Inbetriebnahmeprüfung initiiert und durchgeführt werden. Die zugelassene Überwachungsstelle führt die Inbetriebnahmeprüfung gemeinsam mit dem FBT durch. Zu diesem Termin ist der Bauherr einzuladen.

Nach erfolgten Prüfungen mit positivem Prüfergebnis muss die VOB-Abnahme durch den FBT koordiniert und durchgeführt werden. Zu diesem Termin sind alle Anlagen und Betriebsunterlagen vorzulegen.

Im Rahmen der "Inverkehrbringungsprüfung" und der VOB-Abnahme sind, neben den Prüfthemen der zugelassenen Überwachungsstelle (ZÜS, wie z.B. TÜV, Dekra etc.) und FBT mindestens folgende Kriterien abzuprüfen:

- 1:1 Wirkung des BMA-Kontaktes
- Funktion der Evakuierungsfahrt
- Kontrolle der Beschilderungen (Warnhinweise etc.)
- Vorlage der gesamten Bedien- und Wartungsunterlagen
- Vorlage des angepassten und vervollständigten Notfallplans
- Vorlage der Prüfergebnisse der Inbetriebnahmeprüfung
- Vorlage der Prüfergebnisse der Inverkehrbringungsprüfung
- Interventionsleistungen im Falle eines Notfalls (z.B. Personenbefreiung, Aktivierung von Meldeinformationsketten gem. Notfallplan etc.) sind über externe Firmen zu organisieren und durchzuführen.
- Da Förderanlagen überwachungsbedürftige Anlagen gem. Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV) darstellen, sind Anlagen zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme der "Zugelassenen Überwachungsstelle - ZÜS" zu melden. Diese übergibt dann eigenständig sämtliche Anlagen- und Standortangaben dem Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) zur Pflege des bundeseinheitlichen und zentralen Anlagenkatasters (AnKa): https:// www.anlagenkataster.de/

6.2.10.2 Bauteilanforderungen

6.2.10.2.1 Allgemein

 Aufzüge müssen der Energieeffizienzklasse A nach DIN 4707 entsprechen.

6.2.10.2.2 Kennwerte

• Für alle elektrischen Antriebe sind Energiesparmotoren ab 550 h/a eff2-Motoren, ab 1.000 h/a eff1-Motoren oder Gleichstrommotoren einzusetzen. Es sind s.g. regenerative Antriebslösungen vorzusehen (Energierückgewinnung).

6.2.10.2.3 Brandschutz

• Keine gesonderten Anforderungen neben den Anforderungen aus dem Brandschutzkonzept oder den A.a.R.d.T.

6.2.10.3 Umfang und Qualität von Berechnungs- und Bemessungsinhalten

Entwurfsplanung – endend

Es dürfen später aus der Tiefe der Berechnungen, mit Abschluss der Entwurfsplanung, keine grundsätzlichen Änderungen mehr resultieren. Die Dimensionierungen haben so zu erfolgen, dass grundsätzliche Änderungen in der Ausführungsplanung bei unveränderten Planungsgrundlagen vermieden werden.

Nr.	Gegenstand	Berechnungs- und Dimensio- nierungstiefe
1.	Effizienznachweis	Nachweis Energieeffizienz klasse A nach DIN 4707
2.	Dimensionierung Antriebstechnik und Schnittstellen	 Förderleistungsberechnung Förderhöhe Geschwindigkeit Tragfähigkeit Techn. Schnittstellen zur GA Berücksichtigung Störmeldekonzept
3.	Bauliche Gegeben- heiten	 Aufstellungsvoraussetzungen (Fundamente o.ä.)

Tabelle 80: Matrix Berechnungsinhalte LP 3, KG 460 – Förderanlagen

Ausführungsplanung

Die in der Entwurfsplanung erstellten Berechnungen sind in der Ausführungsplanung zu überprüfen und fortzuschreiben. Grundlegende Veränderungen und Abweichungen zur Entwurfsplanung sind zu dokumentieren und gegenüber dem Projektkoordinator der Region Hannover zu begründen. Es hat eine vollständige Berechnung aller Anlagen/-teile unter Berücksichtigung aller Schnittstellen zu erfolgen.

Nr.	Gegenstand	Berechnungs- und Dimensio- nierungstiefe
1.	Effizienznachweis	Nachweis Energieeffizienz klasse A nach DIN 4707
2.	Dimensionierung Antriebstechnik und Schnittstellen aller Komponenten	 Auslegungsdatenblatt des Herstellers Techn. Schnittstellen zur GA Berücksichtigung Störmelde konzept Förderleistungsberechnung Förderhöhe Geschwindigkeit Tragfähigkeit
3.	EMV	Nachweis der Elektromag- netischen Verträglichkeit
4.	Bauliche Gegeben- heiten	Aufstellungsvoraussetzungen (Fundamente o.ä.)

Tabelle 81: Matrix Berechnungsinhalte LP 5, KG 460 – Förderanlagen

- Werk- und Montageplanung Im Rahmen der Werk- und Montageplanung werden die Planungsinhalte aus der Ausführungsplanung fortgeschrieben, wie z.B. das Erstellen von Aufstellplänen, Schaltplänen, Wärmelastberechnungen für Schaltanlagen, Fertigungszeichnungen, Stücklisten, Einzelteilzeichnungen etc. sowie alle notwendigen Schritte und Dokumentation für den Zukauf von Komponenten. Ferner gehört zu dieser Leistungsphase die Anfertigung von Montage- und Verlegeplänen, welche mit allen für den Einbau der Elemente erforderlichen Angaben und Montagehinweisen zu versehen sind. Hierzu gehört ebenfalls die Beschaffung und Anfertigung von Dokumenten, Stücklisten und Anleitungen etc. (Siehe hierzu auch VOB/C.).
- Revisionsunterlagen / Anlagendokumentation
 Die Revisionsunterlagen und Anlagendokumentationen
 sind die Fortschreibung aller vorherig abgeschlossenen Leistungs- und Ausführungsphasen.

Dies betrifft auch die Fortschreibung von Berechnungen aus den Planungsphasen der Fachplaner. Siehe ergänzend auch 8.2 (Anlagendokumentation KG 400)

6.2.10.4 Umfang und Qualität von Zeichnungen

 Entwurfsplanung – endend Sinngemäß den Hinweisen aus dem Kapitel Umfang und Qualität von Berechnungs- und Bemessungsinhalten.

Nr.	Gegenstand	Darstellungstiefe
1.	Bauliche Gegebenheiten	 Lage und Art der Anlage Detaillierte Darstellung von Schachtgröße, Schachtgrube (Unterfahrt), Schachtkopf, Technikflächen und dessen Belegungskomponenten Angabe von Fundamenten Schlitz- und Durchbruchspläne Intelligente Schachtentlüftung inkl. Steuer- und Regelorgane Die von Herstellern vorge gebenen bzw. notwendigen Wartungs- und Instandset zungsflächen und Sicher heitsbereiche an technischen Anlagen sind maßstäblich darzustellen.
2.	Anlagentechnische Komponenten	 Detaillierte Darstellung von Technikflächen und dessen Belegungskomponenten Komplette Kabinenausstat- tung mit Wandansichten Innen unter Angabe der Tableaus, Schlüsselschalter und dessen Funktionen und Beschriftungen Wandansichten unter Angabe der Zweiknopfsammel- steuerung Ausführung der Außenrufe als Wandansichten unter Angabe der Tableaus, Schlüsselschal- ter und dessen Funktionen und Beschriftungen

Tabelle 82: Matrix Zeichnungen LP 3, KG 460 – Förderanlagen

Ausführungsplanung

Die in der Entwurfsplanung erstellten Zeichnungen und Listen sind in der Ausführungsplanung zu überprüfen und fortzuschreiben. Grundlegende Veränderungen und Abweichungen zur Entwurfsplanung sind zu dokumentieren und gegenüber dem Projektkoordinator der Region Hannover zu begründen. Es hat eine vollständige zeichnerische Darstellung, unter Berücksichtigung aller Schnittstellen, zu erfolgen.

- Werk- und Montageplanung
 Mit Erstellung der Version V2.0 des Aufgabenheftes
 der Region Hannover erfolgt erstmals eine Aufnahme
 dieses Punktes. Die Erweiterung und Spezifizierung
 erfolgt mit der Verteilung der Nachfolgeversion.
- Revisionsunterlagen / Anlagendokumentation
 Sinngemäß den Hinweisen aus dem Kapitel Umfang und
 Qualität von Berechnungs- und Bemessungsinhalten.

6.2.11 KG 480 Gebäudeautomationsanlagen

Mit diesem Abschnitt werden die wesentlichen Rahmenbedingungen zur Umsetzung eines Gebäudeautomationssystems definiert.

6.2.11.1 Konzeptionell

I. Gebäudeautomation-Architektur

- · Aus wirtschaftlichen Gründen ist es erforderlich, für Betriebsführung und Betriebsüberwachung ein offenes Regelungssystem zur Verfügung zu stellen. Grundsätzlich sind daher alle technischen Gewerke so zu planen, dass sie von einem gemeinsamen Prozessvisualisierungssystem bedient werden können. Für alle neuen technischen Anlagen der Gebäude wird daher eine einheitliche BUS-Kommunikation zwischen DDC neuen technischen Anlagen der Gebäude wird daher eine einheitliche BUS-Kommunikation zwischen DDC (SPS)-Hardware (Automationsebene) und der Gebäudeleittechnik (Managementebene) festgeschrieben. Als verbindliches Kommunikationsprotokoll ist BACnet vorzusehen. Im Rahmen der LP2/3 ist mit dem Projektkoordinator der Region Hannover abzustimmen, in welchem Umfang bestimmte Anlagen und örtliche GLT-Systeme an ein übergeordnetes System (Ü-GLT, bzw. Webserver-Managementebene der Region Hannover) angebunden werden sollen.
- Bei Errichtung von Verwaltungsneubauten, Durchführung von Verwaltungsbausanierungen oder bei dessen Erweiterungen und dies im näheren Umkreis des Verwaltungsstandortes der Hildesheimer Straße 20 (Verwaltungscampus), ist bei der Konzeptionierung der Gebäudeautomation darauf zu achten, dass eine Anbindung der Automationsstationen an eine vorhandene Webserver-Managementebene der Fa. Sauter zu erfolgen hat. Folgende Grundfunktionen werden von der vorhandenen Webserver-Managementebene abgebildet:

- Visualisierung und Bedienung gebäudetechnischer Anlagen
- Bedienung der Anlage über das Web mit Standard-Webbrowsern
- > Online-Alarmierung via E-Mail und SMS
- > Aufzeichnen von historischen Werten und Alarmen
- > Zeit- und Kalenderfunktionsnutzung
- Visualisierung wahlweise in Listen, dynamischen Bildern und Diagrammen

Die Webserver-Managementebene wurde angeschafft. um:

- Kosten für Softwarepflege einer Standard-GLT komplett einzusparen
- Standard IT-Technologien in Liegenschaft und Netzen zu nutzen
- Wartungsarbeiten durch offene und flexible
 Systemtechnologie zu minimieren

Bei einer gewünschten Aufschaltung von entfernt gelegenen Liegenschaften ist verbindlich das Kommunikationsprotokoll BACnet vorzusehen.

 Sofern keine Anbindung von Automationsstationen (egal in welcher Liegenschaft) auf die beschriebene Webserver-Managementebene erfolgen soll, ist als Grundausstattung, zur Sicherstellung eines Fernund Wartungszugriffs, immer ein Automations-Web Client auf der Automationsstation vorzusehen, um aus der Ferne über das Web auf Anlagenbetriebszustände, Zeitprogramme, Störmeldungen etc. zugreifen zu können.

II. Gebäudeautomation-Visualisierung

 Anlagenvisualisierungen der Management- und Bedienebene sind bereits konzeptionell in der LP3 abzustimmen. Dabei sind folgende Punkte zu behandeln:



- Anzahl der Anlagenbilder
- Erforderliche Einblendpunkte (errechnete Sollwerte, Istwerte etc.)
- > Funktion von Drop- bzw. Pulldown-Menues
- Umstellung von HAND/AUF/ZU/0-100%/AUTOMA-TIK-Funktionen
- > Darstellung von Verbrauchswerten
- > Bedienung und Ändern von Zeitprogrammen
- > Verlinkungen der Grafiken und Seiten untereinander
- Darstellung von Klartextbezeichnungen und DP-/ AKS-Schlüssel
- Darstellung von Anlagensymbolen (Farbwechselkonzept bei AN/AUS/STÖRUNG)

Im Rahmen der Ausführungs-, sowie Werk- und Montageplanung sind die Grafiken auf den tatsächlichen Ausführungsstand anzupassen und zur Freigabe beim Projektkoordinator der Region Hannover einzureichen.

III. Verständnis Datenpunktbezeichnung

 Da die Logik, die Anwendungsfreundlichkeit und der Aufbau einer Gebäudeautomation wesentlich vom Aufbau der Datenpunktarchitektur abhängig ist, sind die Datenpunkte spätestens im Rahmen der Ausführungsplanung zu benennen und eindeutig zu bezeichnen. Da es Umgangssprachlich verschiedenste Bezeichnungen für Datenpunktbezeichnungen gibt, wird das Verständnis der Region Hannover nachfolgend erläutert:

Nr.	Bezeichnung	Bedeutung
1.	Datenpunktbezeichnung GA	Datenpunktbezeichnung Gebäude- automation > Siehe "Adressierungsstruktur
2.	Datenpunktbeschreibung Schaltschrank	Eindeutige Bezeichnung aller Betriebsmittel in einem Schaltplan/ Stromlaufplan. Der Begriff Betriebsmittelkennzeichnung wurde in den jeweiligen Normen überarbeitet und nennt sich aktuell (Stand 16.10.2018) "Referenzkennzeichen"
3.	Informationspunkt- adressierung	> Siehe "BMK"
4.	AKS	Allgemeiner Kennzeichnungs- schlüssel (AKS) • Eindeutige Bezeichnung aller Datenpunkte
5.	Adressierungsstruktur	Die Adressierungsstruktur ist eine Kombination aus Liegenschafts- und Informationspunktadressie- rung und ist gemäß Aufgaben- und Projekthandbuch der Region Hannover exakt definiert. Sinn und Zweck einer nachhaltigen Adressierungsstruktur

Nr.	Bezeichnung	Bedeutung
		ist es, einen durch die Adressie- rung erfassten Bestandteil einer technischen Anlage definitiv und eindeutig, beim Aufbau und Verarbeitung der Datenpunkte im Allgemeinen und im Speziellen von BACnet-Datenpunkten, zu benennen.
6.	Informationspunkt- adressierung	Die Informationspunktadressierung ist Bestandteil der Adresssierungsstruktur. > Siehe "Adressierungsstruktur"
7.	RKZ	Die Informationspunktadressierung ist Bestandteil der Adresssierungsstruktur. > Siehe "Adressierungsstruktur"

Tabelle 83: Datenpunktbezeichnungen / Varianten

IV. Schaltanlagen/Schaltgerätekombinationen

- Schaltschränke sind aus Einzelfeldern zur Reihenaufstellung zu konzipieren. Die Unterteilung erfolgt in:
 - > Einspeisefeld
 - > Leistungsfelder
 - > SPS-Felder (Kleinspannungsbereich)
- Schaltschränke sind als stahlblechgekapselte Standschränke auszuführen.
- Die Abschließbarkeit von Schaltgerätekombinationen und Schaltanlagen erfolgt ausschließlich über Verschlussgriffe in Klapp- oder Schwenkausführung als Einheit zur Aufnahme von handelsüblichen Profilhalbzylindern. Kleinverteiler erhalten Kunstoff-Handgriffe oder Knebelgriffe zur Aufnahme von Sicherheitszylindern, sofern die Aufnahme von handelsüblichen Profilhalbzylindern baulich oder konstruktiv nicht möglich ist. Die Verwendung von Verschluss-Einsätzen für Doppelbart-Schlüssel (Vorreiberverschluss) ist nicht zugelassen.
- Die Leitungseinführungen haben vorzugsweise von oben zu erfolgen.
- Alle Leitungen sind über Bügelschellen im Kabeleinführungsbereich der Schaltanlage als Zugentlastung zu sichern.
- In optisch abgedeckten Bereichen innerhalb der Schaltanlage (z.B. Anschlussfelder, Hohlräume, Kabelkanäle etc.) sind ausnahmslos keinerlei "fliegende" Klemmen, offenen Kabelenden oder Abzweigdosen zu platzieren.

- Grundsätzlich sind alle in die Schaltanlage eingeführten Kabel und Leitungen auf Trennklemmen zu führen.
- Die Kleinspannungsnetzteile zur Versorgung der Automationsstationen sind in den jeweiligen Steuer- und Automationsfeldern unterzubringen.
- Die Versorgung der Kleinspannungsnetzteile ist vor dem Hauptschalter durch ein eigensicheres Kabel und entsprechenden Vorsicherungen abzunehmen. Die Schaltanlage ist mit einer entsprechend innen und außen angebrachten Kennzeichnung zu versehen. Alle Komponenten zur Aufrechterhaltung des Automationsnetzwerkes wie Switche usw. sind aus den Kleinspannungsnetzteilen zu versorgen. Bei ausgeschalteten Hauptschaltern bleiben die Automationsstationen, die Bediengeräte und das gesamte Netzwerk in Funktion.
- Eine Überwachung der Sicherheitseinrichtungen, wie Überspannungsschutz, Phasenüberwachung, etc. ist vorzusehen.
- Die Dimensionierung der Schaltschrankfelder ist so zu bemessen, dass mindestens 20 % Platzreserve je Feld für Nachrüstungen und Ergänzungen zur Verfügung stehen.

V. Installation und Kabelverlegung

Alle zu verlegenden Kabel sind zu kennzeichnen. Dies muss in unmittelbarer Nähe ihrer Anschlussstellen vorgenommen werden. Diese Kennzeichnung ist auch in der technischen Dokumentation zu hinterlegen.

- Kabelmarkierungen sind mittels Kabelmarkierer aus Kunststoff, bestehend aus Trägereinheit für mehrzeilige Beschriftung sowie Kabelbinder zur Befestigung am Kabel, vorzusehen.
- Verbindungsdosen, Klemmkästen, Rangierverteiler oder Abzweigdosen sind grundsätzlich IMMER fest an einen Baukörper oder einem fachspezifisch zugeordneten Bauteil zu montieren. So genannte "fliegende" Installationen sind nicht zugelassen. Eine Ausnahme bildet dabei die Verdrahtung und das Anschließen von Leuchten. Hier darf die Klemmstelle in unmittelbarer Nähe zur Leuchte ohne weitere Befestigungen vorgesehen werden.
- Sofern Verbindungsdosen, Klemmkästen, Rangierverteiler oder Abzweigdosen im Bereich von Metallkabelbühnen, Kabelleitern, Traversen o.ä. Kabelverlegesystemen vorgesehen werden, so ist diese in der Regel immer an dem jeweiligen Kabel-Verlegesystem oder dem in der direkten Nähe befindlichen Baukörper zu befestigen. Dabei ist auf eine fachgerechte Schraubbefestigungen des Bauteils am Kabel-Verlege-system zu achten. Eine Montage mit Kabelbindern ist nicht zugelassen. Verbindungsdosen, Klemmkästen, Rangierverteiler oder Abzweigdosen dürfen nicht im direkten Verlegebereich der Kabel montiert werden, wie z.B. auf Kabelbühnen. Es muss verhindert werden, dass zukünftig nachinstallierte Kabel die Verbindungsdosen, Klemmkästen, Rangierverteiler oder Abzweigdosen verdecken.



 In Schaltgerätekombinationen und Schaltanlagen sind alle Leitungen grundsätzlich auf Reihenklemmen bzw.
 N-Trennklemmen zu führen. Ungenutzte, zusätzliche Leiter oder auch Ersatzleiter müssen an Ersatzklemmen angeschlossen oder gleichartig getrennt sein, so dass eine Berührung mit aktiven Komponenten verhindert wird. Insbesondere ist darauf zu achten, dass in Verbindungsdosen, Klemmkästen, Rangierverteiler oder Abzweigdosen diese erwähnten Adern mit Klemmen versehen werden.

VI. Sensoren und Aktoren

- Temperatursensoren mit Tauchhülse sind immer mit Wärmeleitpaste zu montieren.
- Raumsensoren sind an einer ungestörten Stelle im Raum zu platzieren. Mindestens 2m Abstand zu Fenstern, Türen, Zuluftöffnungen oder Wärmequellen.
- Anlegefühler sind nicht zugelassen.
- Sensoren und Aktoren sind IMMER mit einem GA-Bezeichnungsschild zu versehen. Beschriftungsschilder sind aus gravierten zweifarbigen Resopalplattenwerkstoffen (Schichtstoffplatte) herzustellen und in der Abmessung den vorhandenen Platzverhältnissen auf den Sensoren und Aktoren anzupassen. Grundsätzlich ist die Schriftfarbe schwarz und das Beschriftungseinlegeschild weiß vorzusehen. Der Beschriftungstext ist dabei zentriert auszuführen. Die Schilder können in geklebter Ausführung verbaut werden.

VII. Sicherheitsrelevante Funktionen der GA

- Sofern von der Gebäudeautomation (Feld,- Automations- und Managementebene) sicherheitsrelevante Funktionalitäten beeinflusst oder eigenständig ausgeführt und organisiert werden sollten, sind diese im Rahmen der Planung umfänglich zu beschreiben und mit allen notwendigen Personen und Institutionen (Sachverständige, Genehmigungsbehörden etc.) abzustimmen. Dies könnte z.B. die steuerungstechnische Aufnahme von Kanalrauchmeldern einer Lüftungsanlage in die Sicherheitskette zur Abschaltung der Lüftungsanlage und Schließen von Brandschutzklappen etc. sein.
- Störmeldungen (i.d.R. Sammelstörmeldungen) von sicherheitsrelevanten Anlagen sind auf die GA (Automationsebene) zu legen. Es ist ergänzend mit dem Projektkoordinator der Region Hannover abzustimmen, ob für den Nutzer/Hausmeister etc. abgesetzte Meldetableaus vorgesehen werden sollen und ob eine Weiterleitung auf eine GLT gewünscht wird (Betreiberkonzept). Grundsätzlich sind nachfolgend aufgeführte Anlagen in das GA-System einzubinden:

- Sicherheitsbeleuchtungsanlagen
- CO2-Warnanlagen
- Rauchableitungssysteme
- Wärmeabzugsanlagen
- Alarmierungsanlagen
- Brandmeldeanlagen
- Einbruchmeldeanlagen
- Sicherheitsbeleuchtungsanlagen
- Sicherheitsstromversorgungsanlagen
- Personenförderanlagen

6.2.11.2 Spezifikation Management- und Bedienebene MBE - Allgemein

Im Nachfolgenden werden die spezifischen Anforderungen innerhalb einer Liegenschaft beschrieben.

- Alle für die Nutzung wichtigen Anlagenzustände und Betriebsdaten (z.B. Betriebsanzeigen, Reports, Sollund Ist-Werte, Störungen, Alarmlisten, Schwellwerte für Sonnenschutz, sämtliche Zeitpläne etc.) müssen für unterwiesene Personen jederzeit über eine Visualisierungseinheit einsehbar sein. Auf den Anlagenbildern der Visualisierungseinheit sind Klartext-Bezeichnungen, Mess- und Sollwerte mit entsprechender Einheit darzustellen.
- Es ist eine Benutzer- Rollen/Rechtestruktur auf den Visualisierungseinheiten vorzusehen. Bei der Nutzung der Visualisierungseinheit(en) muss eine "Multiuser"-Funktionalität möglich sein (gleichzeitige Nutzung von Visualisierungsoberflächen).
- Die nachfolgende Tabelle soll eine Übersicht zu den Mindestanforderungen der Benutzer- Rollen/Rechtestruktur geben:

Nr.	Nutzer	Passwort	Rechte
1.	Everyone	Nein	Lesen auf Nutzerebene Keine Zugänge auf Syste- meinstellungen
2.	Hausmeister	Ja	Lesen auf Nutzerebene Schreiben auf Nutzerebene Anlegen von Trends Keine Zugänge auf Syste- meinstellungen
3.	Bauunterhaltung Region Hannover	Ja	Lesen auf Nutzerebene Schreiben auf Nutzerebene Anlegen von Trends Keine Zugänge auf Syste- meinstellungen
4.	Servicetechniker	Ja	Alle Rechte freigegeben

Tabelle 84: Nutzer- und Bedienebenen Visualisierungseinheit

Zur bedienerfreundlichen Nutzung der Gebäudeautomationsfunktionen sind zur Darstellung von Tabellen, Alarmlisten, Reports, Anlagenvisualisierungen oder Kalendern, touch-sensitive Bediendisplays (Visualisierungseinheiten) in den Türen der Schaltanlagen/ISP's vorzusehen. Über diese Bediendisplays sollen für die verschiedenen Gewerke wie Heizung, Sanitär oder Lüftung unterschiedliche Ansichten definiert werden. Über BACnet/IP sind diese Geräte in die GA-Infrastruktur zu integrieren. Bediendisplays zur Verortung in Schaltanlagen/ISP's sind mindestens in der Größe ≥ 14" vorzusehen.

Sofern Informationsschwerpunkte räumlich von einander getrennt sind, ist in jedem Informationsschwerpunkt (ISP) eine Visualisierungseinheiten vorzusehen, welche untereinander den Informations- und Datenaustausch zulassen. Es soll sichergestellt sein, dass von jeder Visualisierungseinheit eine Verbindung/Bedienung zu den anderen Visualisierungseinheiten hergestellt werden kann.

• Es müssen Zeitprogramme mit "Schaltfunktion" als Tages-, Wochen- und Jahresprogramm (Jahreskalender!) zur Verfügung gestellt werden.

6.2.11.3 Spezifikation Management- und Bedienebene – BACnet-Anbindung MBE

Das Ziel der Spezifikation "BACnet-Anbindung an eine MBE" ist es, eine einheitliche und durchgängige Struktur und Verfahrensweise beim Aufbau und Verarbeitung von Datenpunkten im Allgemeinen und im Speziellen von BACnet-Datenpunkten vorzugeben.

Dabei ist zum einen die Adressierungsstruktur und das Verständnis von Varianten bei der Bezeichnung von Datenpunkten von Bedeutung und im Weiteren die notwendigen und verbindlichen BACnet-spezifischen Einstellungen und Dokumentationsrichtlinien. Die Vorgaben zur BACnet-Anbindung an eine Managementund Bedieneinheiten (MBE) sind im Anhang A des Aufgaben- und Projekthandbuches verortet.

6.2.11.4 Spezifikation Automationsebene (Allgemein)

- Alle Anlagen sind mit autark arbeitenden digitalen Regelungen (DDC in dezentraler Technologie) vorzusehen.
- Die Kommunikation zwischen den Automationsstationen (AS) untereinander kann, im Rahmen einer Baumaßnahme oder auch Maßnahmenübergreifend unter Verwendung der gleichen AS-Fabrikate, mit einem proprietären BUS-System vorgesehen werden.

- Die Programme und Daten sind bei Stromausfall für mind. 72 Std. in der AS zu sichern.
- Die Programme in den Automationsstationen sind spannungsausfallsicher zu hinterlegt. Nach einem Netzausfall haben die CPUs und alle Programme eigenständig wieder in den Normalbetrieb zu starten. Eine Quittierung des Netzausfalls ist nicht erforderlich.
- Automationsstationen müssen zur externen Kommunikation mit Drittsystemen mit weiteren (neben BACnet) einheitlichen und herstellerunabhängigen Schnittstellen ausgestattet sein. Mindestens sind vorzusehen: Modbus TCP.

Nachfolgende Tabelle soll eine Hilfestellung zur Auswahl der jeweiligen Komponenten und Anlagen geben, sowie die erforderliche Steuerungsaufgabe aufzeigen. Das Konzept zum Umfang der jeweiligen Komponenten und Anlagen richtet sich nach folgenden Kriterien:

- > Qualifikation des Bedienpersonals
- > Sicherstellung der Anlagen- und Betriebssicherheit
- > Servicequalitäten von Zulieferern und Herstellern
- › Materialverfügbarkeit
- Schnittstellenkomplexität der anzusteuernden Komponenten und Anlagen bei intern verbauten autarken Regelungen

Das Konzept ist daher in der LP2/3 mit dem Projektkoordinator der Region Hannover zu erarbeiten.

Nr.	Komponente / Anlage	Steuerungsaufgabe
1.	Pumpen	Automatik - AUS - EIN
2.	Regelventile	Automatik – AUS - 0%-100% (stufenlos)
3.	RLT-Jalousieklappen	Automatik – AUS - 0%-100% (stufenlos)
4.	Heizung Absperrklappen	Automatik – AUF - ZU
5.	Brandschutzklappen	Automatik – AUF - ZU
6.	RLT – Anlagen	Freigabe: Automatik - AUS – EIN Differenziert: Automatik –AUS – Stufe 1 - Stufe n
7.	Wärmeerzeuger	Freigabe: Automatik - AUS – EIN Differenziert: Automatik –AUS – Stufe 1 - Stufe n
8.	Kältemaschinen	Freigabe: Automatik - AUS – EIN Differenziert: Automatik –AUS – Stufe 1 - Stufe n

Tabelle 85: Handbedienmatrix Komponenten

6.2.11.5 Spezifikation Automationsebene (Steuer- und Regelaufgaben)

- Auf der AS sind Funktionalitäten zur nutzerfreundlichen Nacht-, Wochenend- und Ferienabsenkung vorzusehen. Sonderbedienfunktionen zur Aktivierung einer Laufzeitverlängerung außerhalb des Standardbetriebsfalls ist mit dem Projektkoordinator der Region Hannover abzustimmen.
- Die Regelung ist mit einem Optimierungsprogramm auszustatten, um eine möglichst energiesparende Anpassung der Regelkurve, des Aufheizzeitpunktes und des Absenkzeitpunktes sicherzustellen.
- Die Störmeldungen von Pumpensteuerungen sind aufzuschalten.
- Bei der Anlegung der Regelgruppenheizkurven und Raumtemperatursollwerte sind die Raumlufttemperaturfestlegungen der Heizlast- und Rohrnetzberechnung zu berücksichtigen und zur Inbetriebnahme einzustellen.
- Bei RLT-Anlagen mit stark variierender Nutzungsanforderung (z.B. Aulen, Küchen, Sporthallen) muss die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Personenanzahl, Raumlufttemperatur und Raumluftfeuchte) durch Drehzahlregelung der Motoren bzw. Verändern des Außenluftanteils für den Betreiber in einfacher Weise (Automatikbetrieb und Handbetrieb) möglich sein. In der Regel sollte bei derartigen Nutzungsanforderun-

gen die Regelung über die Luftqualität $({\rm CO_2})$ erfolgen. Eine ${\rm CO_2}$ -Regelung ist allerdings aufgrund des Bedarfs an notwendigen Wartungsarbeiten und Nachkalibrierungen im Laufe der Betriebszeit nur eingeschränkt umzusetzen.

Bei der Lüftung von Bädern oder Duschräumen sollte die Bedarfsanpassung über einen Hygrostaten, PIR-Melder oder eine Zeitschaltuhr erfolgen. Auch eine Kombination ist möglich, ist aber im Detail abzustimmen

- Über raumlufttechnische Anlagen versorgte Nutzungsbereiche, welche über ausgeprägte belegungsfreie Zeiten verfügen, sind unter Verwendung eines Zeitschaltprogramms mit Spülzeiten zu versehen. Vorund Nachspülen vor und nach den Nutzungszeiten sind vorzusehen (Je 1 Stunde).
- Bei der Konzeptionierung der Raumlufttemperaturen für den Kühlbetrieb sind die Betriebsfreigaben von Raumkühlgeräte grundsätzlich so einzustellen, dass diese erst ab einer Raumtemperatur von ≥ 26 °C in Betrieb gehen (Sonderfall EDV-Räume: Solltemperatur 27°C). Raumtemperatursollwerte < 26 °C sind für den Nutzer zu verriegeln. Jeder Anwendungsfall ist allerdings differenziert zu betrachten und über das Regelungskonzept im Detail abzustimmen und zu kommunizieren.
- Sofern ein aktiver Kühlbetrieb in Räumen mit Außenbezug (Fenster, Glastür o.ä.) und mit entsprechenden Wärmeeinträgen (solare Wärmeeinträge) zu rechnen ist, so ist der Kühlbetrieb nur dann freizugeben, wenn in den entsprechenden Räumen der Sonnenschutz aktiviert ist (Verdunkelungsbetrieb). Diese Funktion ist an einen Schwellenwert der aktuellen Globalstrahlung oder Helligkeit zu koppeln.



- Bei Komfort-Kühlung ist die Raum-Solltemperatur gleitend mit der Außentemperatur anzuheben (ab Außentemperatur 29°C: Raumsolltemperatur = Außentemperatur 3 K). Im Sommerbetrieb wird der betreffende Raumtemperatur-Sollwert, während eines Außentemperaturanstieges von z.B. 20 °C auf 32 °C, stetig erhöht (Sommerkompensation), um zu große Temperaturunterschiede zwischen Raum- und Außentemperatur zu vermeiden. Ergänzend soll damit der Kühlenergieaufwand reduziert werden. Gemäß VDI-Lüftungsregeln soll bei einer Außentemperatur von 32 °C die Raumtemperatur auf max. 26 °C angehoben werden.
- Im Rahmen der Betrachtungs- und Erarbeitungsphasen zum sommerlichen Wärmeschutz sind Funktionalitäten der freien Außenluftkühlung, insbesondere der nächtlichen und freien Außenluftkühlung darzustellen und abzustimmen. Ziel bei der freien Nachtkühlung soll es in den Sommermonaten sein, das Kältepotential der Nachtluft ins Gebäude zu leiten um dort im Baukörper zu speichern und damit am Folgetag ein angenehmeres und zuträglicheres Raumklima erreichen zu können. Die Funktion soll lediglich den täglichen Wärmeeintrag ins Gebäude kompensieren.
 Nachfolgende Standardfunktion können angesetzt

Außentemperatur < (Raumtemperatur – 3°C)

Außentemperatur > Grenzwert Außentemperatur

(z.B. XS=12°C)

Raumtemperatur > Grenzwert Raumtemperatur

(z.B. XS=20°C)

Freigabe Zeitprogramm (von 2 – 7 Uhr)

werden:

6.2.11.6 Spezifikationen Feldebene I (Allgemein)

- Bei stetigen Aktoren wie z.B. Ventil- und Luftklappenantrieben ist ein Rückführsignal auf die Automationsstation aufzuschalten. Von Aktoren mit einer 2-Punkt Auf/Zu-Ansteuerung sind beide Endlagen über die Automationsstation zu erfassen.
- Bei Verwendung von Temperaturfühlern zur Erfassung von Medientemperaturen ist im Rahmen der Planung abzustimmen, ob eine Verwendung von aktiven Fühlern mit beleuchtetem LCD-Anzeigedisplay zweckmäßig erscheint.

Es sind immer aktive Fühler mit beleuchtetem LCD-Anzeigedisplay zu verwenden, wenn neben der regelungstechnisch notwendigen Messwerterfassung auch ein sep. Thermometer zur Information für den Betreiber/Nutzer vorgesehen werden soll. In diesem Fall werden Kosten und Platzreserven für Messtaschen in den Rohrleitungssystemen eingespart.

- Für den Datenaustausch mit den Strom-, Wärmeund Kältemengenzählern ist ein M-BUS aufzubauen.
 Alle Zähler werden NICHT auf die Automationsebene angebunden, sondern sind auf den von der Region Hannover beizustellenden Schnittstellendatenlogger direkt anzuschließen. Siehe auch 6.1.4
- Kipp-/Dreh-Fenster erhalten mit dem Hintergrund einer Raumtemperaturregelung KEINE elektrischen Fensterkontakte.

6.2.11.7 Spezifikationen Feldebene II (Feedbackampel)

- Sofern in dem Bauvorhaben Klassenzimmer ähnlicher Nutzung und Belegung geplant sind und eine Raumlufttechnische Anlage vorgesehen werden soll, ist die Vorsehung von s.g. Feedbackampeln gewünscht. Eine Feedbackampel soll dem Nutzer ein aus funktionaler und ökonomisch-ökologischer Sicht einen Hinweis zum aktuell gewünschten oder ggf. ungewünschten natürlichem Lüftungsverhalten über Fenster und Türen (natürliche Lüftung) geben. Die regelungstechnisch geführte Umschaltung der Feedbackampel richtet sich nach den klimatischen Bedingungen im Außenbereich, da im Sommer bei bestimmten Außentemperaturen der Betrieb einer mechanischen Lüftung aus energetischer Sicht und aus Gründen des Komforts nicht sinnvoll ist. Tendenziell würden sich mit dem Betrieb einer Lüftungsanlage eher höhere Raumtemperaturen einstellen als mit einer reinen natürlichen Lüftung über Fenster. Eine Signalumschaltung ("Fensterlüftung erwünscht" oder "Fensterlüftung unerwünscht") erfolgt immer nur direkt 5 Minuten VOR Beginn der Unterrichtsstunde und ändert sich auch nicht im Laufe einer Unterrichtsstunde.
- Grundsätzlich soll immer ein zentraler Schaltbefehl zur Umschaltung an alle Feedbackampeln, der über dieselbe raumlufttechnische Anlage versorgten Räume, erfolgen. Die daraus resultierenden Räume und die Standorte der Feedbackampeln sind gemeinsam mit dem Projektkoordinator abzustimmen. Es hat sich allerdings die Ausstattung eines jeden Raumes mit Fluranbindung bewährt.
- Die Feedback-Ampel soll möglichst aus Signalleuchten/Komponenten des ohnehin vorgesehenen Schalterprogramms mit geteilter Frontplatte realisiert werden. Sofern eine geteilte Version nicht erhältlich sein sollte, sind zwei Signalgeber vorzusehen. Der Elektrofachplaner sieht dementsprechend ein oder zwei Schalterklemmdosen vor, welche vom Gewerk MSR genutzt werden.



Abbildung 45: Feedbackampel (Muster I)



Abbildung 46: Feedbackampel (Muster II)



Abbildung 47: Anordnung Bedien- und Anzeigeelemente



Abbildung 48: Anordnung der Bedienelemente

Besonderer Hinweis:

Die Feedbackampel kann auch ohne Verwendung einer raumlufttechnischen Anlage zur Anwendung kommen, da das Energieeinsparpotential in den Übergangszeiten, auch beim ausschließlichen Vorhandensein von Raumheizkörpern, gegeben ist.

6.2.11.8 Bauteilanforderungen

6.2.11.8.1 Allgemein

Im Rahmen des vorbeugenden Arbeits- und Gesundheitsschutzes der Region Hannover ist es erforderlich die ATV (DIN 18386 - Gebäudeautomation) gemäß Punkt 0.3.1 (Einzelangaben bei Abweichungen von den ATV) in Bezug auf die Prüfung und Dokumentation ortsfester Betriebsmittel zu berücksichtigen.

Im Rahmen der Prüfdurchführungen ist neben der Erstellung der Messprotokolle auch die Inventarisierung der jeweiligen Prüflinge durchzuführen. Zu diesem Zweck werden der ausführenden Firma entsprechende "Security-Barcodes-Aufkleber" von der Region Hannover kostenlos zur Verfügung gestellt. Neben den "Security-Barcodes-Aufklebern" werden ebenso Prüfplaketten zur Verfügung gestellt, welche nach Abschluss der Messung und einem positiven Messergebnis an dem Prüfling anzubringen ist. Grundsätzlich hat bei den ortsfesten Betriebsmitteln eine 100 %-Prüftiefe zu erfolgen, unabhängig davon ob es sich um eine:

- Messung zur Erstinbetriebnahme,
- Messung nach einer Änderung vor der Wiederinbetriebnahme oder einer
- Messung nach einer Instandsetzung vor der Wiederinbetriebnahme

handelt.

Hierbei ist zu unterscheiden, ob

I. es sich bei dem Leistungsumfang den Auftragnehmers nur um eine Lieferung von anschlussfertigen elektrischen und ortsveränderliche Betriebsmitteln handelt oder

II. es sich bei dem Leistungsumfang um ortsfeste Betriebsmittel handelt.

Zu Fall I reicht die Vorlage einer Lieferbestätigung, wenn der Hersteller oder Lieferant nachweist, dass der gelieferte Gegenstand den Verordnungen zum Geräte- und Produktsicherheitsgesetz entspricht. Dies kann durch eine CE-Konformitätserklärung, in der die Einhaltung der einschlägigen elektrotechnischen Regeln bestätigt wird, erfolgen.

Die Messprotokolle sind immer in elektronischer Form an das Team "11.06 - Team Arbeits- und Gesundheitsschutz" der Region Hannover zur Kenntnisnahme zu schicken.



Abbildung 49: Prüfplaketten-Aufkleber



Abbildung 50: Security-Barcodes-Aufkleber

 Hocheffizienzpumpen sind grundsätzlich nie netzspannungsversorgungsseitig an- und auszuschalten.
 Sofern eine Pumpe von sich aus keine steuerungstechnische Grundausstattung zum externen Ein- und Ausschalten über zu verwendende Eingangskontakte hat, sind die Pumpen stets mit entsprechenden Pumpenbusmodulen "ext. ON/OFF" auszustatten.

6.2.11.8.2 Kennwerte

Keine besonderen Anforderungen.

6.2.11.8.3 Brandschutz

 Keine gesonderten Anforderungen neben den Anforderungen aus dem Brandschutzkonzept oder den A.a.R.d.T.

6.2.11.9 Umfang und Qualität von Berechnungsund Bemessungsinhalten

 Entwurfsplanung – endend
 Es dürfen später aus der Tiefe der Berechnungen, mit Abschluss der Entwurfsplanung, keine grundsätzlichen Änderungen mehr resultieren. Die Dimensionierungen haben so zu erfolgen, dass grundsätzliche Änderungen in der Ausführungsplanung bei unveränderten Planungsgrundlagen vermieden werden. Die autarken und/oder abhängigen regelungs- und steuerungstechnischen Funktionen von Anlagen und Komponenten sowie dessen Schnittstellen zueinander sind umfassend zu beschreiben, damit vor Abschluss der Entwurfsplanung das funktionale Gesamtkonzept für die Region Hannover unmissverständlich erläutert, abgestimmt und vereinbart werden kann. Damit wird bereits in einem frühen Planungsstadium eine Transparenz zum Bedien-, Monitoring- und Störmeldekonzept und damit für die folgenden Leistungsphasen eine erforderliche Kostensicherheit erzielt.

Nr.	Gegenstand	Berechnungs- und Dimensio- nierungstiefe
1.	Funktionsbeschreibung	Funktionsbeschreibung (Funktionen und Einstellungen) gem. DIN EN ISO 16484-3 (siehe auch VOB-C) inkl.:
		 Zeitprogrammen
		Beschreibung von Funktion und Umfang aller Schnittstel- len zu Fremdsystemen
		• etc.
2.	GA-Funktionsliste	GA-Funktionsliste gem. DIN EN ISO 16484-3 bzw. VDI 3814-4 (siehe auch VOB-C)

Tabelle 86: Matrix Berechnungsinhalte LP 3, KG 480 – Gebäudeautomationsanlagen



Ausführungsplanung

Die in der Entwurfsplanung erstellten Berechnungen sind in der Ausführungsplanung zu überprüfen und fortzuschreiben. Grundlegende Veränderungen und Abweichungen zur Entwurfsplanung sind zu dokumentieren und gegenüber dem Projektkoordinator der Region Hannover zu begründen. Es hat eine vollständige Berechnung aller Anlagen/-teile unter Berücksichtigung aller Schnittstellen zu erfolgen.

Nr.	Gegenstand	Berechnungs- und Dimensio- nierungstiefe
1.	Funktionsbeschreibung	Funktionsbeschreibung (Funktionen und Einstellungen) gem. DIN EN ISO 16484-3 (siehe auch VOB-C) inkl.:
		 Darstellung der regeltechnischen Sequenzfunktionen (z.B. als Sequenzdiagramm für die Schaltung: Luftklappen, Heizventil, Kühlventil mit Temperatur- oder Enthalpiedifferenz-Umschaltung)
		 Zeitprogrammen Beschreibung von Funktion
		und Umfang aller Schnittstellen zu Fremdsystemen • etc.
2.	GA-Funktionsliste	GA-Funktionsliste gem. DIN EN ISO 16484-3 bzw. VDI 3814-4 (siehe auch VOB-C)
3.	Datenpunktliste	Datenpunktliste als EXCEL-Datei unter Angabe aller Datenpunkte (physikalisch/virtuell)
4.	Auslegung der hydrauli- schen Stellglieder	Auslegung der hydraulischen Stellglieder (siehe auch VOB-C)
		Bei der Auslegung von Regelventilen ist der Arbeitsbereich von erheblicher Bedeutung. Bei einen Heiz- oder Kühlregister einer RLT-Anlage, bei einem stat. Heizkreis oder dyn. Heizkreis sind die resultierenden Wassermengenauslegungen immer für die Min und MaxBetriebszuständen anzugeben:
		Randbedingungen zum Beispiel bei einem Heizregister für den MaxBetriebszustand: > max. AT: -14°C > ZU: 22°C > AB: 21°C > VL: 70°C > RL: 55°C > P: xx kW > Massenstrom xx kg/h > Ventilautorität: xx

Nr.	Gegenstand	Berechnungs- und Dimensio- nierungstiefe
		Randbedingungen zum Beispiel bei einem Heizregister für den MinBetriebszustand: > min. AT: 15°C > ZU: 20°C > AB: 21°C > VL: 55°C > RL: 45°C > P: xx kW > Massenstrom xx kg/h > Ventilautorität: xx

Tabelle 87: Matrix Berechnungsinhalte LP 5, KG 480 – Gebäudeautomationsanlagen

- Werk- und Montageplanung
- Im Rahmen der Werk- und Montageplanung werden die Planungsinhalte aus der Ausführungsplanung fortgeschrieben, wie z.B. das Erstellen von Aufstellplänen, Schaltplänen, Wärmelastberechnungen für Schaltanlagen, Fertigungszeichnungen, Stücklisten, Einzelteilzeichnungen etc. sowie alle notwendigen Schritte und Dokumentation für den Zukauf von Komponenten. Ferner gehört zu dieser Leistungsphase die Anfertigung von Montage- und Verlegeplänen, welche mit allen für den Einbau der Elemente erforderlichen Angaben und Montagehinweisen zu versehen sind. Hierzu gehört ebenfalls die Beschaffung und Anfertigung von Dokumenten, Stücklisten und Anleitungen etc. (Siehe hierzu auch VOB/C.)
- Revisionsunterlagen / Anlagendokumentation
 Die Revisionsunterlagen und Anlagendokumentationen sind die Fortschreibung aller vorherig abgeschlossenen Leistungs- und Ausführungsphasen.
 Dies betrifft auch die Fortschreibung von Berechnungen aus den Planungsphasen der Fachplaner. Siehe
 ergänzend auch 8.2 (Anlagendokumentation KG 400)

6.2.11.10 Umfang und Qualität von Zeichnungen

 Entwurfsplanung – endend Sinngemäß den Hinweisen aus dem Kapitel Umfang und Qualität von Berechnungs- und Bemessungsinhalten

Nr.	Gegenstand	Berechnungs- und Dimensio- nierungstiefe
1.	Automationsschemata	Automationsschemata gem. DIN EN ISO 16484-3 (siehe auch VOB-C)
2.	BUS-Schemata	 BUS-Schemata: der Gebäudeautomationsstationen und der GLT-Anbindungen der GLT/GA-spezifischen Netzwerkinfrastruktur der Energieerfassungssysteme: Energiemonitoring M-BUS, bzw. Modbus
3.	Grundriss-Installations- plan	Darstellung der Einbauorte der elektrotechnischen Anlagen wie ISP's sowie der Elektroinstallatio- nen und Feldgeräte

Tabelle 88: Matrix Zeichnungen LP 3, KG KG 480 – Gebäudeautomationsanlagen

 Ausführungsplanung
 Sinngemäß den Hinweisen aus dem Kapitel Umfang und Qualität von Berechnungs- und Bemessungsinhalten.

Nr.	Gegenstand	Berechnungs- und Dimensio- nierungstiefe
1.	Automationsschemata	Automationsschemata gem. DIN EN ISO 16484-3 (siehe auch VOB-C)
2.	BUS-Schemata	 BUS-Schemata: der Gebäudeautomationsstationen und der GLT-Anbindungen der GLT/GA-spezifischen Netzwerkinfrastruktur der Energieerfassungssysteme: Energiemonitoring M-BUS, bzw. Modbus
3.	Übersichtspläne	Alle technischen Anlagen und Geräte z.B. ISP's, Schaltge- rätekombinationen, Verteiler, Rangierverteiler etc.
4.	Grundriss-Installations- plan	Darstellung der Einbauorte der elektrotechnischen Anlagen wie ISP's sowie der Elektroinstallatio- nen und Feldgeräte, Buskompo- nenten, Feldverstärker etc.

Tabelle 89: Matrix Zeichnungen LP 5, KG 480 – Gebäudeautomationsanlagen

• Werk- und Montageplanung

Nr.	Gegenstand	Berechnungs- und Dimensio- nierungstiefe
1.	Automationsschemata	Automationsschemata gem. DIN EN ISO 16484-3 (siehe auch VOB-C)
2.	BUS-Schemata	 BUS-Schemata: der Gebäudeautomationsstationen und der GLT-Anbindungen der GLT/GA-spezifischen Netzwerkinfrastruktur der Energieerfassungssysteme: Energiemonitoring M-BUS, bzw. Modbus
3.	Elektrische Anschluss- und Übersichtspläne	Alle technischen Anlagen und Geräte z.B. ISP's, Schaltge- rätekombinationen, Verteiler, Rangierverteiler etc.
4.	Grundriss-Installations- plan	Darstellung der Einbauorte der elektrotechnischen Anlagen wie ISP's sowie der Elektroinstallatio- nen und Feldgeräte, Buskompo- nenten, Feldverstärker etc.
5.	Visualisierungsansichten	Anlagenbilder unter Angabe aller erforderlichen Einblend- punkte, Menüs, Schalt- und Be- dienelemente, Messwerte etc.

Tabelle 90: Matrix Zeichnungen LP 8, KG 480 – Gebäudeautomationsanlagen

 Revisionsunterlagen / Anlagendokumentation Sinngemäß den Hinweisen aus dem Kapitel Umfang und Qualität von Berechnungs- und Bemessungsinhalten.

Aufgaben für Planung und Errichtung KG 500

7.1 Allgemein

Dieses Kapitel definiert Standards zum Themenkomplex der Kostengruppe 500 gem. DIN 276. Wie in allen vorherigen Kapiteln auch, werden Hinweise zu allgemeinen konzeptionellen Rahmenbedingungen, aber auch zu konkreten technischen Bauteilanforderungen oder Ausführungen gegeben. Die DIN 276 vollzieht dabei die Themenabgrenzung nach folgenden Schwerpunkten, außerhalb des eigentlichen Bauwerks:

- 510 Erdbau
- 520 Gründung, Unterbau
- 530 Oberbau, Deckschichten
- 540 Baukonstruktionen
- 550 Technische Anlagen
- 560 Einbauten in Außenanlagen und Freiflächen
- 570 Vegetationsflächen
- 580 Wasserflächen
- 590 Sonstige Maßnahmen für Außenanlagen und Freiflächen

7.2 Konzepte

Im Rahmen der Planung sind verschiedene Teilkonzepte zu erarbeiten, welche in einem Gesamtkonzept, unter Bezugnahme und Sortierung der Kostengruppen, zu erstellen ist. Ein Erläuterungsbericht und zeichnerische Darstellungen sind dabei feste Bestandteile. Im Gesamtkonzept sind auch notwendige Maßnahmen zur Berücksichtigung des Klimaanpassungskonzeptes und der Nachhaltigkeitskriterien der Region Hannover zu berücksichtigen. Da die Region Hannover sowohl Büround Verwaltungsbauten, als auch Bildungsbauten und Beherbergungsstätten betreibt, saniert bzw. neu errichtet, ist auch hier auf die speziellen Anforderungen und Bedarfe der Nutzer, im Kontext der Außenanlagenplanung und Ausführung, einzugehen.

7.2.1 Konzept - Objekttyp "Büro und Verwaltung"

Die Büro- und Verwaltungsgebäude der Region Hannover stehen vorwiegend in einem öffentlichen Blickfeld und übernehmen damit eine Vorbildfunktion. Dies ist nicht nur auf gebäudeenergetische oder architektonische Gesichtspunkte zu übertragen, sondern auch auf den umliegenden Außenraum. Die architektonische Gestaltung soll als in sich verwobene Einheit begriffen und erlebbar werden. Somit ist bereits zu Beginn der Planung ein enger Bezug zwischen Innen und Außen herzustellen und in das Konzept einfließen zu lassen. Dabei spielen die nachhaltige Gestaltungsqualität und

Ästhetik eine bedeutende Rolle, die in einer interdisziplinären Konzeption – durch engen fachlichen Austausch zwischen Region Hannover, Architektenteam und Landschaftsarchitekt - zu berücksichtigen sind.

7.2.2 Konzept Objekttyp "Bildungsbauten und Beherbergungsstätten"

Auch die Bildungsbauten und Beherbergungsstätten stehen in einem besonderen öffentlichen Blickfeld. Neben der funktionalen und architektonischen Bedeutung der Gebäude nehmen hier die Freiflächen besondere Aufgaben wahr. Einerseits sollten sie möglichst in gestalterischem Kontext zum Hochbau, einladend und freundlich wirken und eine öffentliche Repräsentanz übernehmen. Andererseits dienen sie faktisch als Aufenthaltsbereich für die Nutzerinnen und Nutzer zu Seminaren und in Weiterbildungs- und Pausenzeiten. Sie stellen somit einen geschützten Raum für Spiel, Sport, Kommunikation und Ruhe dar. Aufgrund dessen wird Wert auf eine angemessene Gestaltungsqualität unter Einbindung optimaler Funktionalität gelegt. Dies ist bereits in der Konzeption durch die enge Zusammenarbeit der Fachplanungen zu berücksichtigen.

7.3 Klimaanpassungs- und Nachhaltigkeitskonzept

Gemäß "Klimaanpassungskonzept für die Region Hannover" sind zukünftig häufiger Sturm- und Starkregenereignissen sowie extreme Hitzetagen zu erwarten. Strategien bzw. bautechnische Lösungen für den Außenbereich, die die lokalen Auswirkungen des Klimawandels vermindern können, sind zu erarbeiten und abzustimmen. Die Berücksichtigung möglicher Klimaanpassungsmaßnahmen könnten sein:

- Befeuchtungsanlagen zur adiabatischen Kühlung von Außenanlagen
- Maßnahmen zur Dach- und Fassadenbegrünung am und auf Gebäuden
- Errichtung von Cooling Areas, wie z.B. Orte wie Splash Pads, Sonnensegel, Pergolen
- · Maßnahmen zur Straßen- und Hofbegrünung
- Entsiegelung von Flächen um die natürliche Kühlfunktion des Bodens zu nutzen
- Entsiegelung von Flächen um die Wasseraufnahmeund Speicherkapazität zu erhöhen
- Entsiegelung von Flächen zur Regeneration der Grundwasserstände

- Schaffung von Verdunstungsflächen, beispielsweise durch Anlage von Wasserflächen oder klimaangepasster Multifunktionsflächen
- Schaffung von Schutzbarrieren, beispielsweise durch Aufkantungen, Schwellen, Dammbalkensysteme oder Rinnen/Gräben zum Schutz vor eindringendem Wasser bei Starkregen
- Maßnahmen zur Verhinderung von Rückstau aus dem Kanalnetz, beispielsweise Abwasserhebeanlagen, Rückstauverschlüsse
- Schaffung dezentraler Auffangmöglichkeiten zur Zwischenspeicherung von Regenwasser, beispielsweise durch unterirdische Speicherbecken, Regenwasserzisternen, sowie von Versickerungsgruben, Sickerschächte und Rigolen.

7.3.1 Objektschutz und bauliche Vorsorge bei Starkregenereignissen

Um zielgerichtete Maßnahmen abstimmen und Entscheidungen treffen zu können, ist es erforderlich, dass eine Ermittlung und Bewertung der Risiken durchgeführt wird. Hierbei sind die nachfolgenden Parameter zu berücksichtigen:

- · Grundsätzliche Gefährdungsabschätzung
- Mögliches Überflutungsrisiko
- Mögliches Schadenspotential

Bei einer Risikobewertung ist es notwendig, sowohl das Ausmaß der örtlich variierenden Überflutungsgefährdung als auch den hierdurch potenziell verursachten Schaden für Objekte im Außenbereich als auch für die im Gefahrenbereich befindlichen Gebäude zu beziffern. Im Rahmen der Erstellung von Gefährdungsbetrachtungen ist eine qualitative Einordnung des Themas erfor-

derlich. Hierbei ist zu betrachten, ob eine vereinfachte Berücksichtigung ausreichend ist, da z.B. bereits im Rahmen einer Neubauplanung entsprechende zentrale Infrastrukturanlagen eines Gebäudes, z.B. Niederspannungshauptverteilung, in höhergelegene Ebenen verortet wurden oder ob auf eine differenziertere Berücksichtigung zurückgegriffen werden muss. Dies ist in der Regel bei Sanierungsmaßnahmen oder auch bei etwaigen Temporärnutzungen, z.B. durch Katastrophenschutzstellen etc., erforderlich.

Auch Gefahrenquellen wie Kellerfenster oder Fensterschächte sind zu berücksichtigen.

Ursachen für Rückstau können dabei auch Durchwurzelungen von Grundleitungen auf den eigenen Grundstücken sein.

Die Ermittlung der Niederschlagsmengen und Risiken sind mit den zuständigen Stellen der Städte und Gemeinden, z.B. Stadtentwässerung, abzustimmen.

Übergeordnete und Kostengruppenübergreifender Hinweis:

Je nach Maßnahmenausmaß zur Abwendung von Gefahren sind auch organisatorischen Maßnahmen festzulegen, wie z.B.:

- · Abstimmung mit Rettungs- und Einsatzkräften
- Absprache und Zusammenarbeit mit benachbarten Feuerwehren
- Erstellung von Alarm- und Einsatzplänen sowie Einrichtung von Bereitschaftsdiensten
- Benennung eines örtlichen "Überflutungsschutzbeauftragten" (mit Koordinierungsbefugnis und als zentraler Ansprechpartner)



7.4 Entwässerungs- und Niederschlagswassermanagement

7.4.1 Konzeptionell

Da der Erhalt des Wasserhaushaltes (Grundwasser) und die Stadtkühlung und damit die Verdunstung von Oberflächen- und Niederschlagswasser Ziele eines Niederschlagswasser-Managements darstellen, ist mit der LPH 2 ein Niederschlagswassernutzungs- und Versickerungskonzept zu erstellen. Dies ist im Rahmen der LPH 2 mit der Fachplanung KG 411 – Abwassertechnik integral abzustimmen, zu planen und in den nachfolgenden Leistungsphasen fortzuschreiben. Siehe hierzu auch das entsprechende Kapitel "KG 411 Abwasseranlagen – Konzeptionell" dieses Handbuches.

Ziel ist ein möglichst nachhaltiger Umgang mit anfallenden Niederschlagswasser in der Freianlage, bzw. die Nutzung vom im Gebäude ggf. anfallenden fäkalienfreiem Abwasser (Grauwasser). Dabei könnten anfallende Grauwässer aus Trinkwasser-Spülstation o.ä. genutzt werden. Diese Wässer sind zur Nutzung in Außenanlagen-Bewässerungssystemen uneingeschränkt geeignet und dienen damit dem nachhaltigen Umgang mit Trinkwasser.

Ein weiterer Aspekt des Niederschlagswassernutzungsund Versickerungskonzeptes ist es, das Maß der Einleitung von Niederschlagswasser in das öffentliche Netz auf das geringst mögliche Maß reduziert oder es sogar komplett auszuschließen. Da Kanalnetze im öffentlichen oder auf privaten Baugrund nicht für urbane Starkregenereignisse ausgelegt sind, ist es erforderlich, auch im Sinne des Anlagen- und Objektschutzes, entsprechende Vorkehrungen zu treffen.

Darüber hinaus ist das Vorsehen von Zisternen ein weiterer Baustein einer naturnahen Regenwasserbewirtschaftung. Zisternen tragen ebenfalls zur Verringerung des Abflussaufkommens bei Starkregen und damit zur Vermeidung von Überlastungen der Kanalisation bei. Zur Schonung des öffentlichen Trinkwassernetzes und aus Gründen der Nachhaltigkeit, insbesondere während sommerlicher Trockenperioden, ist auf die Nutzung von Zisternen zurückzugreifen. Das gespeicherte Wasser soll zur Außenanlagenbewässerung genutzt werden.

Die bestehenden bauordnungsrechtlichen Anforderungen zu möglichen Einleitbeschränkungen (Niederschlagswasser-Rückhaltevolumen etc.) gem. Entwässerungsgesuch und NBauO sind dabei immer nur als "mindestens" einzuhaltende Anforderungen zu verstehen. Dies gilt insbesondere in innerstädtischen Bereichen. Siehe auch: Arbeitsblatt DWA-A 138 - Planung, Bau und Betrieb von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser.

Das Klimaanpassungskonzept der Region Hannover findet unter diesen Rahmenbedingungen entsprechende Berücksichtigung.

7.4.2 Entwässerungen Gebäudeeintritte

Alle nach außen führenden Türen, bodentiefen Fenster der Gebäude und Tore sind mittels ausreichend dimensionierten Rinnenbaukörpern gegen eindringendes Wasser zu sichern. Die Rinnen sind idealerweise so auszuführen, dass die Versickerung anfallenden Regenwassers auf dem Gelände erfolgt. Nur in technisch begründeten Fällen sollen die Rinnenbaukörper an die Grundleitungen angeschlossen werden.

Die Belastungsklassen sind entsprechend der Nutzung vorzusehen

Auf Außengeländen und den befestigten Außenflächen ist die Entwässerung mittels Pflasterrinnen, Hofeinläufen und Straßeneinläufen (Klasse B-D, je nach Belastungsbereich) sicherzustellen.

7.4.3 Wasserrückhaltung (Wasserretention) und Versickerung

Bei der Wasserrückhaltung (Wasserretention) wird das Niederschlagswasser verzögert an das öffentliche Netz abgegeben. Bei der Versickerung wird Niederschlagswasser über die Bodenoberflächen in den Untergrund eingebracht. Sofern vorhandene Böden versickerungsfähig sein sollten, ist abzustimmen in welcher Form die Versickerung erfolgen kann. Dabei sind verschiedene Versickerungsmöglichkeiten zu untersuchen und zu erarbeiten:

- Durchlässige Beläge
 Kann die Größe der befestigten Flächen nicht reduziert werden, soll über Materialauswahl, beispielsweise ein wasserdurchlässiger Belag, der Versiegelungsgrad verringert werden. Hierbei spielen jedoch Faktoren wie Art der Flächennutzung sowie notwendige Barrierefreiheit eine wichtige Rolle.
- Flächenversickerungen (Rasen/Wiesenflächen)
- Mulden, Gräben, Mulden-Rigolen
 Sind ausreichend Grünflächen auf dem Gelände verfügbar, kann z.B. eine direkte Entwässerung in die Rasen- bzw. Pflanzflächen erfolgen. Die Grünflächen können als Mulden ausgebildet werden, die sowohl zur Versickerung als auch zur Retention verwendet werden können. Zugleich wird das Regenwassermanagement optisch sichtbar gemacht.

Weitere optische Sichtbarmachung kann beispielsweise eine Integration des Managements in Spielbereiche sein.

- Rigolen Rigolen eignen sich bei entsprechenden Bodenverhältnissen dazu, eine vollständige Versickerung der Niederschlagsabflüsse, zu ermöglichen.
- Teichanlagen
- Dachbegrünungen

Zur Reduzierung des Abflussbeiwertes Cs (je geringer dieser Quotient ist, umso besser) werden folgende Beiwerte für unbefestigte und befestigte Flächen empfohlen. Diese Ansätze sind im Rahmen der Planung zu konkretisieren

- · Naturdächer 0,4
- extensivbegrünte Dächer ab 10 cm Aufbauhöhe 0,3
- Kiesflächen 0,3
- Schotterflächen 0,3
- Solargründächer 0,2
- Retentionsdächer 0,10-0,17
- Rasengittersteine 0,3
- · wassergebundene Wegedecke 0,5
- Dränpflaster 0,4 0,5

Folgende Punkte sind ergänzend zu klären und abzustimmen:

- Ist der vorhandene Boden versickerungsfähig? (-> Verwendung von Bodengutachten)
- Kann die Versiegelung von bestehenden Flächen reduziert werden?
- Sind die geplanten befestigten Flächen für die geplante Nutzung notwendig?
- Wie viel Grünfläche ist verfügbar?
- Kann und soll eine Niederschlagswasserrückhaltung optisch sichtbar sein?
- Ist bei Sanierungen eine nachträgliche Dachbegrünung möglich (Statik)?

7.4.4 Wasserspeicherung

Die Wasserspeicherung hat mit der Wasserrückhaltung gemeinsam, dass sie das öffentliche Netz von Niederschlagswasser entlasten. Bei der Wasserspeicherung wird das Niederschlagswasser langandauernd festgehalten und bei entsprechendem Bedarf an die Vegetation weitergegeben.

7.4.4.1 Zisternen

Im Niederschlagswassernutzungs- und Versickerungskonzept ist die Vorsehung von zwischengeschalteten Zisternen zur Sammlung des anfallenden Niederschlagswassers von den Dächern zu berücksichtigen.

Dabei ist bilanziell der Bedarf an Bewässerungswasser und zu erwartendem Niederschlagswasser die Grund-

lage der Bemessung der Zisternenanlage/n. Das spezifische Speichervolumen je angeschlossener Fläche ist anzugeben [m³/m²]. Das Zisternenwasser soll z.B. für die Bewässerung von Pflanzbeeten, Grünflächen und Baumbeständen verwendet werden. Eine Niederschlagswassernutzung zu Versorgung von Sanitäranlagen ist nicht vorzusehen. Es gibt verschiedene Arten von Zisternen. Auch bauliche Kombizisternen mit oben gelegenem Retentionsvolumen und unten gelegenem Nutzvolumen können vorgesehen werden. Die Filtertechniken (Stufenfilterungen als Zisternenfilter, Erdeinbaufilter, Retentionsfilter etc.) sind so zu wählen, dass diese auch bei Starkregenereignissen noch eine gute Abscheidewirkung aufweisen. Es ist von einer "schwimmenden Entnahme" des Niederschlagwassers aus der Zisterne auszugehen. Auf die Vorsehung von Reinigungs-, Wartungs- und Inspektionsschächte, sowie auf die Nachhaltigkeit der zu verbauenden Materialität ist zu achten.

Folgende Punkte sind ergänzend zu klären und abzustimmen:

- Bestehen Flächen zur Umsetzung einer Zisternenanlage?
- Welche Anforderungen bestehen hinsichtlich einer möglichen Befahrbarkeit? (Rettungs- und Einsatzdienste, Pflegebefahrung für Baumschnitte etc.)
- Wo befinden sich Pumpstationen?

7.4.5 Bewässerung

Pflanzen haben oft mit extremen Umständen zu kämpfen. Insbesondere der durch Umwelteinflüsse zustande kommende Stress belastet Pflanzen zunehmend stark und sollte zu dessen Wohl auf ein Minimum reduziert werden. Diese Umwelteinflüsse sind z.B. Salzgehalt im Boden, extremen Lufttemperaturen, Defizite an Nährstoffen, Überwässerung oder Zuführung von zu wenig Wasser.



Bei Stress durch Trockenheit ist es elementar, die Pflanze vor dem Austrocknen zu beschützen und dabei gleichzeitig die Photosynthese aufrechtzuerhalten. Zur Sicherstellung dieser Bedürfnisse ist eine sachgerechte und technisch unterstützte Bewässerung, kombiniert mit einer vegetationstechnisch fachgerechten Ausführung sowie klimatisch tauglichen Pflanzen, notwendig. Diese sichert nachhaltig und ressourcenschonend das Bestehen der Pflanzen.

Im Rahmen der Planung sind Art und Umfang der Bewässerung zu erarbeiten und abzustimmen. Hierbei sind mindestens folgende Systeme in Betracht zu ziehen:

- · Flächenberechnungssysteme / Regner
- · Vollkreis- und Flächenregner
 - Sektorenregner
 - Versenkregner
 - Beregnungsschläuche
 - Sprinklerschläuche
- Tropfbewässerungssysteme (druckkompensiert)

Wasserzapfstellen für Schlauchanschlüsse sind mit Kaltwasser außerhalb der Gebäude so anzuordnen, dass mit Schläuchen mit einer Länge von max. 50 m alle Bereiche ausgespritzt werden können. Die Einzelanschlussleitungen sind mind. mit Querschnitt DN 20 auszuführen. Zapfstellen und Kaltwasserleitungen in frostgefährdeten

Bereichen müssen bis zur jeweiligen Unterverteilung (für den Winter) entleerbar sein. Die Erdarbeiten sind zu berücksichtigen.

Im Sinne eines sparenden Umganges mit Personal- und Wasserressourcen wird die Tropfbewässerung als sehr geeignete Bewässerungstechnik angesehen. Diese ist in fast allen Bereichen, egal ob überirdisch oder unterirdisch einsetzbar. Die Tropfbewässerung kann im Gegensatz zu konventionellen Regnersystemen bis zu 80 % Wasser einsparen. Die Vorsehung einer zweckmäßigen Steuerungsautomatik ist zu berücksichtigen.

Folgende Punkte sind ergänzend zu klären und abzustimmen:

- Welche mobilen Bewässerungssysteme und Schlauchverlegungen sind noch zusätzlich notwendig?
- Anzahl an Zapfstellen für mobile Bewässerungssysteme?
- · Frostbeständigkeit und Entleerungsmöglichkeiten?
- · Lagerung von Bewässerungs- und Pflegezubehör?

Wie auch bei der Pflanzenpflege sind neben den ökologischen Aspekten auch die ökonomischen Rahmenbedingungen, beispielsweise die zeitlichen Kapazitäten und das vorhandene Fachwissen der Pflegekräfte, zu berücksichtigen.



7.5 Gebäudezugänglichkeit

Sauberlaufzonen sind möglichst schon im Außenbereich vorzusehen, um eine geregelte 3-Zonen-Sauberlaufabfolge zu erreichen. Im Außenbereich sind Reinstreifmatten mit Mattenrahmen oder Rosten-Systeme (z.B. Maschenweite 30/10) mit ausreichend dimensionierten Schmutzfangwannen mit Wannenablauf (Schneematsch und Niederschlagswasser) vorzusehen. Die Abmessungen einzelner Matten sollten nicht größer als ca. 2,00 x 1,50 m sein. Die für den Grobschmutz zuständige Zone 1. liegt im Außenbereich. Die nach folgenden Zonen sind im Innenraum anzuordnen:

2. Zone: Feinschmutz und Feuchtschmutz3. Zone: Restfeuchtigkeit und Restschmutz

Im Rahmen der Planung ist abzufragen, ob und in welchen Umfang Materialanlieferungen über die zu planenden Laufzonen erfolgt. Hierbei sind statische Voraussetzungen, z.B. bei Befahrung mit Gabelhubwagen (Palettenwagen), Transportwagen o.ä. zu beachten. Auf eine leichte Reinigung der Matten und Schmutzfangwannen ist zu achten.

Die Zweckmäßigkeit uns Ausprägung eines Vordaches ist im Rahmen der LPH 2 abzustimmen.

7.6 Bepflanzungen, Biodiversität und Naturschutz 7.6.1 Allgemein

Eine grüne und natürliche Vegetation hat Erholungsqualität. Je nach Flächengröße, Standort und Gestaltungskonzept ist für jedes Objekt eine angemessene Bepflanzung zu erarbeiten, wobei die Vorteile der Begrünung zum Maximum auszunutzen sind. Pflanzen verwerten das Regenwasser, kühlen die Luft durch Verdunstung, bieten Schatten im Sommer und lassen die Sonne im Winter durch. Darüber hinaus bieten Pflanzen Habitat und Nahrung für die Tierwelt.

Das ökologische Ziel soll es sein, sinnvolle Pflanzengemeinschaften zu bilden, die sich zum einen das Leben nicht gegenseitig schwer machen und zum anderen den zur Verfügung stehenden Standort gut nutzen können. Einer der wichtigsten Einflussfaktoren auf die Entwicklung ist dabei der Boden. Hierbei wird zwischen dem Oberboden, Unterboden und der Vegetationstragschicht, beziehungsweise dem Substrat, unterschieden.

Das Kapitel Umwelt- und Tierschutzrichtlinien ist zu beachten.

Neben den ökologischen Aspekten sind im Rahmen der Planung aber auch die ökonomischen Rahmenbedingungen, beispielsweise die zeitlichen Kapazitäten und das vorhandene Fachwissen der Pflegekräfte, zu berücksichtigen.

7.6.2 Bestandserhaltung und Biodiversität

Der Wert der bestehenden Grünflächen und Pflanzen, insbesondere Bäume, ist objektbezogen zu prüfen und zu berücksichtigen. Der Erhalt und Schutz gesunder Bäume muss frühzeitig abgestimmt werden, insbesondere unter Beachtung der Baustelleninfrastruktur und späterer Verkehrswege. Sollten Rodungen unausweichlich sein, sind die Angaben nach BNatSchG sowie kommunale Vorschriften zu berücksichtigen. Es ist zudem zu prüfen, ob eine Baumschutzsatzung gilt.

Insbesondere die Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Biodiversität ist erklärtes Ziel bei der Gestaltung von Grünanlagen. Die Region Hannover hat aus diesem Grund bereits am 24.08.2017 eine "Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen zur Erhöhung der Biodiversität in der Region Hannover" herausgegeben. Die Region Hannover setzt sich demnach als Unterzeichnerin der Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen" als auch mit dem Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt" für den Erhalt und die Verbesserung der Artenvielfalt im Regionsgebiet ein. Hierzu unterstützt die Region Hannover durch die Gewährung von Zuschüssen Maßnahmen, die sich positiv auf den Arten- und Biotopschutz in der Region Hannover auswirken.

Neben der Pflege der heimischen Arten ist im Rahmen der Planung ebenbso das Entfernen von bereits eingewandertenPflanzen(Neophyten) in Erwägung zu ziehen. Diese invasiven Arten können durch ihre Verdrängungspotentiale heimische Pflanzen und dadurch heimische Tierarten verdrängen. Dabei soll es nicht die Aufgabe des Planungs- und Umsetzungsprozesses sein, gebietsfremde Arten aus ideologischen oder gesundheitlichen Gründen zu bekämpfen. Es ist vielmehr im Rahmen der Planung auf Vorsorgemaßnahmen zu achten, um weitere Auswilderung von Neobiota zu vermeiden.

Die Invasivitätsbewertungen des Bundesamtes für Naturschutz (BfN), die in den sogenannten Weißen, Grauen und Schwarzen Listen dargestellt sind, bieten eine gute Grundlage für Handlungskonzepte im Umgang mit invasiven Neobiota. www.bfn.de

Beachtung §40 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) In der freien Natur bedarf es beim Ausbringen von Pflanzen der Genehmigung, wenn eine Art in dem betreffenden Gebiet nicht oder seit 100 Jahren nicht mehr vorkommt.

7.6.2.1 Saatgut – Herkunft und Qualität

Bei der Wahl von Saatgut ist auf regionale Saaten zu achten. Insbesondere gibt die Wahl der Produktionsräume keinen Aufschluss über die Herkunft der ursprünglichen Pflanzen (Ursprungsgebiet). Für die Region Hannover

kann sowohl Saatgut mit der Herkunft "Oberes Weser- und Leinebergland" wie auch "Nordwestdeutsches Tiefland" verwendet werden. Beispiele mögliche Bezugsquellen für regionales Saatgut: www.rieger-hofmann.de und www.saaten-zeller.de

7.6.3 Pflanzungen

Bei Neupflanzungen sind indigene, robuste und stadtbzw. landschaftstypische Pflanzen zu bevorzugen. Im innenstädtischen Bereich ist Stadtklimatoleranz eine wichtige Eigenschaft. Eine hohe Diversität in Pflanzungen bedeutet meistens einen höheren ökologischen Wert und gleichzeitig eine bessere Anpassungsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel. Invasive und sich stark vermehrende Pflanzenarten sind zu vermeiden. Die Invasivitätsbewertungen des Bundesamtes für Naturschutz (BfN), die in den sogenannten Weißen, Grauen und Schwarzen Listen dargestellt sind, bieten eine gute Grundlage für Handlungskonzepte im Umgang mit invasiven Neobiota.

Bei der Pflanzenauswahl ist u.a. auf folgendes zu achten:

- Standortgerechtigkeit (Lichtverhältnisse, Bodenbeschaffenheit, Mikroklima, Platzbedarf, Wasserhaushalt)
- Ökologischer Wert (Diversität)
- · Ästhetik (in unterschiedlichen Jahreszeiten)
- Pflegebedarf
- zeitlichen Kapazitäten und vorhandenes Fachwissen der Pflegekräfte
- · Anfälligkeit zur Krankheiten bzw. Schädlinge

Alle Gehölze sind mit einer fachlich der Pflanzengröße angemessenen Verankerung zu versehen. Für Bäume und Solitärsträucher in unbefestigten Flächen sind so zu setzen, dass Gießwasser nicht abfließen kann und ausreichend Zeit bekommt, in den Boden einzudringen. Dazu ist um die Gehölze ein sogenannter Gießring anzulegen, der mithilfe des ausgehobenen Bodens ausrechend hoch aufgehäufelt wird. Kunststoffringe oder Wassersäcke können alternativ helfen die Pflanzen ausreichend mit Wasser zu versorgen, sind aber nur in Ausnahmefällen bei besonderer Erfordernis vorzusehen.

Um zu verhindern, dass parkende Fahrzeuge, Pflegerasenmäher oder Einsatzfahrzeuge den Boden um die Baumscheibe verdichten oder den Stamm beschädigen, sind nach Erfordernis Pflöcke, Bügel oder Abdeckplatten vorzusehen.

In Schulen ist darüber hinaus zu bedenken, dass keine giftigen Pflanzen verwendet, bzw. keine stacheligen, dornigen Pflanzen in Spiel- und Bewegungsbereiche gepflanzt werden.

Es wird auf die Internetseiten der "Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung - DGUV" hingewiesen. Hier werder entsprechende Information umfänglich zur Verfügung gestellt, www.sichere-schule.de

Das Kapitel Umwelt- und Tierschutzrichtlinien ist zu beachten. Hier werden Hinweise vom Fachbereich Umwelund Stadtgrün der Region Hannover zu Gehölzen gemacht: "Bäume und Sträucher für Hannover – Vorschläge für Ersatzpflanzungen". Ergänzend wird auf die "Biodiversitätsstrategie" der Region Hannover hingewiesen

7.6.3.1 Rasenbauarbeiten

Die notwendigen Rasentypen sind abhängig von der Beanspruchung und dem Pflegeanspruch und dem ökologisch / technischen Nutzen auszuwählen.

In der Regel wird als Standardrasen der Gebrauchsrasen RSM 2.3 gewählt. Die Saatgutmischungen sind qualitativ nach RSM/FLL (RSM- Regel-Saatgut-Mischung) mit der höchsten Eignungsstufe einzuordnen.

0berkategorie	Allgemeiner Pflegeanspruch
RSM 1	hoch bis sehr hoch
RSM 2	sehr gering bis hoch
RSM 3	mittel bis hoch
RSM 4	mittel bis sehr hoch
RSM 5	gering bis mittel
RSM 6	gering

Tabelle 91: Rasenoberkategorien und Pflegeanspruch



Oberkategorie	Unterkategorie/Rasentyp
RSM 1	- RSM 1.1.1 Zierrasen Edel - RSM 1.1.2 Zierrasen Fein
RSM 2	 RSM 2.1 Gebrauchsrasen Standard RSM 2.2 Gebrauchsrasen in Trockenlagen RSM 2.2.2 Gebrauchsrasen in extremen Trockenlagen RSM 2.3 Spielrasen Gebrauchsrasen RSM 2.4 Gebrauchsrasen mit Kräutern
RSM 3	- RSM 3.1 Sportrasen Neuanlage Sportstätten - RSM 3.2 Sportrasen Regeneration
RSM 4	 RSM 4.1 Golfrasen Grün RSM 4.2 Golfrasen Vorgrün RSM 4.3 Golfrasen Abschlag RSM 4.4 Golfrasen Spielbahn RSM 4.5 Golfrasen Halbrauh / Semirough RSM 4.6 Golfrasen Verbindungswege
RSM 5	- RSM 5.1 Parkplatzrasen
RSM 6	- RSM 5.1 Parkplatzrasen
RSM 7	 RSM 7.1.1 Landschaftsrasen Standard ohne Kräuter RSM 7.1.2 Landschaftsrasen Standard mit Kräutern RSM 7.2.1 Landschaftsrasen in Trockenlagen ohne Kräuter RSM 7.2.2 Landschaftsrasen in Trockenlagen mit Kräutern RSM 7.3.1 Landschaftsrasen in Feuchtlagen ohne Kräuter RSM 7.3.1 Landschaftsrasen im Halbschatten ohne Kräuter
RSM 8	 RSM 8.1.1 Artenreiches Biotop RSM 8.1.2 Biotopmischung für magere Standorte RSM 8.1.3 Biotopmischung für besonders magere Standorte RSM 8.1.4 Biotopmischung Schatten und

Tabelle 92: Rasenkategorien

7.6.3.2 Substrate

Das Substrat ist das Bodenmaterial, auf dem die Pflanzen wachsen. Es wird von den Wurzeln durchdrungen und soll entsprechenden Halt bieten. Die Auswahl des passenden Substrats hat einen erheblichen Einfluss auf das Wachstum der Pflanzen. Es gibt dabei erhebliche Unterschiede bei den möglichen Verwendungen und Eigenschaften, wie z.B.:

Halbschatten-lagen

- Sondervegetationssubstrate f
 ür Schilfe, Teiche, Moorbeete oder Trockenstauden
- Substrate für technische Vegetationsräume für intensive und extensive Dächer, Garagen, Rigolen, Großtröge, Rasengittersteine, Rasenfugen, Atrien, Innenraumbegrünungen etc.

Die Eigenschaften von Substraten hängen von den einzelnen Bestandteilen ab, welche im Rahmen der Planung beschrieben und mit einem technischen Datenblatt / Boden- bzw. Substratsteckbrief beschrieben werden müssen. Die Nachweise sollen folgende allgemeinen und bodenphysikalischen Angaben enthalten:

1110	inch and boachphysikansene	ii / iiigabeii eiitiiaiteii.
•	Verkehrsname/Handelsname	[/]
•	Körnung/Korngröße	[mm]
•	Größtkorn	[mm]
•	Überkorn 8/32 mm	[Masse-%]
•	Sieblinie, Kornverteilung	[Masse-%] / [Band xy]
•	Schlämmkorngehalt	[Masse-%]
•	Sandkorngehalt	[Masse-%]
•	Fein- und Mittelkies	[Masse-%]
•	Frostsicherheit	[Masse-%]
•	Frostempfindlichkeit	[Masse-%]
•	Volumengewicht	[g/cm³]
•	Volumengewicht bei	[g/cm³]
	max. Wasseraufnahme	
•	Gesamtporenvolumen	[Vol%]
•	Luftkapazität	[Vol%]
•	Wasserkapazität	[Vol%]
•	Wasserkapazität max.	[Vol%]
•	Wasserdurchlässigkeit	[mm/min]
•	pH-Wert	[/]
•	Salzgehalt	[mg/g]
•	Kalkgehalt	[Masse-%]
•	Lösliche Nähstoffe	[mg/g]
•	Anteil organischer Substanz	[Masse-%]
•	Anteil keimfähiger Pflanzent	eile [Vol%]

Im Rahmen der LV-Erstellung ist zu den Substraten die Vorlage von Eignungsprüfungen auszuschreiben. Diese Vorlage hat vom Lieferanten und vor der Lieferung bzw. vor dem Einbau zu erfolgen. Nach Lieferung bzw. Einbau ist eine abnahmerelevante Kontrollprüfung vom zuständigen FBT durchzuführen.

Die Verwendung von Torf ist grundsätzlich und in jede Art untersagt.

Durch den Torfabbau werden jahrhundert- bis jahrtausendalte Moore zerstört und mit ihm der Lebensraum für viele Pflanzen und Tiere. Auch fürs das Klima ist der Torfabbau nachteilig, da durch die Entwässerung der Feuchtgebiete CO2 entweicht und ein wertvoller Speicher für das Treibhausgas entfällt.

Ergänzend steht die etwaige Verwendung von Torf unc torfhaltigen Materialien den Klimaschutzaktivitäten (Renaturierungsmaßnahmen) der Region Hannover entgegen.

7.6.4 Gründächer

Bei Neubau ist grundsätzlich die Umsetzung von begrünten Dächern vorzusehen. Dabei sind die gewünschten Abflussbeiwerte des Niederschlagswassermanagements zu berücksichtigen. Zwischen folgenden

Gründachmodellen ist abzuwägen:

- Naturdächer
- · extensivbegrünte Dächer
- intensivbegrünte Dächer
 (z.B. Dachgärten mit Stauden und Sträuchern)
- Solargründächer
- Retentionsdächer

Im Sinne eines ressourcenschonendem Umfangs mit Trink- und Bewässerungswasser, sind bis zum Abschluss der LPH 3 geeignete Konzepte zur Nutzung des Spülwasser zur Sicherstellung der Trinkwasserhygiene abzustimmen. Die Nutzung des Hygienespülwasser (Trinkwasserqualität) soll zur bewässerung der Außenanlagen/Gründächer genutzt werden. Das nachfolgende Konzeptbild ist exemplarisch zur Erläuterung der Thematik zu beachten.

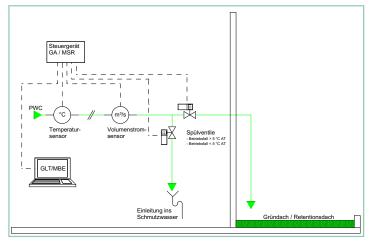


Abbildung 51: Konzeptbild zur PWC-Spülwassernutzung

Bei Sanierungsprojekten ist abzustimmen, ob und inwiefern eine Dachbegrünung und/oder Fassadenbegrünungen aus funktionaler oder statischer Sicht möglich sind.

7.6.5 Arten- und Tierschutz

Viele geschützte und gefährdete Tierarten haben sich an ein städtisches Leben angepasst, weshalb die Qualität und Größe der Grünflächen immer mehr an Bedeutung gewinnt. Um die nachfolgend benannten Tierarten mit einer ökologisch wertvollen Planung zu unterstützen, muss auch über die Planungsgrenze hinausgeschaut werden. Ziel ist die Vernetzung mit den benachbarten Biotopen oder die Anlage von Trittsteinbiotopen.

7.6.5.1 Insekten

Ein Grund für das große Insektensterben sind im Wesentlichen fehlende Lebensräume und die Intensivierung der konventionellen Landwirtschaft. Neben den oben genannten Pflegemaßnahmen sollte überlegt werden, ob statt intensiv gepflegter Rasenflächen Wiesenflächen oder Blumenwiesen angelegt werden können. Wichtig ist dabei, dass ein Pflegekonzept mit dem zukünftigen

Nutzer abgestimmt ist. Auch die Kombination zwischen Rasen- und Wiesenflächen ist denkbar.

Besonderes zu schützen sind Wildbienen. Wildbienen ernähren sich mit Nektar und füttern ihre Larven mit Pollen. Anders als Honigbienen legen sie sich meistens keine großen Reserven an. Deshalb ist es wichtig, dass in der Pflanzung durch das ganze Jahr Blüten zu finden sind. Blühende Gehölze spielen dabei eine wichtige Rolle, da ihre Blütenmenge nicht zu übertreffen ist. Achtung: Sorten mit gefüllten Blüten haben häufig nur Kronblätter (Petalen) und haben keinen Wert für Bienen!

7.6.5.2 Vögel

Vögel brauchen Nistplätze, Verstecke und Nahrung, sie haben je nach Art unterschiedliche Ansprüche. Generell sind Insekten- und Samenreiche Wiesen, Rasenflächen, und Gehölze mit Beeren gute Nahrungsquellen. Geschnittene Hecken sind bei Haussperlingen ein sehr beliebtes Versteck.

7.6.5.3 Fledermäuse

Der Schutz von Fledermäusen steht an oberster Stelle. Die in Deutschland bisher nachgewiesenen 25 Arten leben nicht nur im Wald, sondern leben und vermehrt auch in der Stadt. Fledermäuse sind stark gefährdet, einige ihrer Arten stehen auf der Roten Liste und sind vom Aussterben bedroht. Als in der Stadt vorkommende Arten sind die Zwergfledermaus, Breitflügelfledermaus, aber auch die typischen Wandbewohner wie Braunes Langohr, Kleiner und Großer Abendsegler und die Wasserfledermaus nachgewiesen. In Grünanlagen, in der Nähe von Tümpeln, Teichen oder Seen finden sie ihre Habitate.

Typische Gebäudebewohner sind die Zwergfledermaus, Breitflügelfledermaus oder Zwei-farbfledermaus. Sie haben ihre Quartiere in Gebäudespalten, Mauerritzen, Wandverschalungen etc. Die anderen Arten leben in höhlenartigen Unterschlüpfen. Sie sind vorwiegend in Wäldern oder städtischen Parks vorzufinden.

Bei Planungen ist somit auf das Fledermausvorkommen zu achten und artenschutzrechtliche Untersuchungen vorzunehmen, bevor Gebäude saniert oder Bäume gerodet werden müssen.

7.7 Schadstoffe

Das Themenfeld der Schadstoffe ist beginnend im Rahmen der LPH 2 zu betrachten und entsprechende Risikobewertungen zu erarbeiten. Diese Risikoaussagen sollten sich mindestens auf Kostenaussagen oder auch auf projektterminliche Risiken beziehen.

Im Rahmen der LPH 2 sind entsprechende Voruntersuchungen zu planen und durchführen zu lassen. Diese

Untersuchungen können sich auf im Außenbereich befindliche Bauteile, Beschichtungen, Bodenschichten, unterirdische Bauwerke etc. beziehen. Im weiteren Verlauf sind Kosten für ggf. notwendige Zwischenlagerungen, Reinigungs,- Wiedereinbring- und etwaige Transportund Deponiekosten zu betrachten.

In diesem Zusammenhang wird auf die Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) hingewiesen (www.laga-online.de). Diese veröffentlicht z.B. Zuordnungskategorien und Empfehlungen in denen die Behandlung und Beseitigung von Bodenaushub und Bauschutt geregelt werden. Je nach Belastungsgrad wird entsprechendes Material in eine der LAGA-Einbauklassen (ZO bis Z5) eingestuft. Mögliche weitere Verwendungen der Materialien werden dabei auch geregelt. Hierzu ist auch die "TR Boden" (Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen) der LAGA zu berücksichtigen (www.bafg.de). Die LAGA-Mitteilungen sind in Niedersachsen und in anderen Ländern Grundlage für die Bewertung der Schadlosigkeit der Verwertung von mineralischen Abfällen.

Je nach Schadstoffgehalt können Materialien deponiert werden. Es wird dabei nach fünf Deponieklassen unterschieden:

- Deponieklasse 0 –
 Deponien für Bodenaushub
- Deponieklasse I –
 Deponien für Bauschutt
- Deponieklasse II –
 Deponien für behandelten Hausmüll
- Deponieklassen III und IV –
 Deponien für Industrieabfälle
- Bei der Entsorgung von gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen ist die Nachweisverordnung (NachwV) zu beachten. Die NachwV bestimmt dabei Art und Umfang der Nachweise und Register über die Entsorgung von gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen elektronisch oder unter Verwendung von Formblättern.
- Weitere Informationen auch unter: www.ngsmbh.de (Niedersächsische Gesellschaft zur Endablagerung von Sonderabfall mbH).

7.8 Barrierefreiheit

Siehe hierzu separates Kapitel "Barrierefreies Bauen".

7.9 Flächen (befestigt/unbefestigt) 7.9.1 Allgemein

Bei der Planung der befestigten Flächen ist vorzugsweise auf nachhaltige Bauprodukte zurückzugreifen. Dies bezieht sich insbesondere auf das Produkt Asphalt. Da bei der Herstellung von Asphalt Bitumen benötigt wird, ein Stoff der in Erdöl-Raffinerien als Restprodukt übrigbleibt, ist das Emittieren von flüchtigen organischen Verbindungen (Schadsoffen) nicht auszuschließen. Des Weiteren kann der Baustoff grundwassergefährdend sein.

Erdberührte Außenflächen sind entlang der Fassaden mit einem Plattenstreifen inklusive Unterbau herzustellen. Wegeoberflächen sind möglichst mit hellen und damit eher "reflektierenden" Baustoffen zu planen. Ziel solle es sein, die Wärmeenergie der Sonne im Sommer eher abzuweisen, als diese Energie im Bodenmaterial zu speichern. Dies führt auch zur Reduzierung der Umgebungserwärmung.

HINWEIS

Gemäß Niedersächsische Bauordnung (NBauO) § 9 Abs. 2 sind Schotter- und Steingärten bei nicht überbauten Flächen nicht zulässig. Hier heißt es: "Die nicht überbauten Flächen der Baugrundstücke müssen Grünflächen sein, soweit sie nicht für eine andere zulässige Nutzung erforderlich sind."

Schotter- und Steingärten bieten regelmäßig nicht nur weniger Lebensraum für Insekten und andere Tiere als begrünte Flächen, sie wirken sich durch den Wegfall der Verdunstungsgrundlagen und die aufgeheizte Masse im Sommer auch nachhaltig negativ auf das Umgebungsklima aus (adiabatische Kühleffekte).

Das Klimaanpassungskonzept der Region Hannover findet unter diesen Rahmenbedingungen entsprechende Berücksichtigung.

Bei der Verwendung von Hochborden in Verkehrswegen ist darauf zu achten, dass diese ohne Gehrungsschnitte verlegt werden. Es sind ausschließlich Radiensteinen vorzusehen. Im Bereich von Materialübergängen (verschiedene Oberflächenmaterialien) sind i.d.R. Tiefbordsteine vorzusehen. Alle Bordsteine sind mit einer verstärkten Betonrückenstütze, ca. 10 cm unter Bordoberkante und entsprechendem Unterbau zu planen.

7.9.2 Sammelstelle

Die Notwendigkeit einer oder mehrerer Sammelstellen und der notwendigen Kennzeichnungen und Bemessungen muss im Rahmen der Planung unter folgenden Aspekten erfolgen:

- · Erstellung einer Gefährdungsbeurteilung
- Einbeziehung von Leitungsebenen (Verantwortlichkeiten klären/Nutzer
- · Einbeziehung der Baugenehmigungsbehörde
- · Einbeziehung der zuständigen Feuerwehr
- Erstellung und Berücksichtigung des Brandschutzkonzeptes

Sammelstellen und dessen spezifische Wegeführungen sind auch Bestandteile des gesamten Außenanlagen-Beleuchtungskonzeptes. Hier ist auf besondere Anforderungen hinsichtlich des Sicherheitsbeleuchtungskonzeptes der KG 440 zu achten. Hier hat eine enge Abstimmung mit der Fachplanung KG 440 zu erfolgen.

7.9.3 Naturnahe Flächen

Grünflächen müssen nicht unbedingt naturnah gestaltet sein, um ökologisch wertvoll zu sein. Mit bestimmten Pflegemaßnahmen – das bedeutet verminderter Pflege – kann man jedoch für die Natur viel mehr tun und sie ihrer natürlichen Sukzession überlassen. Allerdings werden solche Flächen häufig als "unordentlich" wahrgenommen. Man kann diese Wahrnehmung mit strukturstarken Elementen (z.B. Hecken, Beeteinfassungen) entgegenwirken, oder weniger exponierte Randbereiche verwerten. Beispiele:

- · Rasen seltener mähen. Blumenrasen wachsen lassen
- Krautigen Wildwuchs stehen lassen.
- · Totholz stapeln oder liegen lassen
- · Herbstlaub anhäufen oder liegen lassen

7.9.4 Parkplatz- und Stellplatzflächen

Parkplatzflächen sind mindestens für die Belastungsklasse Bk 1,0 (Wohnstraßen) gemäß RStO 12 herzustellen. Der gewählte Aufbau ist im Rahmen der Planung über den Erläuterungsbericht darzustellen. Für das Parkplatz- und Stellplatzkonzept sind folgende Arbeitspakete zu erarbeiten:

- Bedarf und Nachweis von Stellplatzflächen (In Abstimmung mit Hochbauplanung unter Berücksichtigung der Bedarfe von Mitarbeitern und Besuchern, des Fuhrparkmanagements und Shuttleservice sowie der Schülerinnen- und Schülerbeförderung (SuS-Beförderung) etc.)
- Kennzeichnungsart von Parkflächen. Diese Flächen können mit andersfarbigen Pflastersteinen gekennzeichnet werden. Bei einer Ausführung in Asphaltbauweise sind Stellplätze durch permanente Weiß-Markierungsfarben zu kennzeichnen.
- Umsetzung eines möglichen Busch- bzw. Baumrasters zur Gliederung. Das Verhältnis von Stellplatz zu

Bepflanzung/Baum ist darzustellen. Als Baumbepflanzung sind i.d.R. großkronige, standortgerechte Bäume als Hochstamm zu pflanzen. Als Pflanzqualität sind Alleebäume mit einem Stammumfang von 20 – 25 cm zu wählen. Die Pflanzgruben sind gemäß FLL-Empfehlungen für Baumpflanzungen, Teil 2, Pflanzgrubenbauweise 2 (überbaute Pflanzgrube) mit überbaubaren Pflanzsubstraten gemäß FLL vorzusehen.

Ladestationen Elektromobilität
 Darstellung der durch KG 440 geplanten Ladestationen für E-PKW.

7.9.5 Fahrradabstellanlagen

Der gewählte Aufbau ist im Rahmen der Planung über den Erläuterungsbericht darzustellen. Für das Parkplatzund Stellplatzkonzept sind folgende Arbeitspakete zu erarbeiten:

- Bedarf und Nachweis von Stellplatzflächen (Mitarbeiter, Besucher, Schülerinnen und Schüler etc.)
- Fahrradständer sind fest einbetonierte als Radbügel, einschließlich befestigter Stellfläche (z. B. Betonpflastersteine) und Bordeinfassungen zu planen.
- Fahrradständer sollen grundsätzlich überdacht und mit vadalismussicheren Leuchten ausgestattet sein. Diese sollen bedarfsabhängig geschaltet werden. Siehe auch Kapitel "Naturfreundliche und nachhaltige Beleuchtung".
- Fahrradständer sollen den Empfehlungen des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC – TR6102-0911) bzw. der DIN 79008 Teil 1 entsprechen.
- Fahrgassen zwischen den Fahrradständern sind ausreichend auszubilden.
- Ladestationen Elektromobilität
 Darstellung der durch KG 440 geplanten Ladestationen für F-Bikes o ä

Verschmutzungsprävention Schotterrasenflächen sind bei Fahrradabstellplätzen nicht vorzusehen. Tierische Hinterlassenschaften sind schwer zu erkennen und zu entfernen

7.10 Erschließung

Unter der Grundstückserschließung wird die Schaffung und Bereitstellung grundlegender Versorgungsmedien verstanden. Hierzu gehören u.a.:

- Elektrizität
- Trinkwasser
- Schmutzwasser
- Regelwasser
- Gas
- Fernwärme
- Telefon und IT

Je nach örtlicher Gegebenheit und Konzeption ist eine zweckmäßige und sinnvolle Erschließung des Grundstücks zu erarbeiten. Dabei sind verschiedene Nutzungsformen und Parteien zu berücksichtigen (Fußgänger, Radfahrer, Anbindung ÖPNV, PKW-Verkehr, Entsorgungsfahrzeuge, Feuerwehr, Anlieferungen, EVU etc.). Alle Bereiche sollen dabei barrierefrei erschlossen werden.

Alle Schachtbauwerke sowie die Entwässerungseinbauten in den Verkehrsflächen müssen der notwendigen Belastungsklasse entsprechen.

Alle erdreichverlegten Leitungen sind mit einem spezifischen Trassenwarnband zu markieren. Diese sind gem. den örtlichen Vorgaben des Versorgers über Kabeln, Wasserleitungen oder Leerrohren auf dem Füllsand vorzusehen. Siehe auch Kapitel "Beschriftungskonzept". Alle Rohrleitungen sind mit steinfreiem Natursand einzubetten.

Auf die individuellen Anschlussbedingungen der Versorgungsunternehmen ist zu achten.

- Leitunasdimensionieruna
- Leitungslegung, Wegeführung und Überbaubarkeit
- Revision und Inspektior
- Verfüllung
- Warnbänder

Im Bereich geplanter oder vorhandener Bäume sind Schutzmaßnahmen gegen Einwurzelung vorzusehen (z. B. Bettung in porenarmen Material).

Es sind im Rahmen der Ausschreibungen Rohrleitungsdruckproben aller erdverlegten Systeme und vollständige Kamerabefahrung der Regen- und Abwasserkanäle vorzusehen. Die Dokumentationen sind Bestandteil der Bau- und Revisionsunterlagen.

7.11 Einfriedung

Es ist abzustimmen ob und in welchem Umfang eine Einfriedung des Grundstückes vorzusehen ist. Das Konzept ist eng mit dem Nutzer abzustimmen, insbesondere um zu klären, ob die Einfriedung ganz oder teilweise auszuführen ist oder ob das Grundstück nach außen abzuschirmen ist um unbefugtes Betreten oder Verlassen

oder sonstige störende Einwirkungen abzuwehren. Die Einfriedung sollte daher nach ihrer Art und Höhe ortsüblich und nach den bauordnungsrechtlichen Grundlagen geplant und ausgeführt werden. Es sind ferner Systeme und Themen wie:

- · Ballfanganforderungen und Klirrfreiheit
- KFZ-Toranlagen
- Personendurchgangstore/Türen
- · Antriebe und Fernbedieneinrichtungen
- Schließsysteme / PZ-Schließungen
- Überwachungsanlagen
- Klingelanlagen
- Briefkastensysteme
- · Informations- und Beleuchtungssysteme

zu betrachten und abzustimmen.

7.12 Beleuchtung

Die Stellplatzfläche und alle Zuwegungen sind mit ASR-konformer Beleuchtung vorzusehen. Die Beleuchtungsplanung hat anhand einer lichttechnischen Berechnungen, siehe hierzu auch die Anforderungen im Aufgabenheft gemäß KG 440, zu erfolgen. Die Beleuchtung ist für den Betreiber und umliegende Nutzer bzw. Dritte blendfrei auszuführen. Licht sollte dabei dorthin gelenkt werden, wo es benötigt wird. Vorrangig sollen abgeschirmte und damit blendfreie Leuchten, die nur nach unten strahlen, verwendet werden. Die Verwendung von Kugelleuchten ist grundsätzlich zu vermeiden. Unterirdisch verlegte Stromzuleitungen sind im Schutzrohr zu verlegen.

Die Schnittstellenleistungen zur Erdungsanlage sind zu berücksichtigen und abzustimmen. In Abstimmung mit der Fachplanung der KG 440 sind geeignete Schutzmaßnahmen gegen Berührungs- und Schrittspannung zu erarbeiten und abzustimmen. Dies betrifft insbesondere Eingangsbereiche, Leuchtenstandorten, Fahrradabstellanlagen und Bodenbereiche in der Nähe von Vertikalableitern, dort wo die Blitzteilströme ins Erdreich eingeleitet werden.

Anforderungen an LED-Leuchten

Ob und wie LED-Leuchten repariert werden können, hängt von der Art der Leuchten ab. Bei Leuchten, bei denen die LEDs fest verbaut sind, ist eine Reparatur in der Regel nicht möglich. Bei der Planung und Wahl entsprechender Leuchten ist daher möglichst darauf zu achten dass LED-Leuchtmittel auswechselbar sind

7.12.1 Naturfreundliche und nachhaltige Beleuchtung

Im Rahmen der Planung sind die negativen Auswirkungen der Lichtverschmutzungspotentiale, hervorgerufen durch die Vorsehung künstlicher Beleuchtungssysteme, zur betrachten. Jährlich sterben Milliarden von Insekten

an den Folgen dieser Lichtverschmutzung, da künstliche Beleuchtungen Lichtfallen darstellen, welche Insekten, Vögel und Fledermäuse gefährden können. In diesem Kontext gilt es eine nachhaltige und ökologische Lichtplanung durchzuführen. Hierbei können die negativen Beeinträchtigungen der natürlichen Umgebung massiv reduziert werden. Wichtig ist, dass ökologisch unverzichtbare und natürlich dunkle Naturräume erhalten bleiben.

Je größer der Ultraviolett- und Blauanteil des Lichts (kaltweiß), desto stärker die Anziehungskraft auf Insekten und damit die negativen ökologischen Auswirkungen. Auch Kaltweiße und neutralweiße LED's strahlen stärker im Blaulichtanteil und ziehen daher fast doppelt so viele Insekten an wie warmweiße. Je dunkler oder wärmer die Lichtfarbe der Lichtquelle also ist, desto geringer ist die Lockwirkung auf Insekten. Daher sind schwache, warmweiße Lichtquellen die beste Wahl, wenn man Insekten fernhalten und möglichst wenig stören möchte. Es ist daher eine Lichtfarbe von ≤ 3000 K vorzusehen.

Auch die Montagehöhe der Leuchten ist von entscheidender Bedeutung. Je höher eine Leuchte angebracht wird, desto weiter strahlt diese in die Ferne und bewirkt eine übermäßige Lichtstreuung und damit Lichtverschmutzung. Leuchten sollten daher möglichst in Bodennähe vorgesehen werden, wobei das Gefährdungspotential durch Vandalismus betrachtet werden sollte.

Es sollen im Rahmen der Planung auch Lichtsteuerungssysteme für die Straßen- und Außenbeleuchtung betrachtet werden. Überall dort, wo in den Nachtstunden Wege oder Plätze wenig frequentiert sind, könnten intelligente Lichtsteuerungssysteme zweckmäßig sein. Dabei würden Leuchten grundsätzlich auf eine sehr geringe Grundhelligkeit eingestellt werden. Passieren jedoch Fußgänger, Zweirad- oder Autofahrer die Straße, würden sie von den an den Leuchten angebrachten Sensoren erfasst werden und die Beleuchtung verstärkt sich automatisch und fährt auf das notwendige Beleuchtungsniveau hoch. Das Licht begleitet somit den Verkehrsteilnehmer auf seinem Weg stetig. Nach der einzustellenden Haltezeit würden die Leuchten wieder auf die Grundhelligkeit fahren. (Siehe hierzu als Produktorientierung z.B.: CLEVER LIGHT von Fa. Leipziger Leuchten).

Es gilt immer der Grundsatz: "So viel wie nötig, so wenig wie möglich", auch unter ökonomischen Gesichtspunkten.

7.13 Technische Einbauten

Technische Einbauten, Spielplatzgeräte oder Kletter- und Ballanziereinrichtungen werden je nach Bauaufgabe individuell vorgesehen und sind eng mit dem Nutzer abzustimmen. Die Einhaltung qualitativer Mindestanforderungen und ökologischer Aspekte versteht sich von selbst. Es ist auch auf die Nutzbarkeit für Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen zu achten. Kunststoffsysteme sind zu vermeiden.

Es wird auf die Internetseiten der "Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung - DGUV" hingewiesen. Hier werder entsprechende Information umfänglich zur Verfügung gestellt. www.sichere-schule.de

7.13.1 Sitzmobiliar

Bei der Außengestaltung ist auf dem eventuellen Bedarf an Sitz- und Rastgelegenheiten zu achten. Hier werden von Seiten der Region Hannover keine Vorgaben gemacht. Diese Einheiten sind hoch individuell und projektspezifisch im Rahmen des Planungsprozesses zu erarbeiten.

7.13.2 Rammschutze und Poller

Im Bereich anfahrgefährdeter Gebäudeecken oder Einbauten sind Ramm- und Anfahrschutze zu planen. Diese sollen sich möglichst als Gestaltungselemente in die architektonische Gesamtsprache integrieren. Hier könnten Findlinge oder Natursteinquader in Betracht kommen. Entsprechende Größen und die Einbautiefen sind so zu wählen, dass ein manueller Transport bzw. ein Verschieben durch Anfahren nicht stattfinden kann.

Der Bedarf an Pollern und Absperrpfosten ist hinsichtlich grundsätzlichem Bedarf und der Art abzustimmen. Es kommen je nach Nutzungsbedarf verschiedenste Systeme zum Einsatz:

- ortsfeste Absperrpfosten
- herausnehmbare Absperrpfosten
- herausnehmbare und abschließbare Absperrpfosten
- umlegbare Absperrpfosten
- versenkbare Absperrpfosten
- Kettenständer
- Flexpoller
- Park- und Stellflächenpoller (Parkplatzsperre)

7.13.3 Müllsammlung und Entsorgung

Abfalleimer sollten in komplett verzinkter Ausführung vorgesehen werden. Bei Sanierungen ist in Abstimmung auf den Bestand Rücksicht zu nehmen. Die Abfalleimer sollen optional mit regengeschützten Aschenbechern ausgestattet sein. Um den Einwurf von übergroßem Müll zu verhindern (Hausmüllentsorgung) sind Prallbleche im Korpus vorzusehen. Eine entsprechende Fundamentierung ist zu berücksichtigen.

7.13.4 Medienversorgungsstationen

Es ist abzustimmen, ob im Außenbereich, neben dem Bedarf an Bewässerungswasser, der Bedarf weiterer Medien besteht. Zu diesem Zweck könnten Versorgungsstationen aus Edelstahl mit verschiedenen Anschlussmöglichkeiten, für Trinkwasser, Strom (230 V, 400 V), IT oder Abwasser vorgesehen werden. Notwendige Medienleitungen und Anschlüsse sind im Rahmen der Planung zu erarbeiten.

7.14 Wegeleitführung

Die Planung der Wegeleitführung hat in enger Abstimmung mit dem Nutzer, dem Architektenteam "Hochbau" und den Beauftragen für Barrierefreiheit zu erfolgen. Es gilt ein Wegeführungs- und Beschilderungskonzept mit nachfolgenden Aspekten aufzustellen:

- Schlüssiger Übergang von Außenbereich in den Innenbereich (Gebäude)
- Ausweisung von Besucher- und Behindertenparkplätzen
- Ausweisung von Park- und Stellplätzen für Leitungen, Hausmeisters, Lieferanten etc.
- · Ausweisung von Fahrradabstellanlagen
- · Ausweisung von Sammelplätzen
- taktile Leitsysteme mit Zulassung für öffentliche Gebäude
- · Bodenleitkonzept / Bodenmarkierungen
- Schilderkonzept

Taktile Leitsysteme sind sowohl für Bereiche der öffentlichen Erschließung von Parkplätzen (Aufmerksamkeitsfelder), Geh- und Radwegen und den Zuwegungen zu Gebäuden, sowie im Rahmen der inneren Erschließung zu planen. Im Bereich der Verläufe entsprechender Borde sind diese sofern nicht ausdrücklich gewünscht ohne Stufen und Absätze (Nullbarriere) auszuführen.

Zur Ausführung kommende Schilder sind dabei immer in verzinkten Ausführungen zu wählen. Dies gilt für Halterungen und Rahmen. Entsprechende Fundamente sind hierfür zu berücksichtigen.



Aufgaben für Inbetriebnahme, Funktionsprüfung und Abnahme

8.1 Inbetriebnahmen

Für die Inbetriebnahme eines Gebäudes ist spätestens eine gewerkeübergreifende Koordination im Rahmen der Ausführungsphase unumgänglich. Bei gewerke- oder vertragsübergreifenden Leistungen im Sinne der VOB und HOAI ist daher im Rahmen der LP3 eine Abstimmung mit dem Projektkoordinator der Region Hannover zu treffen, welche Personen/Firmen welche Aufgaben bis wann und in welchem Umfängen auszuführen haben. Dies hat konzeptionell für den gesamten Planungs-, Errichtungs- und Fertigstellungsprozesses zu erfolgen. Ziel ist es zu erkennen, ob die bestehenden Umfeldfaktoren in kritischer Verbindung zueinander stehen, oder ob Sie sich gegenseitig unterstützen.

Im Rahmen der Ausschreibung sind daher durch die Architekten und Fachplanungsbüros die Schnittstellen einzelner und auftragsvertraglich nicht zusammenhängender Gewerke zu identifizieren, aufzuzeigen und die gemeinsamen Inbetriebnahmen (ausführende Leistungen inkl. Koordinationsaufgaben) differenziert zu beschreiben.

Besonderer Hinweis für Trinkwassernetze

Eine Inbetriebnahme (Erst- oder Wiederbefüllung) hat erst nach Abstimmung mit der Bauleitung / Bauherrn zu erfolgen. Vier Wochen vor Inbetriebnahme hat eine Anzeige beim Fachbereich Gesundheit der Region Hannover zu erfolgen. Diese Anzeige ist in Kopie an den Projektkoordinator der Region Hannover zu verteilen.

Mit Inbetriebnahme der Trinkwasserinstallation und i.d.R. Übergabe an den Betreiber ist der Fachbereich Gesundheit der Region Hannover ein Trinkwasserbefund, der die Trinkwasserqualität nachweist, vorzulegen. Das Untersuchungsspektrum ist im Vorfeld mit dem Fachbereich Gesundheit abzustimmen. Die Protokolle des Untersuchungsergebnisses sind umgehend (Kopie) an den Projektkoordinator der Region Hannover zu verteilen.

Besonderer Hinweis für Schmutz- und Regenwassernetze

Die Inbetriebnahme und Nutzung von Schmutz- und Regenwassernetze hat erst nach Vorlage der Druckproben mit positivem Druckprüfergebnis zu erfolgen.

Die Prüfprotokolle sind umgehend nach Erstellung (Kopie) an den Projektkoordinator der Region Hannover zu verteilen.

Besonderer Hinweis für Starkstromanlagen

Bei gewerke- oder vertragsübergreifenden Leistungen im Sinne der VOB und HOAI ist im Rahmen der LP3 eine Abstimmung mit dem Projektkoordinator der Region Hannover zu treffen, welche Personen/Firmen welche Aufgaben bis wann und in welchem Umfängen auszuführen haben. Insbesondere könnten davon als Beispiel folgende Anlagen und dessen Schnittstellen zueinander betroffen sein:

- > Einbruchmeldeanlagen
- › Feststellanlagen
- > FLA
- › Aufzüge mit Brandfallsteuerung
- > Zutrittskontrolle
- » Brandmeldeanlage
- Sonnenschutzsteuerungen, insbesondere Notraffsysteme
- Notausgangssteuerungen/Überwachungen
- Medientechnik und Beleuchtungsanlagen
- > Komfort-RLT-Technik (Betrieb von Lüftungsanlagen)
- > RWA
- > RDA

8.2 Funktionsprüfungen

Als Vorbereitung auf die VOB-Abnahmen sieht die Region Hannover s.g. Funktionsprüfbegehungen zur Feststellung der Abnahmereife vor. Diese Funktionsprüfbegehungen sind im Rahmen des Leistungsverzeichnisses für alle technischen Anlagen und Systeme vorzusehen und zu beschreiben. Mit Durchführung von Funktionsprüfbegehungen soll vermieden werden, dass ausschließlich eine gemeinsame (Auftraggeber, Fachplaner/Architekt und ausführende Firma) Feststellung und Abgleich des geschuldeten Bausolls nach VOB stattfindet. Im Rahmen der Funktionsprüfbegehungen sind dem Auftraggeber und dem Bedienpersonal alle Anlagenteile in ihrer Gesamtheit im Rahmen eines Probebetriebes vorzuführen. Zeitpunkt und Zeitverlauf dieses Probebetriebes werden in Abstimmung mit der Projektkoordinator der Region Hannover festgelegt. Die Funktionsfähigkeit der Anlagen ist im Betrieb unter Anderem durch Simulierung von Fehlern, Störungen (Eigen- und Fremdstörungen) nachzuweisen. Abschluss des Probebetriebes ist die Unterzeichnung des Protokolls durch den Auftraggeber, wenn der Probebetrieb ohne Mängel beendet worden ist.

Die Funktionsprüfbegehungen sind grundsätzlich bei allen Neubauprojekten und bei Sanierungsmaßnahmen vorzusehen. Bei kleineren Instandsetzungs-, Reparatur- oder Austauschmaßnahmen kann der Prüfumfang auch im Rahmen der Abnahmen erfolgen, da sich der zeitliche Aufwand i.d.R. bei ≤ 1 Arbeitstag (8 Stunden) beschränkt.

Im Rahmen der Funktionsprüfbegehungen werden von der Region Hannover zu den vereinbarten Nebenleistungen der VOB Teil B und C auch zusätzliche Leistungen gefordert. Insbesondere sind dies folgende Umfänge:

KG 412 Wasseranlagen

- I. Begehung von Abgleich- und Regulierventilen zum örtlichen Abgleich von Planungsvorgaben zu tats. vorgenommenen Einstellwerten und Einbausituationen.
 - Es sind 100 % der verbauten Abgleich- und Regulierventile zu begehen.
- II. Begehung von endständigen Armaturen, Batterien und Auslaufventilen etc. zur örtlichen Messung von einzuhaltenden Auslauftemperaturen unter zeitlichen Gesichtspunkten (DVGW-Arbeitsblätter)
 - Es sind 50 % der verbauten Auslaufstellen zu begehen.
- III. Begehung von Installationsbereichen wie Schächten, Zentralen, Kellern und offenen Installationen etc. zur örtlichen Messung von einzuhaltenden Medientemperaturen (PWC, PWH und PWH-C)

Es sind mindestens 10 Stück Messpunkte auszuwählen und zu begehen. Im Rahmen der Entwurfsplanung und VOR Festschreibung im Leistungsverzeichnis ist die Anzahl der Messpunkte noch einmal mit dem Projektkoordinator der Region Hannover abzustimmen.

IV. Die Messgeräte sind jeweils von der ausführenden Firma bereit zu stellen. Die Messungen sind ebenfalls unter Teilnahme eines Vertreters der Region Hannover durch die ausführende Firma auszuführen. Ggf. notwendige Hilfsmittel zur Durchführung der Arbeiten wie Leitern oder Gerüste etc. sind ebenfalls von der ausführende Firma zur Verfügung zu stellen.

KG 420 Wärmeversorgungsanlagen

I. Begehung von Abgleich- und Regulierventilen an Verteilern, Sammlern, Erzeugern, Apparaten,

Heizregistern und in Steigleitungen zum örtlichen Abgleich von Planungsvorgaben zu tats. vorgenommenen Einstellwerten und Einbausituationen.

Es sind 100 % der verbauten Abgleich- und Regulierventile zu begehen.

II. Begehung von Abgleich- und Regulierventilen an Verteilern, Sammlern, Erzeugern, Apparaten, Heizregistern, hydraulischen Schaltungen und in Steigleitungen etc. zum Zweck der örtlichen Messung von einzuhaltenden Medienvolumenströmen und Medientemperaturen.

Grundsätzlich sind zum Zeitpunkt der Messungen möglichst die 100% Auslegungsfälle (Hydraulik) herzustellen, um die vertraglich geschuldete Leistungsfähigkeit und den Hydraulischen Abgleich des Systems zu überprüfen.

Es sind mindestens 10 Stück Messungen an durch die Region Hannover auszuwählenden Abgleich- und Regulierventilen (Messstutzen an den Ventilen) vorzusehen. Im Rahmen der Entwurfsplanung und VOR Festschreibung im Leistungsverzeichnis ist die Anzahl der Messpunkte noch einmal mit dem Projektkoordinator der Region Hannover abzustimmen.

III. Begehung von Heizkörper-Ventilen (thermostatisch oder elektrisch betrieben) und voreinstellbaren Rücklaufverschraubungen an Heizkörpern zum örtlichen Abgleich von Planungsvorgaben zu tats. vorgenommenen Einstellwerten und Einbausituationen. Zu Heizkörpern zählen auch Radiatoren, Konvektoren, Heizbalken, Heizdecken etc.

Es sind 30 % der verbauten Abgleich- und Regulierventile zu begehen.

- V. Begehung von Schmutzfängern mit örtlicher Öffnung und Sichtung des Verschmutzungsgrades der Fangsiebe.
 - Es sind 10 % der verbauten Schmutzfänger zu begehen.
 - Die Messgeräte sind jeweils von der ausführenden Firma bereit zu stellen. Die Messungen sind ebenfalls unter Teilnahme eines Vertreters der Region Hannover durch die ausführende Firma auszuführen. Ggf. notwendige Hilfsmittel zur Durchführung der Arbeiten wie Leitern oder Gerüste etc. sind ebenfalls von der ausführende Firma zur Verfügung zu stellen.

KG 430 Lufttechnische Anlagen

- I. Begehung von Abgleich- und Regulierkomponenten wie Drosselklappen, Konstant-Volumenstromregler etc. zum örtlichen Abgleich von Planungsvorgaben zu tats. vorgenommenen Einstellwerten und Einbausituationen. Es sind 50 % der verbauten Abgleich- und Regulierkomponenten zu begehen.
- II. Begehung von Abgleich- und Regulierkomponenten wie Drosselklappen, Konstant-Volumenstromregler etc. zum Zweck der örtlichen Messung von einzuhaltenden Luftvolumenströmen und Medientemperaturen.

Grundsätzlich sind zum Zeitpunkt der Messungen die 100% Auslegungsfälle (Anlagenauslastung) herzustellen. um die vertraglich geschuldete Leistungsfähigkeit und den Hydraulischen Abgleich des Systems zu überprüfen.

Es sind mindestens 20 Stück Messungen an durch die Region Hannover auszuwählenden Abgleich- und Regulierkomponenten oder Kanal- und Rohrleitungsmessstrecken vorzusehen. Im Rahmen der Entwurfsplanung und VOR Festschreibung im Leistungsverzeichnis ist die Anzahl der Messpunkte noch einmal mit dem Projektkoordinator der Region Hannover abzustimmen.



KG 434 Kälteanlagen

- I. Begehung von Abgleich- und Regulierventilen an Verteilern, Sammlern, Erzeugern, Apparaten, Kühlregistern und in Steigleitungen zum örtliche Abgleich von Planungsvorgaben zu tats. vorgenommenen Einstellwerten und Einbausituationen. Es sind 100 % der verbauten Abgleich- und Regulierventile zu begehen.
- II. Begehung von Abgleich- und Regulierventilen an Verteilern, Sammlern, Erzeugern, Apparaten, Kühlregistern, hydraulischen Schaltungen und in Steigleitungen etc. zum Zweck der örtlichen Messung von einzuhaltenden Medienvolumenströmen und Medientemperaturen. Grundsätzlich sind zum Zeitpunkt der Messungen möglichst die 100% Auslegungsfälle (Hydraulik) herzustellen, um die vertraglich geschuldete Leistungsfähigkeit und den Hydraulischen Abgleich des Systems zu überprüfen.

Es sind mindestens 10 Stück Messungen an durch die Region Hannover auszuwählenden Abgleich- und Regulierventilen (Messstutzen an den Ventilen) vorzusehen. Im Rahmen der Entwurfsplanung und VOR Festschreibung im Leistungsverzeichnis ist die Anzahl der Messpunkte noch einmal mit dem Projektkoordinator der Region Hannover abzustimmen.

III. Begehung von Regelventilen und voreinstellbaren Rücklaufverschraubungen an Kühlgeräten mit örtlichem Abgleich von Planungsvorgaben zu Einstellwerten und Einbausituationen. Zu Kühlgeräten zählen z.B. Konvektoren, Kühlbalken, Kühldecken etc.

Es sind 30 % der verbauten Abgleich- und Regulierventile zu begehen.

IV. Begehung von Schmutzfängern mit örtlicher Öffnung und Sichtung des Verschmutzungsgrades der Fangsiebe.

Es sind 10 % der verbauten Schmutzfänger zu begehen.

V. Die Messgeräte sind jeweils von der ausführenden Firma bereit zu stellen. Die Messungen sind ebenfalls unter Teilnahme eines Vertreters der Region Hannover durch die ausführende Firma auszuführen. Ggf. notwendige Hilfsmittel zur Durchführung der Arbeiten wie Leitern oder Gerüste etc. sind ebenfalls von der ausführende Firma zur Verfügung zu stellen.

KG 440 Starkstromanlagen

Keine besonderen Anforderungen.

KG 450 Fernmelde- und informationstechnische Anlagen Keine besonderen Anforderungen.

KG 480 Gebäudeautomation

Keine besonderen Anforderungen.

8.3 Abnahmen

Zur Organisation und Durchführung von Abnahmen gelten die gem. Vertrag (HOAI, VOB etc.) vereinbarten Bedingungen und werden an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt.

Es wird explizit darauf hingewiesen, dass bei Bauvorhaben die Einhaltung der allgemein anerkannten Regeln der Technik (a.a.R.d.T.) zum Zeitpunkt der Abnahme maßgeblich sind. Dies hat auch Bestand, wenn sich die a.a.R.d.T. nach Vertragsschluss geändert haben sollten. Ändern sich die a.a.R.d.T. zwischen Vertragsschluss und Abnahme, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber über die Änderung und die damit verbundenen Konsequenzen und Risiken für die Ausführung bei Baumaßnahmen, Sanierungen, Modernisierungen oder technischen Ausstattungen aufzuklären.

Was sind die a.a.R.d.T. (allgemein anerkannte Regeln der Technik) und zu welchem Zeitpunkt müssen diese prüfbar und rechtsgültig (baurechtlich) vorgehalten sein?

- ▶ AllgemeinanerkannteRegelnderTechnik(a.a.R.d.T.) sind technische Festlegungen, die bei einer Mehrheit repräsentativer technischer Fachleute als deren ganz herrschende Ansicht gilt, die sich auch in der Praxis bewährt hat. Ein Auftragnehmer schuldet VOB/B grundsätzlich die Einhaltung der a.a.R.d.T. zum Zeitpunkt der Abnahme.
- ▶ Die Einhaltung der allgemein anerkannten Regeln der Technik (a.a.R.d.T.) ist zum Zeitpunkt der Abnahme maßgeblich, auch wenn diese sich nach Vertragsabschluss geändert haben sollten. So ein aktuelles Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH VII ZR 65/14 -2017)

Aufgaben für Dokumentation, Übergabe und Wartung

Die grundsätzliche Notwendigkeit zur durchgängigen Dokumentation aller relevanten Informationen und Daten einer Immobilie aus den Leistungsphasen der Planung, der Errichtung, der Fertigstellung sowie die Überführung der abgeschlossenen Maßnahme in die angeschlossene Nutzungsphase, sind Insbesondere für den Themenschwerpunkt der Betreiberverantwortung und zur Sicherstellung eines nachhaltigen Betriebs von entscheidender Bedeutung. Daher ist eine in jeder Hinsicht lückenlose Dokumentation anzustreben. Eine lückenlose Dokumentation erleichtert es, Verantwortungsbereiche festzulegen, Schäden zu vermeiden und Risiken zu beherrschen. Zudem verhindert sie die kostentreibende Mehrfacherfassung von Daten, insbesondere bei nachgelagerten Umbauten / Erweiterungen oder Sanierungen nach einer entsprechenden Nutzungszeit.

9.1 Nutzerbeteiligung und Nutzerinformation

Neben der Energieeffizienz, lässt sich als Maß für die Qualität eines Gebäudes auch die Zufriedenheit der Nutzerinnen und Nutzer und letztendlich die Bedürfnisbefriedigung und die Zweckerfüllung heranziehen. Es zeigte sich außerdem häufig, dass energetische Zielwerte aufgrund des Einflusses unzureichend in den Gebäudebetrieb unterwiesener Nutzerinnen und Nutzer nicht erreicht werden konnten

Eine systematische konzipierte und umgesetzte Nutzerinformation während der Inbetriebnahmephase hat qualitätssteigernde Auswirkungen.

9.1.1 Workshops und Informationsveranstaltungen

Durch die Offenlegung und Erläuterung der Planungsansätze, Aufgabenstellungen, Herausforderungen und Verantwortungsbereich im Bauprojekt wird einem ansonsten leblosen Projekt und damit schlussendlich dem Objekt ein menschliches Gesicht geben. Durch den persönlicheren Bezug und dem Verständnis für die hineingesteckte Arbeit in Bauprojekt, soll die Akzeptanz der Nutzerinnen und Nutzer auch für eventuell auftretende Probleme in der Eingewöhnungsphase erhöht werden. Außerdem sollen den Nutzerinnen und Nutzer konkrete Handlungsempfehlungen und Bedienmöglichkeiten erläutert werden, damit sie das Gebäude funktional und energetisch rationell benutzen können.

Mit dem Projektkoordinator ist im Rahmen der LPH 3 die Umsetzung dieser Nutzerbeteiligung abzustimmen. Bei Neubauten und großen Sanierungsprojekten ist diese Nutzerbeteiligung uneingeschränkt umzusetzen.

Zur Umsetzung dieser sich dadurch ergebenden Arbeitspakete sollten insgesamt vier Termine mit jeweils unterschiedlichen Beteiligten und Inhalten abgestimmt und durchgeführt werden. In der nachfolgenden Tabelle werden die notwendigen Inhalte zu den vier Terminen aufgeführt.

9.1.2 Nutzerhandbuch

Um den bestimmungsgemäßen Betrieb, sowie eine Akzeptanz für den Nutzer und Betreiber für das Gebäude zu erreichen, ist im Rahmen der Ausführungs- und Fertigstellungsphase ein Nutzerhandbuch zu erstellen und spätestens zur Gebäudeübergabe dem Nutzer und Betreiber zu präsentieren und zu übergeben. Im Zuge der Nutzerworkshops sind die Inhalte zu besprechen und festzulegen.

Ziel soll es sein, dem Nutzer die relevanten und wichtigsten Nutzereingriffe und Verhaltensempfehlungen an die Hand zu geben, um möglichst ein behagliches Raumklima, einen hygienischen Innenraum oder die Nutzung von z.B. technischen Sonderausstattungen sicherzustellen. Das Nutzerhandbuch ist in Form einer Handbroschüre in den Abmessungen:

B x L: 210 x 100 mm (Querformat und an kurzer Seite geheftet) als druckvorlagefähige pdf-Datei herzustellen und zu drucken. Dabei ist zu berücksichtigen, dass jedem Nutzer ein Druckexemplar zur Verfügung zu stellen ist. Mit dem Projektkoordinator der Region Hannover sind alle Inhalte des Handbuches abzustimmen.

Eine Musterdarstellung befindet sich im [Anhang B – Muster Nutzerhandbuch] dieses Aufgaben- und Projekthandbuches

9.1.2.1 Mindestinhalte und Themen

Berücksichtigung der vorhandenen Fach- und Sachkenntnisse der Nutzer und Betreiber sind zu berücksichtigen ("unverständliche Fachausdrücke sind zu vermeiden).

Mit dem Projektkoordinator sind alle Inhalte und notwendige Anzahl von Druckexemplaren abzustimmen. Das Nutzerhandbuch soll möglichst die nachfolgenden Hinweise beinhalten:

- Erschließung
- Gebäudekonzept
- Raumbedienung (Sonnenschutz, Beleuchtung etc.)
- Orientierungshifen (Leitsysteme, Aufzüge, Alarmierungsanlagen etc.)
- Zentrale Anlaufstellen und Ansprechpersonen
- Energieversorgung
- Ökologie
- energetische Besonderheit
- Förderungen

Empfohlen wird eine maximale Seitenzahl von 10-16 Doppelseiten.

9.1.2.2 Einführung und Übergabe des Nutzerhandbuches

Es wird ausdrücklich empfohlen, dass Nutzerhandbuch im Rahmen einer Informationsveranstaltung (Termin 3) VOR Bezug und damit vor dem bestimmungsgemäßen Betrieb des Gebäudes zu übergeben.

Fermine / Meilensteine / Rollen Region Hannover					
	Termin 1	Termin 2	Termin 3	Termin 4	
Thema	Auftaktgespräch	Workshop zur inhaltlichen Ausarbeitung	Informationsveranstaltung	Workshop für Nutzerfeedback	
Teilnehmer	Projektsteuerung (Orga und Leitung) Planungsteam Bauherr Schulleitung Fachbereich Schulen Nutzer (Betriebsführung)	Projektsteuerung (Orga und Leitung) Planungsteam Bauherr Schulleitung Nutzer (Betriebsführung)	Projektsteuerung (Orga und Leitung) Planungsteam Bauherr Schulleitung alle direkten Nutzer	Projektsteuerung (Orga und Leitung) Bauherr Schulleitung Nutzer (Auswahl, ca. 10 Pers.)	
Zeit	6 Monate vor Übergabe	5 Monate vor Übergabe	kurz vor der Übergabe	3 Monate nach Übergabe	
Ziel	Planung der Nutzereinbindung und der gewünschten Leistungen (Nutzerhandbuch, Workshop, Informationsveranstaltung)	Erarbeitung darzustellender Inhalte und organisatorische Planung des 4. Termins sowie Festlegung der spezifische Inhalte des Nutzerhandbuchs	Praktisches Wissen vermitteln und dem Gebäude ein Gesicht geben	Prozessoptimierung, Nutzer Meinungsäußerung ermöglichen und Zweckerfüllung des Gebäudes feststellen / maximieren	
Inhalt	Planer stellen kurz Gebäudefunktionen vor Absprache der Nutzereinbindung und entsprechende Terminierung Abstimmung zur Nutzung der Funktionen und zu Abläufen	Organisation und Agenda des 4. Termins Raumweise Erarbeitung nutzungsrelevanter Informationen und Prozesse Definition von Problemlösungsstrategien und Verantwortlichkeiten	Vorstellung des Planungsteams Präsentation des Gebäudekonzeptes, der Funktionen und der Bediemmöglichkeiten Übergabe der Nutzerhandbücher Optional: Umzugsplanung Begehung des Gebäudes in Gruppen	Reflexion der Inbetriebnahme Vereinbarung weiterer Maßnahmen und Absprachen Optional: Anpassung der Nutzerhandbücher auf den "tatäsählichen" Gebäudebetrieb	

Tabelle 83: Inhalte zu Workshops und Informationsveranstaltungen

9.2 Gebäudedokumentation KG 300

Unterlagen für den Bauherrn oder für den Nutzer werden grundsätzlich und inhaltlich nicht voneinander unterschieden. Die zu erstellenden Unterlagen sind gem. der Kostengruppen zu erstellen. Somit sortiert nach:

KG 300 Bauwerk – Baukonstruktionen

- 310 Baugrube/Erdbau
- 320 Gründung, Unterbau
- 330 Außenwände/Vertikale Baukonstruktionen, außen
- 340 Innenwände/Vertikale Baukonstruktionen, innen
- 350 Decken/Horizontale Baukonstruktionen
- 360 Dächer
- 370 Infrastrukturanlagen
- 380 Baukonstruktive Einbauten
- 390 Sonstige Maßnahmen für Baukonstruktionen

Lfd. Nr.	Thema	Umfänge	Überga durch:	ibe
			Fach- pla- nung	ausfüh- rende Firma
1.1	Zeichnun- gen/Pläne	 Genehmigungspläne Ausführungspläne Detailpläne Zeichnungs- und Versandliste Amtlicher Lageplan 	X	
1.2	Zeichnun- gen/Pläne	DetailpläneWerk- und Montage- planung		Х
2.1	Statische Berechnun- gen	Berechnungen, inkl. der Änderungs- einträge Schal- und Bewäh- rungspläne, inkl. der der Änderungseinträge (geprüfte Ausfertigung)	X	
2.2	Statische Berechnun- gen	• Werk- und Montage- planung		X
3	Bau- physikali- sche Daten/ Nachweise	GEG-Nachweis gem. Gebäudeenergiegesetz (GEG) Berechnungen des Nutz-, End- und Primärenergiebedarfs nach DIN V 18599 Bauteilkatalog (U-Werte etc.) Schallschutznachweis Schallschutz-Abnahmeergebnisse Schallschutzmessungen Einhaltung sommerlicher Wärmeschutz	X	
4	Qualitäts- sicherungs- protokolle	 Baustellendokumentation der Bauleitung Fotodokumentation Berichte Qualitätssicherungsbüros 	X	

Lfd. Nr.	Thema	Umfänge	Überga durch:	ibe
			Fach- pla- nung	ausfüh- rende Firma
5	Brand- schutz- konzept	 Brandschutzkonzept und Pläne, inkl. der der Änderungseinträge und Nachträge 	X	
6	Brand- schutzdoku- mentation	Liste aller Brandschutz- durchführungen und Brandschutzelemente Bauteillisten Wichtig für Nach- begehungen, Wieder- holungsprüfungen etc.) Zulassungsbescheide Herstellerunterlagen Montage- und Wartungsanleitungen Prüfnachweise über die jährliche Wartung, gefordert durch Bauordnungsämter und Versicherer Fachunternehmerer- klärung Fachbauleitererklärung Übereinstimmungsbe- stätigung		X
7	Kataster- auszug	 Nach Eintragung des neuen Gebäudes 	Х	
	Kosten- feststellung	 Kostenfeststellung nach DIN 276 Ermittlung der tat- sächlich entstandenen Kosten 		
8	Bau- physikali- sche Daten/ Nachweise	 Verzeichnis der Verjährungsfristen 	X	
9	Auflistung mit Fabri- kats- und Farb- angaben der Bau- gewerke	· Ausbaugewerke		X
10	Einbauorte	TürenlisteFensterliste	Х	
11	Auflistung Firmen- verzeichnis, einschließlich beteiligter Fachplaner, Behörden, Gutachter, Sachver- ständige- rusw.	• Projektbeteiligtenliste	X	

Tabelle 93: Dokumentationsumfänge KG 300

Lfd. Nr.	Thema	Umfänge	Überga durch:	abe
			Fach- pla- nung	ausfüh- rende Firma
12	Auflistung zukünftiger Verfah- rensweise (Reinigung, Kontroll- messung) mit dem Gebäude	Siehe SiGeKo- Leistungen: Erstellung der "Unterlage für spätere Arbeiten an der baulichen Anlage"	X	
13	Bau- und Anlagen- beschrei- bung	Gesamtmaßnahme Sonnen- und Blend- schutzanlage		Х
14	Berichte der Bau- stelle	• Bautagebuch des Fachplaner	X	
15	Berichte der Bau- stelle	 Bautagesberichte der ausführenden Firmen 		Х
16	Bescheini- gungen, Abnahme- und Einwei- sungsproto- kolle	SachverständigeGutachterFBT's	Х	
17	Zulassungen, Zertifikate			Х
18	Umwelt- verträglich- keitsnach- weise	 Verwendete Kleber bei Bodenbelagsarbeiten Einpflege- und Reinigungsmittel für Bodenbeläge 		X
19	Reinigungs- und Pflege- anleitungen	BodenbelägeFassadeFensterSonnenschutzanlagen		X
20	Fachbau- leiter- erklärung			Х
21	Fachunter- nehmerer- klärung			Х
22	Wartungen	Wartungsverträge nach AMEVArbeitskarten nach AMEV		Х

Tabelle 94: Dokumentationsumfänge KG 300



9.3 Anlagendokumentation KG 400

Ziel ist es sämtliche im Projekt anfallenden Dokumentationsdaten zu Vereinheitlichen und zu Standardisieren. Das vorgegebene Verfahren ist für alle Projektbeteiligten und Gewerke uneingeschränkt gültig. Eventuelle Abweichungen werden nur mit schriftlicher Bestätigung der Region Hannover anerkannt. Es werden prinzipiell keine Dokumentationen bzw. Dokumentationsbestandteile auf der Baustelle entgegengenommen. Grundsätzlich sind sämtliche Unterlagen, neben der Papier-/Hardware-Version (2 fach), in 2 facher digitaler Version (CD oder DVD) zu übergeben. Auf dem Datenträger ist die gleiche Ablagestruktur wie in der Papier-/Hardware-Version zu wählen.

9.3.1 Gliederung und Inhalte der Dokumentation

Sofern in den Vertragsbedingungen keine besonderen Hinweise zu Organisation, Gliederung und Inhalten von Betriebs-, Wartungs- und Bedienungsanleitungen gegeben wurden, so hat für den Aufbau von Anlagendokumentationen, insbesondere der Betriebs-, Wartungs- und Bedienungsanleitungen, die Umsetzung nach der BHKS-Regel 2.001 zu erfolgen. Hierbei werden folgende Kostengruppen nach DIN 276 "Kosten im Bauwesen" berücksichtigt (alle anderen Dokumentationen der nicht erwähnten Kostengruppen haben sich sinngemäß der BHKS-Regel gem.- DIN 276 einzugliedern):

- KG 410 Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen
- KG 420 Wärmeversorgungsanlagen
- KG 430 Lufttechnische Anlagen
- KG 440 Starkstromanlagen
- KG 450 Fernmelde- und informationstechnische Anlagen
- KG 475 Feuerlöschanlagen
- KG 480 Gebäudeautomationsanlagen

Besonderer Hinweis für Anlagenschemata in Technikräumen:

Es ist zu berücksichtigen, dass die Anlagenschemata der jeweiligen KG in den Technikräumen als farbige und laminierte Ausdrucke vorgehalten werden müssen. Diese sind auf einer Trägerplatte (z.B. FOREX 10mm Hartschaumplatte) laminiert und kaschiert aufzubringen und in den jeweiligen Technikräumen aufzuhängen.

Durch das Laminieren, dem s.g. beidseitigem "Einschweißen" erhält man einen perfekten Schutz vor Feuchtigkeit und Nässe. Das Kaschieren soll das Vergilben der Zeichnung vermeiden und einen Seidenmatteffekt (Luster) zur besseren Lesbarkeit herstellen. Gerahmte oder mit Glasabdeckung ausgestattete Schemata sind NICHT zugelassen.

9.3.2 Datenformat

Als einheitliches Datenformat wird das PDF-Format festgelegt. Alle Original-Dateien, welche für die Dokumentationsfortschreibung notwendig sind, sind zusätzlich im Originalformat zu liefern. Das betrifft im Besonderen alle CAD-Dateien. Die PDF-Dateien müssen folgende Eigenschaften besitzen:

- textrecherchierbar
- Zeichnungsdateien müssen maßstäblich sein
- jede Datei darf nur ein Dokument enthalten, wobei ein Dokument z.B. ein Datenblatt, eine Bedienungsanleitung, ein Prüfzeugnis usw. darstellt

Schaltpläne der KG 440, 442, 450 und 480 sind neben dem Standardformat PDF immer auch als bearbeitbare *.dwg-Datei oder *.dxf-Datei zu übergeben.

9.3.3 Dateibenennung

Jedes Dokument muss eindeutig benannt werden. Aus den Dateinamen muss eindeutig auf den Inhalt zu schließen sein. So müssen z.B. Komponententyp, Hersteller, APB-Nr., Kennwerte usw. den Dokumentennamen zu entnehmen sein:

 ${\tt < Ersteller}$ des Dokumentes ${\tt > _ < Beschreibung > _ < Inhalt > .pdf}$

Bsp.: Wilo VeroLine-IP-E Datenblatt.pdf

9.3.4 Übergabe der CAD-Dateien

Die CAD-Dateien sind komplett revidiert im DWG-Format und im PDF-Format zur Verfügung zu stellen. Bei Verwendung von ArchiCAD kann in Version 24 bzw. DWG-Format-2018 abgegeben werden.

Siehe auch Kapitel zum CAD-Datenaustausch.

9.3.5 Übergabe der Bescheinigungen bzw. Protokolle

Alle für die Dokumentation relevanten Protokolle bzw. Bescheinigungen (Messprotokolle, Inbetriebnahmeprotokolle, Spülprotokolle, Fachunternehmerbescheinigung, Abnahmeprotokolle, Übergabeprotokolle, Einweisungsprotokolle, Funktionsprüfprotokolle, etc.) müssen mit einer Auflösung von ≥ 300 dpi übergeben werden.

9.3.6 Anlagen-Kurzanleitungen

Es ist bei der gemeinsamen Festlegung der Abnahme-, Übergabe- und Einweisungstermine darauf zu achten, dass zum vereinbarten Zeitpunkt Anlagen-Kurzanleitungen an den wesentlichen technischen Anlagen zur Verfügung stehen. Diese sind in einer wasserdichten und laminierten Ausführung in den Formaten A5 oder A4 an den Anlagen zu hinterlegen. Der Umfang der Anleitung sollte 5 Seiten nicht übersteigen.

Ziel ist es einen einfachen Weg für den Nutzer oder Betreiber zu bereiten, damit dieser sich schnell und einfach mit dem Produkt oder der Anlage vertraut machen kann. Gerade dann wenn es sich um ein komplexes Produkt oder Anlage handelt. In der Anlagen-Kurzanleitung ist der Inhalt der Standard-Dokumentation auf ein mögliches Mindestmaß zu reduzieren, damit beispielsweise schnellstmöglich ein Verständnis zur Bedienoberfläche, zur Funktion und ggf. weiteren wichtigen Zusammenhängen hergestellt werden kann.

Die Anlagen-Kurzanleitung ist mindestens bei folgenden technischen Anlagen vorzusehen:

- I. Raumlufttechnische Anlagen mit autarker Regelung
- II. Bedienplatz oder Bedienfeld der Gebäudeautomation bzw. Gebäudeleittechnik
- III. Rauch- und Brandmeldeanlagen
- IV. Einbruchmeldeanlagen
- V. Sonnenschutzanlagen
- VI. Zentralbatterieanlagen / Sicherheitsbeleuchtungsanlagen
- VII. Hebeanlagen mit Steuer- und Regeleinrichtung
- VIII. Bedientableaus, z.B. zur Steuerung von Lichtscenen, Medientechnik etc.

Mit der Anlagen-Kurzanleitung ist nicht die ohnehin notwendige Anlagendokumentation gemeint oder das ggf. aus baurechtlicher Sicht geforderte Anlagenhandbuch oder Betriebshandbuch. Die Anzahl der benötigten Anlagen-Kurzanleitungen, welche abhängig von der vorgesehenen Anlagen- und Produktanzahl sowie Komplexität ist, muss vor Fertigstellung des Leistungsverzeichnisses mit dem Projektkoordinator der Region Hannover abgestimmt werden.

9.4 Übergabe

Unter Übergabe ist die Unterweisung und Einweisung des Nutzers und des jeweils zuständigen Betriebspersonals zu verstehen. Ferner sind bei den Übergaben die verantwortlichen Institutionen oder Personen für den Aufgabenbereich der Wartung und Instandsetzung einzubeziehen. Spätestens zu den Übergaben ist ein von den zuständigen Fachplanern und Architekten geprüftes und von der Region Hannover freigegebenes Exemplar der Revisionsunterlagen (Gebäude- und Anlagendokumentation) zu übergeben.

9.4.1 Organisatorisch

In Vorbereitung der Übergabe ist der Bauzeitenplan als Steuerungs- und Koordinationswerkzeug zu schärfen und die einzelnen Themen mit den jeweiligen Akteuren zu benennen, einzutragen und zu organisieren. Nachfolgende Institutionen oder Personen sind mindestens in den Übergabeprozess zu involvieren:

- I. Nutzer
- II. Anlagenbetreiber
- III. Hausmeisterinnen und Hausmeister
- IV. Bauunterhaltung der Region Hannover (Team 17.04)

9.4.2 Unterweisungen und Einweisungen

Im Rahmen des Inbetriebnahme- und Fertigstellungsprozesses sind mit dem Projektkoordinator der Region Hannover Abstimmungen zu treffen, wie die Umfänge, Prozesse und Inhalte zu den jeweils notwendigen Unterweisungen und Einweisungen zu erfolgen haben.

Da Unterweisungen von Mitarbeitern arbeitsorganisatorisch durch den Arbeitgeber sicherzustellen sind, wird diesbezüglich nur der Hinweis auf die Notwendigkeit zur Durchführung von Unterweisungen gegeben. In der Regel handelt es sich bei Unterweisungen um die Anweisungen des Arbeitgebers oder dessen befähigte Vertretung für ein sicherheitsgerechtes Verhalten am Arbeitsplatz. Sie beinhalten das Aufzeigen möglicher Gefährdungen, notwendige und optionale Schutzmaßnahmen, Verhaltensregeln und Handlungsvorgaben im Notfall.

Eine Einweisung ist organisatorisch immer ein einzelner Bestandteil von Unterweisungen.

Aus vorgenannten Gründen werden sich die nachfolgenden Aufgabenbeschreibungen ausschließlich auf die

Ziele und Umfänge von Einweisungen an Anlagen, Bauteilen und Komponenten beschränken. Die Aufgaben beschreiben u.a. anlagentechnische Abläufe, spezifische Sicherheitsmaßnahmen an einzelnen und konkreten Bauteilen oder Anlagen.

Im Sinne einer nachhaltigen Gebäudeübergabe sollen Nutzereinwinweisungen immer nach einem zeitlichen Ablauf wieder holt und somit ein 2. Mal vorgesehen werden. Die erste Einweisung ist zum Bezug und die zweite Einweisung nach einem zeitlichen Ablauf (Eingewöhnungsphase) nach ca. 4 Wochen durchzuführen. Diese zusätzlichen Leistungen sind mit dem LV auszuschreiben

9.4.3 Inhalte

Unterweisungen und Einweisungen sind nur an zuvor autorisiertem Sach- und Fachpersonal durchzuführen. Es wird darauf hingewiesen, dass im Regelfall und im Rahmen der Übergaben nur ein einziges Mal die Möglichkeit besteht, eine Einweisung durchführen zu lassen. Daher sind VOR Durchführung der Einweisungen nachfolgende Eckpunkte abzufragen und abzustimmen:

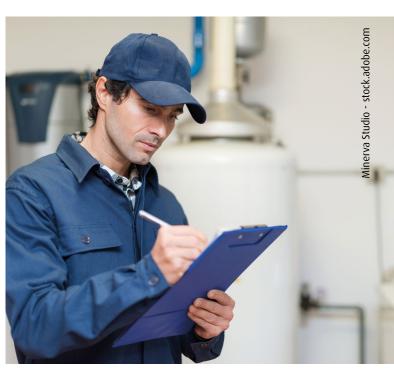
- I. Wie sind die Adressaten der Einweisung geschult?
- II. Liegt bei den Adressaten ein Verständnis für das jeweilige Fach- oder Sachgebote vor?
- III. Ist die hauptverantwortlich einzuweisende Person unterschriftenberechtigt? Quittierung der erfolgreich durchgeführten Einweisung
- IV. Ist die einweisende Person ausreichend qualifiziert?

Eine Dokumentation über durchgeführte Einweisungen ist immer schriftlich durchzuführen und muss mindestens diese Angaben enthalten:

- I. Thematik der Einweisung
- II. Inhalte der Einweisung
 - a. Konkrete Bedienung der Maschine/Anlage/ Bauteil
 - b. Notwendige Arbeitsmittel und Werkzeuge
 - c. Besondere Risiken
 - d. Sicherheitsfunktionen
 - e. Hinweis zu Schutzausrüstungen (PSA)
 - f. Verhalten im Störungsfall
 - g. Hilfe im Störungsfall
 - h. Verweis auf Anlagen-Kurzanleitungen
 - i. Verweis auf Anlagen- und Betriebshandbücher
 - j. Übergabe und Dokumentation von notwendigen Werkzeugen und Hilfsmitteln, damit die notwendigen Inspektions- und

Reinigungsarbeiten oder Sichtprüfungen des Betriebspersonals durchgefpührt werden können. Diese sind beschriftet zu übergeben. Es sind auch besondere Werkzeuge zu übergeben, welche für notwendige Wartungsund Instandsetzungsarbeiten notwendig sind und vom Nutzer bereitgehalten werden müssen. Das sind z.B.

- · Hebel- und Verschraubschlüssel für Gullideckel
- Bedienschlüssel für Unterflurhydranten, Zapfstellen oder Storz-Kupplungen
- Bedienschlüssel für Trinkwasser-Probenahmeventile
- Bedienschlüssel für Geräteverschlüsse "Lüftungstechnik"
- Bedienschlüssel / Schachtdeckelhaken für Schachtabdeckungen
- Bedienschlüssel für Schaltanlagen, Steuerungen, Tableaus
- Spezialwerkzeug für IT-Technik, Gehäuseöffnungen etc.
- · Bedienschlüssel Revisionsöffnungen
- III. Zeitpunkt (Datum) der Einweisung
- IV. Benennung der hauptverantwortlich einzuweisenden Person
- V. Namen aller restlichen Teilnehmer
- VI. Name der einweisenden Person
- VII. Beginn der Einweisung
- VIII. Ende der Einweisung
- IX. abschließende Bestätigung der Unterwiesenen durch Unterschrift
- X. ggf. offene Klärungspunkte/Fragen welche nicht im Rahmen der Einweisung geklärt werden konnten



9.5 Wartung

Im Rahmen der Erstellung des Leistungsverzeichnisses sind die Anforderungen an die Wartungsverträge präzise zu beschreiben. Bei der Errichtung von Blockheizkraftwerken sind Vollwartungsverträge vorzusehen.

Eine Beauftragung der Wartungsarbeiten erfolgt nicht im Rahmen der Beauftragung des Hauptauftrages. Die Beauftragung der Wartungsarbeiten erfolgt im Rahmen der LPH 8, da erst zu dem Zeitpunkt auch Leistungsänderungen aus der LPH 8 kalkulatorisch berücksichtigt werden können.

Folgende Anforderungen sind im Leistungsverzeichnis zu beschreiben:

- I. Vertragsgrundlage für Wartungen sind die Vertragsmuster der AMEV:
 - https://www.amev-online.de/AMEVInhalt/ Betriebsfuehrung/Vertragsmuster/
- II. Vertragsgrundlage sind die Arbeitskarten nach AMEV.
- III. Die auf das Bauvorhaben anzupassenden Arbeitskarten sind Bestandteil des Wartungsvertrages.
- IV. Die auf das Bauvorhaben anzupassenden Arbeitskarten sind Bestandteil der Anlagendokumentation.
- V. Die Durchführung von Wartungsarbeiten ist immer zu dokumentieren. Zu jeder erfolgten Wartung ist ein entsprechendes Protokoll zu erstellen. Es kann auch eine Checkliste verwendet werden.

Die Wartungsarbeiten sind über einen eigenen Titel abzufragen.

Dokumentenhinweise

Für die Projektkommunikation und Projektorganisation werden verschiedenste Vorlagen und Planungshilfen von der Region Hannover vorgegeben. Diese Dateien werden im Downloadbereich von Team 17.03 - Bauen und Technik zur projektspezifischen Verwendung zur Verfügung gestellt.

Der Downloadbereich ist erreichbar unter: https://www.hannover.de/bautech. Die nachfolgende Auflistung dient als Grundlage für Querverweise innerhalb des Aufgaben- und Projekthandbuches und gibt einen Überblick über die im Internet eingestellten Dokumente.

Nr.	Themengruppe	Erläuterung	Dateien/Links		
1.0	Planungshilfen				
1.1	Planungshilfen Barrierefreiheit	Leitfaden Barrie- refreies Bauen der Landeshauptstadt Hannover Planungs- und Ausführungshin- weise für öffent- lich zugängliche Gebäude	https://www. hannover.de/Me- dia/01-DATA-Neu/ Downloads/ Landeshaupt- stadt-Hannover/ Soziales/Men- schen-mit-Be- hinderung/ Publikationen/Bar- rierefreies-Bauen		
1.2	Planungshilfen CAD	Vorgaben und Erläuterungen zur Planbezeichnungs- konvention bei Plänen	724_Aufbau Planbezeichnungs- konvention.pdf		
1.3	Planungshilfen Gesundheit	Allgemeine Empfehlungen und Hinweise zum Bauvorhaben aus infektionshygie- nischer Sicht für die Schulen und Sporthallen der Region Hannover	902_TGA_Emp- fehlungen_Infek- tionsschutz_öff. Tätigkeit.pdf		
1.4	Planungshilfen Artenschutz	Flyer zum allgemeinen Artenschutz und Umsetzungsbei- spiele	411_Nistkästen, Spalten- und Fle- dermausquartie- re_Beispiele.pdf 904_Arten- schutz-Flyer 10-FB Umwelt.pdf		
2.0	Vorlagensammlun	g			

Nr.	Themengruppe	Erläuterung	Dateien/Links
2.1	Vorlagen Besprechungen	Bau- und Planungsbespre- chungsprotokoll Bearbeitbare Vor- lage zur Erstellung Protokollvorlage für interne und externe Bau- und Planungsbespre- chungen	430_Protokollvor- lage_Besprechun- gen.dotx 431_Vorlage_Teil- nehmerliste Be- sprechungen.dotx
2.2	Vorlagen Bemusterungen	Bemusterungsfor- mular Formular für Vorlage und Do- kumentation von Bemusterungen der LPH 3, 5 und 8	441_Vorlage_Be- musterungen.dotx
2.3	Vorlagen TGA	Formularmap- pe-TGA Bearbeitbare Vorlagen zur Ergänzung der Brandschutzdo- kumentation und zur Erstellung von Komponentenlis- ten zu: Brandschutz- klappen Brandschutz- schottungen Schilderlisten	410_Formularmap- pe_AH
		Spülprotokoll Trink- wasserhygiene Bearbeitbare Vor- lage zur Vorgabe von Spülpunkten und zur Doku- mentation des Anlagenbetreibers	435_Trinwas- ser-Hygiene-Spül- protokoll.dotx
		Anzeige Trink- wasserhygiene Anzeige nach § 13 Absatz 2 der Trinkwasserver- ordnung zur Trink- wasserinstallation mit "öffentlicher Tätigkeit". Formular von Team 53.03 der Region Hannover	901_SAN_ Anzeige_ Gesundheitsamt TW-Anlage

Nr.	Themengruppe	Erläuterung	Dateien/Links
		Messprotokolle Arbeitssicherheit – Elektro	919_Prüfprotokoll ortsfeste Anlagen_ELT
		Bearbeitbare Vorlagen des vorbeugenden Arbeits- und Gesundheits- schutzes der Region Hannover in Bezug auf Messungen von ortsfesten und ortsveränderlichen Anlagen und Betriebsmitteln	920_Übergabe- bericht und Prüfprotokoll_ELT 921_Anhang zum Übergabe- bericht-920_ELT
2.4	Vorlagen Änderungen	Planungs- und Ausführungsände- rungstestat (PÄT) Bearbeitbare Vor- lage zur Erstellung von Planungs- und Ausführungsände- rungsmitteilungen (PÄT)	320_Planungsän- derung-Testat
2.5	Vorlagen Vergabever- merke	Vergabevermerk Auftrag VOB Bearbeitbare Vorlage zur Erstellung eines Vergabevermerkes zu Aufträgen gem. VOB	313_VOB-Vergabevermerk.dotx
		Vergabevermerk Nachtrag VOB Bearbeitbare Vorlage zur Erstellung eines Vergabevermerkes zu Nachträgen gem. VOB	315_VMK_Verga- be_NA5.dotx
		Vergabevermerk freihändige Ver- fahren Bearbeitbare Vorlage zur Erstellung eines Vergabevermerkes für eine freihän- dige Vergabe bei Auftragssummer < 25.000 € netto	325_VOB-Verga- be freihändige Verfahren
2.6	Vorlagen Kosten	Kalkulations- überprüfung von Bauleistungen Bearbeitbare Vorlage zur Kalku- lationsüberprüfung von Bauleistungen gem. NTVerG §7	324_Kalkulations- überprüfung

Nr.	Themengruppe	Erläuterung	Dateien/Links
		Projektkostenver- folgung Bearbeitbare Vorlage zur Projektkostenver- folgung	748_Kostenverfol- gung
2.7	Vorlagen Abnahmen	Abnahmeprotokoll Bauleistungen Bearbeitbare Vor- lage zur Abnahme von Bauleistungen gem. Vergabe- handbuch (VHB) des Bundes (Bundesrepublik Deutschland)	920_RH 442 - Abnahme
		Anlage zum Ab- nahmeprotokoll Bearbeitbare Vor- lage zur Abnahme von Bauleistungen als Anlage und in Ergänzung des Dokuments 920.	921_Anlage zum Abnahmeformu- lar_Mängelliste
2.8	Vorlagen CAD	CAD Vorlagen zur Schriftfelderstel- lung	727_CAD-Vorlage-datei_Schriftfeld.pdf 728_CAD-Vorlage-datei_Schriftfeld.dwg 770_Logo-RH-blau.tif 771_Logo-RH-schwarz.tif 772_Layerliste
		CAD Zeichnungs- und Zeichnungs- versandlisten Bearbeitbare Vor- lage zur Erstellung von Zeichnungs- und Zeichnungs- versandlisten gem. der Planbezeich- nungskonvention, inkl. Planungsklar- texte	729_Zeichnungs- und Versandliste. dotx
2.9	Vorlagen Bau- dokumentation	Bearbeitbare Vorlage zur Erstellung eines Bautagebuches anhand von Bau- tagesberichten.	773_Bautagebuch

Tabelle 95: Literaturhinweise

T Glossar

AMEV Aubetskreis Maschiner- und Elektrotechnik staatlicher und kommunaler Verwaltungen AMEV Heizbetrieb 2001 Hinweise für das Bedienen und Betreiben von heiztechnischen Anlagen in öffentlichen Gebäuden Stell der Automationscheine im Bereich der Gebäudeautomation Ist Teil der Automationschein im Bereich der Gebäudeautomation Stell der Automationschein im Bereich der Gebäudeautomation Bit Teil der Automationschein im Bereich der Gebäudeautomation Bit Teil der Automationschein im Bereich der Gebäudeautomation Bit Teil der Automationschein Progenis konkretisieren die Anforderungen der Arbeitsstatten verordnung (Arbstattiv) Adistativ Die Arbeitsstatten van der Bäusung eine Aufbeitsstatten von der Bäusung der Seinen 12 04. Bauunterhalter Zentraler Ansprechpatiner bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Rahmen der Bauunterhaltung des Fam 12 04. Bedien- und Managemente bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Rahmen der Bauunterhaltung des Fam 12 04. Bedien- und Managementebene kann eine zentrale Leitwarte mit nachgeschalteten Automationsstationen verschiedenser Liegenschaft und Anlagen sein. Zu einforden Bedienung der nachgeschalteten Automationsstationen und den darunterbefunkt in der Hände Bedienung der nachgeschalteten automationsstationen und den darunterbefunkt in erhöhen Bedienung der nachgeschalteten eine grafische Prozessvisualisierung vorgesehen. Weltsandiger Austall des Sehvermögens oder eine so minimale Lichtwahruchmung, dass sich der Bertoffene gehrer Eatlit und aksistent erheinten und Informieren muss und sich in der Regel mit Hilfe des binderstücksober der der son minimale Lichtwahruchmung, dass sich der Bertoffene gehrer Eatlit und aksistent erheinten und Informieren muss und sich in der Regel mit Hilfe des binderstücksober der der Seinscheinsber auf Informieren muss und sich in der Regel mit Hilfe des binderstücksober der Seinscheinen und Entwicksichtigung der zuhmischen Franzen und der Automationsperinen und der Automationsperinen muss und sich in der Regel mit Hilfe des binderstücksober der Bertof	1.	A.a.R.d.T.	Allgemein anerkannte Regeln der Technik Eine technisch anerkannte Regel liegt vor, wenn sie in der technischen Wissenschaft als theoretisch richtig anerkannt ist, feststeht, sowie durchweg bekannt und aufgrund der praktischen Erfahrung als technisch geeignet, angemessen und notwendig anerkannt ist.	
4. AMEV Heizbeltieb 2001 5. AS Automationsstation Ist Tell der Automationsstation Ist Tell der Automationsstation Ist Tell der Automationschene im Bereich der Gebäudeautsmation 6. ASR Technische Regeln für Aubeitsstätten Die Technischen Regeln könkretisieren die Anforderungen der Arbeitsstättenverordrung (Aubstätty). 7. Arbstätty Die Arbeitsstättenverordrung entit Mindessnoschriften für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz für Personen an Arbeitsstätten und auf Bausstellen. 8. Bauunterhalter Zentraler Ansprechpartner bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Rahmen der Bauunterhaltung des Team 17,04. 9. Bedienelement Überwiegend mit der Hand zu betatigende Griffe, Drücker, Schalker, Tastaturen, Knopfe, Geldeinwürfe, Kantenschiltz u.ä. 10. Bedien- und Manager mentebene Automationsstationen und den analgen sein. Zur enländen Bedienung der nachgeschalteten Automationsstationen und den analgen sein. Zur enländen Bedienung der nachgeschalteten eine gralische Prozessorisualisierung vorgesehen. 11. Blindheit vollstandiger Autoff des Selvermengens oder eine so minimale Lichtwahrnehmung, dass sich der Se- troffene primär taktil und alkustisch orientieren und informieren muss und sich in der Regel mit Hille des Bindenstods oder dirinderführhnundes bewegt. 12. BOS Behörden und Organischionen mit Sicherheitsaufgeben (Feuerwehr-Gebäudefunk) (Feuerwehr-Gebäudefunk) (Feuerwehr-Gebäudefunk) 13. Bewegungsfläche erforderlicher Fläche zur Nutzung eines Gebäudes und einer baulichen Anlage, unter Berücksichtigung der raumlichen Erfordernisse z.B. von Kollstühlen, Gehihllen, Kolladoren 14. BSK Brandschutz/Rappe CAD Computer-Alded Design (rechnerunterstützles Konstrutieren) 15. CAD Computer-Alded Design (rechnerunterstützles Konstrutieren) 16. DOC Fline Komponente der Direct-Dijstal-Control-Gebäudeautomation, kurz DOC-GA, ist eine einem Computer sähnliche elektrimische Bausgruppe, die für Steuerungs- und Regelungsaufgaben in der Gebäudeautomatin sähnliche elektrimische Bausgruppe, die für Steuerungs- und Reg	2.	AKS	Allgemeiner-Kennzeichnungs-Schlüssel	
5. AS Automationsstation Ist Teil der Automationsebene im Bereich der Gebäudeautomation 6. ASR Technische gegeln für Arbeitsstätten 7. ArbStättV Die Arbeitsstätten Begeln konkretisieren die Anforderungen der Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV). 7. ArbStättV Die Arbeitsstättenverordnung enthält Mindestvorschriften für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz für Personen an Arbeitsstätten und auf Bauseilen. 8. Bauunterhalter Zentraler Ansprechpartner bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Rahmen der Bauunterhaltung des Fearn 17,04. 9. Bedienelement Überwiegend mit der Hand zu betätigende Griffe, Drücker, Schalter, Tasstaturen, Knöpfe, Geldeinwürfe, Kartenschlitz u.a. Eine Bedien- und Managementebene kann eine zentrale Leitwarte mit nachgeschalteten Automationsstationen werschiedenster Liegenschaft und Anlagen sein Zur einfachen Bedienung der nachgeschalteten Automationsstationen verschiedenster Liegenschaft und Anlagen sein Zur einfachen Bedienung der nachgeschalteten Automationsstationen und den darunter befindlichen technischen Anlagen und Systemen ist erganzend eine grafische Prozessissualisierung vorgesehen. 11. Blindheit vollständiger Ausfall des Sehvermögens oder eine so minimale Lichtwahrechnung, dass sich der Betroffene primat taktill und akustisch orientieren und Informieren muss und sich in der Regel mit Hilfe des Blindenstacks oder Blindenführhundes bewegt. 12. BBOS Bewegungsläche erforderliche Tläche zur Nutzung eines Gebäudes und einer baultchen Anlage, unter Berücksichtigung der raumfichen Tufordernisse z.B. von Rollstünlen, Gehalten, Gehalten, Anlage, unter Berücksichtigung der raumfichen Tufordernisse z.B. von Rollstünlen, Gehalten, Gehalten, Rollatoren 14. BSK Brandschutzklappe 15. CAD Computer-Arded Design (rechnerunterstütztes Konstruieren) 16. DOC Eine Komponen der Direct-Dijotal-Control-Gebäudeautomation, kurz DD-GA, ist eine einem Computer Ahnliche elektronische Baugruppe, die für Steuerungs- und Regelungsaufgaben in der Gebäudeautomatisierung eingesetzt wird. Jeuelle https://die.wikpedia.org	3.	AMEV	Arbeitskreis Maschinen- und Elektrotechnik staatlicher und kommunaler Verwaltungen	
Iss Tell der Aufomationsebene im Bereich der Gebäudeautomation	4.	AMEV Heizbetrieb 2001	Hinweise für das Bedienen und Betreiben von heiztechnischen Anlagen in öffentlichen Gebäuden	
Die Technischen Regeln konkretisieren die Anforderungen der Arbeitsstätterwerordnung (Arbstätty). Arbstätty Die Arbeitsstätterwerordnung enthält Mindestvorschriften für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz für Personen an Arbeitsstätten und auf Bausetielen. Bauunterhalter Zentraler Ansprechpartner bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Rahmen der Bauunterhaltung des leam 17.04. Bedien- und Manage- der Sicherheit und Ansagenmente eine Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Rahmen der Bauunterhaltung des leam 17.04. Bedien- und Manage- mentebene kann eine zentrale Leitwarte mit nachgeschalteten Automationsstationen und den danunter befindlichen technischen Anlagen und Systemen ist ergänzend eine gallsche Prozessvisualisterung vorgeschent. Blindheit Vollsändiger Ausfall des Sehvermögens oder eine so minimale Lichtwahrnehmung, dass sich der Betroffen primat rätätlt und Austisch onensteren und Informieren muss und sich in der Regel mit Hille des Blindenstocks oder Blindenführhundes bewegt. Beso Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (Feuerwehr-Gebaudefunk) Geuerwehr-Gebaudefunk) Geuerwehr-Gebaudefunk) Bewegungsfläche erforderliche Fläche zur Nutzung eines Gebäudes und einer baulichen Anlage, unter Berücksichtigung der räumlichen Erfordernisse z.B. von Rollstüften, Gehäufen, Rollatioren Bandschutzläappe CAD Computer-Aided Design (rechnerunterstütztes Konstruieren) Eine Komponente der Direct-Digital-Control-Gebäudeautomation, kurz DD-GA, ist eine einem Computer Ähnliche elektronische Bäugruppe, die für Steuerungs- und Regelungsaufgaben in der Gebäudeautomatiserung eingesetzt wird. Quelle: https://de.wikipedia.org DEA Druckerhöhungsanlage DE Durchlauferwarmer (Durchflusserwärmer) DLE Durchlauferwarmer (Durchflusserwärmer) DLE Durchlauferwarmer (Durchflusserwärmer) EIE Elektrodurchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) EIE Elektrodurchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) EIP-Verordnung Erfs-Verordnung oder auch Okodesign-Richtlinie genannt gem. Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Palaments und d	5.	AS		
Bauunterhalter Zentraler Ansprechpartner bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Rahmen der Bauunterhaltung des Team 17.04.	6.	ASR		
Readienelement Uberwiegend mit der Hand zu betätigende Griffe, Drücker, Schalter, Tastaturen, Knöpfe, Geldeinwürfe, Kartenschiltz u.ä.	7.	ArbStättV		
Bedien- und Managementebene	8.	Bauunterhalter		
tationen verschiedenster Liegenschaft und Anlagen sein. Zur einfachen Bedienung der nachgeschalteten Automationsstationen und den darunter befindlichen technischen Anlagen und Systemen ist ergänzend eine grafische Prozessvisualisierung vorgesehen. 11. Blindheit vollständiger Ausfall des Sehvermögens oder eine so minimale Lichtwahrnehmung, dass sich der Betroffene primar stätll und akustisch orientieren und informieren muss und sich in der Regel mit Hilfe des Blindenstocks oder Blindenführhundes bewegt. 12. BOS Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (Feuerwehr-Gebäudefunk) 13. Bewegungsfläche erforderliche Fläche zur Nutzung eines Gebäudes und einer baulichen Anlage, unter Berücksichtigung der raumflichen Erforderlisses z.B. von Rollstühlen, Gehilfen, Rollatoren 14. BSK Brandschutzklappe 15. CAD Computer-Aided Design (rechnerunterstütztes Konstruieren) 16. DDC Eine Komponente der Direct-Diglial-Control-Gebäudeautomation, kurz DDC-GA, ist eine einem Computer ahnliche elektronische Baugruppe, die für Steuerungs- und Regelungsaufgaben in der Gebäudeautomatisierung eingesetzt wird. Quelle: https://de.wikipedia.org 17. DEA Druckerhöhungsanlage 18. DK Verwaltungsinterner Begriff für: Dezermentenkonferenz 19. DLE Durchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) 20. DLE-E Elektrodurchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) 21. DLE-W Wasserdurchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) 22. DP Datenpunkt in der GA gemäß VDI Richtlinie VDI 3814 23. DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. Abdürzung für das technische Gewerk: ELT Elektrotechnik 24. ELT Abdürzung für das technische Gewerk: ELT-Elektrotechnik 25. EM Energiemanagement Eine Entscheidungsvorlage Eine Entscheidungsvorlage hat den Sinn und Zweck eine chronologische Übersicht zu Entscheidungen, Kostenentwicklungen oder Terminverzögerungen umfassend und übersichtlich darzustellen und zu dokumentieren. 26. Ertscheidungsvorlage Erterverordnung der auch Ökodesign-Richtlinie genannt gem. Richtlinie 2009/1275/Ede Bestlegung von Anforderungen an	9.	Bedienelement		
troffene primar taktil und akustisch orientieren und informieren muss und sich in der Regel mit Hilfe des Blindenstocks oder Blindenstocks Blind	10.		tationen verschiedenster Liegenschaft und Anlagen sein. Zur einfachen Bedienung der nachgeschalteten Automationsstationen und den darunter befindlichen technischen Anlagen und Systemen ist ergänzend	
Feuerwehr-Gebäudefunk 13. Bewegungsfläche erforderliche Fläche zur Nutzung eines Gebäudes und einer baulichen Anlage, unter Berücksichtigung der räumlichen Erfordernisse z.B. von Rollstühlen, Gehhilfen, Rollatoren 14. BSK Brandschutzklappe 15. CAD Computer-Aided Design (rechnerunterstütztes Konstruieren) 16. DDC Eine Komponente der Direct-Digital-Control-Gebäudeautomation, kurz DDC-GA, ist eine einem Computer ahnliche elektronische Baugruppe, die für Steuerungs- und Regelungsaufgaben in der Gebäudeautomatisierung eingesetzt wird. Quelle: https://de.wikipedia.org 17. DEA Druckerhöhungsanlage 18. DK Verwaltungsinterner Begriff für: Dezernentenkonferenz 19. DLE Durchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) 20. DLE-E Elektrodurchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) 21. DLE-W Wasserdurchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) 22. DP Datenpunkt in der GA gemäß VDI Richtlinie VDI 3814 23. DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. 24. ELT Abkürzung für das technische Gewerk: ELT: Elektrotechnik Energiemanagement 26. Entscheidungsvorlage Eine Entscheidungsvorlage hat den Sinn und Zweck eine chronologische Übersicht zu Entscheidungen, Kostenentwicklungen oder Terminverzögerungen umfassend und übersichtlich darzustellen und zu dokumentieren. 27. ErP-Verordnung ErP-Verordnung oder auch Ökodesign-Richtlinie genannt gem. Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte 28. Fachplaner Externer Dienstleister der Region Hannover zur Erbringung von Planungsleistungen gem. HOAI	11.	Blindheit	troffene primär taktil und akustisch orientieren und informieren muss und sich in der Regel mit Hilfe des	
räumlichen Erfordernisse z.B. von Rollstühlen, Gehhilfen, Rollatoren 14. BSK Brandschutzklappe 15. CAD Computer-Aided Design (rechnerunterstütztes Konstruieren) 16. DDC Eine Komponente der Direct-Digital-Control-Gebäudeautomation, kurz DDC-GA, ist eine einem Computer ähnliche elektronische Baugruppe, die für Steuerungs- und Regelungsaufgaben in der Gebäudeautomatisierung eingesetzt wird. Quelle: https://de.wikipedia.org 17. DEA Druckerhöhungsanlage 18. DK Verwaltungsinterner Begriff für: Dezernentenkonferenz 19. DLE Durchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) 20. DLE-E Elektrodurchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) 21. DLE-W Wasserdurchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) 22. DP Datenpunkt in der GA gemäß VDI Richtlinie VDI 3814 23. DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. 24. ELT Akbürzung für das technische Gewerk:	12.	BOS		
15. CAD Computer-Aided Design (rechnerunterstütztes Konstruieren) 16. DDC Eine Komponente der Direct-Digital-Control-Gebäudeautomation, kurz DDC-GA, ist eine einem Computer ähnliche elektronische Baugruppe, die für Steuerungs- und Regelungsaufgaben in der Gebäudeautomatisierung eingesetzt wird. Quelle: https://de.wikipedia.org 17. DEA Druckerhöhungsanlage 18. DK Verwaltungsinterner Begriff für: Dezernentenkonferenz 19. DLE Durchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) 20. DLE-E Elektrodurchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) 21. DLE-W Wässerdurchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) 22. DP Datenpunkt in der GA gemäß VDI Richtlinie VDI 3814 23. DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wässerfaches e. V. 24. ELT Abkürzung für das technische Gewerk:	13.	Bewegungsfläche		
Eine Komponente der Direct-Digital-Control-Gebäudeautomation, kurz DDC-GA, ist eine einem Computer ähnliche elektronische Baugruppe, die für Steuerungs- und Regelungsaufgaben in der Gebäudeautomatisierung eingesetzt wird. Quelle: https://de.wikipedia.org DEA Druckerhöhungsanlage	14.	BSK	Brandschutzklappe	
ähnliche elektronische Baugruppe, die für Steuerungs- und Regelungsaufgaben in der Gebäudeautomatisierung eingesetzt wird. Quelle: https://de.wikipedia.org 17. DEA Druckerhöhungsanlage 18. DK Verwaltungsinterner Begriff für: Dezernentenkonferenz 19. DLE Durchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) 20. DLE-E Elektrodurchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) 21. DLE-W Wasserdurchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) 22. DP Datenpunkt in der GA gemäß VDI Richtlinie VDI 3814 23. DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. 24. ELT Abkürzung für das technische Gewerk:	15.	CAD	Computer-Aided Design (rechnerunterstütztes Konstruieren)	
18. DK Verwaltungsinterner Begriff für: Dezernentenkonferenz 19. DLE Durchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) 20. DLE-E Elektrodurchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) 21. DLE-W Wasserdurchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) 22. DP Datenpunkt in der GA gemäß VDI Richtlinie VDI 3814 23. DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. 24. ELT Abkürzung für das technische Gewerk: ELT: Elektrotechnik 25. EM Energiemanagement 26. Entscheidungsvorlage Eine Entscheidungsvorlage hat den Sinn und Zweck eine chronologische Übersicht zu Entscheidungen, Kostenentwicklungen oder Terminverzögerungen umfassend und übersichtlich darzustellen und zu dokumentieren. 27. ErP-Verordnung ErP-Verordnung oder auch Ökodesign-Richtlinie genannt gem. Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte 28. Fachplaner Externer Dienstleister der Region Hannover zur Erbringung von Planungsleistungen gem. HOAI	16.	DDC	ähnliche elektronische Baugruppe, die für Steuerungs- und Regelungsaufgaben in der Gebäudeautomati-	
19. DLE Durchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) 20. DLE-E Elektrodurchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) 21. DLE-W Wasserdurchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) 22. DP Datenpunkt in der GA gemäß VDI Richtlinie VDI 3814 23. DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. 24. ELT Abkürzung für das technische Gewerk: ELT: Elektrotechnik 25. EM Energiemanagement 26. Entscheidungsvorlage Eine Entscheidungsvorlage hat den Sinn und Zweck eine chronologische Übersicht zu Entscheidungen, Kostenentwicklungen oder Terminverzögerungen umfassend und übersichtlich darzustellen und zu dokumentieren. 27. ErP-Verordnung ErP-Verordnung oder auch Ökodesign-Richtlinie genannt gem. Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte 28. Fachplaner Externer Dienstleister der Region Hannover zur Erbringung von Planungsleistungen gem. HOAI	17.	DEA	Druckerhöhungsanlage	
20. DLE-E Elektrodurchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) 21. DLE-W Wasserdurchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) 22. DP Datenpunkt in der GA gemäß VDI Richtlinie VDI 3814 23. DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. 24. ELT Abkürzung für das technische Gewerk: ELT: Elektrotechnik 25. EM Energiemanagement 26. Entscheidungsvorlage Eine Entscheidungsvorlage hat den Sinn und Zweck eine chronologische Übersicht zu Entscheidungen, Kostenentwicklungen oder Terminverzögerungen umfassend und übersichtlich darzustellen und zu dokumentieren. 27. ErP-Verordnung ErP-Verordnung oder auch Ökodesign-Richtlinie genannt gem. Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte 28. Fachplaner Externer Dienstleister der Region Hannover zur Erbringung von Planungsleistungen gem. HOAI	18.	DK	Verwaltungsinterner Begriff für: Dezernentenkonferenz	
 DLE-W Wasserdurchlauferwärmer (Durchflusserwärmer) DP Datenpunkt in der GA gemäß VDI Richtlinie VDI 3814 DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. ELT Abkürzung für das technische Gewerk:	19.	DLE	Durchlauferwärmer (Durchflusserwärmer)	
 DP Datenpunkt in der GA gemäß VDI Richtlinie VDI 3814 DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. ELT Abkürzung für das technische Gewerk:	20.	DLE-E	Elektrodurchlauferwärmer (Durchflusserwärmer)	
Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. ELT Abkürzung für das technische Gewerk: ELT: Elektrotechnik Energiemanagement Entscheidungsvorlage Eine Entscheidungsvorlage hat den Sinn und Zweck eine chronologische Übersicht zu Entscheidungen, Kostenentwicklungen oder Terminverzögerungen umfassend und übersichtlich darzustellen und zu dokumentieren. ErP-Verordnung ErP-Verordnung oder auch Ökodesign-Richtlinie genannt gem. Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte Externer Dienstleister der Region Hannover zur Erbringung von Planungsleistungen gem. HOAI	21.	DLE-W	Wasserdurchlauferwärmer (Durchflusserwärmer)	
24. ELT Abkürzung für das technische Gewerk: ELT: Elektrotechnik 25. EM Energiemanagement 26. Entscheidungsvorlage Eine Entscheidungsvorlage hat den Sinn und Zweck eine chronologische Übersicht zu Entscheidungen, Kostenentwicklungen oder Terminverzögerungen umfassend und übersichtlich darzustellen und zu dokumentieren. 27. ErP-Verordnung ErP-Verordnung oder auch Ökodesign-Richtlinie genannt gem. Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte 28. Fachplaner Externer Dienstleister der Region Hannover zur Erbringung von Planungsleistungen gem. HOAI	22.	DP	Datenpunkt in der GA gemäß VDI Richtlinie VDI 3814	
ELT: Elektrotechnik 25. EM Energiemanagement 26. Entscheidungsvorlage Eine Entscheidungsvorlage hat den Sinn und Zweck eine chronologische Übersicht zu Entscheidungen, Kostenentwicklungen oder Terminverzögerungen umfassend und übersichtlich darzustellen und zu dokumentieren. 27. ErP-Verordnung ErP-Verordnung oder auch Ökodesign-Richtlinie genannt gem. Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte 28. Fachplaner Externer Dienstleister der Region Hannover zur Erbringung von Planungsleistungen gem. HOAI	23.	DVGW	Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V.	
 Entscheidungsvorlage Eine Entscheidungsvorlage hat den Sinn und Zweck eine chronologische Übersicht zu Entscheidungen, Kostenentwicklungen oder Terminverzögerungen umfassend und übersichtlich darzustellen und zu dokumentieren. ErP-Verordnung ErP-Verordnung oder auch Ökodesign-Richtlinie genannt gem. Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte Fachplaner Externer Dienstleister der Region Hannover zur Erbringung von Planungsleistungen gem. HOAI 	24.	ELT		
nentwicklungen oder Terminverzögerungen umfassend und übersichtlich darzustellen und zu dokumentieren. ErP-Verordnung ErP-Verordnung oder auch Ökodesign-Richtlinie genannt gem. Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte Externer Dienstleister der Region Hannover zur Erbringung von Planungsleistungen gem. HOAI	25.	EM	Energiemanagement	
Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte 28. Fachplaner Externer Dienstleister der Region Hannover zur Erbringung von Planungsleistungen gem. HOAI	26.	Entscheidungsvorlage	Eine Entscheidungsvorlage hat den Sinn und Zweck eine chronologische Übersicht zu Entscheidungen, Kostenentwicklungen oder Terminverzögerungen umfassend und übersichtlich darzustellen und zu dokumentieren.	
	27.	ErP-Verordnung	Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von	
29. FliB Fachverband Luftdichtheit im Bauwesen e. V.	28.	Fachplaner	Externer Dienstleister der Region Hannover zur Erbringung von Planungsleistungen gem. HOAI	
	29.	FliB	Fachverband Luftdichtheit im Bauwesen e. V.	

30.	Funktionsprüfbege- hungen	Diese Begehungen werden direkt vom Bauherrn oder eines externen Dienstleisters zur Feststellung der Abnahmereise durchgeführt. Zu diesem Zeitpunkt müssen die Anlagen in Betrieb genommen sein und im besten Falle eine Fertigmeldung der ausführenden Firma vorliegen.
31.	GLT	Gebäudeleittechnik, Siehe MBE
32.	GLT-Pflichtenheft	Siehe Handbuch Gebäudeleittechnik
33.	Handbuch Gebäudeleit- technik	Technisches Handbuch der Region Hannover (GLT-Pflichtenheft) zur Spezifikation der Aufschaltung von Gebäudeautomationsanlagen oder Managementsystemen auf den zentralen übergeordneten Gebäudeleitrechner der Region Hannover.
34.	HKLS	Abkürzung für die technischen Gewerke: H: Heizungstechnik K: Kältetechnik L: Lüftungstechnik S: Sanitärtechnik
35.	HOAI	Honorarordnung für Architekten und Ingenieure
		Regelung und Grundlage zur Bestimmung, Vereinbarung und Abrechnung von Honoraren für Architekten- und Ingenieurleistungen.
36.	Hörbehinderung	Ausfall des Hörvermögens oder erheblich eingeschränktes Hörvermögen
37.	IC	Verwaltungsinterner Begriff für: Steuerungsorgan Investitionscontrolling
38.	ICR	Verwaltungsinterner Begriff für: Sitzungsrunden des Investitionscontrollings
39.	ISP	Informationsschwerpunkt (kurz: ISP) ist eine Bezeichnung aus der Gebäudeautomation für die Räumlichkeit, in der die Regel- und Steuereinheiten (DDC-Stationen) zusammenlaufen. Meist besteht ein ISP aus Schaltschränken, in der die Regel- und Steuereinheiten untergebracht sind, und aus den zu steuernden Anlagen (HLKK-Anlagen für Heizung, Lüftung, Klima und Kälte). Die einzelnen ISP werden zusammengefasst auf einem Gebäudeleitsystem, mit dem die Regel- und Steuereinheiten bedient werden können und das Stör- und Alarmmeldungen verarbeitet. Quelle: https://de.wikipedia.org
40.	Klimaschutzprogramm für die Verwaltung der Region Hannover	Hiermit ist das "Integrierte Klimaschutzkonzept für die Verwaltung der Region Hannover" gemeint.
41.	LBO	Landesbauordnung Wird in Niedersachsen über den Niedersächsischen Landtag als Niedersächsische Bauordnung (NBauO) umgesetzt.
42.	Leuchtdichte-Kontrast	Ein relativer Leuchtdichteunterschied benachbarterm Flächen; die Kontrastwahrnehmung kann durch Farbgebung unterstützt werden [DIN 32975]
43.	MAG	Membran-Ausdehnungs-Gefäß
44.	MBE	Management- und Bedieneinrichtung (Veraltet ist der Begriff der GLT "Gebäudeleittechnik". Dieser Begriff beschrieb die Software zur Visualisierung von Informationen in der Gebäudeautomation und den hardwareseitigen Bedienplatz des Nutzers)
45.	Motorische Einschränkung	Einschränkung des Bewegungsvermögens insbesondere der Arme, Beine und Hände; kann die Nutzung von Mobilitätshilfen oder Rollstühlen erfordern
46.	MSR	Kurzform für Mess-, Steuerungs- und Regelungstechnik, welche vereinfacht die Aufgabengebiete der Gebäudeautomationssparten (GA) widergibt.
47.	NBauO	Siehe LBO
48.	Orientierungshilfe	Informationen, die alle Menschen, insbesondere Menschen mit sensorischen Einschränkungen bei der Nutzung der gebauten Umwelt unterstützt
49.	Ortsveränderliche elektrische Betriebs- mittel	Ortsveränderliche elektrische Betriebsmittel sind solche, die während des Betriebes bewegt werden oder die leicht von einem Platz zum anderen gebracht werden können, während sie an den Versorgungsstromkreis angeschlossen sind. Wird ein eigentlich ortsveränderliches Betriebsmittel einer Montage unterzogen, z.B. in eine betriebliche Infrastruktur eingebettet (Einbau eines Herdes in eine Küchenzeile), so ist dieses Betriebsmittel ortsfest und einer Prüfung vor der ersten Inbetriebnahme zu unterziehen. Siehe "Ortsfeste elektrische Betriebsmittel"
50.	Ortsfeste elektrische Betriebsmittel	Ortsfeste elektrische Betriebsmittel sind fest angebrachte Betriebsmittel oder Betriebsmittel, die keine Tragevorrichtung haben und deren Masse so groß ist, dass sie nicht leicht bewegt werden können. Dazu gehören auch elektrische Betriebsmittel, die vorübergehend fest angebracht sind und über bewegliche Anschlussleitungen betrieben werden.
51.	QS	Qualitätssicherung
52.	QM	Qualitätsmanagement

53.	PAS	Potential-Ausgleich-Schiene Bestandteil der Elektroinstallationstechnik	
54.	Projektkoordinator	Zentraler Ansprechpartner bei Neubau- und Sanierungsmaßnahmen des Team 17.03.	
55.	PHI	Passivhaus Institut, I.d.R. ist hier der Verweis auf den Berechnungsansatz nach Passivhaus Institut (Rhein str. 44/46, 64283 Darmstadt) gemeint.	
56.	Proprietär	Ein Begriff im Bereich Soft- und Hardware, welcher auf einen herstellerspezifischen und in der Regel nicht veröffentlichten Standards hinweist, um diese zu s.g. freier Software und freier Hardware abzugrenzen. Kann qualitätsrelevant sein.	
57.	PW	Potable Water (Trinkwasserleitung)	
58.	PWC-Versorgung	Potable Water Cold Trinkwasser, kalt	
59.	PWH-Versorgung	Potable Water Hot Trinkwasser, warm	
60.	PWH-C-Versorgung	Potable Water Hot-Circulation Trinkwasserleitung, warm, Zirkulation	
61.	PWW-Leitungen	Bei einer Pumpenwarmwasserheizung (PWW) wird Heizwärme mit Hilfe eines geschlossenen Wasserkreises (Rohrleitungen) zu den verschiedenen Verbrauchern transportiert.	
62.	Region Hannover	Als Region Hannover ist sinngemäß die Bauherrin gemeint, welche bei Projekten des Teams 17.03 durch den Projektkoordinator oder bei Projekten des Teams 17.04 durch den Bauunterhalter vertreten wird.	
63.	Sehbehinderung	erhebliche Einschränkung des Sehvermögens, wobei sich der Betroffene noch in hohem Maße visuell orientieren und informieren kann	
64.	Sensorische Einschränkung	z.B. Einschränkung des Hörsinnes oder des Sehsinnes	
65.	SPS	Speicherprogrammierbare Steuerung	
66.	Stationäre Anlagen	Elektrische stationäre Anlagen sind mit ihrer Umgebung fest verbunden, zum Beispiel elektrische Installationen in Gebäuden.	
67.	Team 17.03	Fachabteilung der Region Hannover Team Bau und Technik - 17.03 -	
68.	Team 17.04	Fachabteilung der Region Hannover Team Bauunterhaltung - 17.04 -	
69.	TRGI	Technische Regeln Gasinstallation	
70.	TrinkwV	Trinkwasserverordnung	
71.	TRWI	Technische Regeln der Trinkwasser-Installationen	
72.	TRWS	Technische Regel wassergefährdende Stoffe	
73.	VdS	Die VdS Schadenverhütung GmbH ist eine 100%-ige Tochtergesellschaft des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV).	
74.	Zwei-Sinne-Prinzip	gleichzeitige Vermittlung von Informationen für zwei Sinne. Beispiel: Neben der visuellen Wahrnehmung (Sehen) wird auch die taktile (Fühlen, Tasten z.B. mit Händen, Füßen) oder auditive (Hören) Wahrnehmung genutzt.	

Tabelle 96: Glossar

12 Versionshistorie

Version	Freigabe	Seite	Nummerie- rung	Hinweis
Version V2.0	15.06.2018	alle		Basisdokument
Version V2.1	01.01.2019		6.2.11- 6.2.16	KG 480 Gebäudeautomation komplett überarbeitet und mit Kapitel 20 (Anhang A) erweitert
			Anhang A	Spezifikationen zur BACnet-Anbindung an eine MBE ergänzt
			4.9	Tierschutzrichtlinien wurden ergänzt
			6.2.6.1	Hinweise zur aktiven maschinellen Komfortkühlung wurden spezifiziert
			9.	Kapitel überarbeitet und ergänzt
Version V2.2	30.08.2019		3.	Es wird auf den neuen Dokumenten-Downloadbereich hingewiesen.
			4.3	Vorgaben zum CAD wurden komplett überarbeitet und erweitert
			4.4	Raumbezeichnungskonventionen wurden neu aufgenommen
			4.12	Kapitel Schallschutz wurde komplett überarbeitet und erweitert
			4.14	Kapitel zur thermischen und hygrischen Bauphysik wurde komplett überarbeitet und erweitert
			4.15	Das Kapitel Gebäudesicherungskonzept wurde neu aufgenommen
			4.16	Das Kapitel Nutzerbeteiligungs- und Nutzerinformationkonzept wurde neu aufgenommen

Version	Freigabe	Seite	Nummerie- rung	Hinweis
			4.17	Das Kapitel Raumkonzepte wurde neu aufgenommen. Es wurden Raumrubriken mit Ausstattungshinweisen zu folgende Raumtypen geschaffen: I. WC-Vorräume und WC's II. Duschen III. Behinderten-WC's VI. Putzmittelräume V. Sanitätsräume
			6.1.5	Konzeptionierung von Trinkwasserspülstationen wurde überarbeitet
			6.1.9	Vorgaben zu Messstellen bei Erdungsanlagen wurden ergänzt
			6.1.11.2	Beschriftungskonzept und spezifische Medienbezeichnungen wurde überarbeitet
			6.1.11.3	Beschriftungskonzept ergänzt. Vorgaben für die Vorsehung von Hinweisschildern bei "verdeckten" Installationen
			6.2.2.1	Vorgaben zu Außenzapfstellen (Wasser) und Niederschlagswassernutzung wurden ergänzt
			6.2.5.1	Zivilschutzbelange wurden bei der Konzeptionierung von RLT-Anlagen aufgenommen
			6.2.7.1	Hinweise zu Ladetankstellen für Autos und Fahrräder wurden aufgenommen
			6.2.7.2	Aufnahme von Vorgaben zu elektrischen Erstprüfungen von ortsfesten und ortsveränderlichen Betriebsmitteln sowie stationärer Anlagen
			6.2.11.2	Angaben zu Visualisierungseinheiten einer Management- und Bedienebene wurden präzisiert
			6.2.11.6	Angaben zur Verwendung von aktiven Temperaturfühlern in HKLS-Installationen wurden präzisiert
			9.	Kapitel wurde komplett überarbeitet
			Anhang B	Mit Anhang B wurde das Muster eines kompletten Nutzerhandbuches aufgenommen
Version V2.2.1	11.10.2019		4.10	Wiederaufnahme des Kapitels "Umwelt- und Tierschutzrichtlinien". Dieses Kapitel wurde versehentlich in der Revision V2.1 – V2.2 gelöscht.
Version V2.2.2	22.10.2019		4.4	Aktualisierung der Vorgaben zur Raumbezeichnungskonvention
			6.2.11.7	Ergänzung von Beispielfotos zu Bedienelementen und Feedbackampel
Version V2.2.3	14.02.2020		4.14.4	Umfängliche konzeptionelle Ergänzungen zu Sonnenschutz- und Blendschutzsystemen. Planungshinweise für Steuer- und Regelungsstrategien
			4.18	Aufnahme des Kapitels "Arbeitssicherheitskonzept"
			5.2.1	Ergänzungen im Kapitel "Konzept Barrierefreiheit". Klärung des Rollenverständnisses
			6.1.3	Ergänzungen zur rechtzeitigen Einbindung von Energieversorgungsunternehmen
			6.1.10.5	Aufnahme der Definition von Bezeichnungsschildern für Schaltgerätekombinationen/ Schaltschränke
			6.1.10.6	Aufnahme der Definition von Bezeichnungsschildern für Datenverteilerschränke/ Rangierverteiler
			6.2.9.2.1	Aufnahme einer direkten Kühlmöglichkeit von Datenverteilerschränken
Version V2.2.4	20.04.2020		3.2.4	Kapitel zu Planungsänderungen komplett überarbeitet (PÄT)
			4.2	Ergänzung und Hinweise zu neu erstellten Konzeptblättern gem. Anhang A
			4.7	Sachverständige – Komplett überarbeitet
			4.10	Umwelt- und Tierschutzrichtlinien aktualisiert
			4.15.2	Gebäudesicherungskonzept - Kapitel ergänzt Störmeldeweiterleitung 24/7 (Ständig besetzte Stelle)

Version	Freigabe	Seite	Nummerie- rung	Hinweis
			4.18.2	Arbeitssicherheit – Bauteilanforderungen Dachzugänglichkeiten Dachtreppen auf Dächern Nutzungs- und Wartungswege auf Dächern
			4.19	Aufnahme des Kapitels Ausschreibungsunterlagen
			4.20	Aufnahme des Kapitels Baustelleneinrichtungskonzept
			6.1.4.2	Erweiterung des Kapitels Zählerhardware und dessen Schnittstellen um zwei weitere Punkte
			6.1.7	Sicherheitsbeleuchtungsanlagen - ergänzt
			6.1.9	Erdungs- und Blitzschutzanlagen - Aktualisierung und Klassenfestlegung - Nachweisführung "Berührungsspannung" und "Schrittspannung"
			6.1.10.5	Kennzeichnung Elektrogewerke – Ergänzung Schalt- und Einbaugerätebechriftungen
			6.1.10.6	Kennzeichnung luK-Gewerke – Ergänzung Adressierungsschlüssel von Netzwerkdosen
			6.1.12	Aufnahme des Kapitels Gewerkebeziehung und Vollprobetest
			6.2.1.1	Abwasseranlagen – Konzeptionell Aufnahme des Punktes Niederschlagswasser-Management Aufnahme spülrandlose WC'S und Urinale Vorsehung von Bodeneinläufen
			6.2.1.2.1	Abwasseranlagen – Bauteilanforderungen Konkretisierung von Fettabscheideranlagen und Personalzuständigkeiten → Ablaufketten
			6.2.2.1	Wasseranlagen – Konzeptionell Erweiterung des Kapitels um zwei weitere Punkte (TrinwV und erdverlegte Leitungen)
			6.2.2.2.3	Wasseranlagen – Dämmung Ergänzung Sicherungsmaßnahmen
			6.2.4.1	 Wärmeversorgungsanlagen – Konzeptionell Definition von untersch. Regelungszonen Konkretisierung zum Umgang mit Wasserqualitäten - Anlage und bei Füll- und Ergänzungswasser Vorgaben bei Rohrfügung in FBH
			6.2.4.2.1	Wärmeversorgungsanlagen Aufnahme von: - Berücksichtigung Wasserqualitäten - Aufnahme von Rohrleitungswerkstoffen
			6.2.4.2.2	Wärmeversorgungsanlagen – Kennwerte Konkretisierung zu Rauminnentemperaturen
			6.2.4.2.3	Wärmeversorgungsanlagen – Dämmung Ergänzung Sicherungsmaßnahmen
			6.2.4.4	Wärmeversorgungsanlagen Erweiterung der Anforderungen an Grundrisszeichnungen
			6.2.5.2.1	Lufttechnische Anlagen - Bauteilanforderungen Anordnung von Jalousieklappen
			6.2.5.2.3	Lufttechnische Anlagen – Dämmung Ergänzung Sicherungsmaßnahmen
			6.2.5.4	Lufttechnische Anlagen Erweiterung der Anforderungen an Grundrisszeichnungen
			6.2.6.2.1	Kälteanlagen – Konzeptionell Erweiterung des Kapitels um erdverlegte Leitungen
			6.2.6.4	Kälteanlagen Erweiterung der Anforderungen an Grundrisszeichnungen

Version	Freigabe	Seite	Nummerie- rung	Hinweis
			6.2.7.1	 Starkstromanlagen – Konzeptionell Vereinheitlichung zu Meldern (PIR) Vorsehung von Hand-Notausdruckschaltern in bestimmten Räumen Konkretisierung zu abschaltbaren EDV-Steckdosen in Büroarbeitsröumen Konkretisierungen zu Beleuchtungen in Werk- und Wirtschafsräumen Vorsehung Anschlüsse für Kompensationsanlagen
			6.2.7.2.1	Starkstromanlagen – Bauteilanforderungen Abschließbarkeit von Schaltanlagen Grundsätzliches Vorsehen von Reihenklemmen bzw. N-Trennklemmen
			6.2.7.2.2	Starkstromanlagen – Kennwerte • Konkretisierung zur Berechnungsmöglichkeiten Architekturleuchten
			6.2.7.3	Starkstromanlagen – Umfang und Qualität von Berechnungs- und Bemessungsinhalten • Funktionsbeschreibungen gem. VOB/C wurden in Tabellen aufgenommen
			6.2.7.4	Starkstromanlagen Erweiterung der Anforderungen an Grundrisszeichnungen
			6.2.8.2.1	Eigenstromversorgungsanlagen –Bauteilanforderungen • Wetterschutz bei Wechselrichtern
			6.2.8.2.3	Eigenstromversorgungsanlagen – Brandschutz • Anforderungen des Sachversicherers
			6.2.9.1	IuK-Anlagen – Konzeptionell Schrankzugänglichkeiten und Fluchtwege
			6.2.9.2.1	luK-Anlagen – Bauteilanforderungen Abschließbarkeit von Schaltanlagen
			6.2.9.4	luK-Anlagen Aufnahme von Inhalten zu "Umfang und Qualität von Zeichnungen"
			6.2.10.1	Förderanlagen – Konzeptionell Umfängliche Ergänzung von Kriterien
			6.2.11.1	 GA-Anlagen – Konzeptionell Abschließbarkeit von Schaltanlagen Grundsätzliches Vorsehen von Reihenklemmen bzw. N-Trennklemmen Verarbeitung von ext. Störmeldungen
			6.2.11.4	GA-Anlagen Spezifikationen Automationsebene Anpassung von Handbedienebene / Lokale Vorrangbedienebene
			6.2.11.8.1	GA-Anlagen GA_Bauteilanforderungen Schnittstellenanforderung an Umwälzpumpen
			8.3	Anlagendokumentation KG 400 Ergänzungen zu ELT-Plänen
			8.4.2	Unterweisungen und Einweisungen Aufnahme von zusätzlichen Einweisungen im Zuge der Nutzung
			8.5	Wartungen Komplette Überarbeitung des Kapitels
			Anhang A	Neuaufnahme von Konzeptblättern für die LPH 0 – 2 in den Anhang A
			Anhang B	Verschiebung des Themas "BACnet-Standards und Anbindung an eine MBE" (ehem. Anhang A) in Anhang B
			Anhang C	Verschiebung des Themas "Muster Nutzerhandbuch" (ehem. Anhang A) in Anhang B

Version	Freigabe	Seite	Nummerie- rung	Hinweis
Version V3.0	09.07.2021		Allgemein	Begrifflichkeiten EnEV vs. GEG angepasst
			3	Projektorganisation und Prozesse Kapitel komplett überarbeitet und aus Projekthandbuch überführt.
			4.12.1	Bauakustik Normenbezüge aktualisiert
			4.14.4	4.14.4 Leistungsphase 3 Themenschwerpunkt I: Sommerlicher Wärmeschutz und Simulation Angaben für zu verwendende TRY aktualisiert.
			4.16	4.16 Raumnutzungskonzept / Raumbuch Kapitel neu geschaffen
			4.16.1	 4.16.1 Standard-Raumkonzepte Kapitel komplett überarbeitet Unterkapitel V. ergänzt: V. Standards für Teeküchen und versorgenden Meetingspoints für Büro- und Verwaltungsgebäude
			4.20	4.20 Baustelleneinrichtungskonzept - Kapitel neu geschaffen
			4.21	4.21 Baustellensicherungskonzept - Kapitel neu geschaffen
			4.22	4.22 Sicherheitsrelevante Gewerke- und Schnittstellenbeziehungen - Kapitel neu geschaffen
			4.23	4.23 Beweissicherung - Kapitel neu geschaffen
			5	Aufgaben für Planung und Errichtung KG 300 - Kapitel komplett überarbeitet und erweitert
			6.1.3	Energieversorgungskonzept - Kapitel überarbeitet und auf den aktuellen Stand der Technik angepasst.
			6.1.10.3	6.1.10.2 Medienbezeichnungen 6.1.10.3 Allgemeine Anforderungen - Zusätzliche Schilder definiert
			6.2.1.2.1	6.2.1 KG 411 Abwasseranlagen 6.2.1.2 Bauteilanforderungen 6.2.1.2.1 Allgemein - Vorgaben zu Betonfertigschächten wurde gelöscht.
			6.2.7.1	6.2.7 KG 440 Starkstromanlagen 6.2.7.1 Konzeptionell Vorgaben zu AFDD angepasst
			6.2.7.2.1	6.2.7 KG 440 Starkstromanlagen6.2.7.2 Bauteilanforderungen6.2.7.2.1 AllgemeinVorgaben zur Verwendung von regionseigenen Messprotokollen wurde gelöscht.
			6.2.7.2.1	6.2.7 KG 440 Starkstromanlagen 6.2.7.2 Bauteilanforderungen 6.2.7.2.1 Allgemein Dach- und Fassadendurchführungen wurden definiert und ergänzt
			6.2.7.2.2	6.2.7 KG 440 Starkstromanlagen6.2.7.2 Bauteilanforderungen6.2.7.2.2 KennwerteKonkretisierungen zu Farbtemperaturen und Beleuchtungsstärken wurden ergänzt.
			6.2.11.8.1	6.2.11 KG 480 Gebäudeautomationsanlagen 6.2.11.8 Bauteilanforderungen 6.2.11.8.1 Allgemein Vorgaben zur Verwendung von regionseigenen Messprotokollen wurde gelöscht.
			7	Aufgaben für Planung und Errichtung KG 500 - Komplettes Kapittel zu den Außenanlagen und Biodiversität neu geschaffen.

Version	Freigabe	Seite	Nummerie- rung	Hinweis
			8.3	 8.3 Abnahmen Begriffserläuterungen zu: Allgemein anerkannte Regeln der Technik (a.a.R.d.T.) Die Einhaltung der allgemein anerkannten Regeln der Technik (a.a.R.d.T.) ergänzt.
			9.2	9. Dokumentation, Übergabe und Wartung9.2 Gebäudedokumentation KG 300Kapitel komplett überarbeitet und umfänglich ergänzt
			9.3.4	9. Dokumentation, Übergabe und Wartung 9.3 Anlagendokumentation KG 400 9.3.4 Übergabe der CAD-Dateien - Inhalte aktualisiert
			11	Glossar - Mit Begrifflichkeiten der Barrierefreiheit ergänzt
			13	13. Anhang A - Konzeptblätter LPH 0 - 2 Raumblätter zum MEP ergänzt
			15	15. Anhang C – Barrierefreies Bauen Komplettes Kapittel zum barrierefreien Bauen neu geschaffen.
			16	15. Anhang D – Anforderungen für den Einsatz von KNX-Bustechnologie Komplettes Kapittel zum Thema knx neu geschaffen.
			18	18. Anhang F – Prozessabläufe der Leistungsphase 0-9 Komplettes Kapittel zum Thema Prozessabläufe neu geschaffen.

Tabelle 97: Versionshistorie

Anhang A - Konzeptblätter LPH 0 - 2

Die folgenden Konzeptblätter stellen eine gewichtete Zusammenfassung und bildliche Darstellung der wesentlichen Bauherrenanforderungen gemäß Aufgaben- und Proiekthandbuch dar.

Die Konzeptblätter wurden thematisch unterteilt in:

- Gebäudeblatt (Themen auf Gebäudeebene)
- Raumblätter (verschiedene Raumnutzungstypen)
- Anlagenblätter (verschiedene Wärmeversorgungkonzepte)

Die darin aufgelisteten und dargestellten Informationen sollen in den Projektleistungsphasen 0-2 zur Anwendung kommen und decken daher nur einen Teil der Bauherrenanforderungen ab und sind entsprechend sinnvoll in den Gesamtkontext des konkreten Bauvorhabens einzubinden und gegebenenfalls vereinzelt anzupassen.

Die Konzeptblätter sind für das Format DIN A3 druckoptimiert konzipiert und sollen als Arbeitsmittel für Planungsbesprechungen helfen in den grundsätzlichen Fragen zeit- und arbeitsintensive Iterationen und Diskussionen zu vermeiden. Zugleich sollen sie als Diskussionsgrundlage dienen, um schon frühzeitig bestimmte Abstimmungen zur Gebäude-, Raum- und Anlagenkonzeptionen zielgerichtet zu platzieren. Die Konzeptblätter sind separat abrufbar unter: www.hannover.de/bautech

Region Hannover

Gebäudeblatt "Verwaltungs- und Bildungsbauten"



Foto: Forderschule auf der Bült

KG 300 - Baukonstruktionen A Fassade ☐ Zweischalig oder monolithisch ☐ opake Bauteile: Konzept Umnutzungsfähigkeit Umwelt- und Tierschutzrichtlinien Rückbau- und Recyclingkonzept Konzept Barrierefreiheit _____

EnEV: $U \le 0.28 \text{ W/(m}^2\text{K})$

Reinigungs- und Instandhaltungskonzept

Konzept Biodiversität

Monitoringkonzept / Qualitätssicherung

Energiekonzept Gebäudesicherungskonzept Farb- und Materialkonzept

- EnEV-30%: $\dot{U} \le 0,20 \text{ W/(m}^2\text{K})$ Passivhaus: $U \le 0,15 \text{ W/(m}^2\text{K})$ □ Wärmebrückennachweis:
- Ohne Nachweis bzw. pauschaler Zuschlag unzulässig Gleichwertigkeitsnachweis DIN 4108 Beiblatt 2:
 - ΔU_{ws} (pauschal) = 0,05 W/m²K
 Detaillierter Wärmebrückennachweis

 □ Luftdichtheit der Gebäudehülle

Gestaltungskonzept Innenausbau / Möblierung

Konzept Sommerlicher Wärmeschutz Konzept Fensterbeschriftungen (AMOK)

Schallschutzkonzept

Konzept zur Notfalltelefonie

☐ Kommunikationszonen vorsehen ☐ Distanz zwischen lärmintensiven Räumen (Aufzüge, ...)

und Aufenthaltsräumen Bildungsbauten:

Distanz zwischen lärmintensiven Räumen (Aufzüge,

Küchen, Werkräume...) und Unterrichtsräumen

Sanitärkern und ein Treppenhaus je Nutzungseinheit)

- EnEV: $n50 \le 0,8 \text{ 1/h}$
- Fassadenbezogener Fensterflächenanteil 45% 55% Passivhaus: n50 ≤ 0,6 1/h Vorgaben zu Materialien:

- mineralische oder natürliche Dämmstoffe Recyclingbeton Hölzer mit FSC / PEFC Zertifikat
- → Wuswahl der Baustoffe unter ökologischen Aspekten Ausschluss von Tropenhölzern
- Hochwasserschutz berücksichtigen (Abdichtungen, ...) Reinigungs- und Instandhaltungsfreundlichkeit der Fassade Niederschlagswasser-Management Fassadenintegrierte Nisthilfen Lüftungsanlagen (VDI 6022) Trinkwasseranlagen (VDI 6023) bei Komplexanlagen

Sachverständigenleistungen

| Sicherheitsanlagen
| Förderanlagee
| Pu-Anlagen
| Lüftungsanlagen (VDI 6022)
| Tinkwasseranlagen (VDI 6023) bei K
| Biltzschutzanlagen
| Brandschutz

Platzreserven in den Schächten ☐ Platzreserven in der☐ Revisionsöffnungen I Schächte

☐ Technisches Betriebsmonitoring durch Energiemanagement Region Hannover
Ggf. unabhängige Dritte zur Durchführung eines
technischen Monitorings nach AMEV-Empfehlung 135 J Gebäudeautomation

 \Box Fenster mit einem g-Wert von < $\acute{0}$,4 \Box Barrierefreie Zugänglichkeit zum Gebäude (Türbreiten,

B Fenster und Türen

□ transparente Bauteile:
• Enels: U ≤ 1,5 W/(m²k)
• Enely-30%. U ≤ 1,1 W/(m²k)
• Passivhaus: U ≤ 0,8 W/(m²k)

☐ Keine 3-fach-Verglasung der Haupteingangstüren

Taster, taktiles Leitsystem)

☐ Druckknopfmelder (z.B. AMOK, Hausalarm etc.) ☐ Weitere Anforderungen gemäß individuellem K Sicherheit

C Innenausbau

The Thomain des gesamten Ausbaus und der Ausstattung
unter Berücksichtigung der Barrierefreiheit (mögliche
Einschränkungen in Farbwahrnehmung und Kontrastsehen

D Sonnenschutztechnik

☐ Außenliegender oder im Scheibenzwischenraum
befindlicher Sonnenschutz mit variabler Lamellenstellung

an allen relevanten Fassaden

- Siehe auch "Konzepte" Gesamtkonzept
- KG 500 Außenanlagen
 Aufenthalsberetche m. Außenraum
 Aufenthalsfördernde Ausstattung im Außenraum
 Ehrradstellplätze (Anzahl, Verortung, Ausleuchtung,
- Ladestationen f. E-Bikes)

 Beleuchtung im Eingangs- / Außenbereich

 Vermeidung invasiver Pflanzenarten, standortgerechte

■ Windstabilität und Berineb mindestens bis Windstärke 7
 ■ Wenn möglich Verwendung von 230V AC-Antrieben
 ■ Sonnenschutz muss bei Alarmmeldungen im Gebäude
hordbaren, um die Sicht auf und den Zugang zu den
Fenstern freizugeben (Hausalarm, BMA, AMOK etc.)

- Bepflanzung

 Artenschutz, Bodiversität

 Niederschlagswasser-Management
 (Regenrückhaltebecken, Regenwassemutzung etc.)

 Helle, versickerungsfähige Oberflächen

Substratgrundlage gemäß "Dachbegrünungsrichtlinien 2018" des FLL

Grundrissdispositionsvorgaben

E Dach

☐ Flachdach

☐ Planung einer intensiven Dachbegrünung auf

- **L Wartung** □ Ausschreibung Wartung für die Pflege der Grünflächen im Außenbereich und auf dem Dach
 - ☐ Ausschreibung Wartung für technische Anlagen ☐ Ausschreibung Wartung für bauliche Komponenten Büro-/ Verwaltungsbauten: □ Aufteilung in eigenständige Nutzungseinheiten möglich (ein
- KG 610 Ausstattung

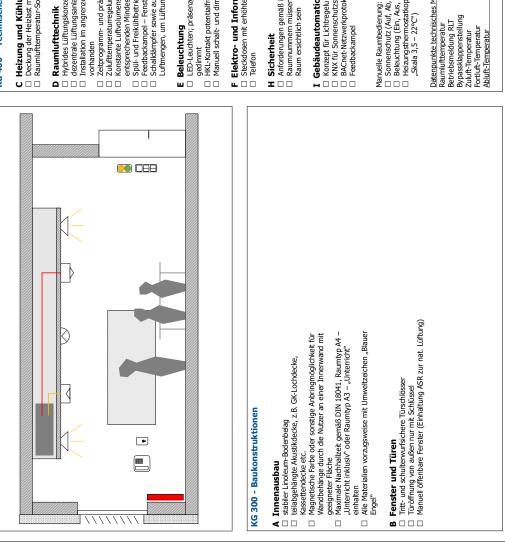
 | Möblerung
 | Hygieneusstattung (WC 'S etc.)
 | Stil- und Wickelmöglichkeiten (wenn nicht in den WC| Bereichen enthalten)
 | Konzept IuK, z.B. Telefonanlage, Multimediaboards,
 - Veranstaltungstechnik etc.

II. Raumblätter



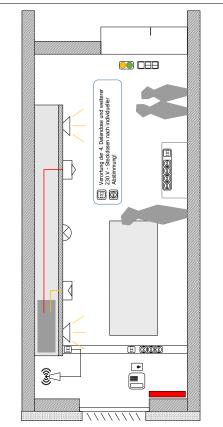
KG 400 – Technische Anlagen Τ Raumblatt "Unterrichtsraum A" •

	 ☐ Medientechnik ☐ Fenster KG 610 - Ausstattung ☐ Gesamtausstattungskonzept mit Themen: — Interaktives Whiteboard 	— Beanner — Telefon in Lehrernähe — Tische mit Schienen zum Einhängen der Stühle — Aufbewahrungsmöbel — etc.						
_	D Raumlufttechnik □ Hybrides Liftungskonzept □ Hybrides Liftungsanlage mit Wärmer ückgewinnung □ Irstallation im angenzenden Differenzierungsraum, sofem vorhanden □ Zeitprogramm- und präsenzgesteuerte Betrieb □ Zuluttemperaturregelung über Bypassklappe □ Konstante Luftvolumenströme zur Erfüllung des	entspechenden Mindesturwedrsels Spil- und Freikühlbetrieb Feedbackampel - Fensterlüftung (Ja / Nein) Schaldämpfer sowie ausgeglichene und minimale Luftmengen, um Lüftungsgeräusche zu minimieren	Beleuchtung LE Lo-Leuchten; präsenzgesteuert und tageslichtabhängig gedimmt HKL-Rontakt potentialfrei Manuell schalt- und dimmbar, ggf. in separaten Gruppen	F Elektro- und Informationstechnik Steckdosen mit erhöhtem Berührungsschutz Telefon	H Sicherheit ☐ Anforderungen gemäß individuellem Gesamtkonzept ☐ Raumnummern müssen von außen an einem Fenster pro Raum ersichtlich sein	I Gebäudeautomation Konzept für Lichtregelung, z.B. Konventionell, DALI, KNX KNX für Sonnenschutzsteuerung BACnet-Netzwerkprotokoll Haustechnik	Manuelle Raumbedienung: Sonnenschutz (Auf, Ab, Lamellenwinkel größer / Kleiner) Beleuchtung (Ein, Aus, heller, dunkler) Heizungsthermostatkopf (mechanische Begrenzung auf ca. "Skala 3,5 – 22°C")	Datenpunkte technisches Monitoring Einheit Raumfurttemperatur Retriebsneldung RLT 0/1 Spassklapperstellung % Zuluft-Temperatur °C Portut-Temperatur °C Abluft-Temperatur °C



Raumblatt "Unterrichtsraum C" –AUR mit Medienausstattung gem. "Medienentwicklungsplan – MEP"





KG 300 - Baukonstruktionen

Innenausbau **∢**□□

- stabiler Linoleum-Bodenbelag teilabgehängte Akustikdecke, z.B. GK-Lochdecke,
- Magnetische Farbe oder sonstige Anbringmöglichkeit für Wandbehänge durch die Nutzer an einer Innenwand mit Kassettendecke etc.

geeigneter Fläche Maximale Nachhallzeit gemäß DIN 18041, Raumtyp A4 –

"Unterricht inklusiv" oder Raumtyp A3 – "Unterricht"

Alle Materialien vorzugsweise mit Umweltzeichen "Blauer

Fenster und Türen

- **m** - -
- Tirit- und schulterwurfsichere Türschlösser Türöffnung von außen nur mit Schlüssel Manuell öffenbare Fenster (Einhaltung ASR zur nat. Lüftung)

KG 400 - Technische Anlagen

C Heizung und Kühlung ☐ Deckung der Heizlast mit Röhrenradiatoren ☐ Raumlufttemperatur-Sollwert: 20 °C

- D Raumlufttechnik

 □ Nybrides Lüftungskonzept

 □ dezentrale Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung

 □ installation im angenzenden Differenzierungsraum, sofem
 - vorhanden
 - ☐ Zeitprogramm- und präsenzgesteuerter Betrieb☐ Zulufttemperaturregelung über Bypassklappe☐ Konstante Luftvolumenströme zur Erfüllung des
 - entsprechenden Mindestluftwechsels
- Spül- und Freikühlbetrieb
 Bedbackampel Ferskerliftung (Ja / Nein)
 Schaldämpfer sowie ausgeglichene und minimale
 Luftmengen, um Lüftungsgeräusche zu minimieren

E Beleuchtung ☐ LED-Leuchten; präsenzgesteuert und tageslichtabhängig

- gedimmt □ HKL-Kontakt potentialfrei □ Manuell schalt- und dimmbar, ggf. in separaten Gruppen

- F Elektro- und Informationstechnik

 Steckdosen mit erhöhtem Berührungsschutz
 Telefon
 4 Stück Datendoppeldosen
 4 Stück Datendoppeldosen
 5 Steckdosen (230 V) für Lehrerarbeitsplatz
 5 Steckdosen (230 V) für Tafelbereich

Räume, die schon die entsprechende Anzahl von Datendosen in der Klasse ≥ Cat. 5a besitzen, sind nicht zu ertüchtigen bzw. sind nur durch die entsprechende ☐ HINWEISE IT

Abluft-Temperatu I Wartung

- Anzahl Dosen zu ergänzen.
- Bei vorhandenen Datendosen, die mit Verlegeleitungen S Cat. 5 angeschlossen sind, ist eine Verkabelung nach Cat. 7a vorzusehen.
 - Neue Datenverteilschränke sind grundsätzlich nicht in
- mit PoE versorgen bzw. versorgen sollen, sind nicht in Unterrichtsräumen vorzusehen. Vorhandene Datenverteilschränke, die Access Points Unterrichtsräumen vorzusehen.
 - Datenverteilschränke, die nicht für den Anschluss von Access Points dienen, werden durch den Fachbereich Schulen mit "Silent Switches" ausgestattet. In den Unterrichtsräumen vorhandene
- Vorhandene Datenverteilschränke, die mit LWL ≤ OM2-Grundsätzlich werden neue Datenverteilschränke vom Server mit LWL nach OM4-Standard angebunden. Standard angebunden sind, werden nach OM4-

- Aufbau des neuen Netzwerks nach Cat. 7a Standard (Verlegeleitung) und nach Cat. 6a Standard (Keystone-
- Übrige Stromversorgung des Unterrichtsraumes (z.B. für evtl. BYOD/GYOD-Geräte von BBS-Schülern) ist je nach Raumnutzung individuell von der Schule festzulegen. HINWEISE Niederspannung (230 V) □ **,**

Sicherheit

Anforderungen gemäß individuellem Gesamtkonzept Raumnummern müssen von außen an einem Fenster pro Raum ersichtlich sein **5** 🗆 🗆

Gebäudeautomation

- Konzept für Lichtregelung, z.B. Konventionell, DALI, KNX KNX für Sonnenschutzsteuerung BACnet-Netzwerkprotokoll Haustechnik **I** - - - -
 - Feedbackampel
- Heizungsthermostatkopf (mechanische Begrenzung auf ca. Manuelle Raumbedienung:

 | Sonnenschutz (Auf, Ab, Lamellenwinkel größer / kleiner)
 | Bedunning (Ein, Aus, heller, dunker)
 | Bedundsthermostatkopf (mechanische Begrenzung auf c. "Skala 3,5 – 22°C")
- Einheit °C 0/1 % °C °C Datenpunkte technisches Monitoring Bypassklappenstellung Betriebsmeldung RLT Fortluft-Temperatur Zuluft-Temperatur

□ Sicherheitstechnik□ Gebäudeautomation □ Lüftungsanlage□ Medientechnik□ Fenster

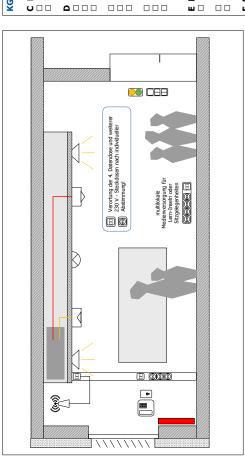
KG 610 - Ausstattung

- ☐ Gesamtausstattungskonzept mit Themen: Interaktives WhiteboardBeamer
- Telefon in Lehremähe
 Tische mit Schienen zum Einhängen der Stühle
 Aufbewahrungsmöbel
 er.
 - etc.









KG 300 - Baukonstruktionen

Innenausbau

- stabiler Linoleum-Bodenbelag teilabgehängte Akustikdecke, z.B. GK-Lochdecke,
- Kassettendecke etc. < □ □
- Magnetische Farbe oder sonstige Anbringmöglichkeit für Wandbehänge durch die Nutzer an einer Innenwand mit

- Maximale Nachhallzeit gemäß DIN 18041, Raumtyp A4 "Unterricht inklusiv" oder Raumtyp A3 "Unterricht" geeigneter Fläche
 - einhalten
- Alle Materialien vorzugsweise mit Umweltzeichen "Blauer

Fenster und Türen

- **m** - -
- Tritt- und schulterwurfsichere Türschlösser Türöffnung von außen nur mit Schlüssel Manuell öffenbare Fenster (Einhaltung ASR zur nat. Lüftung)

KG 400 - Technische Anlagen

C Heizung und Kühlung

□ Deckung der Heizlast mit Röhrenradiatoren

□ Raumlufttemperatur-Sollwert: 20 °C

- D Raumlufttechnik

 □ Hybrides Lüftungskonzept

 □ dezertrale Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung

 □ dezertrale Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung

 □ installation im angenzanden Differenzierungsraum, sofern
 - vorhanden
- □ Zeitprogramm- und präsenzgesteuerter Betrieb
 □ Zulufttemperaturregelung über Bypassklappe
 □ Konstante Luftvolumenströme zur Erfüllung des
 - entsprechenden Mindestluftwechsels
- Luftmengen, um Lüftungsgeräusche zu minimieren □ Spül- und Freikühlbetrieb
 □ Feedbackampel – Fensterlüftung (Ja / Nein)
 □ Schaldämpfer sowie ausgeglichene und minimale
- E Beleuchtung
 ☐ LED-Leuchten; präsenzgesteuert und tageslichtabhängig
 - ☐ MKL-Kontakt potentialfrei □ Manuell schalt- und dimmbar, ggf. in separaten Gruppen

 - F Elektro- und Informationstechnik

 Steckdosen mit erhöhtem Berührungsschutz
 Telefon
 4 Stück Datendoppeldosen
 4 Stück Datendoppeldosen
 5 Steckdosen (230 V) für Lehrerarbeitsplatz
 5 Steckdosen (230 V) für Tafelbereich
- Räume, die schon die entsprechende Anzahl von Datendosen in der Klasse ≥ Cat. 5a besitzen, sind nicht zu ertüchtigen bzw. sind nur durch die entsprechende ☐ HINWEISE IT
 - Anzahl Dosen zu ergänzen. Bei vorhandenen Datendosen, die mit Verlegeleitungen
- Set. 5 angeschlossen sind, ist eine Verkabelung nach Cat. 7a vorzusehen. Neue Datenverteilschränke sind grundsätzlich nicht in
 - mit PoE versorgen bzw. versorgen sollen, sind nicht in Vorhandene Datenverteilschränke, die Access Points Unterrichtsräumen vorzusehen.
 - In den Unterrichtsräumen vorhandene Datenverteilschränke, die nicht für den Anschluss von Unterrichtsräumen vorzusehen.
- Grundsätzlich werden neue Datenverteilschränke vom Access Points dienen, werden durch den Fachbereich Schulen mit "Silent Switches" ausgestattet.
- Server mit LWL nach OM4-Standard angebunden. Vorhandene Datenverteilschränke, die mit LWL s OM2-Standard angebunden sind, werden nach OM4-Standard ertüchtigt.

- Aufbau des neuen Netzwerks nach Cat. 7a Standard (Verlegeleitung) und nach Cat. 6a Standard (Keystone-
- HINWEISE Niederspannung (230 V)
 Übrige Stromversorgung des Unterrichtsraumes (z.B. für
 ext. BYOD/GYOD-Geräte von BBS-Schülern) ist je nach
 Raumurkzung individuell von der Schule festzulegen.

Sicherheit

Raumnummern müssen von außen an einem Fenster pro Raum ersichtlich sein Anforderungen gemäß individuellem Gesamtkonzept U

Gebäudeautomation

- Konzept für Lichtregelung, z.B. Konventionell, DALI, KNX KIV für Sonnenschutzsteuerung BACnet-Netzwerkprotokoll Haustechnik Feedbackampel **I** | | | |
- Manuelle Raumbedienung:

 Sonnenschutz (Auf, Ab, Lamellenwinkel größer / kleiner)

 Beleuchtung (Ein, Aus, heller, dunkler)

 Heizungsthermostatkopf (mechanische Begrenzung auf c
- Heizungsthermostatkopf (mechanische Begrenzung auf ca. "Skala 3,5 - 22°C")

Einheit

Datenpunkte technisches Monitoring

Raumlufttemperatur Betriebsmeldung RLT Bypassklappenstellung Zuluft-Temperatur Fortluft-Temperatur Abluft-Temperatur

5% 5% 5% 5%

- I Wartung

 Sicherheitstechnik
 Gebäudeautomation
 Liftungsanlage
 Medientechnik
 Fenster

KG 610 – Ausstattung

- ☐ Gesamtausstattungskonzept mit Themen: Interaktives Whiteboard
- Baner
 Telefon in Lehrernähe
 Tische mit Schienen zum Einhängen der Stühle
 Aufrewahrungsmöbel
 ett.



Raumblatt "Differenzierungsraum A"

I

E Beleuchtung ☐ LED-Leuchten; präsenzgesteuert und tageslichtabhängig gedimmt $\hfill \square$ Manuell schalt- und dimmbar, ggf. in separaten Gruppen $\hfill \square$ versorgt angerizenden Unternfütsraum Lathrogamm- und präsenzgesteuerter Betrieb Lufufttemperaturegelung über Bypassklappe Konstante Lufvolumenströme zur Erfüllung des entsprechenden Mindestuftwechsels Spil- und Freikülbererie Schalidampfer sowie ausgeglichere und minimale Luftmengen, um Lüftungsgeräusche zu minimieren F Elektro- und Informationstechnik | HKI-Kontak potentialfrei | Stecklosen mit erhöhtem Berühnungsschutz | Stom für die Küche über einen Schlüsselschalter zu D Raumlufttechnik ☐ Hybrides Lüftungskonzept ☐ dezentrale Lüftungsanlage in Differenzierungsraum C Heizung und Kühlung ☐ Deckung der Heizlast mit Röhrenradiatoren ☐ Raumlufttemperatur-Sollwert: 20 °C KG 400 - Technische Anlagen

Datenpunkte technisches Monitoring	Einheit
Raumlufttemperatur	ွ
Betriebsmeldung RLT	0/1
Bypassklappenstellung	%
Zuluft-Temperatur	ပွ
Fortluft-Temperatur	ပွ
Abluft-Temperatur	ပွ

J Wartung

Lüftungsanlage

Gebäudeautomation

KG 610 - Ausstattung

☐ Gesamtausstattungskonzept mit Themen: — Telefon in Lehremähe — Tische mit Schienen zum Einhängen der Stühle — Aufbewahrungsmöbel — Kochgelegenheiten — etc.

Manuelle Raumbedienung:

□ Sonnerschutz (Auf, Ab, Lamellenwinkel größer / kleiner)

□ Beuchtrung (Ein, Aus, heller, dunkler)

□ Heizungsthermostatkopf (mechanische Begrenzung auf ca. "Skala 3,5 – 22°C")

I Gebäudeautomation

☐ Konzept für Lichtregelung, z.B. Konventionell, DALI, KNX

☐ BACnet-Netzwerkprotokoll für den Rest

G Sanitär

☐ Waschbecken mit elektrischem, elektronisch geregeltem

☐ Vardhauferhischen

☐ Auslauftemperatur maximal 43 °C

☐ Einhandhebelmischarmatur

stabiler Linoleum-Bodenbelag teilabgehängte Akustikdecke, z.B. GK-Lochdecke, Kassettendecke etc. Alle Materialien vorzugsweise mit Umweltzeichen "Blauer Engel"

A Innenausbau

□ stabiler Linoleum-B

□ teilabgehängte Aku

B Fenster und Türen□ Manuell öffenbare Fenster

KG 300 - Baukonstruktionen

aktivieren □ Backofenherd in Küchenzeile

H Sicherheit

☐ Anforderungen gemäß individuellem Gesamtkonzept

☐ Hand-Notausschalter - Strom Küchenzeile wird

abgeschaltet









Raumblatt "Flur"

KG.	U \square	©□ □	ш□ Во	F S	ა ⊲ ე □	I 🗆 🗆	Manu □ H

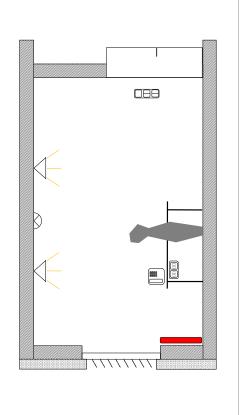
KG 300 - Baukonstruktionen

sebäudeautomation conzept für Lichtregelung, z.B. Konventionell, DALI, KNX (NX für Sonnenschutzsteuerung lektro- und Informationstechnik iteckdosen in Schulen mit erhöhtem Berührungsschutz nforderungen gemäß individuellem Gesamtkonzept kaumlufttechnik berströmende Abluft aus angrenzenden Räumen .C **eleuchtung** räsenz- und tageslichtabhängige Steuerung **leizung und Kühlung** beckung der Heizlast mit Röhrenradiatoren kaumlufttemperatur-Sollwert: 15 °C uelle Raumbedienung: eizungsthermostatkopf Behördenmodell 100 - Technische Anlagen Datenpunkte technisches Monitoring Raumlufttemperatur icherheit

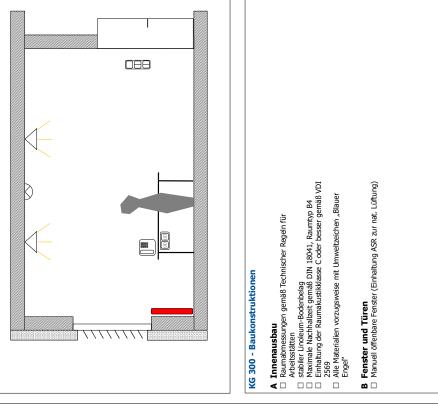
I Wartung ☐ Sicherheitstechnik ☐ Fenster A Innenausbau stabiler Linoleum-Bodenbelag Hoboden mit Bewertungsklasse R9 verwenden, in Eingangsrahler R10 wegen Feuchtigkeits- und Schmutzansammlung Schmutzansammlung Kaine Stolperstellen (Änderung der Rutschhemnung, Steigungsbänge, Türfeststeller, Türschwellen, Einzelstufen, etc.) Aussisch wirksame Decke und/oder Wandflächen Aussisch wirksame Decke und/oder Wandflächen Aussisch wirksame Decke und Jonen Bauer Engel" Entwicklung und Implementierung eines sinnvollen Konzeptes für ein Orientierungs- und Leitsystem Gäländer und Umwehrungen vollflächig oder mit senkrechten Stäben, Öffnungen < 12 cm



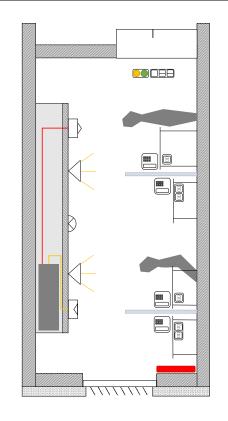
Raumblatt "Einzelbüro A"



gen KG 610 – Ausstattung	☐ Gesamtausstattungskonzept mit Themen: — Ergonomische Bürostühle — Schreibtische, ggf. höhenverstellbar — Talefin	– Aufbewahrungsmöbel – individuell regelbarer Blendschutz, sofern erforderlich – etc.	art und tageslichtabhängig ygf. in separaten Gruppen	n stechnik werkanschlüsse Datenanschlüsse vorzusehen, Anschlüsse hinzu	ellem Gesamtkonzept	Konventionell, DALI, KNX 19	enwinkel größer / Kleiner) Junkler) hanische Begrenzung auf ca.	ng Einheit °C		
KG 400 – Technische Anlagen	C Heizung und Kühlung Deckung der Heizlast mit Röhrenradiatoren Raumlufttemperatur-Sollwert: 20 °C	D Raumlufttechnik ☐ Nur natürliche Lüftung	E Beleuchtung ☐ LED-Leuchten; präsenzgesteuert und tageslichtabhängig gedimmt ☐ Manuell schalt- und dimmbar, ggf. in separaten Gruppen	F Elektro- und Informationstechnik Ausreichende Strom- und Netzwerkanschlüsse Bei einem Arbeitsplatz sind 4 Datenanschlüsse vorzusehen, Bei jedem Weiteren kommen 2 Anschlüsse hinzu Telefon	G Sicherheit ☐ Anforderungen gemäß individuellem Gesamtkonzept	H Gebäudeautomation Ronzept für Lichtregelung, z.B. Konventionell, DALI, KNX RNX für Sonnenschutzsteuerung	Manuelle Raumbedienung: □ Sonnenschutz (Auf, Ab, Lamellenwinkel größer / Kleiner) □ Beleuchtung (fief, Aus, heller, dunkler) □ Heizungsthermostaktopf (mechanische Begrenzung auf ca., "Skala 3,5 – 22°C")	Datenpunkte technisches Monitoring Raumlufttemperatur	I Wartung ☐ Sicherheitstechnik ☐ Fenster	



Raumblatt "Großraumbüro A"



KG 300 - Baukonstruktionen

Innenausbau

- Raumabmessungen gemäß Technischer Regeln für Arbeitsstätten ∢ □
 - stabiler Linoleum-Bodenbelag teilabgehängte Akustikdecke, z.B. GK-Lochdecke, Kassettendecke etc.

- Maximale Nachhaltzeit gemäß DIN 18041, Raumfyp B4 Einhaltung der Raumakustikklasse C oder besser gemäß VDI 2569 Alle Materialien vorzugsweise mit Umweltzeichen "Blauer

B Fenster und Türen□ Manuell öffenbare Fenster

KG 400 - Technische Anlagen

C Heizung und Kühlung
☐ Deckung der Heizlast mit Röhrenradiatoren
☐ Raumlufttemperatur-Sollwert: 20 °C

Wartung
 Sicherheitstechnik
 Gebäudeautomation
 Lüftungsanlage
 Fenster

KG 610 - Ausstattung

D Raumluftbechnik

| Hybrides Liftungskonzept | Hybrides Liftungsanlage mit Wärmerückgewinnung | dezentrale Liftungsanlage mit Wärmerückgewinnung | Zeitprogramm- und präsenzgesteuerter Betrieb | Zuluftemperaturregelung über Bypassklappe | Stassher Liftunkoumenstörigen zur Effüllung des entsprechenden Mindestuftwechsels | Spül- und Freikühbetrieb | Fenstelliftung (Ja / Nein) | Schalldämpfer sowie ausgeglichene und minimale Luffmengen, um Lüftungsgeräusche zu minimieren

☐ Gesamtausstattungskonzept mit Themen:

— Ergonomische Burostühle

— Schreibtische, ggf. höhenverstellbar

— Telefon

— Aufbewahrungsmöbel

— Aufbewahrungsmöbel

— individuell regelbarer Blendschutz, sofem erforderlich

— etc.

- - Beleuchtung
- **E Beleuchtung** □ LED-Leuchten; präsenzgesteuert und tageslichtabhängig gedimmt

 Manuell schalt- und dimmbar, ggf. in separaten Gruppen
- F Elektro- und Informationstechnik

 | HKI-Kontakt potentialfrei
 | Bodentanks in regelmäßigen Abständen mit jeweils
 | usreichenden Strom- und Netzwerkanschlüssen
 | Bei einem Arbeitsplatz sind 4 Datenanschlüsse vorzusehen,
- **G Sicherheit** □ Anforderungen gemäß individuellem Gesamtkonzept
- H Gebäudeautomation

 | Konzept für Lichtregelung, z.B. Konventionell, DALJ, KNX
 | NNY für Somenschutzsteuerung
 | BAChet-Netzwerkprotokoll Haustechnik
- Manuelle Raumbedienung:

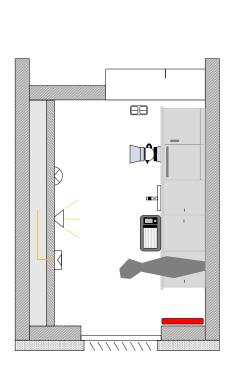
 | Somerschutz (Auf, Ab, Lamellenwinkel größer / kleiner)
 | Beleuchtung (Ein, Aus, heller, dunkler)
 | Heizungsthermostatkopf (mechanische Begrenzung auf ca. "Skala 3,5 – 22°C")



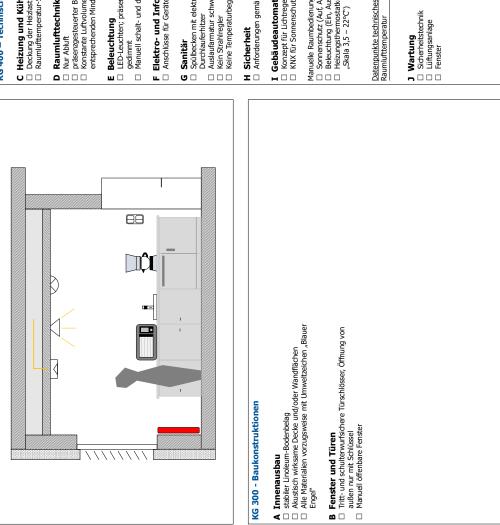






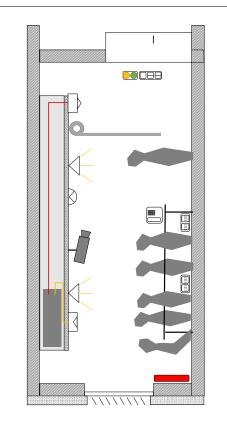


KG 610 – Ausstattung	Gesamtausstattungskonzept mit Themen: Kühlschrank Michowelle Kaffeansechine Kaffeansechine	Geschirrspülmaschine Aufbewahrungsmöbel etc.						rē	
KG 400 – Technische Anlagen	C Heizung und Kühlung □ Deckung der Heizbast mit Röhrenradiatoren □ Raumluftemperatur-Sollwert: 20 °C	D Raumluftechnik Nur Abluft Späenzgesteurter Betrieb Konstante Luftvolumenströme zur Früllung des entsprechenden Mindestluftwechsels	E Beleuchtung LED-Leuchten; präsenzgesteuert und tageslichtabhängig gedimmt Manuell schalt- und dimmbar	F Elektro- und Informationstechnik	G Sanitär Spülbecken mit elektrischem, elektronisch geregeltem Durchlauferhitzer Auslaufamatur schwenkbar, warm/kalt Kein Strahlregler Keine Temperaturbegrenzung	H Sicherheit	I Gebäudeautomation Konzept für Lichtregelung, z.B. Konventionell, DALI, KNX KINX für Sonnenschutzsteuerung	Manuelle Raumbedienung: □ Sonnenschutz (Auf, Ab, Lamellenwinkel größer / kleiner) □ Beleuchtung (Ein, Aus) □ Heizungsthermostaktopf (mechanische Begrenzung auf ca. "Skala 3,5 – 22°C")	Datenpunkte technisches Monitoring Einheit Raumlufttemperatur °C



KG 400 - Technische Anlagen

Raumblatt "Besprechungsraum A"



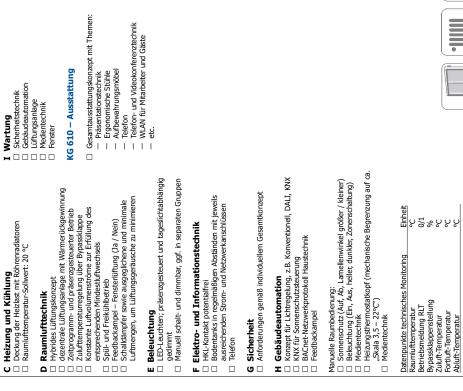
KG 300 - Baukonstruktionen

- A Innenausbau

 ☐ stabiler Linoleum-Bodenbelag

 ☐ teilabgehängte Akustikdecke, z.B. GK-Lochdecke,
- | Maximatorian Comment | Matustich wirksame Decke und/oder Wandflächen | Maximale Nachhaltzeit gemäß DIN 18041, Raumtyp A4 oder Raumtyp A3 einhalten | Alle Materialien vorzugsweise mit Umweltzeichen "Blauer Engel" Kassettendecke etc.

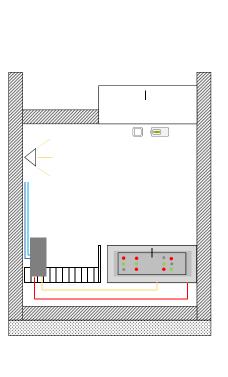
B Fenster und Türen□ Manuell öffenbare Fenster







Raumblatt "Datenverteilraum / Serverraum - A"



KG 400 - Technische Anlagen	D Heizung und Kühlung ☐ Schrankkühlung über Multspiltanlage ☐ Rückkühlwerk auf dem Dach, möglichst mit sommerlicher	verstatung Prúfung der Vöglichkeit einer freien Kühlung Prúfung Wärmerückgewinnung an PWH etc.	E Raumlufttechnik ☐ Keine mechanische Belüfung des Raumes, außer es sind ständige Arbeitsplätze im Raum, dann Einhaltung der Arbeitsstäftenrichtlinien	☐ Raumluftemperatur-Sollwert ≤ 27 °C ☐ Wickelfalzrohr- oder Blechkanalkomponenten für luftseitigen Anschluss an Schrank, ohne Dämmung	F Beleuchtung □ LED-Leuchten □ Manuell schaltbar	G Elektro- und Informationstechnik Datenverteilschränke mit 2u- und Abluftstutzen Datenverteilschränke mit gelochten Pachböden zwischen den Liftmorech fragen gesonden geschocken	Gitterrine über den Schränken für die Kabelzuführung

□ akkubetriebenen Handleuchte neben der Tür
 □ Ggf. Aufbewahrungsmöbel z.B. für Dokumentation

KG 610 - Ausstattung

USV
Sicherheitstechnik
Gebäudeautomation
Kältetechnik
Akku-Handleuchte

J Wartung

400 - Technische Anlagen

KG 300 - Baukonstruktionen

Innenausbau

- **⋖**□□
- Brand- und Rauchschutzprävention Glatte und staubfreie Wände, möglichst ohne Aufputzinstallationen (keine Stellflächen verbauen)

- B Fenster und Türen

 | Kein Fenster |
 | Türbeite midestens 850 mm |
 | Türbeite midestens 850 mm |
 | Türbeite midestens 850 mm |
 | Enand- und Rauchschutzprävention (Wände, Türen etc.)
 | Lichte Durchgangshöhe mindestens 2100 mm für stehenden |
 | Tür von innen mit Drückerganntur mit Panikverschluss, nach außen aufschlagend, außen mit Knauf, nur mit Schlüssel

C Sonstiges

Raumgröße entsprechend der notwendigen

Datenverteilschlanke; etwa 6 m² für einen Schrank und 3 m² für jeden Weiteren

Verortung in einem nördlich orientierten Außenraum

Beachtung von Überflutungsrisiken bei Serverräumen (Starkregenereignissen)

I Gebäudeautomation

Nonzept für Lichtregelung, z.B. Konventionell, DALI, KNX
BAChere Neuzwerkprotokoll Hastschrift

Temperaturvächter mit Alamirerung und Weiterleitung
Regelung des Split-Gerätes in Abhängigkeit von der

Serverschrankinnentemperatur

Manuelle Raumbedienung: □ Beleuchtung (Ein, Aus)

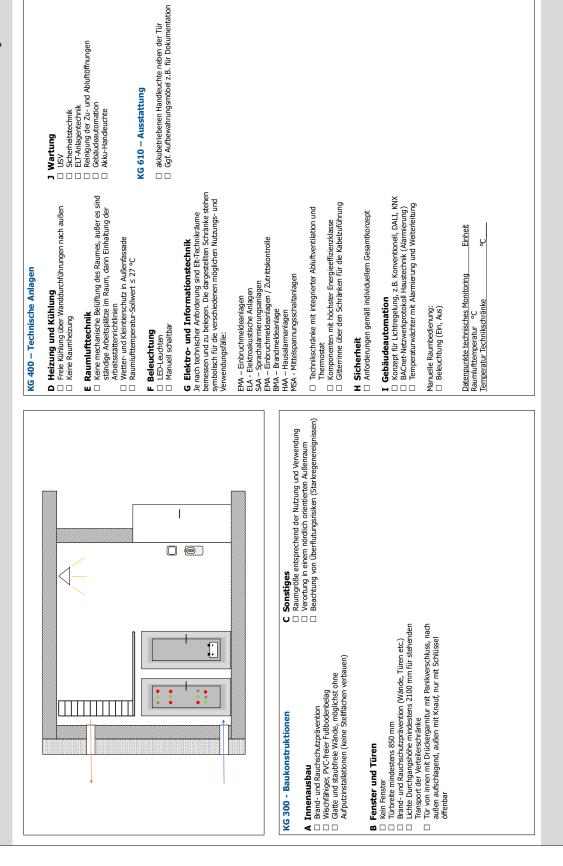
H Sicherheit
 □ Anforderungen gemäß individuellem Gesamtkonzept

Einheit °C 0/1

Datenpunkte technisches Monitoring Raumlufttemperatur Betriebsmeldung Kälte Temperatur Datenverteilschrank







| USV | USV

J Wartung

D Heizung und Kühlung

☐ Schrankkühlung über Multisplitanlage

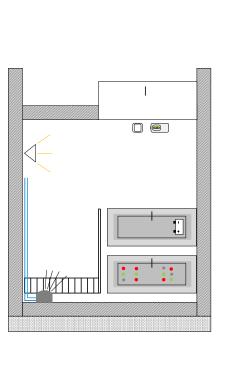
☐ Rückkühlwerk auf dem Dach, möglichst mit sommerlicher

KG 400 - Technische Anlagen

Prüfung der Möglichkeit einer freien Kühlung
 Prüfung Wärmerückgewinnung an PWH etc.
 Keine Raumheizung

Verschattung

Raumblatt "ELT-Technikraum B" - innenliegend (maschinelle Kühlung)



KG 300 - Baukonstruktionen Innenausbau

- <□□□
- Fenster und Türen

- | Kein Fenster | Tribrete mindestens 850 mm | Band- und Rauchschutzprävention | Band- und Rauchschutzprävention | Lichte Durchgangshöhe mindestens 2100 mm für stehenden Transport der Verteilerschränke | Tru von innen mit Drückergarnitur mit Panikverschluss, nach außen aufschlagend, außen mit Knauf, nur mit Schlüssel öffenbar

- Brand- und Rauchschutzprävention Wischfäliger PVC-freier Fußbodenbelag Glatte und staubfreie Wände, möglicht ohne Aufputzinstallationen (keine Steilflächen verbauen)

- **m** - -



E Raumlufttechnik □ Keine mechanische Belüfung des Raumes, außer es sind ständige Arbeitsgibtze im Raum, dann Einhaltung der Arbeitsstätternrichtlinien □ Raumlufttemperatur-Sollwert ≤ 27 °C E Beleuchtung □ LED-Leuchten □ Manuell schaltbar	KG 610 – Ausstattung ☐ akkubetriebenen Handleuchte neben der Tür ☐ Ggf. Aufbewahrungsmöbel z.B. für Dokumentation
G Elektro- und Informationstechnik Je nach technischer Anforderung sind Elt-Technikräume bemessen und zu belegen. Die dargestellten Schränke stehen symbolisch für die verschiedenen möglichen Nutzungs- und Verwendungsfälle:	
EMA – Einbruchmeldeanlagen ELA - Elektrokuskische Anlagen SAA – Sprachalemierungsanlagen EMA – Einbruchmeldeanlagen / Zutrittskontrolle BMA – Bardmeldeanlagen HAA – Hausalarmanlagen MSA – Mittelspannungsschaltanlagen	
 Zugänglichkeit von vorne und hinten Gitterrinne über den Schränken für die Kabelzuführung 	
 H Sicherheit □ Anforderungen gemäß individuellem Gesamtkonzept 	

G Elektro- und Informationstechnik Je nach technischer Anforderung sind Elt-Technikräume Bemessen und zu belegen. Die dargestellten Schränke steh symbolisch für die verschiedenen möglichen Nutzungs- unv

- EMA Einbruchmeldeanlagen ELA Elektrakuskisteh Anlagen SAA Sprachalamieurugsanlagen EMA Einbruchmeldeanlagen / Zutritskontrolle BMA Bardmeldeanlagen HAA Hausalamanlagen MSA Mittelspannungsschaltanlagen

C Sonstiges

Raumgröße entsprechend der Nutzung und Verwendung
Verortung in einem nördlich orientierten Außenraum
Beachtung von Überflutungsrisiken (Starkregenereignissen)

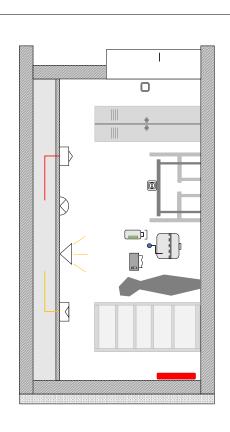
- ☐ Zugänglichkeit von vorne und hinten☐ Gitterrinne über den Schränken für die Kabelzuführung
- H Sicherheit
 Π Anforderungen gemäß individuellem Gesamtkonzept
- □ Konzept für Lichtregelung, z.B. Konventionell, DALI, KNX
 □ BACder.Nerbwerkhortbokoll Hastechnik (Nammerung)
 □ Temperaturwächter mit Alarmierung und Weiterleitung
 □ Regelung des Spilt-Gerätes in Abhängigkeit von der Gebäudeautomation

Manuelle Raumbedienung: ☐ Beleuchtung (Ein, Aus)

Raumtemperatur

Datenpunkte technisches Monitoring	Einhei
Raumlufttemperatur	၁
Betriebsmeldung Kälte	0/1
Temperatur Technikschränke	ပ



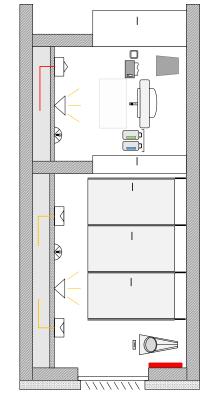


A Innenausbau | stabiler Linoleum-Bodenbelag bzw. Filesen | (Bodenbelag abhängig von Reinigungsgeräten) | Alle Materialien vorzugsweise mit Umweitzeichen "Blauer | Engel" **B Fenster und Türen**□ Öffnung von außen nur mit Schlüssel KG 300 - Baukonstruktionen

KG 400 – Technische Anlagen	KG 610 – Ausstattung
C Heizung und Kühlung ☐ Deckung der Heizlast mit Röhrenradiatoren ☐ Raumlufttemperatur-Sollwert: 20 °C	Offener Regalschrank mit 5 Fachböden mit den Abmessungen 2,0 m x 0,8 m Stellfäche für Reinigungswegen, ca 1,4 m x 0,6 m Candonominal horenbond aur 2 Abhailea mit to dinam
 □ Spül- und Freikühlbetrieb □ Schaldämpfer sowie ausgeglichene und minimale Luftmengen, um Lüftungsgeräusche zu minimieren 	Zusätzlich bei Unterbringung eines elektrisch betriebenen Reinigungsautomation:
E Beleuchtung □ LED-Leuchten, präsenzgesteuert □ Manuell schaltbar	Stellfläche für Reinigungsautomaten mit den Abmessungen ca. 1,40 x 0,80 m ca. 1,50 x 0,80 m ca. 1
F Elektro- und Informationstechnik Schuko-Steckdosen 230 V / 16 A im Bereich des Tischs	Tinkwasseranschluss (PWC) als Auslaufarmatur mit Standardgriff in Höhe 0,5m OKFB mit Schlauch und Schlauchhalter zum Befüllen des Reinigungsautomaten
G Sanitär Ausgussbecken mit Klapprost und Trinkwasseranschluss (PWC) als Auslaufarmatur mit Standardgriff	☐ Bodenablauf mit abnehmbarer Roste im Bereich des Renigungsautomaten
H Sicherheit Anforderungen gemäß individuellem Gesamtkonzept	
Gebäudeautomation Konzept für Lichtregelung, z.B. Konventionell, DALI, KNX BACnet-Netzwerkprotokoll für den Rest	
Manuelle Raumbedienung: ☐ Beleuchtung (Fin, Aus, heller, dunkler) ☐ Heizungsthermostatkopf (mechanische Begrenzung auf ca. "Skala 3,5 – 22°C"	
J Wartung Liftungsanlage Gebäudeautomation	

KG 610 - Ausstattung

KG 400 - Technische Anlagen



Gesamtausstattungskonzept mit Themen: Wandbefestigte Spilibirstenganntur Papierrollemhater, inkl. Ersatmagazin Keldethaken in WC-kabinen Hyplene-Kappdeckeleimer für Hygieneartikel in D-WCs Seifenspender Papierhandtuchspender Papierhandtuchspender Pulissiggesinrektionsspender Hüssiggesinrektionsspender Tremwände und Türen von Toliettenzellen mind. 1,90 m hoch und Türespt kam Eißobden max. 0,15 m Türanschläge von Tolietten möglichst nach außen Neben jeder Toliette ein Freiraum von 20 m und davor eine Bewegungsfläche von 80 cm Breite und 60 cm Tiefe vorsehen Letc. E Beleuchtung LED-Leuchten, präsenzgesteuert und ggf. tagesichtabhängig gedimmt Beleuchtungsstärke und Farbwiedergabe nach Nom Ppäsenzmelder mit integriertem Akustiksensor im Vor- und energiesparend sind Waschtisch Armatur mit berührungsloser Auslösungen und I Gebäudeautomation ☐ Konzept für Lichtregelung, z.B. Konventionell, DALI, KNX ☐ BACnet-Netzwerkprotokoll für den Rest F Elektro- und Informationstechnik ☐ Steckdosen in Schulen mit erhöhtem Berührungsschutz G Sanitär Waschbecken – nur PWC Möglichst wartungsame, glattfächige und einfach zu reinigende Armaturen verwenden, die wasser- und 5 s Nachlaufzeit - netzversorgt Stahlingeler mit max. 31 /min Standhängerene Toiletten und Unhale – spülrandlos Toiletten - und Urinalenspülung mit berührungslosen ☐ Anforderungen gemäß individuellem Gesamtkonzept D Raumlufttechnik □ Zu- und Abluft □ zetprogrammabhängiger Betrieb □ constante Luftvolumenströme zur Erfüllung des ☐ Manuell einschaltbar; Nachlaufzeit von 15 min C Heizung und Kühlung ☐ Deckung der Heizlast mit Röhrenradiatoren ☐ Raumlufttemperatur-Sollwert: 15 °C Auslösungen - netzversörgt ☐ Schüler-WC's in Schulen ohne Klappdeckel ☐ Heizungsthermostatkopf Behördenmodell entsprechenden Mindestluftwechsels Wartung Lüftungsanlage Sanitärelektronik (IR) Gebäudeautomation Fenster Manuelle Raumbedienung: H Sicherheit WC-Raum

B Fenster und Türen

Türen mit Überstonönfinung
Anordnung von Trennwänden, Türen, Fenstern und Urinalen
So, dass sie von außen nicht eingesehen werden können

Gefliester Fußboden und teilgeflieste Wände mit leicht zu reinigender Oberfläche Pubboden mit Nutschfestigkeit R 10 abgehörte GrAkustik-Lochdecke abgehörte GrAkustik-Lochdecke Alle Materialien vorzugsweise mit Umweltzeichen "Blauer

KG 300 - Baukonstruktionen

Innenausbau

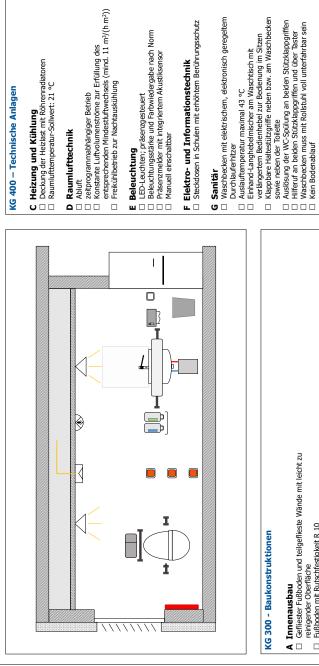
∢ 🗆

Wandspiegel ab Oberkante Waschbecken
 Wandserestigte Spitiburisengamritur
 Papierrollenhalter, inkl. Ersatzmagazin
 Hygiene-Klappdeckeleimer für Hygieneartikel
 Einhandseifenspender
 Flüssigdesinfektionsspender
 Papierhandfuchspender

□ Gesamtausstattungskonzept mit Themen:

KG 610 - Ausstattung

Raumblatt "Behinderten-WC A"



KG 300 - Baukonstruktionen

- Fenster und Türen
 Tür mit Überströmöffnung
 Tür mit Wasgrechter Griffstange auf 85 cm Höhe
 Manuell öffenbare Fenster mit rollstuhlgerechter Griffhöhe
 85 cm
 Zugang in Schulen mit Euroschlüssel

- A Innenausbau

 Gefliester Fußboden und teilgeflieste Wände mit leicht zu
 Gefliesder Fußboden und teilgeflieste Wände mit leicht zu
 Fußboden mit Ruschfestigkeit R 10
 Ale Materialien vorzugsweise mit Umweltzeichen "Bläuer

- **m** 🗆 🗆 🗆

J Wartung

Sicherheitstechnik (Ruf)

Liftungsanlage

Sanitärelektronik (IR)

Gebäudeautomation

Fenster

Manuelle Raumbedienung:

| Beleuthung (Ein, Aus, heller, dunkler)
| Heizungsthermostatkopf (mechanische Begrenzung auf ca.

"Skala 4 – 24°C"

☐ Konzept für Lichtregelung, z.B. Konventionell, DALL, KNX ☐ BACnet-Netzwerkprotokoll für den Rest

I Gebäudeautomation

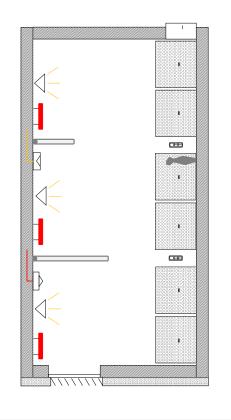
H Sicherheit □ Anforderungen gemäß individuellem Gesamtkonzept







Raumblatt "Sporthalle"



KG 300 - Baukonstruktionen

Innenausbau ∢ □

- aufweisen

 - - auszuwählen
- sämtliche Bodenöffnungen benötigen nicht verschiebbare und dauerhaft bündig schließende Deckel
- essenziell zur Einhaltung des Grenzwerts (v.a. breitbandig schallabsorbierende Trennvorhänge) Alle Materialien vorzugsweise mit Umweltzeichen "Blauer

- ☐ Wände müssen einen deutlichen Kontrast zum Sportboden

- ebenflächig, geschlossen und splitterfrei sein sowie keine rauen Oberflächen aufweisen Wände müssen ballwurfsicher und bis 2,0 m Höhe
- Maximale Nachhallzeit gemäß DIN 18041, Raumtyp A5; Einbau geeigneter schallabsorbierender Materialien
- Sämtliche Öffnungen und Fugen bis 8 mm mit gebrochenen oder gerundeten Kanten an der hallenzugewandten Seite Prallwände, Boden und Decke sind nach DIN 18032
 - Sportboden muss nachgiebig, trittsicher und eben sein;

KG 400 - Technische Anlagen

Datenpunkte technisches Monitoring Raumlufttemperatur Betriebsmeldung RLT (Zonen) Ventilstellungen Strahlplatten

- C Heizung und Kühlung

 Deckung der Heizlast mit Deckenstrahlplatten

 Kihlung mit der Lüftungsanlage

 aumluftemperatur-Sollwert: 18 °C

ა<u>გ</u>გგაა

Zuluft-Temperatur Abluft-Temperatur Präsenzmeldung

- D Raumlufttechnik

 ☐ Mechanische Beliftung mit Zu- und Abluft

 ☐ Schiprogramm- und präeszugesteuerte Betrieb

 ☐ Grundlast: konstante Luftvolumenströme zur Erfüllung des
 - ☐ Spitzenlast: Taster für Spitzenlastanforderung mit erhöhten entsprechenden Mindestluftwechsels

I Wartung
☐ Sicherheitstechnik
☐ Gebäudeautomation

Trennwandsysteme □ Lüftungsanlage□ Medientechnik□ Trennwandsystem□ Fenster

- ☐ Für den Nenn-Luftvolumenstrom sind je Sportler 60 m³/h anzusetzen, bei 25 Sportlern dementsprechend 1500 m³/h ☐ bei Zuschaueranlagen sind 20 m³/h je Zuschauerplatz Luftvolumenströmen
 - - zusätzlich erforderlich Spül- und Freikühlbetrieb

- E Beleuchtung

 ☐ HKL-Kontakt potentialfrei

 ☐ LED-Leuchten; präsenzgesteuert und tageslichtabhängig
- gedimmt
 | Manuell schalt- und dimmbar, ggf. in separaten Gruppen
 | Beleuchtungsstärke und Farbwiedergabe nach Norm
 | Leuchten so anordnen, dass Bälle jeder Art nicht liegen, hängen oder stecken bleiben

Geräteraumtore dürfen niemals in die Halle hineinragen, nicht von selbst Herabfallen und geschlossen sicher arretieren können sowie ein mind. 8 cm hohe elastische

Schalldämmung zwischen den Hallenteilen von mind. Durchgänge, Dachbereiche und offene Bereiche wie Tribünen sind so gering wie möglich zu halten

 Konzept zur Noffalltelefonie
 Fahrbarer Trennvorhang, ggf. mehrere, der eine 18 dB bewirken muss; Schallnebenwege wie

□ Gesamtausstattungskonzept mit Themen:

KG 610 - Ausstattung

Führungsschienen dürfen nicht scharfkantig sein und bewegliche Teilen müssen vollständig verkleidet sein

Unterkante haben; freiliegende Enden der

Einbindung der späteren Nutzer, Sportlehrkräfte und Vereinssportler in die Planung, v.a. bezüglich der Ausstattung, der Bodenmarkierungen und der

benötigten Bodenhülsen und Befestigungen

Ballwurfsicherheit bei sämtlicher Ausstattung zu

(nach DIN 18032)

F Elektro- und Informationstechnik

☐ Steckdosen mit erhöhtem Berührungsschutz

☐ Einbauteile wie Lichtschalter, Steckdosen, Bedienelemente

B Fenster und Türen

Hochliegende Fensterbänder und Dachoberlichter für

□ Bruch- und ballwurfsichere Verglasungen

□ Verglasungen bis zu einer Höhe von 2,0 m ebenflächig

Anordnung der Fenster, so dass Einblicke von außen vermieden werden

einzubauen

und Türdrücker sind ebenflächig einzulassen Motorisch betriebene Trennvorhänge mit Totmann-Schlüsselschaltung, Schlüssel nur in Aus-Stellung abziehbar

G Sicherheit
☐ Anforderungen gemäß individuellem Gesamtkonzept

- | H Gebäudeautomation | Gebäudeautomation | Gebäudeautomation | Gebäudeautomationell, DALI, KNX | Marx für Sonnenschutzsteuerung | BACnet-Netzwerkprotokoll für den Res

Manuelle Raumbedienung: Anzahl von Handtastern möglichst gering halten! Sonnenschutz (Auf, Ab, Lamellenwinkel größer / kleiner) Gebeuchtung (Ein, Aus, heller, dunkler) Littlung (Laufzerkverlängerung)









Raumblatt "Umkleide"

Regalfächer zum Verstauen des Gepäcks
 Einteilige Bank-Ablage-Kombinationen mit ausreichender Standsicherheit bzw. Befestigung an der

☐ Gesamtausstattungskonzept mit Themen:

C Heizung und Kühlung
☐ Deckung der Heizlast mit Fußbodenheizung
☐ Raumlufttemperatur-Sollwert: 22 °C

KG 400 - Technische Anlagen

KG 610 - Ausstattung

Wand oder am Boden

— Mindestens 1,50 m Abstand zwischen zwei Bänken

— Fest installierte, bruchsichere Spiegel in Sitz- und Stehhöhe

D Raumlufttechnik | Zu run Abulft | Geringer Abulftüberschuss | Zulufteinbringung als Überströmung für Dusche | GGI Dierktabsaugung Spinde | Zeitprogramm-feuchte und präsenzgesteuerter Betrieb | Konstante Luftvolumenströme zur Erfüllung des G Sanitär | Waschbecken – nur PWC | Selbsschlussamatur mit 5 s Nachlaufzeit (je nach | Hygienekonzept auch IR-Armaturen möglich) | Stahlinegler mit max. 3 lymin | Barinerfreie Einzelumkleiden mitssen mit WC, Dusche, | Klappsitz und Waschtisch ausgestattet sein

E Beleuchtung

| HKI-Komtakt potentiafrei
| Präsenzmalder mit integriertem Akustiksensor
| LED-Leuchten; präsenzgesteuer
| Beleuchtungsstärke und Farbwiedergabe nach Norm

F Elektro- und Informationstechnik
☐ Steckdosen mit erhöhtem Berührungsschutz

entsprechenden Mindestluftwechsels Spülbetrieb vor erwartetem Nutzungsbeginn

KG 300 - Baukonstruktionen

Innenausbau ∢ □

- Gefliester Boden mit auch bei Nässe rutschhemmenden Eigenschaften (Bewertungsgruppe A für nassbelastete Barfußbereiche und Bewertungsgruppe R10 für
- nassbelastete Arbeitsbereiche) abgehängte GK-Akustik-Lochdecke Alle Materialien vorzugsweise mit Umweltzeichen "Blauer

☐ Konzept für Lichtregelung, z.B. Konventionell, DALI, KNX ☐ BACnet-Netzwerkprotokoll für den Rest

I Gebäudeautomation

Einheit °C °C

Datenpunkte technisches Monitoring Raumlufttemperatur Relative Raumluftfeuchte Abluft-Temperatur

J Wartung

Lüftungsanlage

Gebäudeautomation

Sanitärelektronik (IR)

H Sicherheit
 Π Anforderungen gemäß individuellem Gesamtkonzept

- **m** - -

- Fenster und Türen
 Tür mit Überströmöffnung
 Dirkt kangenzender WC- und Duschraum
 Bel vorhandenem Fenster Sichtschutz gegen Einblicke von
 außen vorsehen

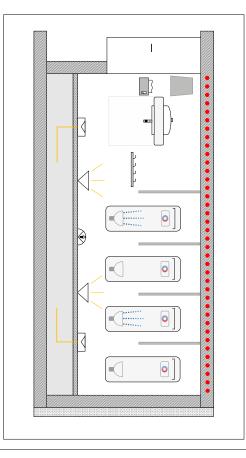






Region Hannover

Raumblatt "Duschraum"



KG 300 - Baukonstruktionen

∢ 🗆

- **Innenausbau** Gefliester Boden mit auch bei Nässe rutschhemmenden
 - Eigenschaften Geflieste Wände mit gerundeten Eckschienen an allen
- Alle Materialien vorzugsweise mit Umweltzeichen "Blauer Engel" sowie reinigungs- und hygienefreundlich mit porenfreien Oberflächen

B Fenster und Türen

Tür mit Überströmöffnung

5	
ger	
Ö	
7	
⋖	
ø	
£	
S	
-=	
ᆵ	
ပ္က	
P	
'n.	
_	
8	
4	
m	
<u>8</u>	

KG 610 - Ausstattung

- C Heizung und Kühlung

 ☐ Deckung der Heizlast mit Fußbodenheizung

 ☐ Raumlufttemperatur-Sollwert: 24 °C

D Raumlufttechnik

☐ Abluft
☐ Abluft
☐ Zeitprogramm- feuchte- und präsenzgesteuerter Betrieb
☐ Konstante Luftvolumenströme zur Erfüllung des
entsprechenden Mindestuftwechsels
☐ Zuluft-Überströmung aus Umkleidebereich
☐ Spülberiteb vor erwartetem Nutzungsbeginn

Cesamtausstattungskonzept mit Themen:
Spitzwassergeschlizte Anordnung von Ablagefädrern
und Handtuchhaltern mit abgeschirmten Haken

Wandspiegel ab Oberkante Waschbecken

Einhandseifenspender
Hüssigdesinfektionsspender

Papierhandtuchspender

Papierhandtuchspender

Wartungs- und reinigungsfreundliche Duschpaneele aus robusten und langlebigen Materialien (Unterputz-Installationen unzulässig)

Sichtschutzelemente

- E Beleuchtung

 □ HKL-Kontakt potentialfrei

 □ Präsearnadeler mit intsperierten Akustiksensor

 □ IED-Leuchten, präsenzgesteuert

 □ Beleuchtungsstärke und Farbwiedergabe nach Nom

F Elektro- und Informationstechnik

- G Sanitär

 | Waschbecken nur PWC
 | Waschbecken nur PWC
 | Waschtisch Armatur mit berührungsloser Auslösungen und
 | 5 s Nachlaufzeit netzversorgt
 | Starleingelen mit max. 3 //min
 | Duschpaneele mit kompl. monterter Technik, Thermostat
 | und Ablageelementen
- Auslauftemperaturbegrenzung auf 38 °C
 Sebbstchlussammatur mit 40 s Nachaufzeit
 Strahlergler mit mas. 77 Jinin und gleichzeitig fülliger Strahl
 Bodereinfalte als Duschrinnensystem, keine verdeckten
 - Ablauf- und Rinnensysteme Entwässerungsrinnen bei Übergang
- Wassereinwirkungsklasse W3-I zu W2-I

H Sicherheit
 Π Anforderungen gemäß individuellem Gesamtkonzept

- I Gebäudeautomation

 ☐ Konzept für Lichtregelung, z.B. Konventionell, DALI, KNX

 ☐ BAGnet-Netzwerkprotokoll für den Rest

Einheit ပ္ % ပ Datenpunkte technisches Monitoring Raumlufttemperatur Relative Raumluftfeuchte Abluft-Temperatur

- J Wartung

 Lüftungsanlage

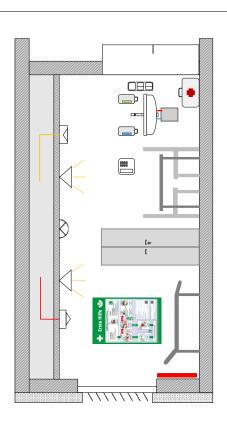
 Gebäudeautomation



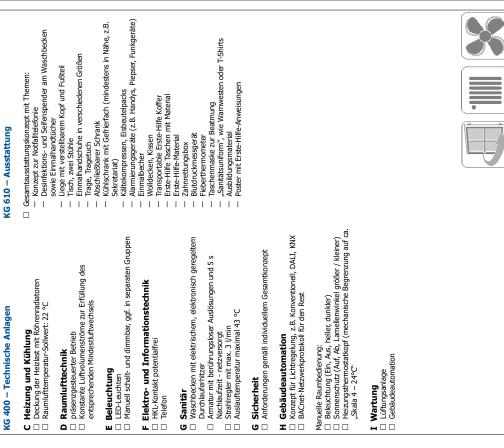




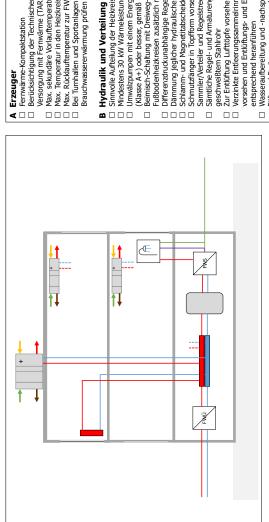
Raumblatt "Sanitätsraum A"



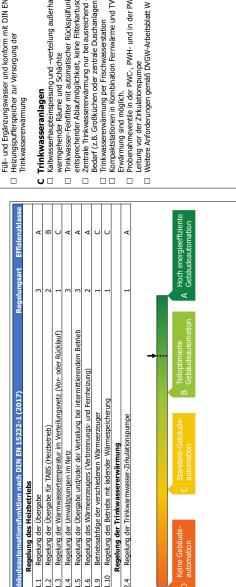
stabiler Linoleum-Bodenbelag Alle Materialien vorzugsweise mit Umweltzeichen "Blauer Fenster und Türen Öffnung von außen nur mit Schlüssel Manuell öffenbare Fenster KG 300 - Baukonstruktionen A Innenausbau ☐ stabiler Linoleum-B ☐ Alle Materialien vor: **m** □ □

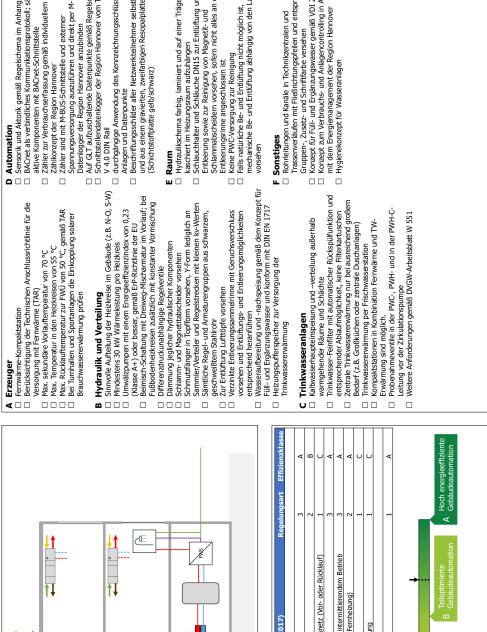






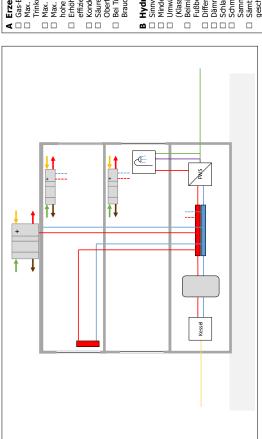
	<	Erzeuger	D Automation
		Fernwärme-Kompaktstation Positischeit ung der Tochnischen Angeltung der Hongreichen Angeltung der Hongreichen Angeltung der Hongreichen Angeltung der Hongreichen Angeltung der Hongreiche	Sensorik und Aktorik gemäß Regelschema im Anhang PACnot als understallichen Kommunikationstation einstellen.
	_	-	
			□ Zähler zur Verbrauchserfassung gemäß individuellem Mess- und
		☐ Max. Temperatur in den Heizkreisen von 55 °C ☐ Max. Bijelbudenmanstur zur EMilion EO SC	Zählkonzept der Region Hannover
	_		Datenlogger der Region Hannover anzubinden
			☐ Auf GLT aufzuschaltende Datenpunkte gemäß Regelschema
	8	_	
		☐ Mindestens 30 kW Wärmeleistung pro Heizkreis	durchgangige Anwendung des Kennzeichnungsschlussels für
	_	_	
		(Klasse A+) oder besser, gemaß ErP-Richtlinie der EU Deimisch Cehaltung mit Draining Michaematur im Vorlauft bei	Descrimungsschlider aller Neczwerkteinieringer seibstkiebend und aus einem gravierten zweifarbigen Reconalnlattenwerkstoff
	_	Enghodonhaiskraison susätslich mit konstantor Vormischung	(Schichtstoffnlatte gelh/schwarz)
		Dämmung jegischer Komponenten	Raum
			Hydraulikerhema farhio laminiert und auf einer Trägernlatte Hydraulikerhema farhio laminiert und auf einer Trägernlatte
	_		Schlauchhalter and Schläuche DN15 zur Entlichung und
		Sämtliche Regel- und Armaturengrunnen aus schwarzem	
	_	-	Schlammabscheidern vorsehen, sofern nicht alles an eine
	_	Jessen Green State of The Particular State of St	Entleeringsrinne angeschlossen ist
		-	
	_	-	☐ Falls natürliche Be- und Entlüftung nicht möglich ist.
		entsprechend heranführen	
		☐ Wasseraufbereitung und -nachspeisung gemäß dem Konzept für	vorsehen
033		 Heizungspufferspeicher zur Versorgung der 	•.
2		Trinkwassererwärmung	 Rohrleitungen und Kanäle in Technikzentralen und
T	_	-	Trassenverläufen mit Fließrichtungspfeilen und entsprechender
	_	C Iffinkwasseraniagen	Gruppen-, Zusatz- und Schrittarbe Versenen
Ī	_		
		waimgenende Naume und Schadne Trinkwasser-Feinfilter mit automatischer Rücksnüffunktion und	
	_	_	☐ Hydienekonzept für Wasseranladen
		Zentrale Trinkwassererwärmung nur bei ausreichend großem	
T			
Ī		☐ Trinkwassererwärmung per Frischwasserstation	
T			
	_	Probenahmeventile in der PWC-, PWH- und in der PWH-C- Leitung vor der Zirkulationsumne	
	_	Leitung vol dei Zinkdiationspunipe	
	,		





Anlagenblatt "Fernwärme"

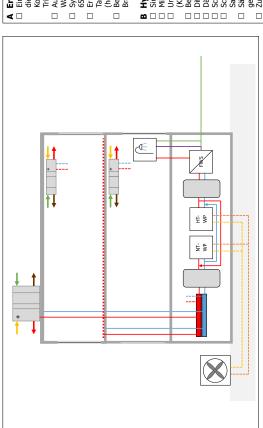




A 80 (
A 80 A
В
(
ر
Α
¥
A
U
U
A
Hoch energieeffiziente
ch ene

_	Erzeuger	D AL	Automation
_	☐ Gas-Brennwertkessel		Sensorik und Aktorik gemäß Regelschema im Anhang
	J Max. Vorlauftemperatur von 55 °C bzw. 70 °C mit zentraler Tripkwaccararwärmung	\ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \	BACnet als verbindliches Kommunikationsprotokoll; sämtliche aktiva Kompopenten mit BACnet-Schnittstelle
		Zä. □	aktive komponentari mit bacmet sumittateine Zähler zur Verbrauchserfassung gemäß individuellem Mess- und
_	□ Max. Rücklauftemperatur zum Erzeuger von 35 °C für möglichst	Zä	Zählkonzept der Region Hannover
	hohe Brennwertnutzung Erhöhung des Jahreschifzungsgrads durch Auslagung auf den	" ga □ □	Gasmengenzähler in möglichst kühlen Räumen anbringen Zählar eind mit M-RIIS-Schnittstalla und axterner
_	effizienten Teillastbetrieb		Spannungsversorgung auszuführen und direkt per M-BUS an den
] Kondensatablauf mit Neutralisierung		Datenlogger der Region Hannover anzubinden
	 Saurebestandiges Abgastonr mit nichtsäugender, nichtporoser Oberfläche 	₹ <u>छ</u>	Auf GLI autzuschaltende Datenpunkte Schnittstellendatenlogger der Region Hannover vom Typ RmCU
_	Bei Turnhallen und Sportanlagen die Einkopplung solarer		V 4.0 DIN Rail
	Brauchwassererwärmung prüfen	균 \$	durchgängige Anwendung des Kennzeichnungsschlüssels für
_	Hydraulik und Verteilung	_ 	Aniagen und Zatenpunkte Beschriftungsschilder aller Netzwerkteilnehmer selbstklebend
_		S	und aus einem gravierten, zweifarbigen Resopalplattenwerkstoff
_	☐ Mindestens 30 kW Wärmeleistung pro Heizkreis	Š)	(Schichtstoffplatte gelb/schwarz)
_	_ `		!
_	(Klasse A+) oder besser, gemais ErP-Richtlinie der EU	교 [조 :	Kaum
_	J. Beimisch-Schaftung mit Dreiweg-Mischarmatur im Vorlauf; bei Eißbodonholzkroicen zurätzlich mit kondtanter Vormischung		Hydraulikschema rarbig, laminiert und auf einer Tragerplatte
_	Fubboughii leizki eiseli Zusatziicii IIIIt koi istaliteli Voliilistiiurig 1. Differenzdriickinabhändide Redelventile	₹ 7	Kasciller IIII neizuligsladili adizdilaligeri Schlarichbalter ind Schläuche DN15 zur Entlijfhing und
_	Dämmung jeglicher hydraulischer Komponenten		Entleerung sowie zur Reiniaung von Magnetit- und
	3 Schlamm- und Magnetitabscheider vorsehen	S	Schlammabscheidern vorsehen, sofern nicht alles an eine
_] Schmutzfänger in Topfform vorsehen, Y-Form lediglich an		Entleerungsrinne angeschlossen ist
	Sammler/Verteiler und Regelstrecken mit kleinen kv-Werten	교 i	Keine PWC-Versorgung zur Reinigung
_	Sämtliche Regel- und Armaturengruppen aus schwarzem, المحالية الم		Falls natürliche Be- und Entlüftung nicht möglich ist,
_		Ĕ	mecnanische be- und Entlurung abnangig von den Lasten
	」 Zur Entlutung Lutttopre Vorsenen □ Vozzielde Entlockingssammalking mit Gozudesschluss	9	vorsenen
_	-	Ŝ	Sonstines
	entsprechend heranführen	•	Rohrleitungen und Kanäle in Technikzentralen und
_	1 Wasseraufbereitung und -nachspeisung gemäß dem Konzept für		Trassenverläufen mit Fließrichtungspfeilen und entsprechender
	Füll- und Ergänzungswasser und konform mit DIN EN 1717		Gruppen-, Zusatz- und Schriftfarbe versehen
	netzinigspurierspeicher zwischen Erzeuger und Verteiler/Sammler	2 2	Konzept fur Full- und Erganzungswasser gemaß VDI 2035 Konzept zum Verbrauchs- und Anlagencontrolling in Abstimmung
`			mit dem Energiemanagement der Region Hannover
_	C IrinKwasseraniagen	È □	Hygienekonzept tur Wasseranlagen
_	 Natiwasseritaupteilispeisung und "verteilung aubernalb warmgehender Räume und Schächte 		
_	warnigeneral Kaume and Schache. 1 Trinkwasser-Feinfilter mit automatischer Rückspülfunktion und		
	entsprechender Ablaufmöglichkeit, keine Filterkartuschen		
	J Zentrale Trinkwassererwärmung nur bei ausreichend großem		
	bedarr (z.b. Größkuchen oder zentrale Duschaniagen) Trinkwassererwärmung per Frischwasserstation		
	I Probenahmeventile in der PWC-, PWH- und in der PWH-C- Leitung vor der Zirkulationenume.		
	Weitere Anforderungen gemäß DVGW-Arbeitsblatt W 551		

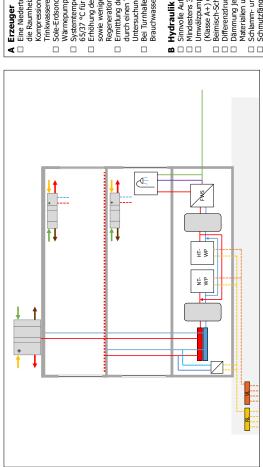




	Gebäudeautomationsfunktion nach DIN EN 15232-1 (2017)			
Regelung des Heizbetriebs	zbetriebs			
1.1 Regelung der Übergabe	rgabe		ю	A
 Regelung der Übe 	Regelung der Übergabe für TABS (Heizbetrieb)		2	В
 Regelung der War 	Regelung der Warmwassertemperatur im Verteilungsnetz (Vor- oder Rücklauf)	Vor- oder Rücklauf)	1	C
 Regelung der Umv 	Regelung der Umwälzpumpen im Netz		8	¥
1.5 Regelung der Übe	Regelung der Übergabe und/oder der Verteilung bei intermittierendem Betrieb	ittierendem Betrieb	3	A
 Regelung des Wär 	Regelung des Wärmeerzeugers (Wärmepumpe)		2	A
 Betriebsabfolge de 	Betriebsabfolge der verschiedenen Wärmeerzeuger		-	O
1.10 Regelung des Betr	Regelung des Betriebs mit ladender Wärmespeicherung		1	O
Regelung der Trin	Regelung der Trinkwassererwärmung			
2.4 Regelung der Trinl	Regelung der Trinkwarmwasser-Zirkulationspumpe		1	A
		→		
Keine Gebäude-	Standard-Gebäude-	Teiloptimierte		Hoch energieeffiziente
automation	Cautomation		A Gebäud	Gebäudeautomation

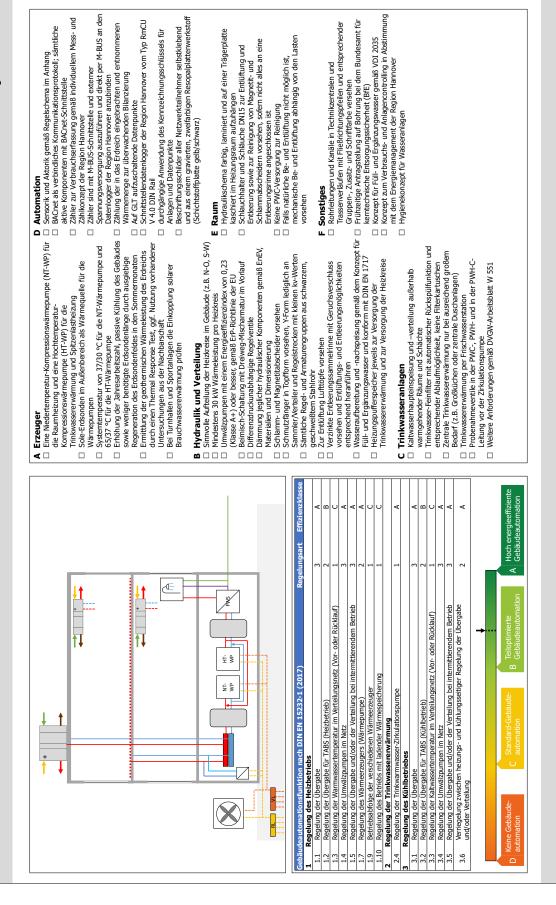
	_		ı
	∢ [Erzeuger Eine Niedertemmerten Vermanneissensämmen (NT WD) für	D Automation
		Kompressionswärmenimpe (HT-WP) für die	
		Trinkwassererwärmung und Spitzenlastheizung	☐ Zähler zur Verbrauchserfassung gemäß individuellem Mess- und
		_	
			 Zähler sind mit M-BUS-Schnittstelle und externer
			Spannungsversorgung auszuführen und direkt per M-BUS an den
		_	
			 Auf GLT aufzuschaltende Datenpunkte
		Tagbetrieb dimensionierte Wärmepumpe und Pufferspeicher	
	[
			 durchgängige Anwendung des Kennzeichnungsschlüssels für
		Brauchwassererwarmung pruten	
	1		☐ Beschriftungsschilder aller Netzwerkteilnehmer selbstkiebend
	8	_	und aus einem gravierten, zweitarbigen Kesopaiplattenwerkston
			(Schichtstoffplatte gelb/schwarz)
		_	E Raum
		(Klasse A+) oder besser, gemäß ErP-Richtlinie der EU	 Hydraulikschema farbig, laminiert und auf einer Trägerplatte
		_	kaschiert im Heizungsraum aufzuhängen
			Schlauchhalter und Schläuche DN15 zur Entlüffung und
			Schlammabscheidern vorsehen, sofern nicht alles an eine
] [Entloor in cerippo and och locen ict
			Tells and the Port of the Part of the Period
	[mechanische Be- und Entluffung abhangig von den Lasten
	<u> </u>		vorsehen
ienzklasse		vorsehen und Entlüftungs- und Entleerungsmöglichkeiten	
CHEMICASO		-	 Rohrleitungen und Kanäle in Technikzentralen und
4			Trassenverläufen mit Fließrichtungspfeilen und entsprechender
c c	[
ا م			☐ Konzept für Füll- und Ergänzungswasser gemäß VDI 2035
۰		IIIIIkwassererwaminung und zur versongung der nezkreise	
1 <		Trinkwasseranlagen	IIIIt delli Erietgierifaliagerierit del Regiori namiover
₹ .) [
4		Natiwasserilaupteilispeisurig und Tverteilung aubernam warmgebender Rähme und Schächte	
U			
U			
A			
	-		
		Weitere Anforderungen gemals DVGW-Arbeitsblatt W 551	



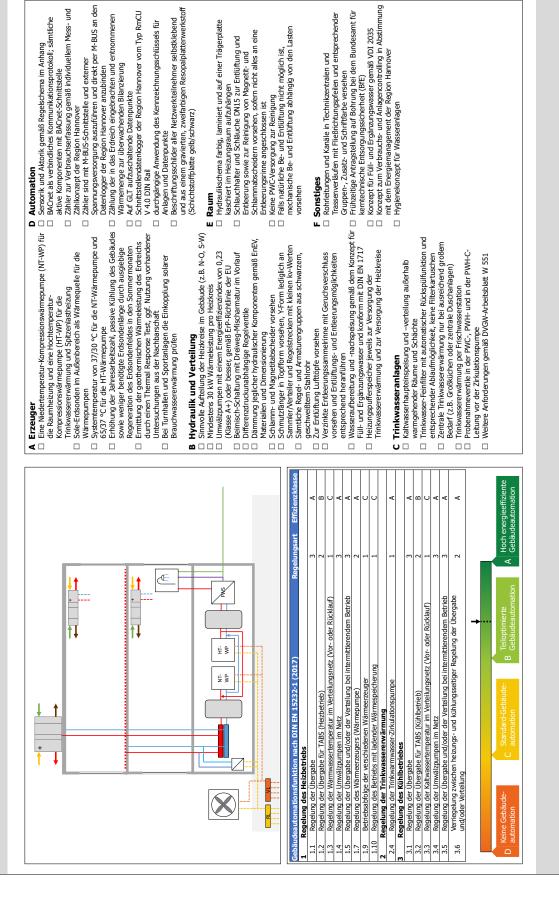


_				
	∢[_	Automation	
			Sensorik und	Sensorik und Aktorik gemais Regelschema im Annang
		die Kaumneizung und eine nochtemperatur- Vomstaggischusternag (UT WD) für die	bachet als ve	BACHEL AIS VERDINGLICHES NOTHINGLICHISPITOTOROIL; SAMUICHE
		Triple::00000000000000000000000000000000000	aktive nompo	menten mit bachet-samiltistelle
		minkwassererwamining und opitzemasmetanig Sola-Erdoodan im Angarbaraich als Wärmanialla für dia	Zählkonzent (Zainer zur Verbrauchserlassung gemaß mürviquenem Mess- und Zählkopsopt der Begion Hannover
			Zähler sind m	Zähler sind mit M-BIIS-Schnittstelle und externer
			Spannungsve	Spannungsversorgung auszuführen und direkt per M-BUS an den
		_	Datenlogger	Datenlogger der Region Hannover anzubinden; Genauigkeit und
			Einheiten	
		sowie weniger benötigte Erdsondenlänge durch ausgiebige	Zählung der i	Zählung der in das Erdreich eingebrachten und entnommenen
			Warmemenge	Wärmemenge zur überwachenden Bilanzierung
		drieb sings Thomas Describe Test and Nithmas Southanders	Aur GLI aurzu	Aut GLI aurzuschaitende Datenpunkte
		duich einen Theimal Response Test, ggr. nutzung vornandener Hinterenchmagen aus der Nachbarschaff	V 4 O DIN Pail	Schiillestellendateiliogget der Region namiover vom Typ Killou
			durchaänaiae	durchaänaige Anwendung des Kennzeichnungsschlüssels für
			Anlagen und	Anlagen und Datenpunkte
			Beschriftungs	Beschriftungsschilder aller Netzwerkteilnehmer selbstklebend
	8	_	und aus einer	und aus einem gravierten, zweifarbigen Resopalplattenwerkstoff
			(Schichtstoffp	(Schichtstoffplatte gelb/schwarz)
			Raum	
			Hydrauliksche	Hydraulikschema farbig, laminiert und auf einer Trägerplatte
			kaschiert im l	kaschiert im Heizungsraum aufzuhängen
			Schlauchhalte	Schlauchhalter und Schläuche DN15 zur Entlüftung und
			Entleerung so	Entleerung sowie zur Reinigung von Magnetit- und
			Schlammabsc	Schlammabscheidern vorsehen, sofern nicht alles an eine
			Entleerungsri	Entleerungsrinne angeschlossen ist
			Keine PWC-Ve	Keine PWC-Versorgung zur Reinigung
		Sammler/Verteller und Regelstrecken mit kleinen kv-werten Sämtliche Deael- und Armsturengrungen aus schwarzen	Falls naturild	Falls naturiliche Be- und Entlurtung nicht möglich ist, mechanische Be- und Entlijffring abhängig von den Lacten
			vorceben	מות בוונתותות מסומותות אכון מכון במזכנו
		geschwenstein steinfolm Zur Entlijftung Luftfänfe vorsehen	NOI SELIELI	
			Conctingo	
			Sobrleitunger	Bohrleit inges Robrieit ingen und Kanäle in Technikzentralen und
		entsprechend heranführen	Trassenverläu	Tassenverläufen mit Fließrichtungspfeilen und entsprechender
			Gruppen-, Zu	Gruppen-, Zusatz- und Schriftfarbe versehen
			Frühzeitige A	Frühzeitige Antragstellung auf Bohrung bei dem Bundesamt für
			kerntechnisch	kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE)
		Irinkwassererwarmung und zur versorgung der Heizkreise	Konzept für F	Konzept für Füll- und Ergänzungswasser gemäß VDI 2035 Konzent zum Verbrauchs- und Anlagencontrolling in Abstimmung
	ပ	Trinkwasseranlagen	mit dem Ener	mit dem Energiemanagement der Region Hannover
			Hygienekonze	Hygienekonzept für Wasseranlagen
		-	!	
	[
		Zentrale Trinkwassererwärmung nur bei ausreichend großem Bodarf (* B. Großküchen oder zentrale Ducchanlagen)		
		Probenahmeventile in der PWC-, PWH- und in der PWH-C- Leitung vor der Zirkulationspumpe		
		-		
_				

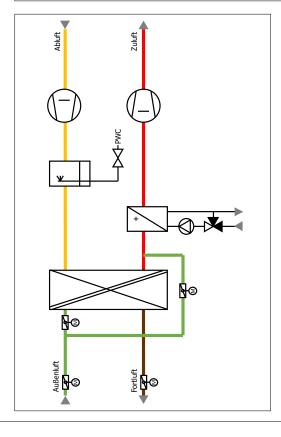








Anlagenblatt "Lüftungsanlage Teilklimatisierung"



	Gebaudeautomationsfunktion nach DIN EN 13232-1 (2017)	Kegelungsart	Regelungsart Effizienzklasse
4	Regelung der Lüftung und der Klimatisierung		
4.1	Regelung der Zuluft-Strömung auf Raumebene	2	A
4.2	Regelung der Temperatur der Raumluft (Luft-Anlagen)	1	C
4.3	Regelung der Temperatur der Raumluft (Kombinierte Luft-Wasser-Anlagen)	1	Α
4.4	Regelung der Außenluftströmung		-
4.5	Regelung des Luftvolumenstroms oder Luftdruckes auf der Ebene der Luftbehandlungsanlage	2	В
4.6	Regelung der Wärmerückgewinnung: Vereisungsschutz	1	¥
4.7	Regelung der Wärmerückgewinnung: Schutz vor Überhitzung	1	¥
8.8	Freie maschinelle Kühlung	1	υ
4.9	Regelung der Zulufttemperatur	т	4
4.10	Regelung der Luftfeuchte	-	-
	↑		
	D Keine Gebäude- C Standard-Gebäude- B Teiloptimierte automation	A Gebäud	Hoch energieeffiziente Gebäudeautomation

A Lüftungsanlage

2 Zentrale Lüftungsanlage mit Kreuzgegenstromwärmeübertrager

2 zentrale Lüftungsanlang, einem Bypass, Zu- und
Ablufberlaudhser sowie einem Ablufberlaudhser zur

adiabaten Verdunstungskühlung

Lufterhitzer durch die Gebäuderheizungsanlage versorgt

Benisch-Schaltung mit Dreiweg-Mischarmatur im Vorlauf

Prüfung ob das Nachspeisewasser der Adiabatik aufbereitet

werden muss $\hfill\square$ Ventilatoren mit bürstenlosen Gleichstrommotoren (EC-Motor) $\hfill\square$

B Verteilung

□ Bei Außenaufstellung Frostschutz wasserführender Komponenten sicherstellen

□ Dämmung jeglicher hydraulischer Komponenten

C Automation

| Sensorik und Aktorik gemäß Regelschema im Anhang
| Sensorik und Aktorik gemäß Regelschema im Anhang
| Den Nutzung der versoraten Bereiche entsprechenden
| Volumenstrom-Stufen vorsehen (z.B. Grundlast, Spitzenlast)
| Grundlastvolumenstrom per Zeitprogramm aktiviert
| Weitere Liffungssuffen sind in den entsprechenden Bereichen
| Aula, Mensa, ...) manuell per Täster mit Nachlaufzeit aktivierbar
| Betrieb der Lüffungsanlage zeitlich und energetisch möglichst

unmittelbar an die tatsächliche Nutzung anpassen

Implementierung einer Ablufttemperatur-Zulufttemperatur-Kaskadenregelung bei großem Versorgungsbereich mit

☐ BACnet als verbindliches Kommunikationsprotokoll; sämtliche unterschiedlichen Raumnutzungen, ansonsten Raumlufttemperatur-Zulufttemperatur-Kaskadenregelung

tive Komponenten mit BACnet-Schnittstelle

ihler zur Verbrauchserfassung gemäß individuellem Mess- und hilk konzept der Region Hamover hiler sind mit M-BUS-Schnittstelle und externen annungsversorgung auszuführen und direkt per M-BUS an den atenlogger der Region Hamover anzubinden GLT aufzuschaltende Datenpunkte

nnittstellendatenlogger der Region Hannover vom Typ RmCU 1.0 DIN Rail

schriftungsschilder aller Netzwerkteilnehmer selbstklebend d aus einem gravierten, zweifarbigen Resopalplattenwerkstoff chichtstoffplatte gelb/schwarz) rchgängige Anwendung des Kennzeichnungsschlüssels für lagen und Datenpunkte

nenaufstellung der Anlage zu bevorzugen, um Wärmeverluste d Witterungseinflüsse zu vermeiden hrleitungen und Kanäle in Technikzentralen und

assenverläufen mit Fileßrichtungspfeilen und entsprechender uppen, Zuistz- und Schrifffable versehen mzept zum Verbauchs- und Anlagencontrolling in Abstimmung rdem Energiemanagement der Region Hannover

264

Die Konzeptblätter sind gemeinsam mit dem Steinbeis Innovationszentrum energie+ im Rahmen des Forschungsprojektes "Systemstandards und Qualitätsmanagement für Nearly Zero Energy Buildings" am Beispiel des Bauvorhabens der Region Hannover "Förderzentrums auf der Bult, Hannover" (FK: 03EGB0003A), mit Förderung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie mit Co-Förderung durch proKlima Hannover, erstellt worden.



Anhang B BACnet-Anbindung an eine MBE

14.1 Zielsetzung

Das Ziel der Spezifikation "BACnet-Anbindung an eine MBE" ist es, eine einheitliche und durchgängige Struktur und Verfahrensweise beim Aufbau und Verarbeitung von Datenpunkten im Allgemeinen und im Speziellen von BACnet-Datenpunkten vorzugeben.

Dabei ist zum einen die Adressierungsstruktur und das Verständnis von Varianten bei der Bezeichnung von Datenpunkten von Bedeutung und im Weiteren die notwendigen und verbindlichen BACnet-spezifischen Einstellungen und Dokumentationsrichtlinien. Die Vorgaben zur BACnet-Anbindung an eine Management- und Bedieneinheiten (MBE) sind in diesem Anhang.

Die nachfolgenden Anbindungsbeschreibungen und Kriterien sind optimiert auf die vorhandene MBE am Hauptcampus der Region Hannover (hildesheimer Straße 20). Alle anderen Bauvorhaben orientieren sich nach diesen Vorgaben. Das Schema gibt den prinzipiellen Aufbau der GA und die Einbindung an eine MBE wieder.

14.2 Adressierungsstruktur - GA

Die Adressierung ist eine Kombination aus Liegenschaftsund Informationspunktadressierung. Sinn und Zweck einer nachhaltigen Adressierungsstruktur ist es, einen durch die Adressierung erfassten Bestandteil einer technischen Anlage definitiv und eindeutig zu benennen.

14.2.1 Aufbau

Die Liegenschaftsadressierung gibt Antwort auf die Frage: "Wo ist es installiert?". Die Region Hannover hat mehrere Liegenschaften, die wiederum aus mehreren zusammengehörigen Gebäuden oder Gebäudeteilen bestehen können.

Bei Betriebsschwierigkeiten muss ein Instandhalter (interner oder externer Verantwortlicher für Technik) als erstes wissen, wohin er sich überhaupt zu wenden hat. Welche Liegenschaft und welche Technikzentrale bzw. welcher Informationsschwerpunkt (ISP) ist betroffen. Diese Information wird durch die Stellen 01-09 gegeben.

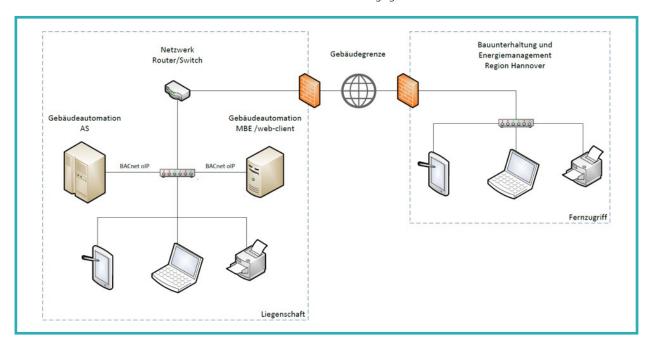


Abbildung 52: Prinzipdarstellung der Liegenschafts-GA und dem Fernzugriff

Die Informationspunktadressierung besteht aus einer 10-stelligen Kennziffer (Stelle10-19). Die Kennziffer ist hierarchisch aufgebaut. Was welche alphanumerische Stelle aussagt, kann den ausführlicheren Erläuterungen zur Adressierung entnommen werden.

Die zu verwendenden Kürzel sind der Tabelle Kap. 12.2.12 "Vorgaben- Tabelle (Kürzel Stelle 10-23)" zu entnehmen.

Beispiel:

lia	genscl	h a ft	Cob	äude			ISP	N.	Info	rmat	ionsp	unkt	adres	sieru	ng								Klartext	
Lie	jensci	llait	Gen	auue			ISP	NI.	Nut	zerad	ressi	erung							IP		Ind	ex	Kiditext	
Blo	ck 1		Blo	ck 2			Blo	ck 3	Blo	ck 4									Blo	ck 5			Block 6	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	Stellen Nr.	
Beis	spiel 1	- Ver	waltur	ngsge	bäude	Hilde	esheim	ner Str	. 20:															
1	0	1	0	1	0	1	0	1	W	V	0	1	Н	1	Р	U	0	1	В	R	0	1	Adressierung mit 23 Stellen	
1	0	1																					Verwaltungsgebäude Hildesheimer Str. 20	
			0	1	0	3																	Gebäude / Gebäudeteil	
							0	1															Informationsschwerpunkt (ISP) Nr.	
									W	V													Gewerk	
											0	1											Laufende Nummer der Anlag Baugruppenkennzeichnung Feldgerätekennzeichnung Feldgerätenummer	
													Н	1									Baugruppenkennzeichnung	
															Р	U							Feldgerätekennzeichnung	
																	0	1					Feldgerätenummer	
																			В	R			Betriebsrückmeldung	
																					0	1	Stufe 1	
																					0	2	Stufe 2	
Bei	spiel 2							Bautei				chstat		vergel	ben w									
4	9	9	Α	2	F	3	0	1	W	V	0	1	Н	1	Р	U	0	1	В	R	0	1	Adressierung mit 23 Stellen	
4	9	9																					BBS "Fiktiv"-Gebäude	
			Α	2	F	3																	Gebäude / Gebäudeteil	
							0	1															Informationsschwerpunkt (ISP) Nr.	
									W	٧													Gewerk	
											0	1											Laufende Nummer der Anlage	
													Н	1									Baugruppenkennzeichnung	
															Р	U							Feldgerätekennzeichnung	
																	0	1					Feldgerätenummer	
																			В	R			Betriebsrückmeldung	
																					0	1	Stufe 1	
																					0	2	Stufe 2	

Tabelle 98: Aufbau Adressierungsstruktur

14.2.2 Block 1, Stelle 1-3, Liegenschaft

Benennt die Liegenschaft gemäß der Festlegung des Liegenschaftsmanagements der Region Hannover. Alle Liegenschaften haben eine 3-stellige Adresskennung. Die Bezeichnungen werden von der Region Hannover vergeben. Siehe hierzu Infoma-Gebäudenummerlisten der Region Hannover.

14.2.3 Block 2, Stelle 4-7, Gebäude / Gebäudeteil

Diese 4 Stellen werden zur Identifizierung von Gebäuden und Gebäudebauteilen verwendet. Bei allen Liegenschaften der Region Hannover sind die Stellen 4+5 für die Gebäudenummer und die Stellen 6+7 für die Bauteilnummer. Sofern es keine Differenzierung nach Bauteilen geben sollte sind die Ziffern 00 zu verwenden. Die Verwendung von Buchstaben ist standardmäßig nicht zugelassen. Auftretende Sonderfälle sind vor Ausführung mit der Region Hannover zu besprechen.

Die Bezeichnungen werden von der Region Hannover vergeben. Siehe hierzu Infoma-Gebäudenummerlisten der Region Hannover.

14.2.4 Block 3, Stelle 8-9, ISP – Informations-schwerpunkte

Die laufende Nummerierung der Informationsschwerpunkte hat 2 Ziffern und ist für jede Liegenschaft von 01–99 zu vergeben. Die Nummern der ISPs werden von der Region Hannover vergeben.

14.2.5 Block 4, Stelle 10-11, Gewerk / Anlage

Die Gewerke- Kennzeichnung ist zweistellig, in dem Beispiel oben, W für die Hauptgruppe Wärmeversorgungsanlagen und V für die Gruppe Wärmeverteilungs-anlagen. Die zu verwendenden Kürzel sind der Vorgaben-Tabelle zu entnehmen.

Hinweis: Externe Meldungen, die eindeutig von unterschiedlichen Gewerken kommen (BMA, Aufzüge, NSHV etc.) dürfen nicht als Elektromeldungen zusammengefaßt werden. Es ist das jeweilige Kürzel aus der Vorgabentabellen zu verwenden.

Siehe auch Kap 12.6.2 Muster-EDE-Datei

14.2.6 Block 4, Stelle 12-13, Laufende Nummer der Anlage

Jede Anlage wird mit einer laufenden, zweistelligen Nummer (01, 02, 03, ...) versehen. Es ist möglich, dass es sowohl im ISP 01 als auch im ISP 02 eine Anlage WV01 gibt.

14.2.7 Block 4, Stelle 14-15, Anlagenteil – auch Baugruppe genannt

Definiert einen Anlagenteil in einer Anlage, der wiederrum aus mehreren Feldgeräten (Aggregate, Aktoren, Sensoren) besteht, z.B. eine Heizgruppenregelung auf einem Verteiler. Diese Heizungsgruppe stellt in sich eine Funktionseinheit dar und hat wiederrum einzelne Bestandteile (Fühler, Ventile, Thermostaten, usw.) die nachfolgend erfasst werden. Die Adressierung kann durch Buchstaben + Nummer, z.B. "H1", oder auch durch

eine fortlaufende Nummer, z.B. "01" (wichtig, wenn z.B. mehr als 9 Anlagenteile zu dieser Anlage erfasst werden sollen) erfolgen. Die zu verwendenden Kürzel sind der Vorgaben-Tabelle zu entnehmen.

Hinweis: Sollen Feldgeräte erfasst werden, die der Anlage direkt und nicht einem Anlagenteil zugeordnet werden sollen, sind sie einem Anlagenteil mit dem Kurzzeichen "___" in der Adressierung zuzuordnen

Hinweis: Ein Heizkreis ist keine Anlage, sondern eine Baugruppe als Teil einer Anlage "Wärmeverteilung" ...WV01H1... Heizkreis Nord ...WV01H2... Heizkreis Sued

Hinweis: Heizregister von RLT-Anlagen sind als Baugruppe unter zugehörigen Lüftungsanlage zu kennzeichnen, nicht Wärmeverteilung

..RL01LE.. Lufterhitzer Kantine

Hinweis: Die Kürzel VZ / VA sind nur für die eigentliche Ventilatorbaugruppen zu verwenden (VZM01 Motor; VZ01RS Rev.-Schalter; VZ01FU Frequenzumformer. Alle anderen Geräte sind dem Zentralgerät ZG bzw. der nachgelagerten Zone zuzuordnen. Dem entsprechend dürfen VZ /VA nicht dazu verwendet werden, generell alle Lüftungsbauteile wie Brandschutzklappen, Volumenstromregler etc. hinsichtlich der Luftrichtung zu kennzeichnen. Für solche Bauteile außerhalb der Zentrale ist als Baugruppenkennzeichnung eine laufende Nummer je Raum oder Zone zu verwenden.

Siehe auch Kap 12.6.2 Muster-EDE-Datei

14.2.8 Block 4, Stelle 16-17, Feldgerät

Ein Feldgerät (Aggregate, Aktoren, Sensoren / z.B. Pumpe, Fühler, Thermostat, Motor, etc.) wird direkt einer Anlage, wenn das Anlagenteil mit dem Kurzzeichen "_ _" belegt wurde, und ansonsten einem definierten Anlagenteil zugeordnet.

14.2.9 Block 4, Stelle 18-19, Laufende Nummer des Feldgerätes

Der Sachverhalt ist ähnlich wie bei der Anlagennummerierung. Bei jedem Anlagenteil und jedem Feldgerättyp ist mit einer neuen Nummerierung zu beginnen.

Hinweis: Nummern nicht mit 1,2,3 – sondern, mit 01,02,03 vergeben!

Gehören z.B. zum Anlagenteil H1 zwei Temperaturfühler und eine Pumpe, so lautet die Teiladressierung H1TF01, H1TF02 und H1PU01.

14.2.10 Block 5, Stelle 20-23, Informationspunkt und Index zum Feldgerät, Anlagenteil, Anlage

Für Anlagen, Anlagenteile, Feldgeräte oder Informationspunkte kann es mehrere Informationen/Werte geben. Grundsätzlich erhält der Index (Stellen 22 + 23) die Nummer 01, es sei denn, es gibt mehrere Informationen/Werte. Der Index 00 kann für berechnete Werte wie Mittelwerte oder berechnete Sollwerte verwendet werden.

Beispiel:

Für einen Temperaturfühler:

... RL01ZGTF02ME01 Zulufttemperatur

... RL01ZGTF02PA00 berechnete Zulufttemperatur

... RL01ZGTF02PA01 Sollwert maximale

Zulufttemperatur

... RL01ZGTF02PA02 Sollwert minimale Zuluft-

temperatur

Beispiel:

Für einen Zuluftventilator gibt es den Schaltbefehl, die Betriebs- und Störmeldung.

... RL01VZM001AN01 Zuluftventilator Schaltbefehl ... RL01VZM001BR01 Zuluftventilator Betriebsrück-

meldung Stufe 1

... RL01VZM001BR02 Zuluftventilator Betriebsrück-

meldung Stufe 2

... RL01VZM001SM01 Zuluftventilator Störungsmeldung

Beispiel:

Für Rückmeldungen von Klappen JK bzw. Ventilen RV

... RL01ZGJK01SR01 Außenluftlappe stetig Rückfüh-

rung

... RL01ZGJK02BR01 Abluftklappe Rückmeldung AUF ... RL01ZGJK02BR02 Abluftklappe Rückmeldung ZU

Eine andere Information (z.B. Sollwert oder Sammelstörung) könnte sich aber auch auf die Anlage oder Anlagenteil beziehen und nicht auf ein bestimmtes Feldgerät. Dazu müssen die Stellen gegen "_ _ _ _ " ausgetauscht werden.

... RL01_____SM01 RLT-Anlage 01 Sammelstörungsmeldung

Allgemein gilt deshalb: Der in der Adressierung rechtsstehende Teil bezieht sich immer auf die letzte alphanumerische Kennung, der links stehenden Objektadresse! Siehe auch Kap 12.6.2 Muster-EDE-Datei

14.2.10.1 Wartungsmeldungen, Störmeldungen und Alarmmeldungen

Bei den Informationspunkten wird besonderen Wert auf die korrekte Verwendung der Kürzel für Wartungs, Störund Alarmmeldungen gelegt. Da diese für die weitere Behandlung sehr wichtig sind.



Beispiele:

RL01ZGDW01WM01	Zuluftfilter Wartung
RL01ZGDW02WM01	Abluftfilter Wartung
RL01LEPU01SM01	Lufterhitzer Pumpe Stoerung
RL01VZDW01SM01	Zuluftventilator Differenzdruck-
	wächter Stoerung
RL01VZM001SM01	Zuluftventilator Motor Stoerung
RL01ZGTW01AM01	Frostschutz Alarm
RL0101BK01AM01	Zone 1 Brandschutzklappe
	Zuluft Alarm
RL0101BK02AM01	Zone 1 Brandschutzklappe
	Abluft Alarm
RL0102BK01AM01	Zone 2 Brandschutzklappe
	Zuluft Alarm

Alle Meldungen die nicht zur Abschaltung einer Anlage führen und erst später behoben werden müssen sind Wartungsmeldungen.

Alle Meldungen die zur Abschaltung einer Anlage oder zur starken Funktionseinschränkungen führen sind Störungen.

Alle Meldungen die Gefahr für Leib und Leben oder zu weiteren Folgeschäden der Anlage führen können sind Alarmmeldungen.

14.2.11 Block 6, Klartextvergabe

Der Klartext muss einen eindeutigen Hinweis auf den Datenpunkt, das Bauteil, bzw. auf dessen Lage in der Liegenschaft, sowie ggf. dessen Zweck geben.

14.2.12 Vorgaben- Tabelle (Kürzel Stelle 10-23)

AN	LAGEN	AN	LAGEN-Nr.	BAI	JGRUPPEN	FEL	DGERÄT	FEL	DGERÄTE-Nr.	INI	ORMATIONSPUNKT	IND	EX	
	verk	lfd. Nr.		Kennzeichnung		Kennzeichnung		lfd.			nzeichnung	Ifd. Nr.		
te	llen Nr.10+11	Stel	len Nr. 12+13	Stel	len Nr. 14+15	Stel	len Nr. 16+17	Stel	len Nr. 18+19	Ste	llen 20+21	Stel	len Nr. 22+23	
G	Ab-/Wasser-/Gas- anlagen		Ohne Zuordnung		Ohne Zuordnung		Ohne Zuordnung		Ohne Zuordnung		Ohne Zuordnung		Ohne Zuordnung	
A	Förderanlagen (Aufzug,Kran,)	00	laufende Nummer	00	Anlagenteil / Raum 0	AS	Automationsstation	01	laufende Nummer	AN	Ansteuerung (digita- ler Ausgang)	00	laufende Nummer	
Ą	GA / Automations- systeme	01	laufende Nummer	01	Anlagenteil / Raum 1	ВК	Brandschutzklappe		laufende Nummer	AM	Alarmmeldung	01	laufende Numme	
5	GA / Schaltschränke		laufende Nummer		Anlagenteil / Raum	BS	Blockschloss	99	laufende Nummer	BF	Betriebsfreigabe (Anlagenschalter)		laufende Numme	
	Fernmelde-,Informa- tionstechnik	99	laufende Nummer	99	Anlagenteil / Raum 99	ВТ	Bedientableau			BR	Betriebsrückmeldung (digitaler Eingang)	99	laufende Numme	
	Kälteerzeugung			BM	Brandmeldeanlage	DB	Dampfbefeuchter			BS	Betriebsstunden			
/	Kälteverteilnetz			DA	Druckluftanlage	DF	Druckfühler			FR	Freigabe Regelung			
	Raumluftechnische Anlagen			DE	Druckerhöhungs- anlage	DS	Druckschalter			LG	Leistung			
	Stromanlagen/Ver- teilungen			DG	Dezentrale Geräte	DW	Diff.druckwächter			ME	Messwert			
E	Wärmeerzeugung			DI	Desinfektionsanlage	EH	Elektr. Heizregister			MP	Meßperiode			
٧	Wärmeverteilnetz			DV	Datenverarbeitung	EZ	Stromzähler			NB	Notbedienung (Hand- schalter)			
	Sicherstechnik (BMA, EMA etc.)			EA	Elektroanlagen	FF	Feuchtefühler			PA	Parameter/ Sollwert/ Berechneter Wert			
)	Sonderanlage / Sonstige			ED	Einspeisung Damp- fanl.	FR	Feuchteregler			QS	Quittieren Störung/ Wartung			
	, and the second			EH	Enthärtungsanlage	FU	Frequenzumformer			SM	Störungsmeldung			
				EM	EMA Einbruchmel- deanl.	FW	Feuchtewächter			SP	Spitzenwert			
				EL	ELA Elektr.Akustisch	GZ	Gaszähler			SR	Stellungsrückmeldung (analoger Eingang)			
				EV	Elektroverteilung	JK	Jalousieklappe			ST	Stellsignal (analoger Ausgang)			
				FA	Feuerlöschanlage	KA	Kontakt allgemein			TW	Tarifwechsel			
				FM	Fernmeldeanlage	KE	Kessel			VB	Verbrauch (je Zeit- einheit)			
				H1	Heizungsgruppe 1	KF	Kontakt Fenster			WM	Wartungsmeldung			
				Н	Heizungsgruppe	KM	Kältemaschine			ZW	Zählwert (absolut)			
				Н9	Heizungsgruppe 9	KT	Kontakt Tür			ZP	Zeitprogramm			
				K1	Kälteteil 1	LQ	Luftqualitätsfühler			RG	Regler-Objekt			
				K	Kälteteil	МО	Motor			KL	Kalender-Objekt			
				К9	Kälteteil 9	MV	Magnetventil			TL	Trendlog-Objekt			
				LE	Lufterhitzer	NF	Niveaufühler							
				LK	Luftkühler	NS	Notschalter							
				LS	Lichtsteueranlage	NT	NOT-Aus Taster							
				NA	Neutralisationsanl.	NW	Niveau Wächter							
				NE	Nacherhitzer	PU	Umwälzpumpe							
				NZ	Netzersatzanlage	QZ	Wärmemengenzähler							
				SA	Sauerstoffanlage	RF	Rückspülfilter							
				TS	Türsprechanlage	RK	Regelkreis							
				TV	Fernsehen/Video	RM	Rauchmelder							
				UV	Unterverteilung	RS	Reparaturschalter							
				VA VE	Ventilator Abluft Vorerhitzer	RV SA	Regelventil Schaltkontakt allg.							
				VZ	Ventilator Zuluft	SI	Sicherung allg.							
				WE	Wasserentsorgung	SF	Schaltfeld							
				WR	Wärmerückgewinnung		Strömungswächter							
				ww	Warmwasserbereitung		Temperaturbegrenzer							
				Z1	Zone 1	TF	Temperaturfühler							
				Z	Zone	TR	Temperaturregler							
				Z9	Zone 9	TW	Temperaturwächter							
				ZG	Zentralgerät	VD	Verdichter							
				ZK	Zugangskontrolle	VF	Volumenstromfühler							
						VR	Volumenstromregler							
						WZ	Wasserzähler							

Tabelle 99: Kürzelvorgaben Block 4-5 der Adressierungsstruktur (Stand 01.08.2018)

14.3 BACnet-Geräteeinstellungen

Das Gebäudemanagement vergibt für jedes Subnetz die zu verwendenden Device-Objekt-Instanznummern (DOI) und Gerätenamen, da diese im Gesamtnetz eindeutig sein müssen. Des Weiteren erhält jedes Gerät eine feste IP-Adresse für das jeweilige Subnetz. Hierfür sind die MAC- Adressen aller Netzwerkteilnehmer (Displays, Automationsstationen, Switche, Bediengeräte,...) zur Verfügung zu stellen.

Um die Kommunikation mit der MBE zu gewährleisten ist es erforderlich, dass jedes Subnetz über einen BACnet-Server mit BBMD- Funktion verfügt. Dort ist die IP-Adresse der entfernten MBE einzutragen. Nur so ist es möglich, dass die BACnet-spezifischen Broadcast- Telegramme in gerichtete Broadcast- Nachrichten gewandelt werden und über die Router weitergeleitet werden.

Im Vorfeld muss der Auftragnehmer alle notwendigen Informationen wie Infoma- Gebäudenummer, ISP-Nr., IP-Adressen, BACnet-Device-Instanzen etc. bei der Region Hannover über den zuständigen Projektkoordinator bzw. Projektkoordinatorin erfragen. Dazu bitte alle vom Auftragnehmer geplanten Netzwerkgeräte in das Antragsformular der "Anlage 4: Anmeldung neuer Netzwerkteilnehmer" eintragen und bei der Region Hannover einreichen.

14.3.1 IP-Einstellungen

Jedes Gerät erhält von der Region Hannover eine feste IP-Adresse, die zugehörige Subnet-Mask und die IP-Adresse des jeweiligen Gateways.

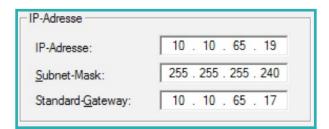


Abbildung 53: BACnet-Geräteeinstellungen, IP-Einstellungen

14.3.2 BACnet-Netzwerk-Nummer

Die BACnet-Netzwerk-Nummer ist immer 1.und das UDP-Port ist immer 47808 (bzw. hexadezimal 0xBAC0)

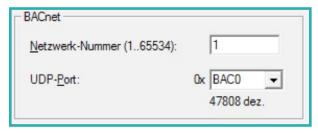


Abbildung 54: BACnet-Geräteeinstellungen, Netzwerk-Nummer

14.3.2.1 BBMD BACnet-Broadcast-Management-Device

INFO:

Derzeit existiert noch keine Umsetzung zu Kapitel 12.3.2.1, wird jedoch hinsichtlich der Vollständigkeit nachfolgend definiert.

Um die Kommunikation mit der MBE von einem anderen Subnetz zu gewährleisten ist es erforderlich, dass jedes Subnetz über einen BACnet-Server mit BBMD-Funktion verfügt.

Dort ist die IP-Adresse (172.20.0.11) des BBMD im Subnetz der MBE einzutragen. Die Subnet-Mask ist immer 255.255.255.255, das Port immer 47808 (bzw. hexadezimal 0xBAC0)

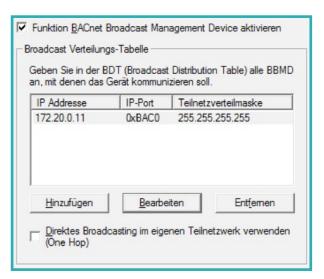


Abbildung 55: BACnet-Geräteeinstellungen, BACnet-Broadcast-Management-Device

Der BBMD darf nach Vorgabe der Region Hannover nur in einem bestimmten Gerät pro Subnetz aktiviert werden.

14.3.2.2 BACnet-Device-ID und Objectname

Für jedes BACnet-Gerät im Netzwerk gibt die Region Hannover die einzustellende Instanznummer und den Namen (Object-Name) vor. Diese müssen im Netzwerk eindeutig sein.

Zusätzlich müssen die Properties Beschreibung (Description) und der Einbauort (Location) ausgefüllt werden.

101001					
101A001_001_Verwaltungsgeb_Hildesheim					
BACnet-Device 101001 Verwaltungsgeb. H					
Hindesheimerstr. 20 Trakt A001 Raum KG (

Abbildung 56: BACnet-Geräteeinstellungen, Device-ID und Object-Name

14.3.2.2.1 Instanz-Nr. (Locales Device)

Der BACnet- Client der Zentralen MBE hat die Device-Nummer 100.

Die Device-Nummern in den Liegenschaften setzten sich aus der Liegenschaftsnummer (z.B. 101) und einer dreistelligen fortlaufenden Nummer für die BACnet-Server in der jeweiligen Liegenschaft zusammen.

Eine lokale MBE in der Liegenschaft hat immer die Device-Instanz

Liegenschaftsnummer (z.B. 101) + 000.

Beispiele:

Zentrale MBE:

> Device-Instanz 100

Verwaltungsgeb. Hildesheimer Strasse 20 MBE:

> Device-Instanz 101000

Verwaltungsgeb. Hildesheimer Strasse 20 Controller 1:

> Device-Instanz 101001

Verwaltungsgeb. Wilhelmstrasse 1 MBE:

> Device-Instanz 103000

Verwaltungsgeb. Wilhelmstrasse 1 Controller 5:

> Device-Instanz 103005

14.3.2.2.2 Object-Name (Locales Device)

In Anlehnung an die Adressstruktur beginnen die Gerätenamen mit den ersten 7 Stellen der Datenpunkt-adressen, gefolgt von der lfd. Nummer des Gerätes in der Liegenschaft / Gebäudeteils und einer abschließenden Klartextbezeichnung der Liegenschaft und dem Gewerk. Leerzeichen und Sonderzeichen (Punkt, Komma, Semikolon etc.) werden durch Unterstriche ersetzt. Umlaute (Ä,ä,Ö,ö,Ü,ü,ß) sind nicht zulässig und sind zu ersetzen.

Beispiele:

1010103_001_Verwaltungsgeb_Hildesheimer_Strasse 20 Heizung

1030100_005_Verwaltungsgeb_Wilhelmstrasse_1_ Lueftung

14.3.2.2.3 Beschreibung (Locales Device)

Die Beschreibung sollte möglichst genau das BACnet-Gerät beschreiben. Mindestangaben sind die Device-Nr., die Liegenschaft, das Gebäude, der ISP das gesteuerte Gewerk

Umlaute (Ä,ä,Ö,ö,Ü,ü,ß) sind aus Kompatibilitätsgründen nicht zulässig und sind zu ersetzen. Folgende Buchstaben sind zu verwenden:

Ä:	Ae	ä:	ae
Ö:	0e	Ö:	oe
Ü:	Ue	Ü:	ue

Tabelle 100: Umlaute-Definition

Beispiel:

BACnet-Device 101001 Verwaltungsgeb. Hildesheimer Strasse 20 Trakt A01 ISP01 Heizung

14.3.2.2.4 Einbauort (Locales Device)

Der Einbauort (Location) enthält mindestens die Liegenschaftsbezeichnung, das Gebäude, den Informationschwerpunkt und eine möglichst genaue Raumbezeichnung im Klartext.

Umlaute (Ä,ä,Ö,ö,Ü,ü,ß) sind aus Kompatibilitätsgründen nicht zulässig und sind zu ersetzen. Siehe: Tabelle 64: Umlaute-Definition.

Beispiel:

Verwaltungsgeb. Hildesheimer Strasse 20 Geb.0103 Heizzentrale KG Raum 012



14.4 BACnet-Objekt-Einstellungen

Jedes übertragene BACnet-Objekt muss je nach Objekttyp mindestens über die folgenden Properties verfügen.

Property (Eigenschaften)	Device (8)	Analog - Input (0) Output (1) Value (2)	Binary - Input (3) Output (4) Value (5)	Multistate - Input (13) Output (14) Value (19)	Calendar (6) Scheduler (17)	Loop (12	Notification Class (15)
Objectname	8	0, 1, 2	3, 4, 5	13, 14, 19	6, 17	12	15
Object-Type	8	0, 1, 2	3, 4, 5	13, 14, 19	6, 17	12	15
Object-Instance	8	0, 1, 2	3, 4, 5	13, 14, 19	6, 17	12	15
Desciption	8	0, 1, 2	3, 4, 5	13, 14, 19	6, 17	12	15
Present-value		0, 1, 2	3, 4, 5	13, 14, 19	6, 17	12	
COV-increment		0, 1, 2					
Unit-Code		0, 1, 2					
Inactive-text			3, 4, 5				
Activ-text			3, 4, 5				
Number-of-states				13, 14, 19			
State-text				13, 14, 19			
Priority-array		1, 2*	4,5*	14, 19*			
Local-time	8						
Local-date	8						
Object-refence-list					6, 17		
Weekly-schedule					17		
Calendar-Reference							

^{*}Nur wenn es sich um einen beschreibbaren Datenpunkt handelt.

Tabelle 101: BACnet Objekt-Eigenschaften

Im Folgenden Abschnitt sind die einzelnen Properties (Eigenschaften) und deren Einstellungen im Detail beschrieben.

14.4.1 Objekt-Name

In das Property Object-Name ist immer der korrekte Benutzeradressenschlüssel der Region Hannover einzutragen.

Bei Objekt-Namen von Schedulern noch zusätzlich der Klartext des Zeitprogramms zugefügt. (Siehe auch Kapitel 12.4.13.1 Object-Name von Schedule-Objekten)

14.4.2 Object-Type

Es ist zwingend darauf zu achten, dass die Datenpunkte entsprechend ihrer Signaltyps den richtigen BACnet-Objekt- Typen zugeordnet werden.

Code	Object Type	Signaltyp
0	Analog Input	Messwert
1	Analog Output	Stellsignal
2	Analog Value	Sollwert, virtuelles Analogsignal
3	Binary Input	Rückmeldung , Störmeldung
4	Binary Output	Schaltbefehl
5	Binary Value	Virtuelle(r), Meldung, Störung oder Schaltbefehl
8	Device	BACnet- Gerät
13	Multistate Input	Mehrstufige Rückmeldung
14	Multistate Output	Mehrstufiger Ausgang/Schaltbefehl
19	Multistate Value	Mehrstufige(r) virtuelle(r) Rück- meldung/Schaltbefehl
12	Loop	Regler
17	Schedule	Zeitprogramm

Tabelle 102: BACnet Objekt-Type

Hinweis:

Binäre Betriebsmeldungen sind immer so auszuführen, dass der Wert 1 dem Status "Betrieb/Ein/Aktiv" entspricht.

14.4.3 Object-Instance-Nummern

Die Nummern der Objektinstanzen dürfen, außer für die BACnet-Device-ID, frei vergeben werden. In der Regel generieren die Programmiertools diese automatisch.

Es ist aber sicherzustellen, dass durch Programmerweiterungen oder Änderungen bereits verwendete Objekte keine andere Instanznummer bekommen.

14.4.4 Description

Die Beschreibung muss einen eindeutigen Klartext enthalten. Gibt es für ein Gerät mehrere Signale, so sind müssen diese an Hand es Klartextes zu unterscheiden sein.

Die Bezeichnung der Anlage muss enthalten sein (Heizkreis Nord, Lueftung Kantine etc.). Bei Bauteilen außerhalb der MSR-Zentralen (BSKs, Volumenstromregeler, Raumfühler etc.) muss die zugehörige Raumnummer / Bauteilkennung enthalten sein.

Umlaute (Ä,ä,Ö,ö,Ü,ü,ß) sind aus Kompatibilitätsgründen nicht zulässig und sind zu ersetzen. Siehe: Tabelle 64: Umlaute-Definition.

Beispiel Erhitzer:

- Lueftung Kantine Ventil Erhitzer Stellsignal
- Lueftung Kantine Ventil Erhitzer Rueckmeldung
- Lueftung Kantine Ventil Erhitzer Hand
- Lueftung Bueros Zone 1 Raum 215 Zulufttemperatur
- Lueftung Bueros Zone 2 Raum 316 Abluft-BSK

Als redundante Zusatz-Information dürfen der Beschreibung maximal die Ziffern 8-15 der technischen Adresse vorangesetzt werden.

Beispiele:

- 01RL01 Lueftung Kantine Erhitzerventil Stellsignal
- 01WV01H1 HK Nord RL- Temperatur

14.4.5 COV - Change Of Value

Um die Netzlast gering zu halten, müssen alle Prozesswerte mit dem BACnet-Dienst COVNotification übertragen werden.

Somit ist die Verwendung des Property Feedback-Value für eine Betriebsrückmeldung ist nicht zulässig, da dieses Property nicht COV-fähig ist und von der MBE ständig gepollt werden müsste, wenn diese Datenpunkt historisch aufgezeichnet werden soll.

14.4.5.1 COV-Hysteresen

Um die Netzbelastung gering zu halten, müssen alle BACnet-Variablen per COV übertragen werden. Zur weiteren Optimierung der Netzbelastung werden je nach Datenpunktart unterschiedliche Hysteresen vorgeschrieben. So werden z.B. bei Ventilstellungen nur Änderungen größer 5% gesendet. Lufttemperaturen haben eine Hysterese von 0,5°C etc..

Bei Messwerten kann es vorkommen, dass die Standardwerte für große Anlagen nicht ausreichen. Deshalb ist z.B. bei Luftdrücken darauf zu achten, dass die Hysterese nicht kleiner als 5 % des Arbeitsbereichs ist.

Datenpunktart	COV-Inkrement	Einheit
Temperaturen (Luft)	0,5°C	°C
Temperaturen (Wasser Heiztechnik)	1,0°C	°C
Temperaturen (Wasser Kältetechnik)	0,2°C	°C
Volumenstrom (Luft in m³)	10,0 *	m³/h
Volumenstrom (Luft in Litern)	100,0 *	I/min
Volumenstrom (Wasser)	1,0 *	m³/h
Volumenstrom (Wasser in Litern)	100,0 *	I/min
Druck (Luft)	100,0 *	Pa
Druck (Wasser)	100,0 *	mbar
Luftqualität	50 *	ppm
Luftfeuchtigkeit relativ	5,0	%rF
Luftfeuchtigkeit absolut	0,5 *	g/kg
Ventil-/Klappenstel- lungen	5,0	0/0
Betriebsstunden	1,0	Н
Wärmemengenzähler	0,001	MWh
Stromzähler	1,0	kWh
Gaszähler	1,0	m³
Wasserzähler	0,01	m³
Sollwerte	0,1	alle Einheiten
Statusmeldungen	Statuswechsel	Aus/Ein Normal/Störung

Tabelle 103: BACnet COV-Hysteresen

* Für diese Messungen sind 5% des Arbeitsbereichs (Sollwert) einzustellen. Bedeutet z.B. für einen Drückfühler der laut Kennlinie einen Bereich von 2.000 Pa misst, die Anlage aber auf 600 Pa eingestellt ist, das 5% von 600 Pa (30 Pa) als COV-Wert einzustellen sind.

14.4.6 Unit-Code

Für analoge Objekte ist die gemäß BACnet-Standard vorgeschriebene physikalische Einheit einzutragen.

14.4.7 Active-Text / Inactive-Text

Für binäre Objekte sind die Statustexte für den Wert inactive = 0 und active = 1 einzutragen.

Umlaute (Ä,ä,Ö,ö,Ü,ü,ß) sind aus Kompatibilitätsgründen nicht zulässig und sind zu ersetzen.

Siehe: Tabelle 64: Umlaute-Definition.

Beispiele:

- Inactive-Text = Aus / Active-Text = Ein
- Inactive-Text = Stoerung / Active-Text = Normal
- Inactive-Text = nicht Auf / Active-Text = Auf usw.
- Inactive-Text = nicht Zuf / Active-Text = Zu usw.

14.4.8 State-Texts / Number-of-States

Für Multistate-Objekte sind die korrekten Statustexte für alle verwendeten Schaltzustände in das Property State-Texts einzutragen. Das Property Number-Of-States ergibt sich daraus automatisch.

Umlaute (Ä,ä,Ö,ö,Ü,ü,ß) sind aus Kompatibilitätsgründen nicht zulässig und sind zu ersetzen. Siehe: Tabelle 64: Umlaute-Definition.

Beispiele:

- State-Texts = "Aus, Stufe 1, Stufe 2";
 Number-Of-States = 3
- State-Texts = "Aus, Nacht, Standby, Komfort";
 Number-Of-States = 4

14.4.9 Priorty-Array 14.4.10 Prinzip

Eine Stärke des BACnet Protokolls ist das Priority-Array. Um eine priorisierte Abarbeitung von Befehlen aus verschiedenen Quellen (Prozess, Handbediengerät, Managementebene) zu ermöglichen, nutzen die Funktionsbausteine eine Prioritätssteuerung. Die verschiedenen Quellen schreiben ihren Wert in eine Prioritätenmatrix innerhalb des Bausteines inklusive der entsprechenden Priorität.

Es stehen 16 Stufen zur Verfügung um die Befehle oder die Funktionen zu priorisieren. Die Stufe 1 hat die höchste Priorität und die Stufe 16 die niedrigste.

In dieser Matrix wird jeweils immer der zuletzt auf die höchste Priorität geschriebene Wert an Present Value ausgegeben. Ist kein freigegebener Prozesswert vorhanden so wird der Vorgabewert aus dem Property Relinguish Default verwendet

14.4.11 Priority-Array Standard der Region Hannover

Wegen der Interoperabilität sind in BACnet bereits 5 Prioritäten festgelegt. Die anderen Prioritäten stehen für projektspezifische Zuweisungen zur Verfügung.

Ein Standard der Region Hannover ist definiert für die Benutzung der freien BACnet Prioritäten.

Priorität	BACnet-Standard	Standard Region Hannover
1	Manual-Life Safety	Sicherheit-Hand
2	Automatic-Life Safety	Sicherheit-Automatik (z.B. Brandschutzklappe)
3	Available	Frei
4	Available	Frei
5	Critical Equipment Control	Kritische Anwendung (Si- cherheitsschaltungen: Frost, Übertemperatur, Klappe oder Motor Störungen,
6	Minimum On/Off	Minimum Ein/Aus
7	Available	Hand-Betrieb (HW-Schaltung auf AS)
8	Manual Operator	Hand-Betrieb (von MBE oder lokalem Bediengerät)
9	Available	Frei
10	Available	Frei
11	Available	LOOP Regler
12	Available	Frei
13	Available	Frei
14	Available	Lokal-Zeitprogramm
15	Available	Global-Zeitprogramm
16	Available	Automatik-Betrieb

Tabelle 104: BACnet Melde-Prioritäten

Bei konsequenter Nutzung dieser Funktion kann man auf der MBE immer erkennen über welche Funktion eine Anlage / eine Gerät angesteuert wird. Oder aber auch warum eine Gerät gerade nicht von der MBE bedienbar ist, weil es z.B. gerade durch einen Frost-Funktion übersteuert wird.

14.4.11.1 BACnet-Schreibprioritäten für Sollwerte

Die MBE schreibt Sollwerte mit der BACnet- Priorität 8 (Manual Operator). Es muss sichergestellt werden, dass ein evtl. vorhandenes lokales Bedienterminal gleichberechtigt auf diese Werte schreiben. Dabei gilt, wer zuletzt schreibt hat recht. Sollwerte werden von der DDC selbst nie beschrieben.

14.4.11.2 BACnet-Schreibprioritäten für Schaltbefehle/Stellsignale

Die MBE schreibt Schaltbefehle und Stellsignale ebenfalls mit der BACnet- Priorität 8. Die DDC-Automatik muss Schaltbefehle und Stellsignale mit der niedrigsten BACnet- Priorität 16 beschreiben. Dadurch hat die GLT die Möglichkeit diese gegebenenfalls zu übersteuern indem Sie einen Leittechnik-Hand-Wert auf BACnet-Priorität 8 schreibt. Durch Schreiben von NULL auf BACnet-Priorität 8, setzt die MBE diese Datenpunkte wieder auf Automatik.

Siehe hierzu auch zwingend Kap.12.5 "Fernbedienung von der MBF"

14.4.12 Alarmierung mit Intrinsic Reporting

Sofern die DDC Intrinsic Reporting unterstützt, muss die Funktion für diese Objekte immer aktiviert werden:

- AI (Messung: Fühlerbrucherkennnung, Grenzwertverletzung)
- PC (Zähler: Verbrauchsüberschreitung)
- BI (nur für Alarm Hardware Rückmeldung)
- MI (nur für Alarm Hardware Rückmeldung)
- BV (nur für Alarm Software Rückmeldung)
- MV (nur für Alarm Software Rückmeldung)

14.4.12.1 Standard der Region Hannover für Notification-Classes

Für den gesamten BACnet Systemverbund sind die Prioritäten und die Quittierungspflichten festgelegt werden. Der Standard der Region Hannover für Notification-Classes ist in der folgenden Tabelle definiert.

14.4.13 Zeitprogramme / Scheduling

Lokale Zeitschaltfunktionen sind über BACnet-Schedule-Objekte zu realisieren. Proprietäre Zeitschaltprogramme sind nicht zulässig. Die Scheduler sind so zu konfigurieren, dass sie die referenzierten Daten-Objekte mit Priorität 14 beschreiben.

14.4.13.1 Object-Name von Schedule-Objekten

Abweichend von den Object-Namen normaler Datenpunkte wird den Objekt-Namen von Schedulern noch zusätzlich der Klartext des Zeitprogramms zugefügt. Leerzeichen und Sonderzeichen (Punkt, Komma, Semikolon etc.) werden durch Unterstriche ersetzt. Umlaute (Ä,ä,Ö,Ö,Ü,Ü,ß) sind aus Kompatibilitätsgründen nicht zulässig und sind zu ersetzen. Siehe: Tabelle 64: Umlaute-Definition.

Beispiele:

101010301WV01WW_	ZP01_Warmwasserbereitung
101010301WV01WW_	ZP02_Warmwasserbereitung
	_Legionellenbetrieb
101010301WV01WW_	ZP03_Warmwasserbereitung
	_Zirkulationspumpe
101010301RL01	_ZP01_RLT_Aula_ZP
101010301RL01	_ZP02_RLT_Aula_Freie_Aussen-
	luftkuehlung
101010301WV01H1	ZP01_HK_Nord_ZP
101010301WV01H2	ZP01_HK_Sued_ZP

14.5 Fernbedienung von der MBE

Für jede Anlage und für jeden Anlagenteil ist ein Softwareschalter zu programmieren, der von der MBE übersteuert werden kann.

NC	Netzwerk Prioritätsschema	Event Priorität	Quittierung To-Offnormal	Quittierung To-Fault	Quittierung To-Normal	Wichtigkeit
100	Alarm / Gefahr (Frost, STB, BSK, Rauch, Sicherungsfall, Phasenaus- fall Hebeanlagen)	10	Ja	Ja	Nein	Prio 10
200	Störmeldung (Pumpen, Lüfter, Geräte, Anlagen)	20	Ja	Ja	Nein	Prio 20
300	Wartungsmeldungen (Filter, Rep-schalter, Füh- lerdefekt, Ausführungs- kontrolle, Rückführungen)	30	Ja	Ja	Nein	Prio 30
400	Normal message / Trend Log (Statusmeldungen, Rück- meldungen)	40	Nein	Nein	Nein	Prio 40

Tabelle 105: BACnet Notification-Classes

Alarme schalten die Anlage ab. Störungen können die Anlage bedingt abschalten.

Beispiele:

Lüftung: 0=Aus; 1=Ein oder 1=Aus; 2=Stufe 1; 3=Stufe 2,

Heizung: 1=Aus, 2=Tagbetrieb, 3=Nachtbetrieb

Zusätzlich müssen alle Schaltbefehle für Aktoren der Heizungstechnik, wie z.B. Pumpen, von der MBE übersteuert werden können.

Beispiel:

Pumpe: 0=Aus; 1=Ein

Alle Stellsignale der Stellantriebe (Ventile, Volumenstromregler und geregelte Klappen) müssen von der MBE übersteuert werden können.

Wichtiger Hinweis:

Für alle oben genannten Funktionen ist die BACnet-Prioritäten-Funktion zu nutzen. Die MBE überschreibt bei Handeingriffen mit Priorität 8 und setzt bei Automatik Priorität 8 wieder NULL. Die Automatiksignale werden von der DDC auf Priorität 16 geschrieben. Für Schaltbefehle, egal ob Binär oder Multistate, gibt es im BACnet keine "Stufe" Automatik.

14.5.1 Sondergenehmigung für Leittechnik-Befehle mit Hilfsvariabeln:

Sollte die DDC einer Bestandanlage diese BACnet-Funktionalität mit der Automatikumschaltung über das Prioritäten-Array überhaupt nicht unterstützen, müssen Softwareschalter im Programm vorgesehen werden, über die die Leittechnik zwischen Automatik (DDC- Modus) und Hand (Leittechnik-Modus) umschalten kann.

Diese Art der Bedienung über zusätzliche Hilfsvariablen muss vorher bei der Region Hannover beantragt und genehmigt werden. Die Genehmigung wird nur für Bestandsanlagen, welche nachträglich für die MBE aufbereitet werden, erteilt !!!

Beispiel Schaltbefehl:

Multistate- Value (1=Auto; 2=Aus; 3=Ein)

Beispiel Stellsignal:

Binär-Variable (0=DDC-Modus/Auto; 1=Leittechnik-Modus/Hand)

Analog-Output (Wird auf Leittechnik nur angezeigt; 0...100%)

Analog-Value (Leittechnik-Hand-Vorgabewert im Leittechnik-Modus; 0...100%)

14.5.2 Sichern von BACnet-Parametern vor Programmänderungen

Die Bediener der MBE haben vollen Zugriff auf alle beschreibbaren Properties der BACnet-Objekte. Somit kann von der Leittechnik z.B. die Zuordnung eines Alarmdatenpunktes zu einer Notification-Class parametriert

werden, oder ein Grenzwert für einen Analogdatenpunkt angepasst werden usw.

Der Programmierer einer Anlage muss jetzt sicherstellen, dass diese Änderungen nicht verloren gehen. Alle Parametrierungen der Region Hannover müssen übernommen werden, bevor ein geändertes DDC-Programm in den BACnet-Controller geladen wird.

14.6 Dokumentation

Für die Anbindung einer Liegenschaft sind vollständige Datenpunktlisten und Regelschemen mit eingetragener Nutzeradressierung vom Ersteller der Anlagen abzugeben. Alle Beschriftungen müssen vollständig und inhaltlich richtig an Schaltgerätekombinationen, Automationsstationen angebracht sein.

14.6.1 EDE-Liste zur Prüfung

Vor der Aufschaltung einer Liegenschaft ist vom Anlagenerbauer eine EDE-Liste mit allen Datenpunkten abzugeben. Diese Liste wird auf die korrekten Einstellungen im BACnet-Controller überprüft. Die Liste muss folgende Datenfelder enthalten.

- Object- name = Technische Adresse
- Description = Klartextbeschreibung Datenpunkt (max. 60 Zeichen)
- Unit = Physikalische Einheit
- COV-Inkrement = Meldehysterese
- State-text-reference = (0=Normal, 1=Stoerung) [inactiv- text; active- text]
 bzw. (1=Aus,2=Stufe 1, 3=Stufe 2) [state- text]
- Notification-Class = Meldeklasse bei störmeldefähigen Objekten



14.6.2 Muster-EDE-Datei

#mandatory	mandatory	mandatory	mandatory	manuatory	mandate	лу	unit-	optional state-text-		option
	device obj						code	reference		notifica
keyname		object-name	object-type	object-instance	descript	ion	code	reterence	ment	cias
010103 001 Musterliegenschaft		1010103 001 Musterliegen:				-Device 101001 Musterliegenschaft ISP01 Geb. 0103				
010103_001_Mdsterliegenschart		1010103_001_Muscer11egen.	3	101001	DACHEL	NSHV Lastschalter Alarm		6		100
01010301RL0101 FR01 01010301RL0101 SM01		1010103015V01 AM01	3			Lastenaufzug Alarm	-			10
01010301RL0101 SM01 01010301RL0101 2P01	101001	101010301FA01 AM01	3				-	6		
01010301RL0101 ZP01 01010301RL0101 ZP01	101001	101010301S101 AM01 101010301S102 SM01	3		015101	Brandmeldeanlage Alarm Sicherheitsbeleuchtung Stoerung	-	6		10
			19			RLT Buero Anlagenschalter		8		20
01010301RL0101FR01 01010301RL0101 SM01		101010301RL01 FR01 101010301RL01 SM01	19			RLT Buero Aniagenschaiter RLT Buero Sammelstoeung		32		20
		101010301RL01 SM01	19					32		20
						RLT Buero Zeitprogramm				
01010301RL01LEPU01BR01	101001	101010301RL01LEPU01BR01	3			RLT Buero Erhitzerpumpe Betrieb		1		
01010301RL01LEPU01NB01		101010301RL01LEPU01NB01	3			RLT Buero Erhitzerpumpe Handbedienebene		3		
01010301RL01LEPU01SM01		101010301RL01LEPU01SM01	3			RLT Buero Erhitzerpumpe Stoerung		- 8		20
01010301RL01LERV01NB01		101010301RL01LERV01NB01	3			RLT Buero Erhitzerventil Handbedienebene		3		
01010301RL01LERV01SR01	101001	101010301RL01LERV01SR01 101010301RL01LERV01ST01	0			RLT Buero Erhitzerventil Stellungsrueckmeldung	98		5	
01010301RL01LERV01ST01			1			RLT Buero Erhitzerventil Stellsignal	98		5	
01010301RL01LETF01ME01		101010301RL01LETF01ME01	0			RLT Buero RL-Erhitzer	62		1	30
01010301RL01VZDW01SM01		101010301RL01VZDW01SM01	3			RLT Buero Zuluefter Differenzdruckwaechter		8		20
01010301RL01VZFU01BR01		101010301RL01VZFU01BR01	3	15	01RL01	RLT Buero Zuluefter Betrieb FU		1		
01010301RL01VZFU01SR01		101010301RL01VZFU01SR01	0			RLT Buero Zuluefter FU Stellungsrueckmeldung	98		5	
01010301RL01VZFU01ST01		101010301RL01VZFU01ST01	1			RLT Buero Zuluefter FU Stellsignal	98		5	
01010301RL01VZMO01BR01		101010301RL01VZM001BR01	3			RLT Buero Zuluefter Betrieb Bypass		1		
01010301RL01VZM001NB01		101010301RL01VZM001NB01	3			RLT Buero Zuluefter Handbedienebene		3		
01010301RL01VZMO01SM01	101001	101010301RL01VZM001SM01	3			RLT Buero Zuluefter Motorschutz		8		20
01010301RL01VZRS01WM01		101010301RL01VZRS01WM01	3			RLT Buero Zuluefter Reperaturschalter		7		30
01010301RL01ZGBK01AM01		101010301RL01ZGBK01AM01	3			RLT Buero Brandschutzklappe Zuluft		9		1
01010301RL01ZGDF01ME01		101010301RL01ZGDF01ME01	0			RLT Buero Zuluftdruck	53		25	3
01010301RL01ZGDF01PA03	101001	101010301RL01ZGDF01PA00	2			RLT Buero Zuluftdruck Sollwert berechnet	53		25	
01010301RL01ZGDF01PA01		101010301RL01ZGDF01PA01	2			RLT Buero Zuluftdruck Sollwert Stufe 1	53		0,1	
01010301RL01ZGDF01PA01		101010301RL01ZGDF01PA01	2			RLT Buero Zuluftdruck Sollwert Stufe 2	53		0,1	
01010301RL01ZGDW01WM01		101010301RL01ZGDW01WM01	3			RLT Buero Außenluftfilter		7		30
01010301RL01ZGTF01ME01		101010301RL01ZGTF01ME01	0	20		RLT Buero Außentemperatur	62		0,5	30
01010301RL01ZGTF02ME01		101010301RL01ZGTF02ME01	0		01RL01	RLT Buero Zulufttempertur	62		0,5	30
01010301RL01ZGTF02PA01		101010301RL01ZGTF02PA01	2			RLT Buero Minimale Zulufttempertur	62		0,1	
01010301RL01ZGTF02PA02	101001	101010301RL01ZGTF02PA02	2			RLT Buero Maximale Zulufttempertur	62		0,1	
01010301RL01ZGTF02PA03	101001	101010301RL01ZGTF02PA03	2			RLT Buero Berechneter Zuluftsollwert	62		0,5	
01010301RL01ZGTF03ME01	101001	101010301RL01ZGTF03ME01	0			RLT Buero Ablufttempertur	62		0,5	3
01010301RL01ZGTF03PA01	101001	101010301RL01ZGTF03PA01	2			RLT Buero Ablufttempertur Sollwert	62		0,1	
01010301RL01ZGTW01AM01		101010301RL01ZGTW01AM01	3	35	01RL01	RLT Buero Frostschutz		9		11
01010301RL0101BK01AM01		101010301RL0101BK01AM01	3			RLT Buero Zone 1 Brandschutzklappe Zuluft Raum 215		9		10
01010301RL0101TF01ME01		101010301RL0101TF01ME01	0			RLT Buero Zone 1 Zulufttempertur Raum 215	62		0,5	30
01010301RL0102BK01AM01		101010301RL0102BK01AM01	3	38	01RL01	RLT Buero Zone 2 Brandschutzklappe Zuluft Raum 316		9		10
01010301RL0101TF01ME01		101010301RL0102TF01ME01	0	39	01RL01	RLT Buero Zone 2 Zulufttempertur Raum 316	62		0,5	30
01010301WV01H1 FR01	101001	101010301WV01H1 FR01	19		01WV0	1H1 HK Nord Anlagenschalter		30		
01010301WV01H1 ZP01	101001	101010301WV01H1 ZP01	19	41	01WV0	1H1 HK Nord Zeitprogramm		30		
01010301WV01H1PU01AN01		101010301WV01H1PU01AN01	4		01WV0	1H1 HK Nord Pumpe Ansteuerung		1		
01010301WV01H1PU01BR01	101001	101010301WV01H1PU01BR01	3	43	01WV0	1H1 HK Nord Pumpe Betrieb		1		
01010301WV01H1PU01NB01	101001	101010301WV01H1PU01NB01	3	44	01WV0	1H1 HK Nord Pumpe Handbedienebene		3		
01010301WV01H1RV01NB01	101001	101010301WV01H1RV01NB01	3			1H1 HK Nord Ventil Handbedienebene		3		
01010301WV01H1RV01SR01	101001	101010301WV01H1RV01SR01	0			1H1 HK Nord Ventil Stellungsrueckmeldung	98		5	
01010301WV01H1RV01ST01	101001	101010301WV01H1RV01ST01	1			1H1 HK Nord Ventil Stellsignal	98		5	
01010301WV01H1TF01ME01		101010301WV01H1TF01ME01	0	48	01WV0	1H1 HK Nord VL-Temperatur	62		1	3
01010301WV01H1TF01PA01		101010301WV01H1TF01PA01	2			1H1 HK Nord VL-Temperatur Fusspunkt	62		0.1	
01010301WV01H1TF01PA02		101010301WV01H1TF01PA02	2			1H1 HK Nord VL-Temperatur Max	62		0,1	
01010301WV01H1TF01PA03		101010301WV01H1TF01PA03	2			1H1 HK Nord VL-Temperatur Nachtabsenkung	63		0.1	1
01010301WV01H1TF01PA04		101010301WV01H1TF01PA04	2			1H1 HK Nord VL-Temperatur Sollwert berechnet	62	1	1	i –
01010301WV01H1TF02ME01	101001	101010301WV01H1TF02ME01	0			1H1 HK Nord RL-Temperatur	62		1	36
01010301WV01H2 FR01		101010301WV01H11702ME01	19			1H2 HK Sued Anlagenschalter	JZ.	30		. 30
01010301WV01H2 ZP01		101010301WV01H2 ZP01	19			1H2 HK Sued Zeitprogramm		30		
01010301WV01H2PU01AN01		101010301WV01H2PU01AN01	4			1H2 HK Sued Pumpe Ansteuerung		1		
01010301WV01H2PU01BR01	101001	101010301WV01H2PU01BR01	3	57	01WV0	1H2 HK Sued Pumpe Betrieb		1		
01010301WV01H2PU01NB01	101001	101010301WV01H2PU01NB01	3	58	01WV0	1H2 HK Sued Pumpe Handbedienebene		3		
01010301WV01H2PV01NB01	101001	101010301WV01H2RV01NB01	3			1H2 HK Sued Ventil Handbedienebene		3		
01010301WV01H2RV01SR01		101010301WV01H2RV01SR01	0			1H2 HK Sued Ventil Stellungsrueckmeldung	98		5	
01010301WV01H2RV01SR01		101010301WV01H2RV01SR01	1			1H2 HK Sued Vertil Stellsignal	98		5	
01010301WV01H2TF01ME01		101010301WV01H2TF01ME01	0			1H2 HK Sued VL-Temperatur	62		1	3(
01010301WV01H2TF01HE01		101010301WV01H2TF01PA01	2			1H2 HK Sued VL-Temperatur 1H2 HK Sued VL-Temperatur Fusspunkt	62		0,1	3
01010301WV01H2TF01PA01		101010301WV01H2TF01PA01	2			1H2 HK Sued VL-Temperatur Max	62		0,1	
01010301WV01H2TF01PA02 01010301WV01H2TF01PA03		101010301WV01H2TF01PA02	2	64	01////0	1H2 HK Sued VL-Temperatur Max 1H2 HK Sued VL-Temperatur Nachtabsenkung	62		0,1	
01010301WV01H2TF01PA03 01010301WV01H2TF01PA04		101010301WV01H2TF01PA04	2			1H2 HK Sued VL-Temperatur Nachtabsenkung 1H2 HK Sued VL-Temperatur Sollwert berechnet	62			
01010301WV01H2TF01PA04 01010301WV01H2TF02ME01	101001	101010301WV01H2TF01PAU4	0			1H2 HK Sued VL-Temperatur Sollwert berechnet 1H2 HK Sued RL-Temperatur	62		1	30
			2					-	1	3
01010301GS0101EZ01ZW01		101010301GS0101EZ01ZW01				1H1 Elekrozaehler Schaltschrank MSR Zaehlerstand	19		1	
01010301SV0101EZ01ZW01		101010301SV0101EZ01ZW01	2			1H1 Elekrozaehler Gebaeude Zaehlerstand	19		1	
01010301WE0101QZ01LG01		101010301WE0101QZ01LG01	2			1H1 Zaehler Fernwaerme Leistung	48		1	
01010301WE0101QZ01ME01		101010301WE0101QZ01ME01	2			1H1 Zaehler Fernwaerme Durchluss	135		1	
01010301WE0101QZ01VB01		101010301WE0101QZ01VB01	2			1H1 Zaehler Fernwaerme Verbrauch 24h	146		0,001	
01010301WE0101QZ01ZW01		101010301WE0101QZ01ZW01	2	73	01WV0	1H1 Zaehler Fernwaerme Zaehlerstand	146		0,001	
01010301WE0201GZ01ZW01		101010301WE0201GZ01ZW01	2			1H1 Kesselanlage Gaszaehler Zaehlerstand	80	Î	1	Ì
01010301WV01WWWZ01ZW01		101010301WV01WWWZ01ZW01	2			1H1 WWB Wasserzaehler Zaehlerstand	80			

Abbildung 57: BACnet Muster-EDE-Datei (Screenshot aus EDE-Musterdatei)

14.6.2.1 BACnet State Text Reference

Die State- Texte für Binär- und Multistate- Werte sind frei wählbar und müssen deshalb als State- Text- Refererence auf jeden Fall als extra Arbeitsblatt in der Excel-Datei enthalten sein.

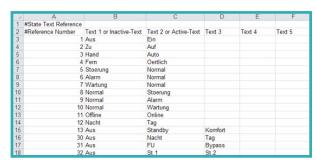


Abbildung 58: (aus EDE-Musterdatei)

14.6.2.2 BACnet Object Types

Die Objekttypen (Object Types) sind gemäß der BACnet-Spezifikation vorgegeben und sollten als extra Excel-Arbeitsblatt angefügt sein.

A	А	В			
1	#Encoding of BACnet Object Types				
2	#Object Type	Code			
3	Analog Input	0			
4	Analog Output	1			
5	Analog Value	2			
6	Binary Input	3			
7	Binary Output	4			
8	Binary Value	5			
9	Calendar	6			
10	Device	8			
11	Multistate Input	13			
12	Multistate Output	14			
13	Schedule	17			
14	Multistate Value	19			

Abbildung 59: BACnet Objekt Typen (Screenshot aus EDE-Musterdatei)

14.6.2.3 BACnet Unit-Codes

Die Unit-Codes (Engineering Units-Texts) sind gemäß der BACnet- Spezifikation vorgegeben und sollten als extra Excel-Arbeitsblatt angefügt sein.

- 4	A	В				
1	#Encoding of BACnet Engineering Units					
2	#Code	Unit Text				
3	0	SQUARE-METERS				
4	1	SQUARE-FEET				
5	2	MILLIAMPERES				
6	3	AMPERES				
7	4	OHMS				
8	5	VOLTS				
9	6	KILOVOLTS				
10	7	MEGAVOLTS				
11	8	VOLT-AMPERES				
12	9	KILOVOLT-AMPERES				
13	10	MEGAVOLT-AMPERES				
14	11	VOLT-AMPERES-REACTIVE				
15	12	KILOVOLT-AMPERES-REACTIVE				
16	13	MEGAVOLT-AMPERES-REACTIVE				
17	14	DEGREES-PHASE				
18	15	POWER-FACTOR				
19	16	JOULES				
20	17	KILOJOULES				
21	18	WATT-HOURS				
22	19	KILOWATT-HOURS				
23	20	BTUS				
24	21	THERMS				
25	22	TON-HOURS				
26	23	JOULES-PER-KG-DRY-AIR				
27	24	BTUS-PER-LB-DRY-AIR				
28	25	CYCLES-PER-HOUR				
29	26	CYCLES-PER-MINUTE				
30	27	HERTZ				
31	28	GRAMS-OF-WATER-PER-KILOGRAM-DRY-AIR				

Abbildung 60: BACnet Unit-Codes (Screenshot aus EDE-Musterdatei)

14.6.3 Regelschemen

Vom Anlagenerrichter sind vollständige Regelschemen abzugeben in denen mindestens die ersten 19 Stellen der technischen Adressen aller Feldgeräte eingetragen sind. Die letzten 4 Stellen der technischen Adresse (Informationspunkt) dürfen fehlen.

An Hand der Regelschemen muss ein eindeutiger Bezug zu den Datenpunkten in der EDE- Datei herzustellen sein. Um nicht an jedes Feldgerät die kompletten 19 Stellen der Adresse schreiben zu müssen, ist es zulässig den Basisteil der Adresse in Dokumenten-Fuß bzw. Kopf einzutragen.

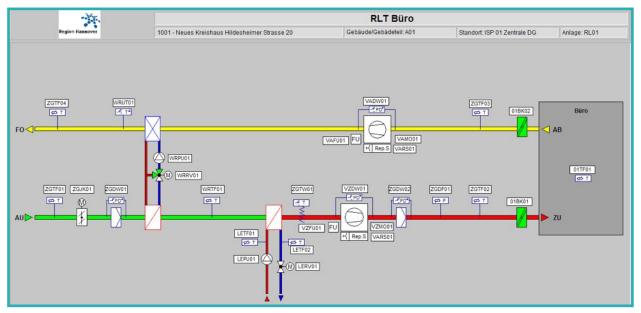


Abbildung 61: Muster Anlagenvisualisierung mit Einblendpunkten

14.6.4 Übergeordnete Ortsbeschriftungen

Ziel eines örtlichen Beschriftungssystems ist es, eine Auffindbarkeit und exakte Zuordnung von GA-Anlagen und Komponenten zu gewährleisten. Zu diesem Zweck sollen auch die Schaltgerätekombinationen, Automationsstationen und Anlagen der TGA (HKLS und ELT) eindeutig beschriftet werden.

Es ist sicher zu stellen, dass alle Bezeichnungen (ISP, Automationsstation, Anlagen) in allen Unterlagen stets gleichlautend geführt werden, und zwar sowohl hinsichtlich der Klartextbezeichnungen als auch für die festgelegte Adressierungsstruktur.

Es wird vorausgesetzt, dass sich alle Bezeichnungen mit finalen und untereinander abgestimmten Zeichnungen (Architekturplanung/TGA-Planung) für die betroffenen Anlagen decken. Ist dies nicht so, müssen die Geräte-Bezeichnungen (vor Ort und in den Revisionsunterlagen) gleichlautend unter Verwendung gleicher Mittel hergestellt werden.

Die Beschriftungsschilder sind selbstklebend auszuführen und grundsätzlich aus einem gravierten zweifarbigen Resopalplattenwerkstoff (Schichtstoffplatte gelb/schwarz) wie folgt vorzusehen:

14.6.4.1 Bezeichnungsschild einer AS bzw. eines Netzwerkteilnehmers

Der Bezeichnungstext gibt die entsprechende BACnet Device-Instanz Nr. wieder. Siehe hierzu Kapitel: "12.3.2.2.1Instanz-Nr. (Locales Device)". Der Beschriftungstext ist zentriert auf dem Schild auszuführen.

- Schildoberflächefarbe: gelb
- Gravurschrift: schwarz (nicht eingefärbt)
- Schriftart: ARIAL oder ähnlich, in Großbuchstaben
- 7eilen: 1
- Schrifthöhe: mind. 10 mm
- Schildgröße: örtlich anzupassen, mind. 170 x 25 mm

DEVICE-INSTANZ Nr. 101001

Abbildung 62: Beschriftungsschild DOI

14.6.4.2 Bezeichnungsschild eines ISP

Der Bezeichnungstext gibt in der oberen Zeile den Verwendungstyp "ISP" (Für Elektroverteilung gibt es eine abweichende Bezeichnung) und die entsprechende Bezeichnung der Liegenschaft gemäß Block 1 + 2 der Adressierungsstruktur (siehe vorherige Tabelle) wieder. Die untere Zeile gibt die fortlaufende Bezeichnung des ISP gemäß Block 3 der Adressierungsstruktur wieder. Der Beschriftungstext ist zentriert auf dem Schild auszuführen. Die Platzierung erfolgt im Standardfall frontal auf der Tür der Schaltgerätekombination. Wenn dies nicht möglich sein sollte, ist dies vor Ausführung mit der Projektkoordinatorin bzw. dem Projektkoordinator abzustimmen.

- Schildoberflächefarbe: gelb
- Gravurschrift: schwarz (nicht eingefärbt)
- Schriftart: ARIAL oder ähnlich, in Großbuchstaben
- Zeilen: 2
- Schrifthöhe Zeile 1: mind. 20 mm
- Schrifthöhe Zeile 1: mind. 30 mm
- Schildgröße: örtlich anzupassen, mind. 150 x 70 mm

ISP Nr. 1010301 **01**

Abbildung 63: Beschriftungsschild ISP

14.7 Abnahme der BACnet-Server

Zur Fertigstellung der Liegenschaft werden die BACnet- Server auf ihre Konformität zu diesem Pflichtenheft überprüft.

Vorab sind die geforderten Datenpunktlisten (EDE-Dateien) und die zugehörigen Regelschemen an die Region Hannover zu übergeben, damit diese im Vorfeld geprüft werden können

Während der Abnahme werden die BACnet- Server mit einem BACnet- Browser ausgelesen und die Datenpunkte / BACnet- Objekte und deren Properties auf die korrekten Einstellungen (Technische Adressen, COV-Inkremente, physikalische Einheiten, Notification-Classes etc.) untersucht.

Abschließend wird der Datenverkehr zwischen den BACnet- Servern und einem Testclient aufgezeichnet und
analysiert. Dabei kommt es vor allem auf eine saubere Anmeldung (COV- Subscription) und Signalmeldung
per COV mit niedrigem Datenverkehr an. Dadurch wird
sichergestellt, dass z.B. ein Ventil mit falschem COVInkrement nicht den Bus mit unnötig vielen Telegrammen belastet.

Außerdem wird geprüft ob sich der Test-Client am BACnet-Server korrekt in den Notification-Classes als Recipient eintragen kann. Dann werden Störungen ausgelöst die per Intrinsic-Report an den Client gesendet werden. Nach Empfang der Störungen muss der Client die Störungen im BACnet-Server quittieren können. Das Ergebnis der Abnahme wird über das Abnahmeprotokoll dokumentiert.

Siehe Kapitel 12.10 "Abnahme der BACnet-Server"

14.8 Anlage 1: BACnet Grundlagen 14.8.1 Was ist BACnet?

BACnet bedeutet Kommunikations-Protokoll für Datennetze der Gebäudeautomation und Gebäuderegelung (Data Communication Protocol for Building Automation and Control Networks).

BACnet ist ein herstellerunabhängiges Datenübertragungsprotokoll für die "offene Kommunikation" in der Gebäudeautomation und die darin enthaltene Steuerungs- und Regelungstechnik. BACnet ermöglicht die Kommunikationzwischen Einrichtungen in verschiedenen Systemen und unterschiedlicher Hersteller.

BACnet wurde von ASHRAE (der Amerikanischen Gesellschaft der Ingenieure für Heizungs-, Lüftungs- und Klimatechnik) als Richtlinien entwickelt.

14.8.2 Netzwerktechnologien

BACnet kann man auf verschiedenen Netzwerktechnologien einsetzen. Bei der Region Hannover wird die Ethernet Technologie verwendet.

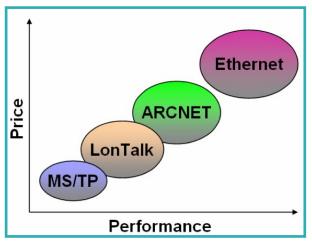


Abbildung 64: BACnet Netzwerktechnologien

Ein Gebäude Automation Netzwerk mit BACnet kann bis zu 65'535 vernetzte Teil-Netzwerke verwalten. Dies ermöglicht eine sehr große Flexibilität für die Integration von Systemen in verschiedenen Gebäuden. Diese BACnet-Netzwerkadressierung muss im gesamten Netzwerk eindeutig sein. Dies erfordert eine projektübergreifende Organisation für den Fall heterogener Systeme. Die Zuordnung der Netzwerknummer muss geplant und für alle Projektbeteiligten festgelegt werden.

14.8.3 BACnet Device

Ein GA-Netzwerk mit BACnet kann bis zu 4'194'305 Teilnehmer (Devices) beinhalten. Diese Einschränkung resultiert aus der technischen Adresse, jedes Gerät muss im GA-Netzwerk eindeutig bestimmbar sein.

14.8.4 BACnet Objekte

Zum Programmieren nutzt man Objekte. Im BACnet Standard sind verschiedene Objekttypen festgelegt:

- Analog Input
- Analog Output
- Analog Value
- Binary Input
- Binary Output
- Loop
- Notification Class
- Schedule
- etc...

BACnet legt fest, dass jedes Objekt über einen Objektnamen referenziert wird. Die Protokollnorm legt dabei keine Namenskonventionen fest, definiert aber eine minimale Länge von Zeichen. Bei der Region Hannover wird für den Objektnamen immer der Benutzeradressenschlüssel verwendet. Damit der technische Zugriff auf BACnet-Objekte über das GA-Netzwerk effizienter abläuft, werden BACnet-Objekte innerhalb eines Device zusätzlich mit einer technischen 32-bit Adresse identifiziert, das ist die Instanznummer.

Objektnamen und Instanznummer müssen innerhalb eines BACnet-Device eindeutig benannt werden.

14.8.5 BACnet Objekt-Properties

Ein Objekt besteht aus einem Satz von eindeutig benannten und strukturierten Objekteigenschaften. Eine Objekteigenschaft bezeichnet man als Property. Über diese Objekteigenschaften sind alle für die Gebäudeautomation wichtigen Informationen abrufbar.

Im BACnet Standard sind verschiedene Properties festgelegt:

Object Name (Im Falle der Region Hannover der Benutzeradressenschlüssel)

• Object Typ (z.B. Analog Input, Binary Input, Schedule usw.)

• Object Instance (Nummer des Objektes)

• Description (Beschreibung des Objektes im Klar-

text)

Present Value (aktueller Wert Datenpunktes)

• Unit Code (Physikalische Einheit eines analo-

gen Objektes)

• Inactive Text (Zustandstext eines binären Objektes

beim Wert 0)

• Active Text (Zustandstext eines binären Objektes

beim Wert 1)

COV-Increment (Notwenige Wertänderung eines

analogen Objektes damit die Ände-

rung gemeldet wird)

etc.

14.8.6 BACnet Dienste

Mit Hilfe der BACnet-Dienste, kommunizieren die BACnet-Objekte miteinander.

Der BACnet-Standard unterscheidet bestätigte Dienste (confirmed) und unbestätigte Dienste (unconfirmed). Ein bestätigter Dienst erwartet typischerweise eine Rückantwort. Bei den unbestätigten Diensten wird keine Rückantwort erwartet.

14.8.7 Alarm und Ereignis-Dienste

Die Alarm- und Ereignis-Dienste befassen sich mit den Änderungen der Bedingungen, die ein BACnet-Device erkennt. Diese Dienste können Alarmzustände, Störungszustände, Betriebszustände, Fehlerzustände oder auch Änderungen eines Messwerts melden.

Alarm- und Ereignis-Dienste:

- AcknowledgeAlarm
- ConfirmedCOVNotification
- UnconfirmedCOVNotification
- ConfirmedEventNotification
- UnconfirmedEventNotification
- etc.

14.8.8 Objektzugriffs-Dienste

Objektzugriffs-Dienste beschreiben Möglichkeiten um Eigenschaften von BACnet-Objekten zu lesen und zu schreiben. Diese Dienste sind bestätigte Transaktionen.

Objektzugriffs-Dienste:

- CreateObject
- DeleteObject
- ReadProperty
- WriteProperty
- etc.

14.8.9 Device- und Netzwerkmanagement-Dienste

Die übergeordneten Dienste für "Device and Network Management" bieten eine Anzahl an unterschiedlichen Funktionen, die dem Betreiber des GA-Netzwerks einen automatischen Neustart und eine automatische Konfiguration sowie die Beeinflussung der Konfiguration und des Netzwerkverhaltens ermöglichen. Ferner sind Möglichkeiten gegeben, herstellerspezifische Besonderheiten und Weiterentwicklungen ohne Einfluss auf die Interoperabilität einzurichten.

Device- und Netzwerkmanagement-Dienste:

- ReinitializeDevice
- TimeSynchronization
- Who-Is
- I-Am
- etc.

14.8.10 Alarmierung per Intrinsic Reporting

Für Bestandsanlagen verwendet die Overhead-Leittechnik die klassische Alarmauswertung. Bei der klassischen Alarmierung überwacht die Leittechnik den gemeldeten Prozesswert auf seinen Status (z.B. 1=Normal, 0=Störung) oder Analogwerte auf eine Grenzwertverletzung (z.B. Raumtemperatur > 25°C) und generiert im Störfall eine Alarmmeldung.

Bei modernen BACnet-Anlagen stellt Intrinsic Reporting (IR) eine Möglichkeit dar, BACnet-Clients wie die Overhead-Leittechnik über auftretende Ereignisse oder Alarme in der Automationsstation zu benachrichtigen. Dazu trägt sich der BACnet-Client beim BACnet-Server (DDC) in der Liste der Empfänger ein.

Beim IR wird zur Festlegung der Event- oder Alarmart das Notification-Class-Object verwendet. Dieses repräsentiert eine beliebige Anzahl von Ereignisauslösenden Objekten und bestimmt die Art des Alarms, z.B. die Priorität und ob eine Alarmquittierung erforderlich ist.

14.8.11 Prinzip Intrinsic Reporting Zusandsüberwachung

Für die Meldung von Ereignissen unterscheidet BACnet zwischen 3 Basiszuständen:

- NORMAL (Prio3) : Normalbetrieb
- OFFNORMAL (Prio2) : Alarmzustand
- FAULT (Prio1): Wert ist unzuverlässig

Der Zustand wird in dem Property Event-State angezeigt. Wenn Intrinsic Reporting (IR) deaktiviert ist, zeigt nur den aktuellen Fehlerzustand an (NO_FAULT_DETECTED = NORMAL oder FAULT). In diesem Fall wird der Alarmzustand nicht überwacht.

Man muss das Intrinsic Reporting aktivieren, damit das Event-State den detaillierten Alarm- bzw. Fehlerzustand anzeigt (NORMAL; OFFNORMAL; FAULT).

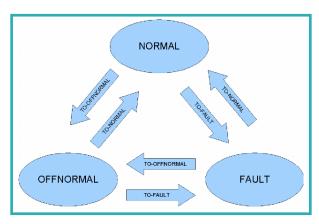


Abbildung 65: Prinzip Intrinsic Reporting

Wenn IR aktiviert ist, wird der Present-Value (PV) immer mit einem (oder mehreren) Alarmwerten verglichen. Für einen Übergang (Transition) in den Zustand OFFNOR-MAL muss PV für mindestens die Meldeverzögerungszeit (Time-Delay) einem Alarmwert entsprechen.

Für den Übergang zurück in den Zustand NORMAL muss PV für mindestens die Meldeverzögerungszeit (Time-Delay) ungleich einem Alarmwert sein.

Ein Übergang in den Zustand FAULT erfolgt ohne Meldeverzögerungszeit (Time-Delay) und ist immer prioritär gegenüber einem anderen Zustand.

Jeder Übergang (Transition) von einem Zustand in einen anderen kann separat zur Ereignissübertragung aktiviert werden:

- TO-OFFNORMAL
- TO-FAULT
- TO-NORMAL

Die Alarmkennzeichnung (Notifiy_Type) legt fest, ob es sich um eine Alarm- oder eine Statusmeldung handelt. Jeder Alarm- bzw. Statusmeldung wird für die Übertragung an die BACnet-Clients eine Meldeklasse (Notficiation Class) zugewiesen.

14.8.12 Meldungsklassen / Notification-Classes

Eine Meldungsklasse (Notification_Class) legt fest wie die Meldung übertragen wird.

Für jeden der 3 Übergänge (TO-OFFNORMAL, TO-FAULT und TO-NORMAL) muss in der entsprechenden Notification-Class spezifiziert werden, ob eine Quittierung benötigt wird.

Es stehen auch 255 Prioritäten zur Verfügung, um die Ereignisübergänge (TO-OFFNORMAL, TO-FAULT, TO-NORMAL) zu priorisieren.

14.8.13 Status-Flags

Die Status-Flags zeigen die vier wichtigsten Zustände eines BACnet Objektes an:

• IN_ALARM: zeigt einen Alarmzustand an

482.1 (Event State OFFNORMAL)

• FAULT: zeigt ein Zuverlässigkeitsproblem an

483.1 (Event State FAULT)

• OVERRIDEN: zeigt das manuelle Überschreiben an

484.1 (z.B. durch eine Bedienein-

heit)

• OUT_OF_SERVICE: zeigt das manuelle Ausserbe-

triebsetzen an

14.9 Anlage 2: Netzwerk-IP-Grundlagen

Das IP Protokoll erlaubt eine logische Adressierung von Geräten (Hosts) in den üblichen IP-Netzwerken. Jeder Host besitzt dabei mindestens eine eindeutige IP-Adresse. Diese bestehen aus 4 Bytes (32 Bit). Damit sind etwa 4.3 Milliarden unterschiedliche Adressen möglich. Jede dieser 32-Bit IP-Adressen besteht aus einem Netzwerk- und einem Geräteteil. Die Aufteilung zwischen Netzwerk- und Geräteteil ist durch die Subnetz-Maske festgelegt.

Diese Subnetz-Maske besteht ebenfalls wie die IP-Adresse aus 32 Bit. Sie ist jedoch nur eine Folge der binären Ziffern 0 und 1. Bei der Subnetz-Maske sind alle Bits des Netzwerkteils auf 1 und alle Bits des Geräteteils auf 0 gesetzt. Damit ist eine beliebige Aufteilung zwischen Netzwerk und Geräteanteil bei der IP-Adresse konfigurierbar.

Der Netzwerkteil (NET-ID) muss für alle Geräte innerhalb eines LAN Netzwerks identisch sein. Der Geräteteil (HOST-ID) wird für jedes Gerät und jede Schnittstelle (Netzwerkkarte) individuell und eindeutig vergeben. Beispiel: Subnetz-Maske ist 255.255.255.0, alle IP-Adressen dieses LANs müssen dann drei identische Bytes haben: z.B. 192.168.1.x. Das letzte Byte der IP-Adressen, das in der Subnetz-Maske mit 0 konfiguriert ist, ist dann variabel für die verschiedenen Hosts (z.B.: 11, 1, 32, 119, etc.)

Die erste Geräteadresse (Netzwerk-Adresse) sollte nicht vergeben werden (z.B. 192.168.1.0) Die höchste Geräteadresse wird aktuell für ungerichtete Nachrichten (Broadcast) an alle Geräte verwendet (z.B. 192.168.1.255) Somit ist die Anzahl der nutzbaren Adressen pro Netzwerk um zwei geringer als die theoretisch mögliche maximale Anzahl der Adressen.

Will ein Gerät ein IP-Paket versenden, werden die Netzwerkteile (NET-ID) der Quell-IP-Adresse und Ziel-IP-Adresse verglichen. Stimmen sie überein, wird das Paket innerhalb des eigenen Netzwerks direkt an den Empfänger gesendet. Stimmen die Netzwerkteile dagegen nicht überein, so wird über eine Routingtabelle die IP-Adresse für das nächste Gerät gesucht und das Paket auf dem lokalen Netzwerk an dieses Gerät gesendet. Es hat über mehrere Schnittstellen Zugriff auf andere Netzwerke und routet das Paket ins nächste Netzwerk. Dazu konsultiert der Router seinerseits seine eigene Routingtabelle und sendet das Paket gegebenenfalls an den nächsten Router oder an das Ziel. Bis zum Endgerät kann das Paket viele Netzwerke und Router durchlaufen.

Möchte ein Netzwerkteilnehmer mit einem Teilnehmer in einem anderen Netzwerk kommunizieren, braucht es dazu korrekterweise einen Router. Damit das Routing funktioniert, müssen der Sender sowie der Empfänger die Router-Adresse in ihrem lokalen Netzwerk kennen. Diese Router-Adresse wird oftmals als "Gateway-Adresse" (GW) betitelt. Das nachfolgende Beispiel zeigt ein Routing innerhalb von privaten Netzen.

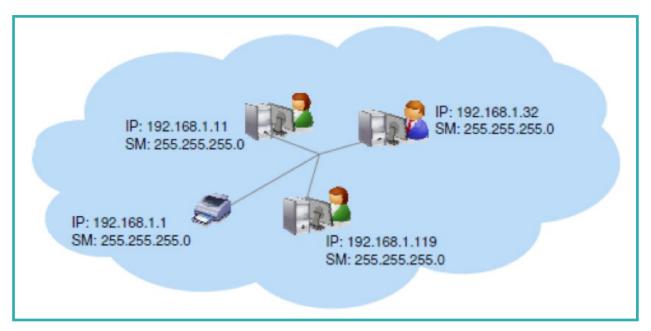


Abbildung 66: Netzwerk-IP-Grundlagen (Adressaufbau)

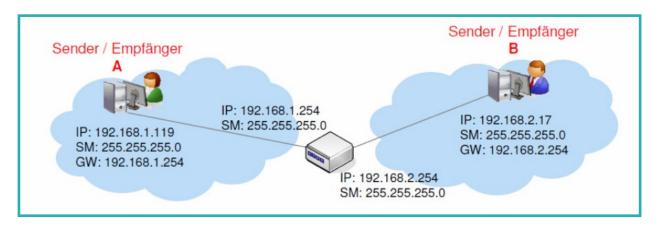


Abbildung 67: Netzwerk-IP-Grundlagen (Sender/Empfänger)

14.9.1 Adressbereiche

Damit weltweit die Ressourcen der IP-Adressen ausreichen, wurden drei Private Adressbereiche kreiert. Diese Adressen werden nur in Privaten Netzen (LAN) benutzt (nicht im Internet).

Klasse	Adressbereich	Subnetz-Maske	Anzahl IP-Adressen	Anzahl Netze
Α	10.0.0.0 - 10.255.255.255	255.0.0.0	16 777 216	1
В	172.16.0.0 - 172.31.255.255	255.255.0.0	1 048 576	16
С	192.168.0.0 - 192.168.255.255	255.255.255.0	65 536	256

Abbildung 68: Netzwerk-IP-Grundlagen IP-Adressbereiche

Bei der Region Hannover werden die Stationen mit Privatadressen parametriert. Der Adressbereich für die Stationen werden von den IT-Abteilungen/IT-Beauftragten der Region Hannover vergeben. Für Verwaltungsgebäude ist hier der Service-Dienstleister HannIT zuständig. Grundsätzlich ist vor Ausführung die jeweilige Projektkoordinatorin bzw. der Projektkoordinator zu kontaktieren um die projektspezifischen Zuständigkeiten und IT-Verantwortlichkeiten abzuklären.

14.9.2 DHCP

Neben statischen IP-Adressen, kann einem Host bei jedem Verbindungsaufbau mit dem Netzwerk automatisch eine neue IP-Adresse zugewiesen werden. Dieses wird als dynamische Adressierung bezeichnet.

Im LAN-Bereich ist die dynamische Adressierung per DHCP (Dynamic Host Configuration Protocol) sehr verbreitet. Ist aber für die Netzteilnehmer der Gebäudeautomation im Netzwerk der Region Hannover nicht zulässig. Hier dürfen nur feste IP-Adressen konfiguriert werden.

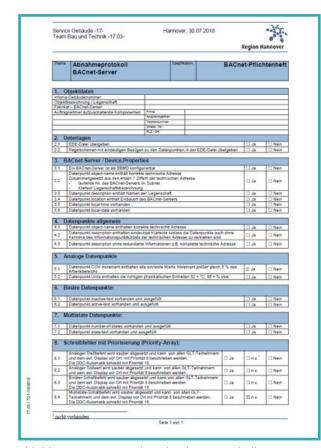
14.9.3 Portnummern

Ports sind Adressbestandteile, die in Netzwerkprotokollen eingesetzt werden, um Datensegmente den richtigen Diensten (Protokollen) zuzuordnen.

Eine Portnummer ist 16 Bit groß, d. h. sie kann Werte von 0 bis 65535 annehmen.

Für BACnet nutzt man immer die Portnummer: 47808 (0x BAC0)

14.10 Anlage 3: Abnahmeprotokoll



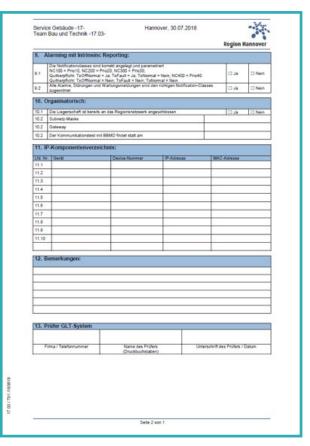


Abbildung 69: Muster des Abnahmeprotokolls BACnet-Server

14.11 Anlage 4: Anmeldung neuer Netzwerkteilnehmer



Abbildung 70: Meldeformular zu neuen GA-Netzwerkteilnehmern

Das Anmeldeformular ist Je ISP auszufüllen. Als Ergänzung zum Antrag "Anmeldung neuer Netzwerkteilnehmer je ISP" ist "IP-

ANHANG C Barrierefreies Bauen

15.1 Allgemein

Dieses Kapitel definiert Standards zum Themenkomplex des Barrierefreien Bauens. Wie in allen vorherigen Kapiteln auch, werden Hinweise zu allgemeinen konzeptionellen Rahmenbedingungen, aber auch zu konkreten technischen Bauteilanforderungen oder Ausführungen gegeben. Es erfolgte in der Erarbeitung der Standards eine Orientierung an den gesetzlichen Vorgaben. Da gesetzliche Rahmenbedingungen und technische Regelwerke notwendigerweise Ermessungsspielräume geben müssen, wurden in diesem Kontext weitere Themen konkretisiert um den Projekt- und Planungsteam notwendige und ausreichende Sicherheiten geben zu können und darüber hinaus Projektrisiken zu minimieren.

Konkret definiert und erläutert das Kapitel umfängliche Standards zu Planungsumfängen und Qualitäten, Ausführungsformen und möglichen Ausstattungen von öffentlich zugänglichen Gebäuden und deren Außenanlagen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die Standards zum Barrierefreien Bauen Ergänzungen zu den bisherigen Themenschwerpunkten der KG 300 und KG 400 darstellen und ein Abgleich untereinander unabdingbar ist. Es werden z.B. in der KG 300 die hochbaulichen Standards zu Türen und Fenstern beschrieben und im Kapitel "Standards zum Barrierefreien Bauen" entsprechende Ergänzungen zur Barrierefreiheit gegeben.

Öffentlich zugängliche Gebäude sind:

- · Einrichtungen des Kultur- und Bildungswesens
- Sport- und Freizeitstätten
- Einrichtungen des Gesundheitswesens
- Büro-, Verwaltungs- und Gerichtsgebäude
- Verkaufs- und Gaststätten
- Stellplätze / Garagen
- · Toilettenanlagen

Es gilt der Grundsatz:

Teile des Gebäudes, welches zur Nutzung durch die Öffentlichkeit zugänglich sind, müssen barrierefrei sein Die Schutzziele müssen erfüllt werden

15.2 Verweise

15.2.1 Normen und Regelverweise

Zum allgemeinen Verständnis werden nachfolgend alle wichtigen normativen Regelwerke benannt. Auf Vollständigkeit wird keine Gewähr übernommen.

öffentlichen Raum zur barrierefreien Nutzung 6 DIN 81-70 Sicherheitsregeln für die Konstruktion und den Einbau von Aufzügen. Besondere Anwendungen für Personenund Lastenaufzüge Teil 70: Zugänglichkeit von Aufzügen für Personen einschl. Personen mit Behinderungen 7 DIN EN 1154 Schlösser und Baubeschläge Türschließmittel mit kontrolliertem Schließverlauf Anforderungen und Prüfverfahren 8 DIN EN 12217 Türen – Bedienungskräfte			
1 DIN 18040-1 Öffentlich zugängliche Gebäude 2 DIN 18041 Hörsamkeit in kleinen bis mittelgroßen Räumen 3 DIN 18650-1 Schlösser und Baubeschläge – Automatische Türsysteme Teil 1: Produktanforderungen und Prüfverfahren 4 DIN 18650-2 Schlösser und Baubeschläge – Automatische Türsysteme Teil 2: Sicherheit an automatischen Türsystemen 5 DIN 32975 Gestaltung visueller Informationen im öffentlichen Raum zur barrierefreien Nutzung 6 DIN 81-70 Sicherheitsregeln für die Konstruktion und den Einbau von Aufzügen. Besondere Anwendungen für Personenund Lastenaufzüge Teil 70: Zugänglichkeit von Aufzügen für Personen einschl. Personen mit Behinderungen 7 DIN EN 1154 Schlösser und Baubeschläge Türschließmittel mit kontrolliertem Schließverlauf Anforderungen und Prüfverfahren 8 DIN EN 12217 Türen – Bedienungskräfte			
DIN 18041 Hörsamkeit in kleinen bis mittelgroßen Räumen DIN 18650-1 Schlösser und Baubeschläge – Automatische Türsysteme Teil 1: Produktanforderungen und Prüfverfahren DIN 18650-2 Schlösser und Baubeschläge – Automatische Türsysteme Teil 2: Sicherheit an automatischen Türsystemen DIN 32975 Gestaltung visueller Informationen im öffentlichen Raum zur barrierefreien Nutzung DIN 81-70 Sicherheitsregeln für die Konstruktion und den Einbau von Aufzügen. Besondere Anwendungen für Personenund Lastenaufzüge Teil 70: Zugänglichkeit von Aufzügen für Personen einschl. Personen mit Behinderungen DIN EN 1154 Schlösser und Baubeschläge Türschließmittel mit kontrolliertem Schließverlauf Anforderungen und Prüfverfahren B DIN EN 12217 Türen – Bedienungskräfte			_
großen Räumen 3 DIN 18650-1 Schlösser und Baubeschläge – Automatische Türsysteme Teil 1: Produktanforderungen und Prüfverfahren 4 DIN 18650-2 Schlösser und Baubeschläge – Automatische Türsysteme Teil 2: Sicherheit an automatischen Türsystemen 5 DIN 32975 Gestaltung visueller Informationen im öffentlichen Raum zur barrierefreien Nutzung 6 DIN 81-70 Sicherheitsregeln für die Konstruktion und den Einbau von Aufzügen. Besondere Anwendungen für Personenund Lastenaufzüge Teil 70: Zugänglichkeit von Aufzügen für Personen einschl. Personen mit Behinderungen 7 DIN EN 1154 Schlösser und Baubeschläge Türschließmittel mit kontrolliertem Schließverlauf Anforderungen und Prüfverfahren 8 DIN EN 12217 Türen – Bedienungskräfte	1	DIN 18040-1	Öffentlich zugängliche Gebäude
Automatische Türsysteme Teil 1: Produktanforderungen und Prüfverfahren 4 DIN 18650-2 Schlösser und Baubeschläge – Automatische Türsysteme Teil 2: Sicherheit an automatischen Türsystemen 5 DIN 32975 Gestaltung visueller Informationen im öffentlichen Raum zur barrierefreien Nutzung 6 DIN 81-70 Sicherheitsregeln für die Konstruktion und den Einbau von Aufzügen. Be- sondere Anwendungen für Personen- und Lastenaufzüge Teil 70: Zugänglichkeit von Aufzügen für Personen einschl. Personen mit Behinderungen 7 DIN EN 1154 Schlösser und Baubeschläge Türschließmittel mit kontrolliertem Schließverlauf Anforderungen und Prüfverfahren 8 DIN EN 12217 Türen – Bedienungskräfte	2	DIN 18041	
Automatische Türsysteme Teil 2: Sicherheit an automatischen Türsystemen 5 DIN 32975 Gestaltung visueller Informationen im öffentlichen Raum zur barrierefreien Nutzung 6 DIN 81-70 Sicherheitsregeln für die Konstruktion und den Einbau von Aufzügen. Be- sondere Anwendungen für Personen- und Lastenaufzüge Teil 70: Zugänglichkeit von Aufzügen für Personen einschl. Personen mit Behinderungen 7 DIN EN 1154 Schlösser und Baubeschläge Türschließmittel mit kontrolliertem Schließverlauf Anforderungen und Prüfverfahren 8 DIN EN 12217 Türen – Bedienungskräfte	3	DIN 18650-1	Automatische Türsysteme Teil 1: Produktanforderungen und
öffentlichen Raum zur barrierefreien Nutzung 6 DIN 81-70 Sicherheitsregeln für die Konstruktion und den Einbau von Aufzügen. Besondere Anwendungen für Personenund Lastenaufzüge Teil 70: Zugänglichkeit von Aufzügen für Personen einschl. Personen mit Behinderungen 7 DIN EN 1154 Schlösser und Baubeschläge Türschließmittel mit kontrolliertem Schließverlauf Anforderungen und Prüfverfahren 8 DIN EN 12217 Türen – Bedienungskräfte	4	DIN 18650-2	Automatische Türsysteme Teil 2: Sicherheit an automatischen
und den Einbau von Aufzügen. Besondere Anwendungen für Personenund Lastenaufzüge Teil 70: Zugänglichkeit von Aufzügen für Personen einschl. Personen mit Behinderungen 7 DIN EN 1154 Schlösser und Baubeschläge Türschließmittel mit kontrolliertem Schließverlauf Anforderungen und Prüfverfahren 8 DIN EN 12217 Türen – Bedienungskräfte	5	DIN 32975	
Türschließmittel mit kontrolliertem Schließverlauf Anforderungen und Prüfverfahren 8 DIN EN 12217 Türen – Bedienungskräfte	6	DIN 81-70	sondere Anwendungen für Personen- und Lastenaufzüge Teil 70: Zugänglichkeit von Aufzügen für Personen einschl. Personen mit
	7	DIN EN 1154	Türschließmittel mit kontrolliertem Schließverlauf
Anforderungen und Klassifizierung	8	DIN EN 12217	
9 BGR 181 BG-Regel – Fußböden in Arbeits- räumen und Arbeitsbereichen mit Rutschgefahr (herausgegeben durch DGUV)	9	BGR 181	räumen und Arbeitsbereichen mit Rutschgefahr (herausgegeben durch
10 GUV-I 8527 Bodenbeläge für nassbelastete GUV-Informationen Barfußbereiche	10	GUV-Informati-	
11 DGUV Information 215-112 Leitfaden der gesetzlichen Unfallversicherung zum Thema Barrierefreie Arbeitsgestaltung – Teil II: Grundsätzliche Anforderungen	11		versicherung zum Thema Barrie- refreie Arbeitsgestaltung – Teil II:
12 DIN 32984 Bodenindikatoren im öffentlichen Raum	12	DIN 32984	

Tabelle 106: Normen- und Regelverweise

15.2.2 Stakeholder Barrierefreies Bauen

Damit im Rahmen der Planung und Ausführung eine zielgerichtete Planung und Abstimmung erfolgen kann, sind nachfolgend die unterschiedlichen Organisationen und Einbindungszeitpunkte tabellarisch aufgeführt. Schwerpunkte bei der Einbeziehung in den Leistungsphasen beschränkt sich dabei auf:

- LPH 2- 3 (Konzepte Materialien Farben Kontraste
 Bedienung Leitsysteme)
- LPH 5 (Bemusterungen)
- · LPH 8 (Abnahmen und Einweisungen)

Organisation	Tätigkeit	Öffentliche Wirkung	LPH 2-3	LPH 5	1РН 8
Region Hannover Dezernat II, Stabsstelle II.4	Beauftragte der Region Hannover für Menschen mit Behinderung. Beteiligung nach Behindertengleichstel- lungsgesetz (BGG) erforderlich.	Ja Ansprechpartnerin für die Bürgerinnen und Bürger sowie Tochterunternehmen der Region Hannover zum Thema Gleich- stellung von Menschen mit Behinderung.	X	Х	Х
Region Hannover Schwerbehindertenvertretung – SBV -	Die Schwerbehindertenvertretung Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung der Region Hannover.	Nein Nur Ansprechpartner innerhalb der Ver- waltung der Region Hannover.	X	Х	X
Landeshauptstadt Hannover Dezernat III	Beauftragte der Landeshauptstadt Han- nover für Menschen mit Behinderung. Beteiligung nach Behindertengleichstel- lungsgesetz (BGG) erforderlich.	Ja Ansprechpartnerin für die Bürgerinnen und Bürger im Stadtgebiet der Landes- hauptstadt Hannover zum Thema Gleich- stellung von Menschen mit Behinderung. Zuständigkeit auch bei Liegenschaften der Region Hannover auf dem Stadtge- biet der Landeshauptstadt Hannover	X	X	X
Region Hannover Team 17.04 Bauunterhaltung	Interner Ansprechpartner Service Gebäude 17	Nein Nur intern für Region Hannover beratend tätig	X	Х	X
Region Hannover Team 11.05 Teamleitung	Inklusionsbeauftragter der Region Hannover Ausstattung	Nein Nur intern für Region Hannover beratend tätig	X	Х	X

Tabelle 107: Organisationen und Einbindungszeitpunkte Barrierefreies Bauen



15.2.3 Gesetzesverweise

Zum allgemeinen Verständnis werden nachfolgend alle wichtigen gesetzlichen Regelwerke benannt.

Lfd. Nr.	Norm- und Regelbezug	Inhalt / Erläuterung	
1.	Grundgesetz	Artikel 2 Abs. 3 Satz 2 "Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden."	
2.	Behindertengleichstellungs- gesetz	§ 4 BGG "Barrierefrei sind bauliche und sonstige Anlagen, wenn sie für Menschen mit Behinderung in der allge mein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich sir	
3.	Allgemeines Gleichstellungs- und Gleichbehandlungsge- setz	AGG vom 14.08.2006 / letzte Änderung vom 03.04.2013 Das Gesetz konkretisiert und verbietet als "Antidiskriminierungsgesetz" die Benachteiligung von Menschen mit Behinderung.	
4.	UN-Behindertenrechtskonvention	BRK, Ratifizierung im Bundestag, 11/2008 Nach Artikel 30 haben Menschen mit Behinderung das Recht, gleichberechtigt mit anderen am kulturellen Leben teilzunehmen. Auch hier stellt sich die Frage, wie im BGG, ab welcher Andersbehandlung gegen das Gleichberechtigungsgesetz verstoßen wird.	
5.	Niedersächsisches Behinderten Gleichstellungsgesetz	NBGG In Anlehnung an das BGG wurde für das Land Niedersachsen das NBGG erlassen, dass besonders die Herstellung barrierefrei gestalteter Lebensbereiche hervorhebt.	
6.	Baugesetzbuch	BauGB – 11/2020 - § 1 Abs. 6 Nr. 3 § 1 Aufgabe, Begriff und Grundsätze der Bauleitplanung (6) Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere zu berücksichtigen: () 3. Die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Familien, der jungen und behinderten Menschen, unterschiedliche Auswir- kungen auf Frauen und Männer sowie die Belange von Sport, Freizeit und Erholung ()	
7.	Niedersächsische Bauordnung	NBauO vom 03.12.2012 § 49 Barrierefreie Zugänglichkeit und Benutzbarkeit baulicher Anlagen § 44 Wohnungen § 38 Aufzüge § 34 Treppen § 45 Toiletten und Bäder	
8.	VV TB Niedersachsen Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen Niedersachsen	Niedersachsen hat die Technischen Baubestimmungen zum Juni 2020 geändert und folgt damit in Sachen Barrierefreiheit weitestgehend der Musterliste MVV TB 2019/01. Durch die Übernahme einer vermeintlich kleinen Anpassung aus der MVV TB (Muster Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen) ändern sich die bisherigen Anforderungen an öffentlich zugängliche Gebäude deutlich.	
		Die Abschnitte 4.4 "Warnen/Orientieren/Informieren/Leiten" und 4.7 "Alarmierung und Evakuierung" der DIN 18040-1 sind jetzt bauaufsichtlich eingeführt . Zuvor hieß es lediglich, dass diese Abschnitte "im Einzelfall berücksichtigt werden" können . In der Praxis hat das weitreichende Konsequenzen für Kennzeichnungen, Leitsysteme und dem Brandschutz .	

Tabelle 108: Gesetzesverweise / Verwaltungsvorschriften

15.3 Infrastruktur15.3.1 Allgemeines

Per Begriff sind dies Bereiche eines Gebäudes, die seiner Erschließung von der öffentlichen Verkehrsfläche aus bis zum Ort der zweckmäßigen Nutzung im Gebäude dienen. Somit:

- Zugangsbereich
- Eingangsbereich
- Aufzüge
- Flure
- Treppen
- · Funktions-Räume

Wesentliche Elemente sind die Verkehrs- und Bewegungsflächen. Sie müssen für die Personen, die je nach Situation den größten Flächenbedarf haben, in der Regel Nutzer von Rollstühlen oder Gehhilfen, so bemessen sein, dass die Infrastruktur des Gebäudes barrierefrei erreichbar und nutzbar ist.

Bewegungsfläche

- · für gradlinige Fortbewegung
- · für den Begegnungsfall
- für den Richtungswechsel

Diese Erschließungs- und Anforderungsbereiche sollen folgende Mindestabmessungen und Randbedingungen aufweisen	
Begegnung zweier Rollstuhlnutzer	1,80 x 1,80 m
Begegnung Rollstuhl und anderer Nutzer	1,50 x 1,50 m
Richtungswechsel und Rangiervorgänge	1,50 x 1,50 m
Wenn Richtungsänderungen und Begegnungen mit anderen Personen nicht zu erwarten sind	1,20 m Breite und geringer Länge
Türöffnungen und Durchgänge	0,90 m Breite
Nutzbare Höhe über Verkehrsflächen. Ausgenommen sind hier Türen, Durchgänge und lichte Treppendurchgangshöhen.	≥ 2,20 m

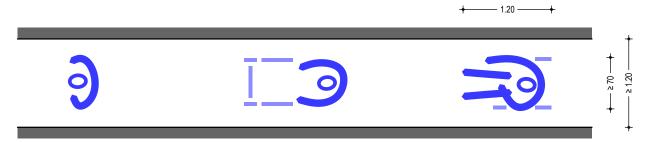


Abbildung 71: Platzbedarf und Bewegungsflächen ohne Richtungsänderung

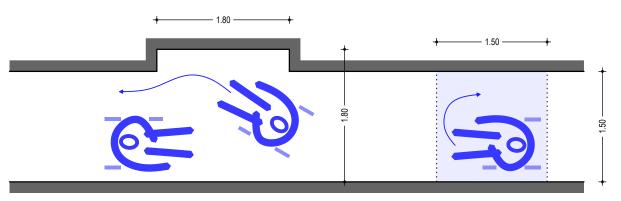
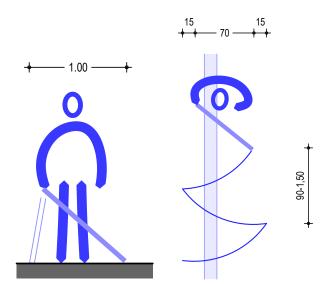


Abbildung 72: Platzbedarf und Bewegungsflächen mit Richtungsänderung und Begegnung



Erforderliche Bewegungsflächen dürfen in ihrer Funktion durch hineinragende Bauteile oder Ausstattungselemente, wie z.B. Telefonzellen, Vitrinen nicht eingeschränkt werden.

Bauteile oder Ausstattungselemente, die in begehbare Flächen ragen, wie z.B. ein Treppenlauf in einer Eingangshalle, müssen auch für blinde und sehbehinderte Menschen wahrnehmbar sein

Abbildung 73: Pendelbewegungen von Langstöcken und dessen Platzbedarf

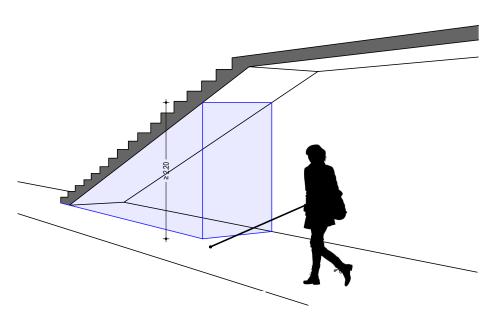


Abbildung 74: Abzusichernder Bereich von Bauteilen – Treppen (2,20 m)

15.3.2 Äußere Erschließung auf dem Grundstück 15.3.2.1 Gehwege, Verkehrsflächen

Gehwege und Verkehrsflächen müssen eine Mindestbreite von ≥ 1,50 m aufweisen. Nach höchstens 15 m ist eine Bewegungsfläche von 1,80 x 1,80 m für die Begegnung von Personen mit Rollstühlen und Gehhilfen vorzusehen. Ausnahme: Für Gehwege bis 6 m Länge ist eine Breite von 1,20 m ausreichend, soweit am Anfang und am Ende eine Wendemöglichkeit gegeben ist.

Eine feste und ebene Oberfläche zur gefahrlosen Nutzung muss sichergestellt werden.

Querneigung ≤ 2,5 % (ohne Längsneigung, sonst 2,0 %) Längsneigung ≤ 3,0 %

Ausnahme \leq 6,0 %, wenn alle 10 m angemessene Zwischenpodeste vorgesehen werden. Diese Ausnahme ist im Rahmen der Planung mit der Region Hannover abzustimmen und zu bewerten. Siehe hierzu auch die Festlegungen zu Podesten.

Gehwegbegrenzung müssen leicht und sicher mit Blindenstock wahrzunehmen sein.

- · Rasenkantsteine mind. 3 cm hoch oder
- Bordsteine von mind. 3 cm eindeutiger Kante



15.3.2.2 PKW-Stellplätze / PKW-Parkplätze



PKW-Stellplätze sollen folgende Mindestabmessungen und Randbedingungen aufweisen

- Breite = 3,50 m
- · Länge = 5,00 m
- · entsprechende Kennzeichnung erforderlich
- · Stellplatz für Kleinbus
 - Breite 3,50 m
 - Länge 7,50 m
 - Mindesthöhe 2,50 m
- Auch bei Parkplätzen sind die Anforderungen zur Bodenbeschaffenheit und zu Längs- und Querneigungen zu berücksichtigen. Pflasterungen sind so zu wählen, dass diese eine gute Berollbarkeit und Rutschfestigkeit aufweisen. Der Zugang vom Fußweg ist barrierefrei auszubilden, insbesondere bei Parkplätzen als Randparkstand.

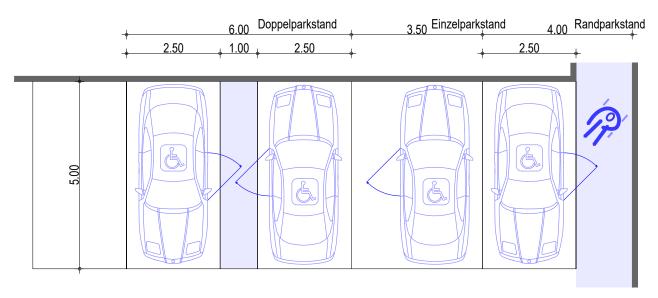


Abbildung 75: Parkplätze mit Ein- und Ausstiegsflächen, inkl. "Flächensparmodell"

Im Rahmen der Planung ist auf die beschränkte Anwendung des Flächensparmodells für Stellplätze einzugehen und mit den Beauftragten für Barrierefreiheit abzustimmen. Bei geplanten Abweichungen von Mindestmaßen, z.B. aufgrund von notwendigen Flächeneffizienzmaßnahmen, ist immer ein individuelles Konzept abzustimmen. Hier sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Was ist der Grund für die Anwendung eines Flächensparmodells?
- Mit welchem Parkmodell erfolgt die Flächeneffizienz (unterschiedliches Einparken etc.)?
- Sind flächenoptimierte Parkplätze personalisiert und damit effizient in der Umsetzung?
- Ist eine ausreichende Parkpositionskennzeichnung auf dem Boden etc. umsetzbar?

Auf öffentlichen Parkplätzen ist das Flächensparmodell nicht anzuwenden.

15.3.2.3 Zugangs- und Eingangsbereiche

Zugangs- und Eingangsbereiche müssen grundsätzlich leicht auffindbar und barrierefrei erreichbar sein.

leicht auffindbar	 visuell kontrastierende Gestaltung des Eingangsbereiches z.B. helles Türelement / dunkel Umgebungswände ausreichende Beleuchtung taktil erfassbare unterschiedliche Bodenstrukturen oder baulichen Elementen akustischer bzw. elektronischer Information Bodenindikatoren nach DIN 32984
barrierefrei erreichbar	 alle Haupteingänge stufen- und schwellenlos "Nullschwelle" Erschließungsflächen ≤ 3% Neigung sonst Rampen oder Aufzüge Bewegungsfläche vor den Gebäudeeingängen je nach Art der Tür Bewegungsfläche eben

Gemäß Aktualisierung der der VV TB - Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen (06/2020) wurden klärende Hinweise gegeben, dass die Anforderungen der Abschnitte 4.2.1 "Gehwege, Verkehrsflächen", 4.3.6 "Treppen" und 4.3.8 "Rampen" der DIN 18040-1 nun auch für nicht gebäudebezogene Hauptwege gelten. Somit gilt, dass nicht nur der Haupteingang barrierefrei zugänglich sein muss.

Bisher war die allgemeine Auffassung und Verständnis, dass nur der Zugang (also die Wege) zum Gebäude (also Haupteingang) barrierefrei sein mussten. Die Anforderungen der o.g. Abschnitte gelten nun auch für andere Wege z.B. vom Parkplatz zum Eingang, Durchwegungen von Grünanlagen (z.B. in Schulen, Kindergärten) usw.

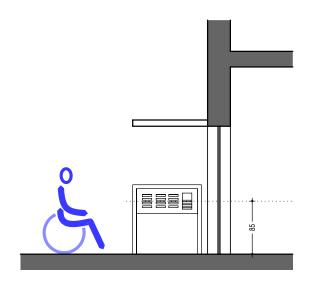


Abbildung 76: Gegensprechanlage - Türöffner

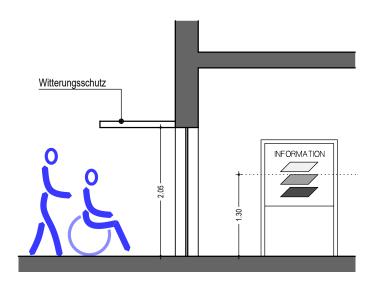


Abbildung 77: Informationstafeln und Witterungsschutz

Bei der Planung der Sauberlaufzonen von Haupteingängen ist darauf zu achten, dass alle Produkte barrierefrei und bündig mit den angrenzenden Bodenbelägen einzubauen sind. Alle Zonen sind als befahrbar bis 400 kg (Rollstuhl, Sackkarre etc.) auszulegen. Die Systeme sind so zu bemessen, dass eine eigenständige Befahrung, Lenkung und Richtungsänderung möglich ist (Einsinkminimierung). Das taktile Leitsystem ist in das Sauberlaufzonen-System sinnvoll zu integrieren.

- Für eine gute Reinigungsleistung wird eine Gehtiefe von mindestens 4 m empfohlen (2 Rollstuhl-Radumdrehungen, ca. 5 Schritte).
- Für eine verbesserte Reinigungsleistung wird eine Gesamtgehtiefe von mindestens 5 m empfohlen (2,5 Rollstuhl-Radumdrehungen, ca. 7 Schritte).
- Für eine sehr gute Reinigungsleistung wird eine Gesamtgehtiefe von mindestens 6 m empfohlen (3 Rollstuhl-Radumdrehungen, ca. 8 Schritte).

Sauberlaufsystem-Konstellationen sind immer im Rahmen der Entwurfsplanung (LPH3) abzustimmen.

Beispiel einer system-idealen Aufbau- und Materialzusammenstellung zur Aufnahme von Grob-, Fein und Feuchtschmutz gem. des Beispiel-Herstellers emco:

- Zone 1: emco Marschall Original 522S/CB und emco Wanne 5022 (VA)
- Zone 2: emco Diplomat Original 522R und emco Rahmen 500-25 CN
- Zone 3: emco Sauberlauf Care, Conform, Innova etc.

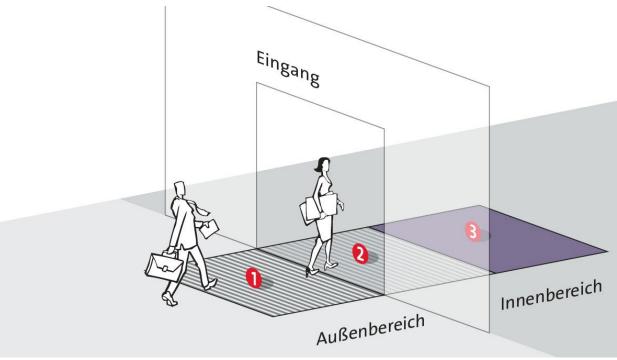


Abbildung 78: Sauberlaufzonen für Eingangsbereiche

15.3.3 Innere Erschließung im Gebäude 15.3.3.1 Allgemeines

Für die innere Erschließung in öffentlichen Gebäuden gilt:

- Alle Ebenen eines Gebäudes müssen stufen- und schwellenlos erreichbar sein
- Neigung in Flure und Verkehrsflächen ≤ 3%, ansonsten Rampen oder Aufzüge
- Eine Treppenanlage ist aus Sicht der Barrierefreiheit keine vertikale Erschließung



Flure und sonstige Verkehrsflächen sollen folgende Mindestabmessungen und Randbedingungen aufweisen

Nutzbare Breite: mind. 1,50 m
 Bei Breiten von 1,20 m sind Flurlängen von höchstens
 6,00 m möglich.

Durchgangsbreiten: mind. 0,90 m
 Nach 15 m Laufweg: mind. 1,80 x 1,80 m
 Begegnungsfläche

Davor und danach sind Wendemöglichkeiten vorzusehen.

Neigung in Flure und Verkehrsflächen ≤ 3%

Glaswände und Glastüren sind deutlich erkennbar zu gestalten, z.B. durch Sicherheitsmarkierung, Logos oder anderen grafischen Elementen. Glaswände und Glastüren sind deutlich erkennbar zu gestalten, z.B. durch Sicherheitsmarkierung, Logos oder anderen grafischen Elementen.

15.3.3.2 Flure und sonstige Verkehrsflächen

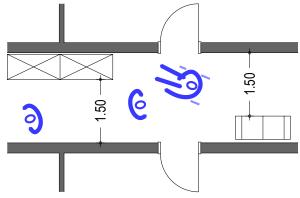


Abbildung 79: Maßangaben Durchgangsbereichen und Fluren

15.3.3.3 Türen

Türen und Türanlagen sind deutlich wahrnehmbar herzurichten. Dabei müssen diese leicht zu öffnen, sicher zu passieren und leicht zu schließen sein. Dabei ist zu berücksichtigen:

- Karussell- und Pendeltüren sind grundsätzlich nicht vorzusehen
- Untere Türanschläge und Türschwellen sind grundsätzlich nicht zulässig (Schwellenerhöhung: 0 cm)
 Schallanforderungen oder Verschlussmechanismen sind auf diese Forderung abzugleichen und zu berücksichtigen.

I. Maßliche Anforderungen



Türen und Türanlagen sollen folgende Mindestabmessungen und Randbedingungen aufweisen

Alle Türen

- ≥ 0,90 m Breite
- ≥ 2,05 m Höhe über OKFF
- ≤ 0,26 m Leibungstiefe
- ≥ 0,50 m Drückerabstand zu Bauteilen
- 1,20-1,40 m Höhe Beschilderung über OKFF

Manuell bedienbare Türen

- · 0,85 m Drückerhöhe
- begründeter Einzelfall bis zu 1,05 m Höhe

Automatische Türsysteme

- 0,85 m Tasterhöhe
- ≥ 0,50 m Abstand zu Bauteilen
- Drehflügeltür
 - ≥ 2,50 m Abstand Öffnungsrichtung
- ≥ 1,50 m Abstand Schließrichtung
- Schiebetür
 - ≥ 1,50 m Abstand beidseitig

II. Anforderungen an Türkonstruktionen



Türen und Türanlagen sollen hinsichtlich Ihrer Konstruktion und Ausstattung folgende technischen Werte und Randbedingungen aufweisen. Siehe hierzu auch Vorgaben der Kostengruppe 300

groppe 500		
 Bedienkräfte/-momente Klasse 3 nach DIN EN 12217 (25 N zum Öffnen des Türblatts bei Dreht- und Schiebetüren) Falls die Werte nicht erreicht werden können, sind automatische Türsysteme vorzusehen. 		
automatische Türsysteme als Dreh- oder Schiebetürkeine Karussell- oder Pendeltüren		
 max. Öffnungsmoment Größe 3 nach DIN EN 1154 stufenlos einstellbare Schließkraft Schließverzögerungen sind zu berücksichtigen 		
Berücksichtigung von Feststellanlage (z.B. Haftmagnete oder Freilauftürschließer)		
 Bogen- oder u-förmige Griffe Senkrechte Bügel (bei Schiebtüren) Keine Drehgriffe oder Knäufe Keine eingelassenen Griffe / Griffmulden 		

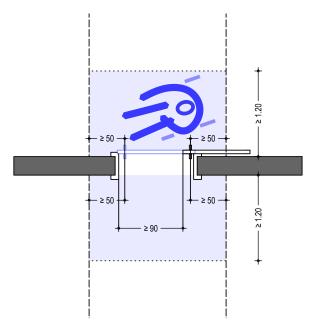


Abbildung 81: Bewegungsflächen an Schiebetüren

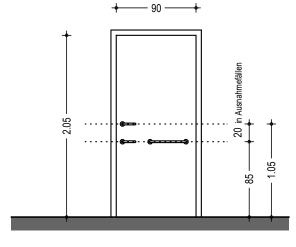


Abbildung 82: Maßvorgaben an Drehtüren

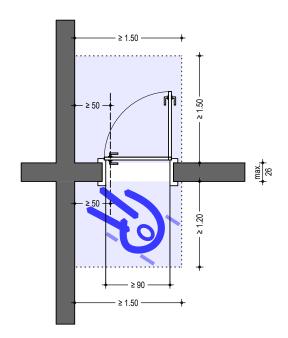


Abbildung 80: Bewegungsflächen an Drehtüren

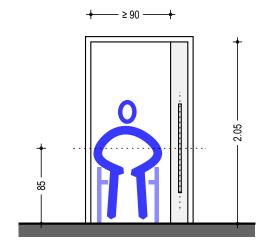
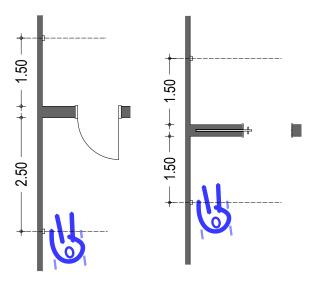


Abbildung 83: Maßvorgaben an Schiebetüren



türen

Abbildung 84: Tasterab- Abbildung 85: Tasterabstänstände an Automatik-Dreh- de an Automatik-Schiebetü-

III. Bewegungsflächen und Taster-Anordnungen vor Türen

Menschen mit eingeschränktem Sehvermögen benötigen eine Orientierungshilfe an Türen. Daher muss die Auffindbarkeit und Erkennbarkeit auch für blinde und sehbehinderte Menschen gewährleistet sein. Hierzu sind folgende Aspekte zu beachten:

- taktil eindeutig erkennbare Türblätter und Türzargen KEINE flächenbündigen Türblätter / Zargeneinheiten
- Vorsehung einer visuell kontrastierenden Gestaltung, z.B.
 - helle Wand / dunkle Zarge
 - heller Flügel / dunkle Hauptschließkante und Beschlag



Untere Türanschläge und Türschwellen sind grundsätzlich nicht zulässig (Schwellenerhöhung: 0 cm)

Schallanforderungen oder Verschlussmechanismen sind auf diese Forderung abzugleichen und zu berücksichtigen.

V. Rahmen-Glastüren aus Aluminium/Stahl

Neben Türen in Flucht- und Rettungswegen sind grundsätzlich alle Türen in Verkehrswegen auf der Innenseite mit Panikverschlüssen als horizontale Betätigungsstangen auszustatten. Dabei ist die Bandseite dieser Türen für die Nutzer durch zusätzliche Beschilderung zu kennzeichnen. Entsprechende Paniktürbeschläge und Sicherheitsmarkierungen sind hier zu berücksichtigen.



- · über die gesamte Glasbreite
- visuell stark kontrastierend
- · möglichst mit Wechselkontrast (helle und dunkle Anteile)
- Anordnung H1 = 40-70 cm
- Anordnung H2 = 1,20 1,60 m
- · Visuelle Kontraste gem. DIN 32975

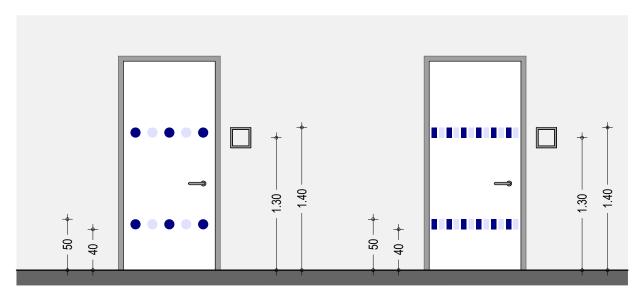


Abbildung 86: Sicherheitsmarkierungen bei Glastüren und Glaswänden

15.3.3.4 Bodenbeläge

Bodenbeläge müssen für die Nutzung durch Rollstühle, Rollatoren und anderen Gehhilfen geeignet sein. Diese sollen sich dabei visuell kontrastierend von den umliegenden Bauteilen abheben. Dies dient der besseren Orientierung für sehbehinderte Menschen. Bauteile sind z.B. Wände, Türen, Stützen. Spiegelungen und Blendungen sind zu vermeiden, d.h. keine glatten oder polierten Oberflächen, sondern möglichst matte oder stumpfe Oberflächen verwenden.

Ergänzend sollten je nach Nutzungs- Bedarfsanforderung physiologische Gesichtspunkte bei der Boden- und Wandgestaltungen berücksichtigt werden. Die Farbgestaltung der Bodenbeläge trägt dazu bei, (psychologisch) stabilisierend oder weniger stabilisierend zu wirken.

- stabilisierend (sandige-erdige Farben)
- destabilisierend (ornamentale Bodenflächen farblich strukturierte Bodenflächen)

Nejron Photo - stock.adobe.com

Grundsätzlich können nachfolgende Bewertungsgruppen angenommen werden:

Allgemeine Arbeitsräume und – Arbeitsbe- reiche (für Fußböden in barfuß begange- nen Nassbereiche siehe DGUV 108-003 Anhang)	Bewertungs- gruppe der Rutschgefahr (R-Gruppe)	
Eingangsbereiche, innen (Bereiche, die durch Eingänge direkt aus dem Freien betreten werden und in die Feuchtigkeit von außen hereingetragen werden kann)	R 9	
Eingangsbereiche, außen	R 11 oder R 10	
Treppen, innen (diese Vorschrift bezieht sich auf Treppen, auf die Feuchtigkeit von außen hereingetragen werden kann)	R 9	
Treppen, außen	R 11 oder R 10	
Sanitärräume (z.B. Toiletten, Umkleide oder Waschräume)	R 10	
Pausenräume (z.B. Aufenthaltsraum, Betriebskantinen)	R 9	
Sanitätsräume	R 9	
Schulen, Beherbergungsstätten, Landschulheime und Kindergärten	Bewertungs-	
tanuschumenne und kindergarten	gruppe der Rutschgefahr (R-Gruppe)	
Eingangsbereiche, Flure, Pausenhallen	Rutschgefahr	
	Rutschgefahr (R-Gruppe)	
Eingangsbereiche, Flure, Pausenhallen	Rutschgefahr (R-Gruppe)	
Eingangsbereiche, Flure, Pausenhallen Klassenräume, Gruppenräume	Rutschgefahr (R-Gruppe) R 9	
Eingangsbereiche, Flure, Pausenhallen Klassenräume, Gruppenräume Treppen	Rutschgefahr (R-Gruppe) R 9 R 9	
Eingangsbereiche, Flure, Pausenhallen Klassenräume, Gruppenräume Treppen Toiletten, Waschräume	Rutschgefahr (R-Gruppe) R 9 R 9 R 9 R 10 R 11 utschhemmend	
Eingangsbereiche, Flure, Pausenhallen Klassenräume, Gruppenräume Treppen Toiletten, Waschräume Duschen Bodenbeläge in begehbaren Duschen müssen resein, d.h. diese müssen mindestens Bewertungs	Rutschgefahr (R-Gruppe) R 9 R 9 R 9 R 10 R 11 utschhemmend	
Eingangsbereiche, Flure, Pausenhallen Klassenräume, Gruppenräume Treppen Toiletten, Waschräume Duschen Bodenbeläge in begehbaren Duschen müssen rusein, d.h. diese müssen mindestens Bewertungsg GUV-I 8527 entsprechen.	Rutschgefahr (R-Gruppe) R 9 R 9 R 9 R 10 R 11 Utschhemmend gruppe B nach	
Eingangsbereiche, Flure, Pausenhallen Klassenräume, Gruppenräume Treppen Toiletten, Waschräume Duschen Bodenbeläge in begehbaren Duschen müssen rusein, d.h. diese müssen mindestens Bewertungs GUV-I 8527 entsprechen. Küchenbereiche inkl. Küchenlagerstätten	Rutschgefahr (R-Gruppe) R 9 R 9 R 9 R 10 R 11 Utschhemmend gruppe B nach	
Eingangsbereiche, Flure, Pausenhallen Klassenräume, Gruppenräume Treppen Toiletten, Waschräume Duschen Bodenbeläge in begehbaren Duschen müssen rusein, d.h. diese müssen mindestens Bewertungsg GUV-I 8527 entsprechen. Küchenbereiche inkl. Küchenlagerstätten Lehrküchen in Schulen	Rutschgefahr (R-Gruppe) R 9 R 9 R 9 R 10 R 11 Utschhemmend gruppe B nach R 11 R 10	
Eingangsbereiche, Flure, Pausenhallen Klassenräume, Gruppenräume Treppen Toiletten, Waschräume Duschen Bodenbeläge in begehbaren Duschen müssen rusein, d.h. diese müssen mindestens Bewertungst GUV-I 8527 entsprechen. Küchenbereiche inkl. Küchenlagerstätten Lehrküchen in Schulen Küchen in Kindergärten	Rutschgefahr (R-Gruppe) R 9 R 9 R 10 R 11 Utschhemmend gruppe B nach R 11 R 10 R 10	

Tabelle 109: Bewertungsgruppen Bodenoberflächen

15.3.4 Aufzugsanlagen

Die Planung der Aufzugsanlagen hat rechtzeitig, mindestens mit Beginn der LPH 2, in enger Abstimmung mit der Region Hannover und den zuständigen Ansprechpartnern für Barrierefreies Bauen zu erfolgen. Hierbei ist stets der bisherige Bestand an Aufzugsanlagen und das Gesamtkonzept zu barrierefreien Aufzugsanlagen zu beachten. Folgende Punkte sollen hier der Standardisierung und Vereinheitlichung helfen:

- Gegenüber von Aufzugstüren dürfen keine abführenden Treppen angeordnet sein
- Sind diese Türen unvermeidbar, muss ihr Abstand mind. 3,00 m betragen
- Bewegungs- und Wartefläche von mind. 1,50 x 1,50 m sind vorzusehen. Bei einer möglichen Überlagerung dieser Bewegungsfläche mit anderen Flächen ist ein zusätzlicher Durchgang von 90 cm vorsehen.
- Innerhalb der Kabine ist ein Spiegel, der das Erkennen von Hindernissen bei Rückwärtsfahren mit Rollstühlen ermöglicht, vorzusehen. Es gilt eine verpflichtende Vorsehung für die Aufzugstypen 1, 2 und 3.
- Für den Aufzugstyp 1, 2 und 3 ist ein durchgängiger Handlauf auf der Seite des Bedientableaus verpflichtend, für den Aufzugstyp 4 und 5 sind 2 Handläufe vorzusehen.
- Für sehbehinderte Fahrgäste sind hörbare Signale beim Öffnen der Türen und eine Sprachansage der Zielhaltestelle in der Kabine vorzusehen. Im Rahmen der Inbetriebnahmen sind die notwendigen Lautstärken mit den zuständigen Ansprechpartnern der Region Hannover für Barrierefreies Bauen abzustimmen.



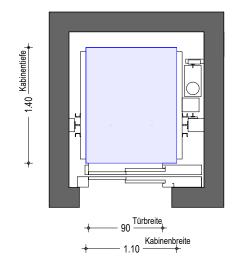
Hinweise zu wichtigen Mindeststandards

- · Aufzug Typ 2 nach DIN EN 81-70
- · lichte Zugangsbreite: mind. 90 cm
- · Befehlsgeber gem. DIN EN 81-70, Anhang G
- Beachtung "Leitfaden für Maßnahmen für blinde und sehbehinderte Menschen" gem. DIN EN 81-70, normativer Anhang B
- · Ruftaster müssen grundsätzlich rechts angeordnet werden
- · Leitsystem zum Aufzug

Seit dem 02.10.2019 gilt gem. "Allgemeine Durchführungsverordnung zur Niedersächsischen Bauordnung" für die Größe von Aufzugsanlagen:

- Fahrkabinen sind grundsätzlich mindestens 2,10 m lang (vorher 1,40 m) herzustellen.
- · Fahrkabinen müssen innen mindestens 1,10 m breit sein.

Hinweis: Die Länge von 2,10 m resultiert aus den Anforderungen zur Krankentragengerechtigkeit



Nennlast 630 kg

Nutzbar für einen Rollstuhlfahrer weiterer Fahrgast

Abbildung 87: Maßvorgaben an Fahrkorb und Zugang

Abbildung 88: Anforderungen an den Fahrkorb

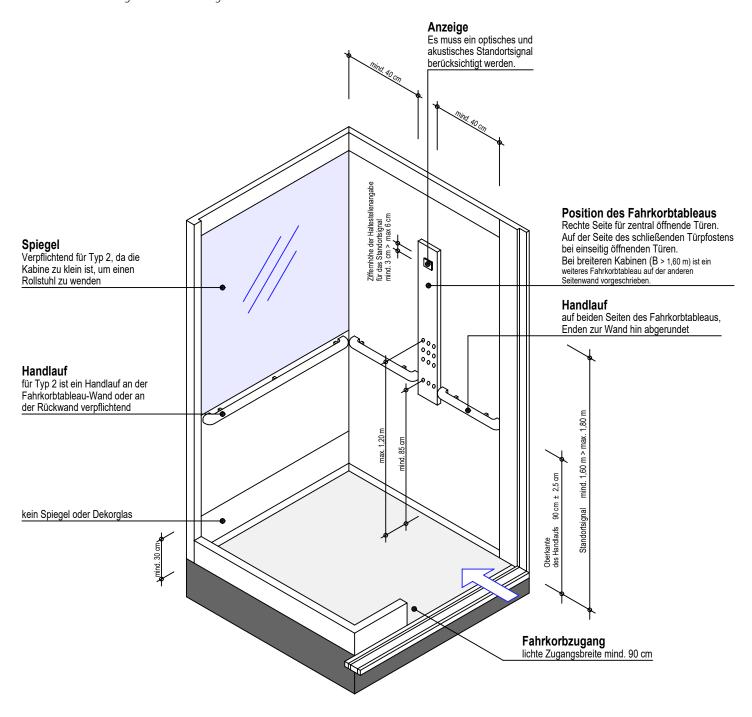
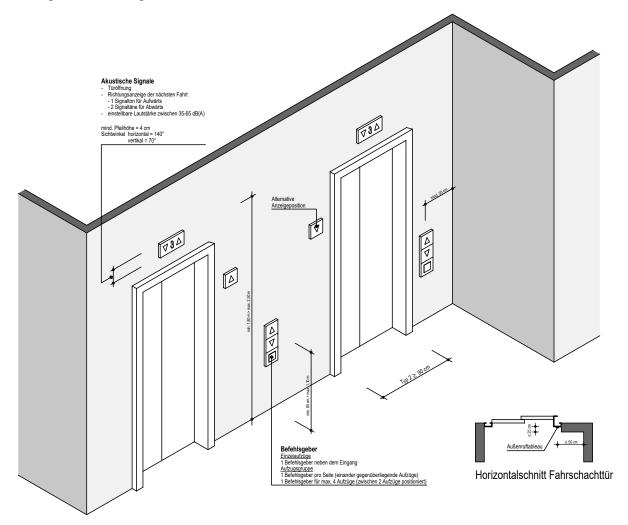
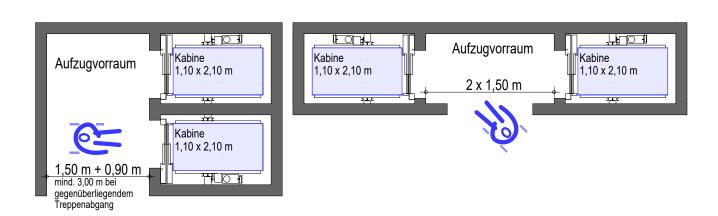


Abbildung 89: Anforderungen an den Fahrkorb





Zwei Aufzüge in Reihenanordnung

Zwei Aufzüge in Frontalanordnung

Abbildung 90: Anordnung von Aufzügen

15.3.5 Treppen

15.3.5.1 Allgemeines

Gebäudetreppen und Treppen im Bereich der äußeren Erschließung auf dem Grundstück müssen bestimmte Eigenschaften aufweisen. Insbesondere sind die Belange von Menschen mit begrenzten motorischen Einschränkungen, blinden Menschen und sehbehinderte Menschen zu berücksichtigen. Für außen angeordnete Rettungstreppen sind Abweichungen z.B. hinsichtlich Entfall der Setzstufen möglich.

Die Ausstattung eines Gebäudes mit Treppen gem. nachfolgenden Eigenschaften erfüllt in keiner Weise die Anforderungen einer barrierefreien Zugänglichkeit von Gebäuden. Allein der Einsatz von Aufzügen bzw. Rampen für die Erschließung von Geschossen ist als barrierefrei zu bezeichnen.

15.3.5.2 Laufgestaltung und Stufenausbildung



Hinweise zur Laufgestaltung und Stufenausbildung

- · Treppen müssen gerade Läufe haben
- Treppenlauflinie **muss** rechtwinklig zu den Treppenstufenkanten sein.
- Gebogene Treppenläufe sind mit einem Innendurchmesser vom Treppenauge von mind. 2,00 m auszubilden
- · Treppen müssen Setzstufen haben
- · Trittstufen dürfen nicht über Setzstufen vorkragen
- · Unterschneidung bis 2 cm bei schrägen Setzstufen ist zulässig
- · Ungeeignet im Sinne der Barrierefreiheit sind:
 - Setzstufen mit sich verringernder Höhe
 - Trittstufen mit sich verjüngender Tiefe

15.3.5.3 Handläufe an Treppenläufen



Hinweise zur Gestaltung von Handläufen

- Beidseitige Handläufe von Treppenläufen und Zwischenpodeste
- · Sicherer Halt der Treppenläufe durch
- Höhe 85 90 cm
- $\boldsymbol{\cdot}$ keine Unterbrechung an Treppenaugen und Zwischenpodest
- 30 cm waagerechte Weiterführung bei Handlaufenden am Anfang und Ende der Treppenläufe
- · Gestaltung der Handläufe
 - griffsicher und gut umgreifbar
 - runder oder ovaler Querschnitt mit Durchmesser von 3 4,5 cm
 - Halterungen sind an der Unterseite anzuordnen
 - Abschluss von frei in den Raum ragenden Handlaufenden müssen abgerundet sein, z.B. nach unten oder zu einer Wandseite
 - visuell kontrastierend und vom Hintergrund abhebend

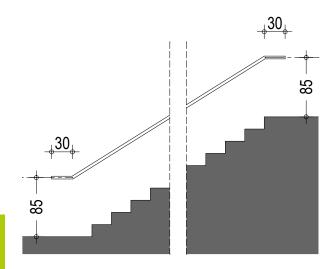


Abbildung 91 Handlaufmaße an geraden Treppenläufen

15.3.5.4 Orientierungshilfen an Treppen und Einzelstufen

Die Elemente der Treppe müssen für sehbehinderte Menschen leicht erkennbar sein, z.B. durch visuell kontrastierende Stufenmarkierungen. Dabei ist auf nachfolgende Kriterien zu achten:

- Vorsehung von 4 5 cm breite durchgehende Streifen auf der Vorderkante der Trittstufen
- Vorsehung von 1 2 cm breite durchgehende Streifen an der Oberkante der Setzstufen
- Bei Treppen ab 3 Einzelstufen muss eine Markierung der ersten und letzten Stufe erfolgen
- Bei Treppen ≤ 3 Einzelstufen sind alle Stufen farblich zu markieren

Treppen und Stufen sollen nicht frei im Raum beginnen, um die Absturzgefahr für Blinde und sehbehinderte Menschen zu minimieren.

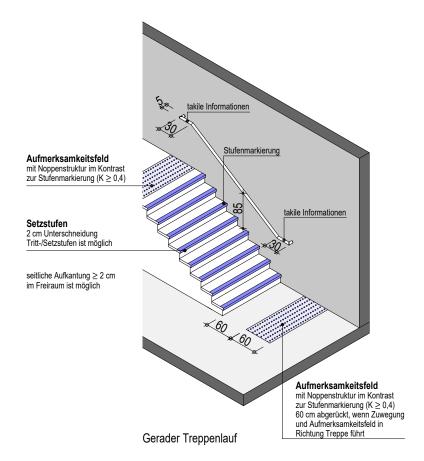


Abbildung 92: Markierungen an geraden Treppenläufen

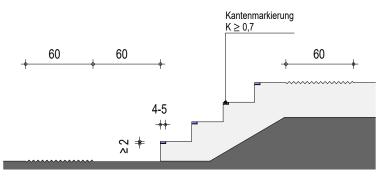


Abbildung 93: Markierungen und Maßangaben zu Treppenläufen

15.3.6 Fahrtreppen und geneigte Fahrsteige

Die Ausstattung eines Gebäudes mit Fahrtreppen bzw. Fahrsteige erfüllt in keiner Weise die Anforderungen einer barrierefreien Zugänglichkeit von Gebäuden. Allein der Einsatz von Aufzügen bzw. Rampen für die Erschließung von Geschossen ist als barrierefrei zu bezeichnen

15.3.7 Rampen und Podeste

Rampen müssten grundsätzlich leicht zu nutzen und vollumfänglich verkehrssicher sein. Hierzu ist es erforderlich, bestimmte Vorgaben zur Gestaltung und Ausbildung von Rampenläufen, Podesten, Radabweisern und Handläufen zu machen.

15.3.7.1 Rampenläufe



Hinweise zur Gestaltung und Ausbildung von Rampenläufen und Podesten

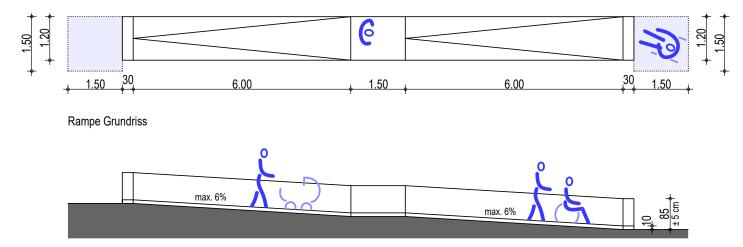
- · Neigung von Rampenläufen: maximal 6%
- · Querneigungen sind unzulässig
- Bewegungsfläche von mind. 1,50 x 1,50 m am Anfang und Ende der Rampe
- · nutzbare Laufbreite mind. 1,20 m
- · Länge einzelner Rampenlauf max. 6,00 m
- · Zwischenpodeste mit mind. 1,50 m Länge bei
 - längeren Rampenläufen (größer 6,00 m)
 - Richtungsänderungen
- · keine abführende Treppe in der Verlängerung einer Rampe

15.3.7.2 Radabweiser und Handläufe auf Rampen und Podesten



Hinweise zur Gestaltung und Ausbildung von Radabweisern und Handläufen

- Radabweiser sind in einer Höhe von h = 10 cm und an beiden Seiten von Rampenläufen und Rampenpodesten vorzusehen
- Handläufe sind in einer Höhe von h = 85 90 cm und an beiden Seiten von Rampenläufen und Rampenpodesten vorzusehen
- Gestaltung der Handläufe:
 - griffsicher und gut umgreifbar
 - runde oder ovale Querschnitte mit Durchmesser von 3 - 4,5 cm
 - lichter seitlicher Abstand von mind. 5 cm zur Wand oder benachbarten Bauteilen
 - Halterungen sind an der Unterseite anzuordnen
 - Abschluss von frei in den Raum ragenden Handlaufenden müssen abgerundet sein, z.B. nach unten oder zu einer Wandseite



Rampe Längsschnitt

Abbildung 94: Maßangaben zu Rampenanlagen – Draufsicht und Seitenansicht

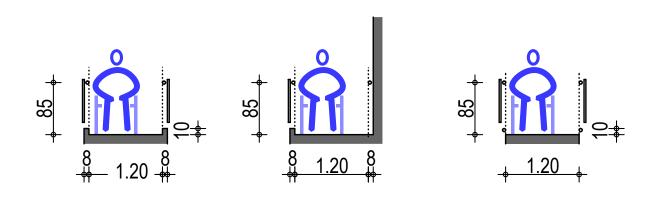


Abbildung 95: Maßangaben zu Rampenanlagen – Querschnitte

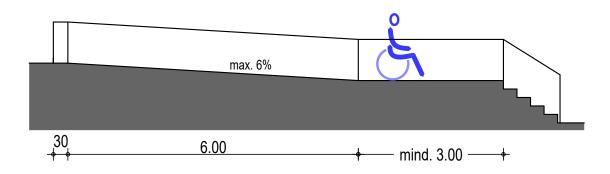


Abbildung 96: Maßangaben zu Rampenanlagen an abführenden Treppen

15.3.8 Rollstuhlabstellplätze

In Gebäuden, deren Nutzung einen Wechsel des Rollstuhls erforderlich macht, sind Rollstuhlabstellplätze vorzusehen.



Hinweise zur Gestaltung und Ausbildung von Rollstuhlabstellplätzen

- Bewegungsfläche auf einem Rollstuhlabstellplatz:
 - mind. 1,80 m breit
 - mind. 1,50 m tief
- · Vorzusehende Bewegungsfläche vor einem Rollstuhlabstellplatz:
 - mind. 1,80 m breit
 - mind. 1,50 m tief

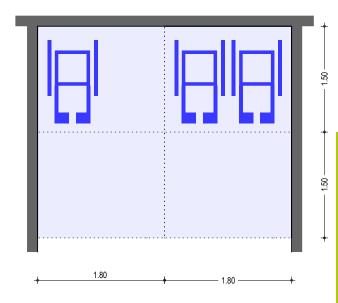


Abbildung 97: Maßangaben zu Rollstuhlabstellplätzen

15.4 Warnen/Orientieren/Informieren/Leiten15.4.1 Allgemeines

Grundsätzlich unterscheidet man unter sieben Wahrnehmungssystemen des menschlichen Körpers:

Visuelles System (sehen) Auditives System (hören)

• Taktiles System (Berührung, Schmerz,

Temperatur)

Gustatorisches System
 Olfaktorisches System
 Vestibuläres System
 (schmecken)
 (riechen)
 (Gleichgewicht)

Propriozeptives System (Muskel- und Sehnenspindeln)

Im Kontext der Barrierefreiheit wird der Begriff des 2-Sinne-Prinzips verwendet. Das 2-Sinne-Prinzip ist ein wichtiges Prinzip der barrierefreien Gestaltung von Gebäuden, Einrichtungen und Informationssystemen. Nach diesem Prinzip müssen bei den Nutzern von öffentlichen Gebäuden mindestens zwei der drei Sinne "Hören,

Sehen und Tasten" angesprochen werden.

- \cdot visuell \longrightarrow durch Sehen
- · auditiv → durch Hören
- \cdot taktil \longrightarrow durch Tasten

So müssen z.B. Alarmierungen sowohl hörbar als auch optisch signalisiert werden. Es ist ferner darauf zu achten, dass:

- Information zur Gebäudenutzung nicht durch Hinweise anderer Art (z.B. Schilder, Aushänge etc.) oder Baustellenlärm bei Sanierungen überlagert werden.
- alle Flure und sonstige Verkehrsflächen mit einem lückenlosen Leitsystem ausgestattet werden.
- Informations- und Leitsysteme auch auf Verkehrsflächen im Außenbereich vorgesehen werden.

Daher ist bereits in der Leistungsphase 2 die Umsetzung des 2-Sinne-Prinzips konsequent zu beschreiben, abzustimmen und umzusetzen.

Gemäß Aktualisierung der der VV TB - Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen (06/2020) **müssen** Informationen für die Gebäudenutzung, die warnen oder leiten, für Menschen mit sensorischen Einschränkungen geeignet sein und **mindestens** nach dem Zwei-Sinne-Prinzip erfolgen (visuell, auditiv, taktil). Gefahrenstellen **müssen** für blinde und sehbehinderte Menschen gesichert sein, z.B. durch taktile und stark kontrastierende Kennzeichnungen.

Flure und Verkehrsflächen **sollen** lückenlos mit Leitsystemen ausgestattet sein, in größeren Gebäudekomplexen inkl. der dazugehörigen Außenanlagen.

In Brandschutzkonzepten **müssen** die Belange von Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden und entsprechende Lösungen gefunden werden, z.B. durch sichere Bereiche für den Zwischenaufenthalt nicht zur Eigenrettung fähiger Personen, zusätzliche visuelle oder akustische Warnmelder etc.

Nachfolgend ein Systembild als Übersicht zu den wichtigsten leit- und Orientierungselementen im Bereich des Gebäudezuganges.

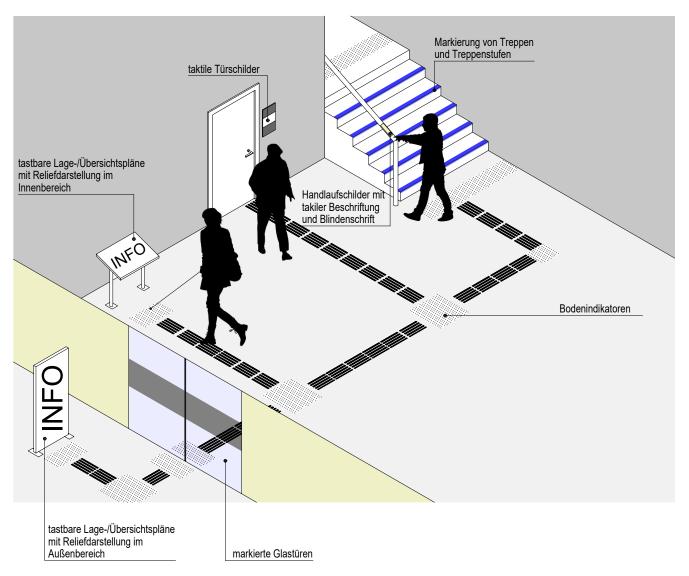


Abbildung 98: 2-Sinne-Prinzip / taktile Leitsysteme

I. Warnfunktionen

Warnfunktionen dienen grundsätzlich

- · dem Gesundheits- und Lebensschutz
- der Unfallverhütung
- · der Sicherheit

Unter diesem Hintergrund ist die Ausführung betont auffällig auf auditive Alarmsignale und visuelle Blinkhinweise umzusetzen. Dabei dienen Entscheidungsfunktionen der Unterstützung von Handlungsentschlüssen. Dies erfordert aktives Vorgehen, bei dem der Handelnde Unterstützung sucht.

Beispiele:

- Geschossinformationen in Aufzügen (als Sprachansage und visuelle Richtungsanzeigen)
- Klingel- oder Namenschilder (visuell in S/W-Schrift und taktil in erhabener Pyramiden- und Braille-Schrift)

II. Leitfunktionen

Leitfunktionen beschreiben die Navigation durch die bauliche Umwelt. Um diese Navigieren umsetzen zu können werden Marken benötigt, die rückkoppelnd eine Bestätigung des Standortes oder der Umgebung geben.

Leitfunktionen sind somit Entscheidungsfunktionen und bewusste Vorgänge. Je lückenloser die Leitinformationen sind, desto sicherer wird das Ziel zur Navigation durch die bauliche Umwelt erreicht.

Beispiele

- Übersichtspläne visuell dargestellt UND taktil erfassbar in Reliefdarstellung
- Wegesysteme in Gebäuden mit visuellen und taktilen Elementen / Indikatoren

15.4.2 Visuelle Sinnenwahrnehmung

Die visuelle Sinneswahrnehmung kann verstanden werden als die Fähigkeit, optische Reize im Gehirn aufzunehmen, zu unterscheiden, einzuordnen, zu interpretieren. Dabei liefert das visuelle System verschiedene Informationen über Form, Umriss, Tiefe, Größe, Durchlässigkeit, Lage und Abstand von Gegenständen und Umweltmerkmalen. Die entscheidenden Einflussfakto-

ren auf das Sehen und Erkennen im Sinne der Barrierefreiheit sind daher:

- Leuchtdichtekontrast (hell/dunkel)
 Je höher der Leuchtdichtekontrast desto besser die Erkennbarkeit
- Größe des Sehobjektes
- Form (z.B. Schrift)
- · Räumliche Anordnung (Position des Sehobjektes)
- Betrachtungsabstand
- Ausreichende und blendfreie Belichtung bzw. Beleuchtung



Hinweise zu Kriterien der visuellen Sinneswahrnehmung

· Optimale Kontrastwerte

- HELL/DUNKEL
- SCHWARZ/WEISS

· Leuchtdichtekontrast

- Orientieren und Leiten K ≥ 0,4 - Warnen und Informieren K ≥ 0,7

Der Leuchtdichtekontrast (K) kann und muss im Rahmen der Planung berechnet und kommuniziert werden.

Beeinträchtigungen

Beeinträchtigungen von visuellen Informationen können auftreten durch:

- Blendungen
- Spiegelungen
- Schattenbildungen

Reduktionsfaktoren zur Beeinträchtigungen von visuellen Informationen

- Wahl geeigneter Materialien und Oberflächenformen
- entspiegeltes Glas
- matte Oberflächen
- geneigte Sichtflächen



15.4.3 Auditive Sinnenwahrnehmung

Als auditive Sinneswahrnehmung bezeichnet man die Sinnesempfindung, die akustische Reize wahrnimmt. Zur Wahrnehmung dienen Sinnesorgane (Gehör), deren Stimulation durch die aus der Umgebung stammenden Schwingungen erfolgt. Diese Schwingungen (akustische Informationen) müssen auch für Menschen mit eingeschränktem Hörvermögen hörbar und verstehbar sein. Dazu müssen Alarm- und Warnsignale als Töne oder Tonfolgen eindeutig erkennbar und unterscheidbar sein.

Im Rahmen der LPH 2-Planung ist deshalb schon auf die Optimierung der akustisch-baukonstruktiven Verhältnisse mit oberster Priorität (z.B. DIN 4901) zu achten. Selbstverständlich sind die Schnittstellen zur KG 400 "Alarmierungsanlagen" und die Aspekte der KG 300 "akustischen Bauakustik" zu berücksichtigen und abzustimmen.



Hinweise zu Kriterien der auditiven Sinneswahrnehmung

Reduktionsfaktoren zur Beeinträchtigungen von auditiven Informationen

- Störschall innerhalb von Räumen durch Absorptionsmaßnahmen
- Optimale Nachhallzeiten
- Versorgung mit Direktschall
- Gezielte Schallreflexion
- Vermeidung von Echos und Flatterechos
- Einsatz von technischen Hilfsmitteln (induktive Höranlagen)
- Schallschutzfenstern
- Schallschutztüren

15.4.4 Taktile Sinneswahrnehmung

Als taktile Wahrnehmung wird in der Regel die Oberflächensensibilität der Haut mit dem Tast- und Empfindungssinn bezeichnet. Über Rezeptoren der Haut nimmt der menschliche Körper verschiedene Reize wie Berührung, Druck, Temperatur und Schmerz wahr. Diese taktilen Informationen müssen auch für Menschen mit Behinderungen wahrnehmbar sein und können dabei von blinden Menschen auf unterschiedlichster Weise wahrgenommen werden, z.B.:

- · mit den Fingern
- · mit den Händen
- mit dem Langstock
- · mit den Füßen (mit oder ohne Schuhwerk)

Siehe auch:

Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband Richtlinie für taktile Schriften **www.dbsv.org** Die Vermittlung von taktil erfassbaren schriftlichen Informationen erfolgt durch:

- erhabene lateinische Großbuchstaben
- · erhabene arabische Ziffern
- · Braille Blindenschrift
- Pvramidenschrift
- · ertastbare Piktogramme und Sonderzeichen



Hinweise zu Pyramidenschrift

Mit der Pyramidenschrift (Profilschrift DIN 32986) werden fühlbare Buchstaben und Ziffern in 3D-Form erstellt. Mit dieser Reliefschrift können Informationen nach dem allgemeinen Schriftbild (lateinische Ausgangsschrift und arabische Ziffern) wahrgenommen werden. Die Pyramidenschrift kann sowohl mit einer speziellen Drucktechnik als auch aus Vollkunststoff gefräst hergestellt werden.



Hinweise zur Gestaltung und Ausbildung von taktilen Systemen

- · Anbringung an folgenden Orten:
 - Zugang zu geschlechtsspezifischen Anlagen, z.B. WCund Duschanlagen sowie Umkleidebereiche
 - Zvor Zimmer- und Bürotüren (Raumbezeichnungen)
- Taktil erfassbare Orientierungshilfen müssen sich vom Umfeld deutlich unterscheiden durch:
 - ZForm
 - ZMaterial
 - 7Härte
 - ZOberflächenrauigkeit
- Taktile Orientierung und Raumerfassung durch gradlinige und rechtwinkelige Wegeführung und Raumgestaltung
- · Weitere Orientierungsmöglichkeiten:
 - Zbauliche Elemente
 - Ztaktil kontrastreiche Bodenstrukturen
 - ZBodenindikatoren gem. DIN 32984



15.5 Bedienelemente, Kommunikationsanlagen sowie Ausstattungselemente

15.5.1 Allgemeines

Bedienelemente und Kommunikationsanlagen müssen folgendem Grundzweck dienen:

- · zweckentsprechende Nutzung und Verfügbarkeit
- barrierefrei erkennbar
- scharfen Kanten vermeiden
 (z.B. durch Abrundungen oder Kantenschutz)
- Arbeitsschutz und Vorgaben der gesetzlichen Unfallversicherung (GUV) beachten

15.5.2 Bedienelemente

Mindesteigenschaften und Voraussetzungen für barrierefreie Bedienelemente sind:

- Einhaltung 2-Sinne-Prinzip
- Gestaltung visuell kontrastierend
 - taktile Wahrnehmbarkeit
 - akustische Wahrnehmbarkeit

HINWEIS: Diese Anforderung gilt für Notruftaster, Ruftastern an Aufzügen, Klingeln etc.

Somit Bedienelementen auf die eine Reaktion sonst nicht sofort bemerkbar ist.

Für Lichtschalter oder Raumthermostate gilt diese Vorgabe nicht.

- Funktion sollte erkennbar sein / Wiedererkennungseffekt
- Sensortaster, Touchscreens oder berührungslose Bedienelemente dürfen nicht ausschließlich verwendet werden, um ein unabsichtliches Auslösen zu vermeiden
- Rückmeldung der Funktionsauslösung (z.B. akustisches Bestätigungssignal, Lichtsignal oder die Schalterstellung)
- Aufzuwendende Kraft bei Bedienvorgängen max.
 2,5 5,0 N

Rahmenbedingungen zur barrierefreien Erreichbarkeit von Bedienelementen:

- · Stufenlose Zugänglichkeit
- Bewegungsfläche mind. 1,50 x 1,50 m vor Bedienelemente (für Rollstuhlnutzung)
- Bewegungsfläche mind. 1,20 x 1,20 m bei seitlicher Anfahrt mit Wendemöglichkeit für Rollstuhlnutzung

- Seitlicher Abstand von mind. 50 cm zu Wänden und bauseitigen Einrichtungen
- Unterfahrbarkeit von mind. 15 cm (wenn nur frontal anfahrbar und bedienbar)
- Achsmaß von Greif- und Bedienhöhen 0,85 m bis 1,05 m (bei mehreren Bedienelemente)

In Büro- und Verwaltungsgebäuden ist bei Lichtschaltern das maximale Achsmaß/OKFFB 1,05 m. Bei Schalterkombinationen bleibt das Achsmaß des oberster Schalters auf maximal 1,05 m und die Schaltererweiterungen werden nach unten erweitert.

Weitere Bedienelemente sind nebeneinander anzuordnen. Bedienelemente oder Sensoren zur Erfassung der Raumtemperatur (z.B. Raumthermostate) sind hinsichtlich der korrekt zu erfassenden physikalischen Messgrößen auf den vorgeschriebenen 1,50 m zu positionieren.

Anzeigeelemente (z.B. Raumbuchungs-Informationstableaus) sind so zu positionieren und qualitativ auszuwählen, dass von allen Richtungen eine gute Ablesung gegeben ist.

Hinweis zu LCD-Displays:

Im Innenbereich sollten transmissive Displays zur Ausführung kommen.

Hier ist eine Lichtquelle hinter dem Display angebracht. Das abgestrahlte Licht durchleuchtet das LCD-Display nur von hinten. Transmissive Displays lassen sich in geschlossenen Räumen hervorragend ablesen.

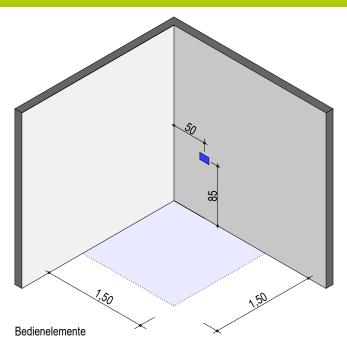


Abbildung 99: Allgemeine Maßangaben zur Bewegungsflächen und die Anordnung von Bedienelementen

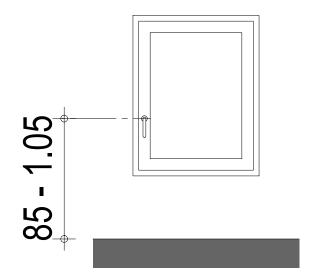


Abbildung 100: Ansicht - Fenstergriffhöhen

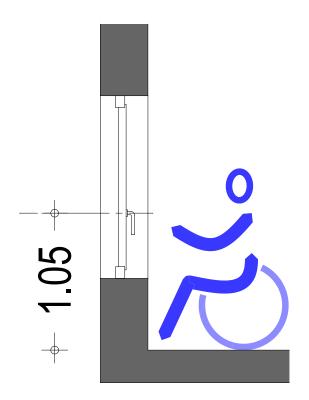


Abbildung 101: Schnitt - Fenstergriffhöhen

15.5.3 Kommunikationsanlagen

Kommunikationsanlagen sind u.a.:

- Türöffner
- Klingelanlagen
- Gegensprechanlagen
- Notrufanlagen
- Telekommunikationsanlagen

Bei Gegensprechanlagen ist die Hörbereitschaft der Gegenseite optisch anzuzeigen. Bei Türen mit Türsummer ist die Freigabe optisch zu kennzeichnen.

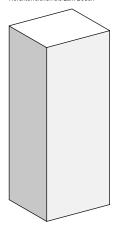
15.5.4 Ausstattungselemente



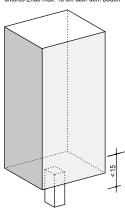
Hinweise zu Umfang und Gestaltung von Ausstattungselementen

- · Ausstattungselemente sind:
 - Schilder
 - Vitrinen
 - Feuerlöscher
- · Telefonhauben:
 - dürfen nicht in den Raum hineinragen
 - dürfen die nutzbare Breite nicht einschränken
 - Falls ein Hineinragen nicht vermeidbar ist, müssen sie so ausgebildet werden, dass sie von blinden und sehbehinderten Menschen erkannt werden können.
- · Ausstattungselemente müssen visuell kontrastierend gestaltet und für das Ertasten mit dem Langstock durch blinde Menschen geeignet sein, indem sie:
 - bis auf den Boden reichen
 - max. 15 cm über dem Boden enden
 - durch einen mind. 3 cm hohen Sockel ergänzt werden
 - mit der Tastleiste (max. 15 cm über Boden endet) versehen

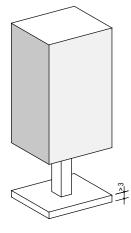
Herunterreichen bis zum Boden







Sockel mit mind, 3 cm Höhe



Tastleiste max. 15 cm über dem Boden

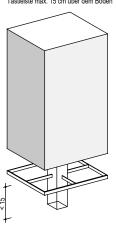


Abbildung 102: Wahrnehmbarkeit von Ausstattungselementen mit dem Langstock

15.6 Service-Schalter, Empfangstresen, Logen und Kassen

Bei der Planung und Konzeptionierung von Service-Schaltern, Empfangstresen, Logen und Kassen muss mindestens eine Einheit oder ein Bereich zugänglich und nutzbar sein für:

- Blinde und sehbehinderte Menschen
- Menschen mit eingeschränktem Hörvermögen
- Rollstuhlnutzer



Hinweise zu Umfang und Gestaltung von Service-Schaltern, Empfangstresen, Logen und Kassen

- · Bewegungsfläche 1,50 x 1,50 m
- · Breite der Unterfahrbarkeit eines Bereiches des Empfangs mind.
- · mind. 55 cm Tiefe der Unterfahrbarkeit
- · Reduzierung Bewegungsfläche auf 1,20 m, wenn Unterfahrbarkeit = 1,50 m breit
- · Höhe des Tresens max. 80 cm
- · Durchgänge mind. 90 cm neben Empfang
- · vor und hinter den Durchgängen Bewegungsfläche von 1,50 x
- · Induktive Höranlage, wenn
 - geschlossene Verglasung und Gegensprechanlage
 - lautes Umfeld
 - Räume zur Behandlung vertraulicher Angelegenheiten
- · taktile Übersichtspläne und Orientierungstafeln
 - Vorsehung im direkten Eingangsbereich oder Empfang
 - Optional mit Monitor und Sprachausgabe
 - keine Hinweise zu Teams und OE's
 - nur Hinweise zu Etagen, Aufzügen, Treppen, barrierefreie WC-Anlagen etc.

Die Bereiche für den Kundenkontakt müssen dabei:

- · visuell kontrastierend gestaltet sein
- · sich von der Umgebung abheben
- · taktil mit Hilfe von unterschiedlichen Bodenstrukturen oder baulichen Elementen gut auffindbar sein (Leitsystem oder Bodenindikatoren)
- mittels akustischer oder elektronischer Informationen gut auffindbar sein, z.B. akustische Aufruf von Wartenummern (Bürgerbüro etc.)

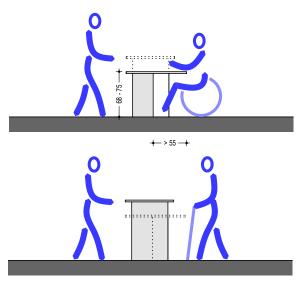


Abbildung 103: Tischen und Tresen an Serviceschaltern, Logen etc.

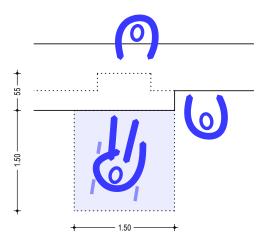


Abbildung 104: Maßangaben zur Bewegungsflächen an Serviceschaltern, Logen etc.

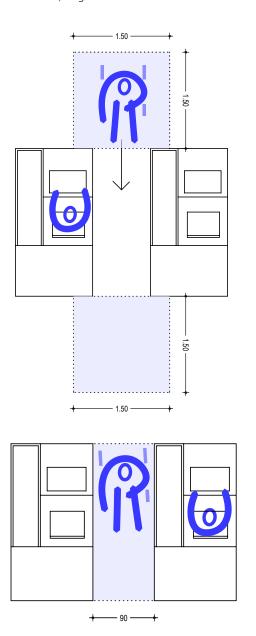


Abbildung 105: Maßangaben zur Bewegungsflächen an Serviceschaltern, Logen etc.

15.7 Alarmierung und Evakuierung

Die Planung und Konzeptionierung von Alarmierungsund Evakuierungsscenarien hat in enger Abstimmung mit der Erstellung des Brandschutzkonzeptes zu erfolgen. Diese Schnittstelle ist bereits in der LPH 2 zu definieren und herzustellen. Hierbei sind die Belange von Menschen mit motorischen und sensorischen Einschränkungen durch die:

- Bereitstellung sicherer Bereiche für den Zwischenaufenthalt (nicht zur Eigenrettung fähiger Personen)
- Sicherstellung einer zusätzlichen Wahrnehmbarkeit akustischer Alarm- und Warnsignale (2-Sinne-Prinzip)
- Sicherstellung von betrieblichen organisatorische Vorkehrungen
- Vorsehung optischer Rettungszeichen in Rettungswege, in Verbindung mit in Fluchtrichtung weisende akustische Systeme (z.B. Sprachdurchsagen),

umfänglich zu berücksichtigen.



Hinweise zu möglichen Umfängen und Gestaltungen

- elektroakustische-Notfallwarn-System (ENS)
- · tastbare Fluchtpläne für Blinde und sehbehinderte Menschen
- · Rettungszeichen in kürzeren Abständen wiederholen
- · tastbare Informationen
- · Blinklichter mit Richtungsanzeige
- Beleuchtung von Fluchtwege, die bei einer Alarmierung automatisch angeschaltet wird
- Brandmeldeanlage sollte auch das Brandsignal automatisch an definierte Empfänger per E-Mail, SMS, Fax oder Notruf weiterleiten können



15.8 **Räume**

15.8.1 Allgemeines

Für die barrierefreie Nutzbarkeit von Räumen gelten die Anforderungen aus Abschnitt 4 (DIN 18040-2) entsprechend. Spezifische Nutzungen und Funktionsbereiche haben dabei besondere Voraussetzungen. Für spezifische Nutzungen können Analogien abgeleitet werden.

Nachfolgend werden ein paar Maß- und Bewegungsflächenbeispiele unterschiedlicher Nutzungen gegeben.

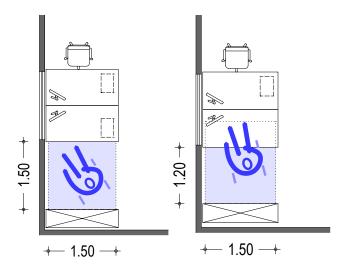


Abbildung 106: Büroarbeitsplätze I und Büroarbeitsplätze II - unterfahrbar

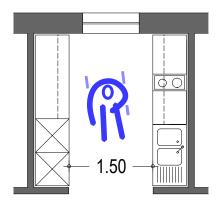


Abbildung 107: Teeküchen I

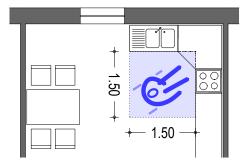


Abbildung 108: Teeküchen II

15.8.2 Räume für Veranstaltungen

15.8.2.1 Feste Bestuhlung

In Räumen mit fester Reihenbestuhlung sind Flächen freizuhalten, die von Rollstuhlnutzern und ggf. deren Begleitpersonen genutzt werden können.



Hinweise zu Kriterien und Eignungen zu Räumen mit fester Bestuhlung

- · Standfläche mit rückwärtiger bzw. frontaler Anfahrbarkeit
 - T = mind. 1,30 m
 - B = mind. 0,90 m
 - anschließende rückwärtige und frontale Bewegungsfläche mind. 1,50 m tief
- · Standfläche mit seitlicher Anfahrbarkeit
 - T = mind 150 m
 - B = mind. 0,90 m
 - anschließende seitliche Verkehrsfläche mind. 0,90 m breit
- · Bewegungs- und Verkehrsflächen können sich überlagern
- Sitzplätze für die Begleitperson sind neben dem Rollstuhlplatz anzuordnen
- · fest eingebaute Tische mit Unterfahrbarkeit
- Sitzplätze mit einer größeren Beinfreiheit für gehbehinderte und großwüchsige Menschen
- · Informations- und Kommunikationshilfen
- Barrierefreie Informationsaufnahme in Versammlung-, Schulungs- und Seminarräumen
- DIN 18041 2016:03 Hörsamkeit in Räumen
- Vorgesehener Standplatz für Gebärdendolmetscher muss gut einsehbar und speziell ausgeleuchtet sein
- Geeignete Beleuchtung für Schreib- und Leseflächen für sehbehinderte Menschen
- Elektroakustische Beschallungsanlagen mit gesondertem Übertragungssystem für Menschen mit eingeschränktem Hörvermögen

Dier nachfolgende Zeichnung soll die einzuhaltenden Bewegungs- und Verkehrsflächen darstellen – NICHT die grundsätzliche Verortung dieser Bewegungs- und Verkehrsflächen in Räumen für Veranstaltungen! Die Verortung kann sowohl in den ersten Reihen erfolgen als auch am seitlichen Anfang oder Ende von Stuhlreihen.

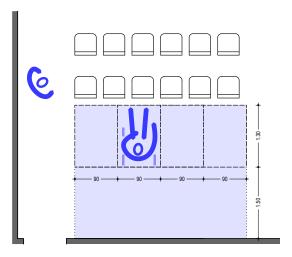


Abbildung 109: Maßangaben und Bewegungsflächen zu Rollstuhlplätzen in Räumen für Veranstaltungen



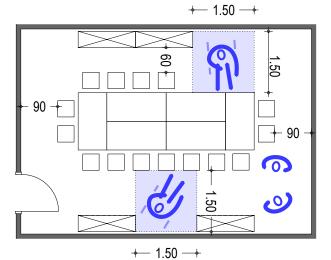


Abbildung 110: Maßangaben und Bewegungsflächen zu Rollstuhlplätzen in Besprechungsräumen

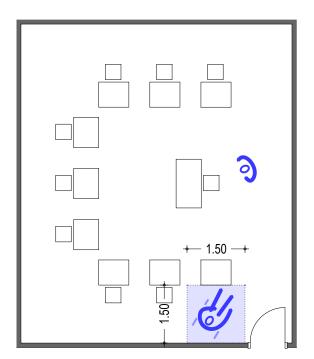


Abbildung 111: Maßangaben und Bewegungsflächen zu Rollstuhlplätzen in Seminarräumen II

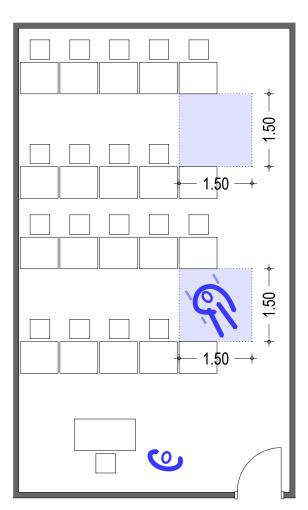


Abbildung 112: Maßangaben und Bewegungsflächen zu Rollstuhlplätzen in Seminarräumen I

15.8.3 Sanitärräume

15.8.3.1 Allgemeines

Die Gestaltung barrierefreier Räume sollte sich nach den individuellen Bedürfnissen, Fähigkeiten und Kompetenzen jedes Einzelnen richten. Damit sich möglichst alle Menschen wohlfühlen und um einen möglichst großen gemeinsamen Konsens für Planung, Errichtung, Nutzung und Kosten zu finden, ist eine entsprechende Standardisierung notwendig und unabdingbar.

Für eine barrierefreie Ausstattung von Sanitärräumen (Bäder, Duschen und Toilettenanlagen) sind nicht nur die Raumkubatur, d.h. ausreichende Bewegungsflächen, Türöffnungsmaße, etc. zu beachten, sondern auch die nutzerbezogenen Ausstattungen einschließlich der notwendigen Hilfsmittelausstattung.

Die Standards zur Gestaltung barrierefreier Sanitärräume beschreiben nachfolgend im Wesentlichen die Kriterien für:

- Menschen mit Rollstühlen
- · Menschen mit Rollatoren
- · Sehbehinderte Menschen



Hinweise zu Kriterien und Eigenschaften von Sanitärräumen

- · Drehflügeltüren dürfen nicht in den Sanitärraum schlagen
- Entriegelung der Tür zum Sanitärraum von außen muss möglich sein
- · Einbau von Einhebel-Armaturen
- Temperaturbegrenzung bei Auslauftemperatur max. 45°C
- Ausstattungselemente m

 üssen sich visuell und kontrastierend abheben
- Kleiderhaken (falls vorhanden) in zwei Höhen für sitzende und stehende Position anbringen

Alle Nutzer von Sanitäranlagen sind gleich zu behandeln.

WC-Bereiche auch für Menschen mit Behinderung sollten in die allgemeinen WC-Anlagen, getrennt nach den Geschlechtern, eingebunden werden. Sollte dies nicht möglich sein oder nicht dem Gesamt-Nutzungskonzept entsprechen, sind entsprechende Abstimmungen mit den Beauftragten für Barrierefreiheit zu treffen

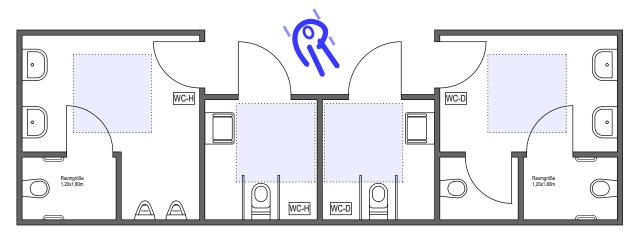


Abbildung 113: Anordnungsbeispiel WC-Räume – geschlechtsspezifisch Variante I

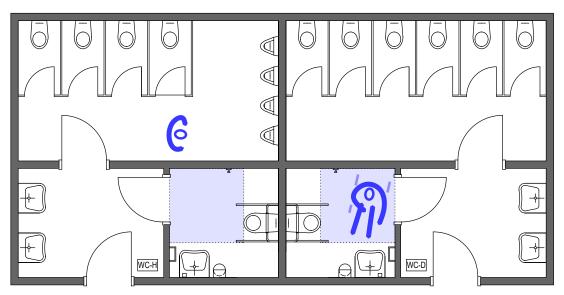


Abbildung 114: Anordnungsbeispiel WC-Räume - geschlechtsspezifisch Variante II

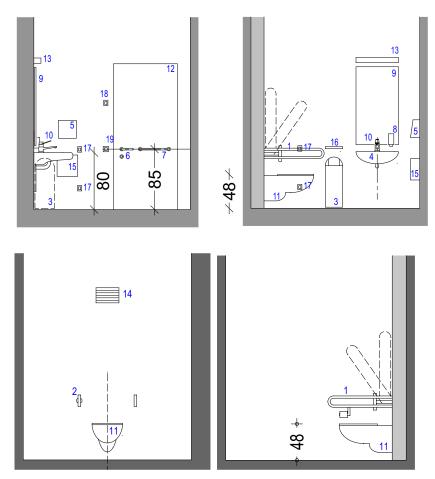


Abbildung 115: Wandansicht I, II, III und IV

Legende Ausstattungsgegenstände	
1. Stützklappgriff, stufenlos verstellbar, Rückenstütze	11. Hänge - WC, Höhe 48 cm über OFF
2. Spülauslösung	12. Türe, lichtes Durchgangsmaß 90 cm
3. Abfallbehälter, geruchsverschlossen	13. Beleuchtung
4. Waschbecken, unterfahrbar	14. mechanische Lüftung
5. Handtuchpapierspender	15. Abfallbehälter für gebrauchte Papierhandtücher
6. Drückergarnitur mit Hebel zur Verriegelung	16. Ablagefläche
7. Querstange zum Zuziehen der Tür	17. Notrufauslösung / Taster
8. Seifenspender mit Einhandbedienung	18. Notrufquittierknopf
9. Spiegel min. 1 m hoch (mit Wand bündig)	19. Lichtschalter
10. Einhebelmischer mit langem Hebel	

15.8.3.2 Bewegungsflächen



Hinweise und Kriterien zur Gestaltung von Bewegungsflächen

- · Bewegungsflächen dürfen sich überlagern
- · Bewegungsfläche mind. 1,50 x 1,50 m vor den Sanitärobjekten
- · WC-Becken muss beidseitig befahrbar sein
- · seitlicher Abstand WC-Becken mind. 90 cm
- · Tiefe WC-Becken mind. 70 cm

WC-Becken kann auch einseitig anfahrbar sein, wenn die freie Wählbarkeit der gewünschten Anfahrseite technisch oder räumlich gegeben ist (z.B. gespiegelte WC-Räume)

Waschtische für Rollstuhlnutzer müssen unterfahrbar sein. Der "Beinfreiraum" muss mindestens 55 cm betragen und muss axial gemessen mindestens eine Breite von 90 cm aufweisen. Der Abstand der Armatur zum vorderen Rand des Waschtisches darf höchstens 40 cm betragen. Der Waschtisch darf maximal 80cm hoch sein.

Der Abstand der Armatur zum vorderen Rand des Waschtisches darf höchstens 40 cm betragen. Der Waschtisch darf maximal 80cm hoch sein.

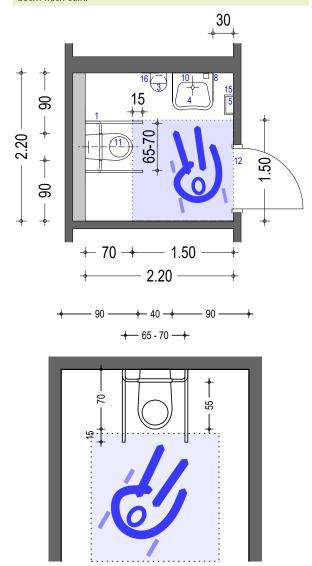


Abbildung 116: WC-Grunriss – Mindestabmessungen und Bewegungsflächen I und II

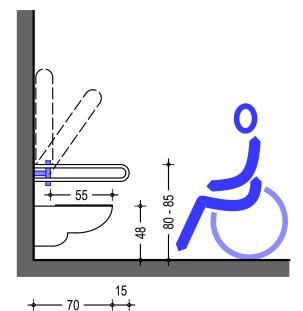


Abbildung 117: Maße am WC-Becken

15.8.3.3 Toiletten Allgemein



Hinweise und Kriterien zur Gestaltung und Ausstattung von Toiletten

- je Sanitäranlage muss mindestens eine barrierefreie Toilette vorhanden sein
- · Höhe WC-Becken einschließlich Sitz = 48 cm
- Rückenstütze = 55 cm hinter der Vorderkante WC
- Spülauslösetaster an beiden Stützklappgriffen eingebaut (blaue Taster)
- Manuelle Spülauslösung über rückseitige 2-Mengen Betätigungsplatte

Als Schalter für Notrufanlagen sind feuchtraumgeeignete Flächentaster mit den Abmessungen von mindestens 5,5 x 5,5 cm vorzusehen.

Der Notrufschalter muss farbig in den Farben rot/weiß und mit einer erhabenen Druckbuchstaben-Aufschrift "NOT" ausgeführt sein. Die Wippe ist zudem mit Brail- und Pyramidenschrift auszustatten.

Neben der Vorsehung in der Standard-Bedienhöhe von 85 cm ist auch immer ein Schalter auf 30 cm (Mitte Schalter / OKFFB) vorzusehen. Diese Schalterkombination ist an verschiedenen Stellen im WC-Raum anzuordnen. Es sind je nach Größe des Raumes mindestens 2 Kombinationen (4 Schalter) vorzusehen. Notrufschalter in der Nähe von Türen und Lichtschaltern sind immer in einem Abstand von mindestens 30 cm zu platzieren.

Der Notrufquittierknopf ist in einer Höhe von 150 cm vorzusehen.

Es ist der Anschlagpunkt bei hochgeklappten WC-Sitzes an der Wand zu beachten und die Bedienplatte entsprechend zu verorten, dass keine Kollision erfolgt.

- · hochklappbarer Stützklappgriff an beiden Seite des WC-Beckens
- OK Stützklappgriff = 28 cm über Sitzhöhe
- Überstand Stützklappgriff Vorderkante WC-Becken = 15 cm
- lichter Abstand zwischen Stützklappgriffen = 65 70 cm
- 1 kN = 100 kg Punktlast am vorderen Griffende muss möglich sein
- Erreichbarkeit des Toilettenpapierhalters ohne Veränderung der Sitzposition
- Toilettenpapier an beiden Stützklappgriffen
- Notruftaster an beiden Stützklappgriffen eingebaut (roter Taster)
- Hygienische Abfallentsorgung sollte vorgesehen werden (dicht- und selbstschließender und mit einer Hand zu bedienender Abfallbehälter)
- · Ein Bodenabläufe werden nicht benötigt

15.8.3.4 Toiletten für ALLE [TfA]

Die Errichtung und Vorhaltung von barrierefreien WC's ist in der heutigen Zeit und bei der Region Hannover selbstverständlich und in diesem Kapitel umfänglich beschrieben.

Hierbei ist allerdings anzumerken, dass für Menschen mit schweren und multiplen Behinderungen diese "normalen" barrierefreien WC's oft ungeeignet sind. Daher ist es erforderlich, hier geeignete Lösungen zu erarbeiten und der Öffentlichkeit anzubieten.

Im Gegensatz zu einem "normalen" barrierefreien WC's werden in einer TfA eine (höhenverstellbare) Pflegeliege und eine Personenlifter hinsichtlich der Ausstattung ergänzt. Dieser Lifter kann mobil sein, oder an der Decke installiert werden. Durch diese Vorkehrungen wird es für die betroffenen Menschen erst möglich, die Toilette zu benutzen, indem ihre Inkontinenzeinlagen im Liegen

gewechselt werden können. Bislang müssen dazu die Betroffenen auf den Boden einer öffentlichen Toilette gelegt werden. Das ist unhygienisch und birgt massive Gesundheitsrisiken. Zudem ist es für die Begleitpersonen körperlich stark belastend.

Der WC-Sitz und das Handwaschbecken müssen dabei höhenverstellbar sein.

Ansonsten sind alle Maße und Bewegungsflächen wie für "normalen" barrierefreien WC's einzuhalten.

Im Rahmen von Sanierungs- und Neubaumaßnahmen ist die Notwendigkeit und Machbarkeit mit den für dieses Thema zuständigen Personen abzustimmen. Damit eine zielgerichtete Abstimmung erfolgen kann, sind nachfolgend die unterschiedlichen Organisationen und Einbindungszeitpunkte tabellarisch aufgeführt:

Organisation	Tätigkeit	Öffentliche Wirkung
Region Hannover, Dezernat II, Stabsstelle II.4	Beauftragte der Region Hannover für Menschen mit Behinderung. Beteiligung nach Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) erforderlich.	Ja Ansprechpartnerin für die Bürgerinnen und Bürger sowie Tochterunternehmen der Region Hannover zum Thema Gleichstellung von Menschen mit Behinderung.
Region Hannover. Schwerbehinderten- vertretung – SBV -	Die Schwerbehindertenvertretung Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung der Region Hannover.	Nein Nur Ansprechpartner innerhalb der Verwaltung der Region Hannover.
Landeshauptstadt Hannover, Dezernat III	Beauftragte der Landeshauptstadt Hannover für Menschen mit Behinderung. Beteiligung nach Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) erforderlich.	Ja Ansprechpartnerin für die Bürgerinnen und Bürger im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Hannover zum Thema Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Zuständigkeit auch bei Liegenschaften der Region Hannover auf dem Stadtgebiet der Landeshauptstadt Hannover
Region Hannover Team 17.04, Bauunterhaltung	Interner Ansprechpartner Service Gebäude 17	Nein Nur intern für Region Hannover beratend tätig
Region Hannover Team 11.05 Teamleitung	Inklusionsbeauftragter der Region Hannover Ausstattung	Nein Nur intern für Region Hannover beratend tätig

Abbildung 118: Organisationen und Ansprechpartner "Barrierefreies Bauen"



Die Stiftung Leben pur setzt sich dafür ein, dass es bundesweit an allen öffentlichen Orten "Toiletten für alle" gibt.

Auf den Internetseiten der Stiftung sind umfängliche Informationen verfügbar:

www.toiletten-fuer-alle.de

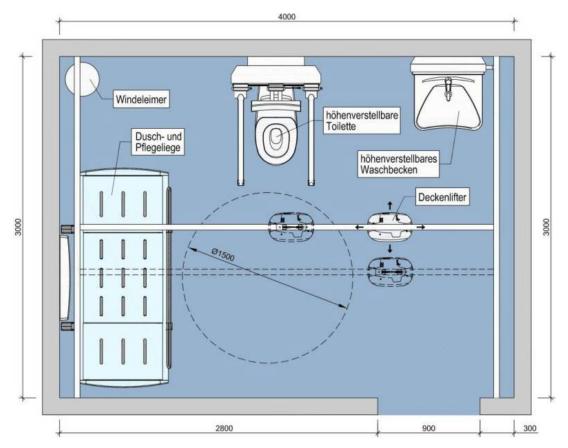


Abbildung 119: Beispiel-Grundriss TfA

15.8.3.5 Waschplätze



Hinweise und Kriterien zur Gestaltung und Ausstattung von Waschplätzen

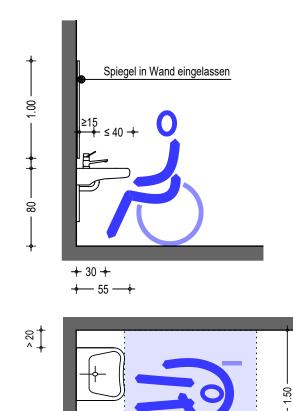
- Oberkörper muss an den vorderen Rand des Waschtisches reichen
- · Armatur muss aus dieser Position bedienbar sein
- Armatur = max. 40 cm Abstand zur Vorderkante Waschtisch

Konkretisierung "Armatur": Einhand-Hebelmischer am Waschtisch mit verlängertem Bedienhebel zur Bedienung aus dem Sitzen. Die Waschtischarmatur soll ohne automatischen Erkennungssensor (z.B. IR-Sensor) ausgestattet sein.

- Temperaturbegrenzung als "Verbrühungsschutz" an der Waschtischarmatur, sofern diese Funktion nicht bereits über einen Kleinstdurchlauferhitzer abgedeckt wird.
- · Waschplätze unterfahrbar = mind. 55 cm
- · Handwaschtische unterfahrbar = mind. 45 cm
- · Beinfreiraum = 90 cm Breite (Achse)
- · Höhe Waschtisch = max. 80 cm
- Spiegel = mind. 60 cm Breite und 100 cm Höhe (in Fliesen eingelassen)
- · Höhe Spiegel über Waschtisch = 5 cm (in Fliesen eingelassen)

Im Bereich des Waschtisches sind anzuordnen:

- · Einhand-Seifenspender
- Papierhandtuchspender
- Abfallbehälter



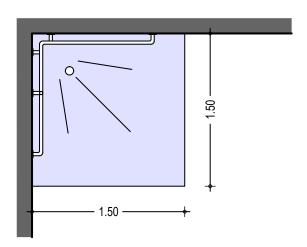
+ 1.50 + Abbildung 120: Maße und Bewegungsflächen am Waschtisch, Bewegungsräume und Beinfreiraum

15.8.3.6 Duschplätze



Hinweise und Kriterien zur Gestaltung und Ausstattung von Duschplätzen

- · Duschplätze sind niveaugleich zum angrenzenden Bodenbereich anzulegen (= 0 cm)
- Bodenbeläge rutschhemmend (mind. Bewertungsgruppe B)
 waagerechte Haltegriffe = 85 cm Höhe (Achsmaß)
- · zusätzlich senkrechte Haltegriffe vorsehen
- Einhebel-Duscharmatur mit Handbrause aus Sitzposition zu erreichen = 85 cm Höhe über OKFFB
 - Hebel sollte nach unten weisen
- · mobiler und stabiler Duschsitz / Duschhocker
- Klarsicht-Trennwände + Duschtüren = Kennzeichnung wie Glastüren



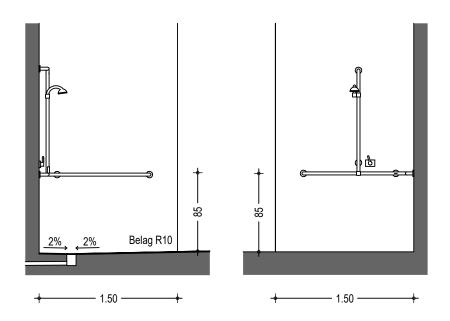


Abbildung 121: Maße und Bewegungsflächen für Duschen und Bewegungsräume

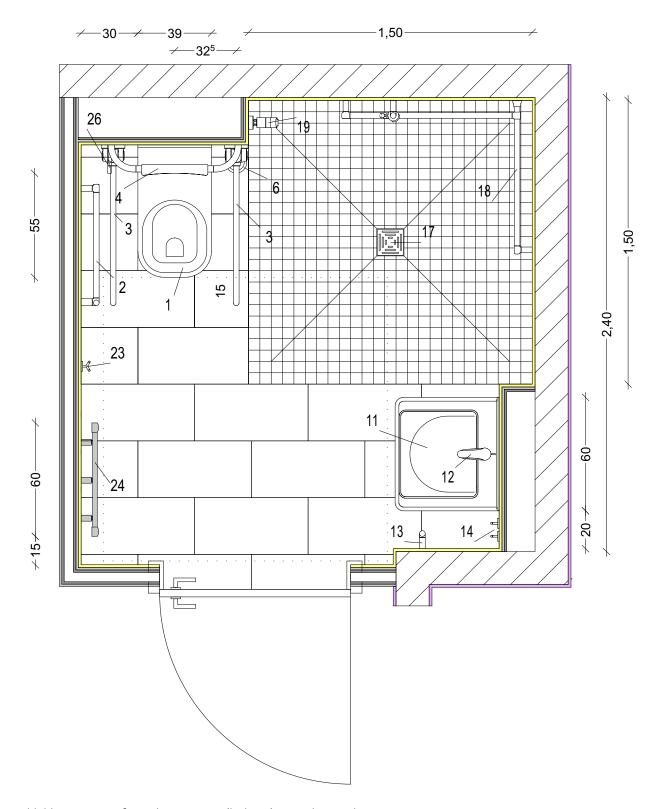
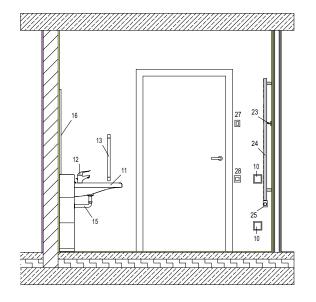
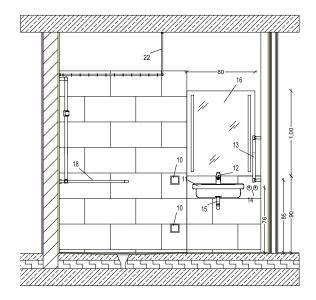
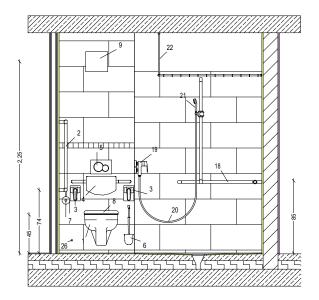


Abbildung 122: Maße und Bewegungsflächen für Duschen und Bewegungsräume







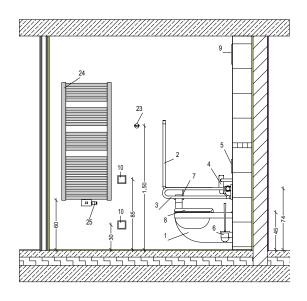


Abbildung 123: Ansicht I, II, III und IV

Legende Duschbad	
1. Wand-Tiefspül-WC	15. Wandeinbau-Sifon
2. Winkelhaltegriff	16. Kristallspiegel 80 x 100 cm beleuchtet
3. Stützklappgriff	17. Bodenablauf
4. Rückenstütze	18. Duschhandlauf
5. Betätigungsplatte	19. Einhand-Brausebatterie
6. WC-Bürstengarnitur	20. Brauseschlauch
7. Papierhalter	21. Handbrause
8. WC-Sitz	22. Duschvorhang-Stange
9. Einzelraumentlüfter	23. Doppel-Wandhaken
10. Notruftaster mit Zugkordel	24. Badheizkörper
11. Waschtisch	25. Thermostatfühler
12. Armatur	26. Ersatzpapierrollenhalter
13. Haltegriff	27. Notrufquittierknopf
14. Wandhaken	28. Lichtschalter

15.8.3.7 Liegen



Hinweise und Kriterien zur Gestaltung und Ausstattung von Duschplätzen

- · Sanitärraum für mobilitätseingeschränkte Menschen
- · Aufstellen einer Liege muss möglich sein
- · Maße der Liege
 - 180 cm Länge
 - 90 cm Breite
 - 48 cm Höhe
- · Bewegungsfläche 1,50 x 1,50 m vor der Liege vorsehen
- · Es sollte mind. ein Sanitärraum mit Liege vorhanden sein

15.8.3.8 Notrufanlagen



Hinweise und Kriterien zur Gestaltung von Notrufanlagen bei barrierefreier Nutzung

- · Sanitärraum für mobilitätseingeschränkte Menschen
- · Aufstellen einer Liege muss möglich sein
- · Maße der Liege
 - 180 cm Länge
 - 90 cm Breite
 - 48 cm Höhe
- · Bewegungsfläche 1,50 x 1,50 m vor der Liege vorsehen
- · Es sollte mind. ein Sanitärraum mit Liege vorhanden sein

15.8.3.9 Umkleidebereiche



Hinweise und Kriterien zur Gestaltung und Ausstattung von Umkleidebereichen

- mind. eine Kabine muss für das Aufstellen einer Liege geeignet sein
- Kabine muss verriegelbar und für den Notfall von außen zu öffnen sein

15.8.4 Schwimm- und Therapiebecken sowie andere Beckenanlagen

Das Einsteigen und Verlassen des Beckens muss für Menschen mit Behinderungen, insbesondere mit Bewegungseinschränkungen, eigenständig und leicht möglich sein.



Hinweise und Kriterien zur Gestaltung und Ausstattung von Schwimm- und Therapiebecken sowie andere Beckenanlagen

- flache Treppe mit zwei Handläufen, die auch zum Umsteigen vom Rollstuhl und zum Herein- und Herausrutschen im Sitzen geeignet ist
- · flache, strandähnliche schiefe Ebene
- · hochliegender Beckenrand in Sitzhöhe mit Beckenumgang
- Beckenrand sollte sich taktil und visuell kontrastierend vom Beckenumgang und vom Becken unterscheiden
- technische Ein- und Ausstiegshilfen (Hebevorrichtungen) sind vorzusehen
- Ausstattungselemente und Einbauten dürfen nicht in den Beckenraum hineinragen





ANHANG D - Anforderungen für den Einsatz von KNX-Bustechnologie

16.1 Allgemein

Die in diesem Kapitel beschriebenen Qualitäten und Quantitäten sind im Rahmen der Konzeptionierung und Planung, der Errichtung, der Inbetriebnahme, der Dokumentation, der Einweisung und der Abnahme zu berücksichtigen. Die Inhalte orientieren sich dabei global an den Leistungen der VOB und den Projektstandards des "KNX National Germany" (www.knx.de). Die Rahmenbedingungen und Qualitätsanforderungen für den Einsatz von KNX-Bustechnologie bei der Region Hannover beschreiben und konkretisieren dabei die bauherrenspezifischen Anforderungen und erläutern zusammenfassend den strukturierten Projektablauf mit den jeweiligen Schwerpunkten.

Grundsätzlich wird vorausgesetzt, dass in der Planungsphase der LPH 2 eine wirtschaftliche Betrachtung zu sinnvollen und wirtschaftlichen Umsetzung eines KNX-Systems vollzogen wurde.

Insbesondere bei kleineren Maßnahmen, Reparaturund Instandsetzungsmaßnahmen, sowie technisch nicht anspruchsvollen Raumbeleuchtungsanlagen sind konventionelle Lösungen vorzuziehen. Grundsätzlich ist auf umfängliche Schnittstellentechnologien zu verzichten.

Im Verlauf dieses Anhanges werden projektspezifische Rahmenbedingungen anhand des Hauptverwaltungsgebäudes "Hildesheimer Straße 20 – in Hannover" erläutert, welche für andere Liegenschaften zu berücksichtigen, zu übernehmen und über das zu erstellende Lastenheft liegenschaftsspezifisch zu spezifizieren sind.

16.2 Planungsleistungen, Lastenheft und Pflichtenheft

Die Planung des KNX-Systems beginnt bereits in der LPH 2 über die KG 440 gemäß DIN 276. Im Rahmen dieser Planungsleistungen sind die Arbeitspakete einer Systemintegration ebenso zu erarbeiten wie sinngemäß in der KG 480.

Daher sind einzelne Bussysteme und möglichen Schnittstellen vom Planungsteam zu identifizieren, zu definieren, untereinander abzustimmen und zu dokumentieren. Der Umfang der Dokumentationen und damit einhergehenden zu erstellenden Unterlagen wären u.a.:

- · Erstellung einer Datenpunktliste
- Erstellung eines Netzschemas unter Angaben:
 - Schnittstellen zu Fremdsystemen
 - Schnittstellen zur anderen Automations- und Feldbussystemen wie: Profibus, Modbus, CAN, BACnet, DALI etc.
 - der gesamten Linienarchitektur (Bereichskopplungen/Hauptlinien/Teilnehmerlinie)
 - der Informationsschwerpunkte und Verteilungen
 - Schnittstellen zum Bestand bzw. Datenbezug aus anderen Altprojekten
 - Erstellung und Aktualisierung von bereits bestehenden Schemata und
- Erstellung einer Funktionsbeschreibung nach AMEV Gebäudeautomation 2019 bzw. VDI 3814, Blatt 4.3
- Erstellung eines Lastenheftes

Im Rahmen der Planung wird spätestens in der LPH 3 ein Lastenheft erstellt. In diesem Lastenheft ist zu dokumentieren, welche Anforderungen von Seiten des Bauherrn an das Projekt gestellt werden und ist daher



Anlage/Funktion	Meldung	Bedienung	Funktion
ELT Beleuchtung Büros	-	Handtaster	 Halbautomatik über Präsenzmelder Nachlaufzeit 10 Min. Manuell Ein / Manuell Aus oder automatisch aus. Tageslichtabhängige Steuerung auf 500 lx. Am AP träge
HEIZUNG Soll-Temperatur	Feedbackinformation an Tableau	Raumbedientableau über Button "wärmer"/"kälter"	 Range für Nutzer +/- 3 Kelvin Solltemperatur wird nach 24 h wieder in "Grundeinstellung" gesetzt (+/- 0 Kelvin) Sollwertanpassung für Sommer- Winterbetrieb unterschiedlich (Sommerkompensation. "Grundeinstellung" (Basiswert) ist im Sommer nicht 20 °C, sondern 24 °C
Etc.			

Tabelle 110: Beispiel Funktionsanforderungen als Tabellenmatrix für Lastenheft

später als Kundenspezifikation mit dem Leistungsverzeichnis zu veröffentlichen.

Mit dem Lastenheft sind die Funktionsanforderungen über eine Tabellenmatrix abzubilden und nach Anlagentypen zu Clustern.

Das Lastenheft darf Textpassagen enthalten, welche mit diesem Dokument zu Qualitätsanforderungen für den Einsatz von KNX-Bustechnologie bei der Region Hannover veröffentlicht wurden.

Das Pflichtenheft ist auf Grundlage des Lastenheftes und des Leistungsverzeichnisses von der ausführenden Firma zu erstellen. In dem Pflichtenheft stellt die mit der Ausführung beauftragte Firma in ganz konkreter Form dar, wie sie das Projekt für den Auftraggeber umsetzen kann und würde.

Mit der Erstellung des Pflichtenhefte sind insbesondere Aussagen zu nachfolgen Attributen und Themen zu machen, die mit dem angebotenen System umzusetzen sind:

- Funktionen
- Parameter / Einstellwerte
 - Parameter die vom Nutzer verändert werden sollen
 - Parameter, welche für den Nutzer gesperrt sein sollen
 - Parameter z.B. zu Laufzeiten von Sonnenschutzanlagen, wenn keine Schrittmotoren vorgesehen wurden, Schwellwerte bei Meldungen, Min- und Maxwerte bei Raumtemperatur-Sollwertstellern, Helligkeitswerte, Dimmgeschwindigkeiten, Farbwerte etc.

- Visualisierungseinrichtungen (Darstellung/Bilder/ Ansichten von grafischen Bildschirmaufbauten und Panels)
- · Beleuchtungszonierungen- und Schaltungen
- · Schnittstellen zu Fremdsystemen
- Meldungen Alarmwesen, Meldewesen, Prioritäten etc
- Berechtigungen
- Rollen und Rechte

Da das Pflichtenheft objektbezogen zu erstellen ist, beruht es grundsätzlich auf den Aussagen des Lastenheftes und dem Aufgaben- und Projekthandbuch der Region Hannover. Allgemeine Beschreibungen von Anlagen und Funktionen oder Darstellungen von nichtprojektspezifischen Bauteilen und Systemen sind nicht zulässig.

Der Entwurf des Pflichtenheftes ist rechtzeitig und demnach vor Umsetzung der Region Hannover als Entscheidungsgrundlage vorzulegen, zu erläutern und abzustimmen. Erst wenn die Projektkoordination der Region Hannover dem Pflichtenheft zugestimmt hat, ist mit der Umsetzung des Projektes zu beginnen. Änderungen und Ausführungen welche auf fehlende oder nicht ausreichende Abstimmungen mit dem AG oder dem Nutzer zurückzuführen sind, müssen zu Lasten des AN auch nachträglich geändert werden.

Es wird insbesondere darauf hingewiesen, dass neben der Erstellung des Pflichtenheftes auch andere Unterlagen im Rahmen der Werk- und Montageplanung zu erstellen sind. Diese Unterlagen bauen auf die vom Bauherrn (oder dessen Vertreter) zu übergebenen Unterlagen auf und sind ergänzend im Rahmen der Abnahmen aktualisiert vorzulegen, bzw. abzugeben.

- Bei verborgenen eingebauten Teilen ist ein besonderer Hinweis über die genaue Lage und Zugänglichkeit in den Grundrissplänen erforderlich
- Darstellung von Erschließungen in den Außenbereichen, einschl. eingemessene Kabeltrassen oder Schachtanlagen
- Eintragen von Klemmenbezeichnungen bei Schnittstellen zu Verteilern, Fremdanlagen oder Schaltschränken.
- Stromlauf-, Verdrahtungs-, Klemm-, Rangier- bzw.
 Aufbaupläne für alle Verteilungen unter Bezeichnung der Klemmen.
- · Geräteliste unter Angabe von:
 - Physikalische Adresse
 - Gerätebezeichnung / Typ
 - Hersteller
 - Finbauort
 - Gruppenadresse
 - Differenzierung nach Sender/Empfänger
 - Aufgabe/Verwendung
- Eine auf den aktuellen Revisionsstand gebrachte Funktionsbeschreibung bzw. Pflichtenheft
- Gerätebeschreibungen (Fabrikat, Typ, Bezugsmöglichkeit) sowie Beipackzettel, Gerätelisten, Stücklisten, Meß- und Prüfprotokolle.

16.3 Komponentendokumentation und Betriebsmittelkennzeichnung

Die grundsätzliche Notwendigkeit zur durchgängigen Dokumentation aller relevanten Informationen und Daten aus der Planung und der Errichtung sind Insbesondere aus Sicht eines nachhaltigen Betriebs und der Sicherstellung der Betreiberverantwortung des Bauherrn von entscheidender Bedeutung.

Daher ist eine in jeder Hinsicht eine lückenlose Dokumentation anzustreben. Eine lückenlose Dokumentation erleichtert es, Verantwortungsbereiche festzulegen, Schäden zu vermeiden und Risiken zu beherrschen. Zudem verhindert sie die kostenintensive Mehrfachdatenerfassung, insbesondere bei Umbauten, Erweiterungen oder Sanierungen.

Die ETS (Engineering Tool Software) stellt dabei die zentrale und umfassende Projektierungs- und Dokumentationsumgebung dar. In der ETS sind grundsätzlich in den Eigenschaften alle Beschreibungen eindeutig und unverkennbar zu hinterlegen. Auch nach Verlust von Busteilnehmern muss eindeutig nachvollziehbar sein:



- Wie ist die eindeutige Kennzeichnung des Bauteils (AKS)
- · Welche Aufgabe hat der Teilnehmer
- · Wo ist der Teilnehmer verortet

Aus diesen Gründen sind alle Komponenten im KNX-Netz eindeutig und unter Bezugnahme auf topologische Rahmenbedingungen gemäß den nachfolgend beschriebenen Vorgaben zu dokumentieren.

16.3.1 Physikalische Adressierung / Bereichs- und Linienadressen

In KNX Projekten ist die Realisierung von bis zu 15 Bereiche möglich. Pro Bereich können wiederum bis zu 16 Linien (15 Linien und eine Hauptlinie) realisiert werden.

Im Rahmen der Planung sind die Bereiche und Linien mit der Region Hannover festzulegen. Die Bezeichnung von Teilnehmern erfolgt demnach nach

Bereich. Linie.Teilnehmer: xx.xx.xx

• Bereich (max. 15)

Linie (max. 15 + 1 x Hautlinie)

Teilnehmer (max. 255)

Im Projekt sind maximal 50 Teilnehmer / Linie zu projektieren. Sollte die Anzahl an Teilnehmer die v.g. Teilnehmeranzahl überschreiten ist eine zweite Linie zu öffnen.

I. Liegenschaftsspezifische Festlegungen zur Bereichen und Linien

Bei der Region Hannover bestehen Festlegungen zur Vergabe von Bereichs- und Linienbezeichnungen. Nachfolgend werden, wie zuvor bereits beschrieben, projektspezifische Rahmenbedingungen anhand des Hauptverwaltungsgebäudes "Hildesheimer Straße 20 – in Hannover" erläutert.

a. Verwaltungsstandort Hildesheimer Straße 20

Für den Standort Hildesheimer Straße 20 der Region Hannover sind die Bereiche nach Bauteilen geordnet. Linien werden zur Zuordnung von Etagen verwendet. Je nach Linienauslastung können auch mehrere Linien in einer Etage vorhanden sind. Entsprechende Zonierungen sind vorzusehen. Die Teilnehmeradressen werden im Rahmen der Werk- und Montageplanung der ausführenden Firma vergeben. Folgende Vorgaben sind einzuhalten:

Bereiche (max. 15)

Bauteilangabe	Bereichszuordnung
Bauteil 1	Bereich 1
Bauteil 2	Bereich 2
Bauteil 3	Bereich 3
Bauteil 4	Bereich 4
Bauteil 5	Bereich 5
Bauteil 6	Bereich 6
Bauteil 1a	Bereich 7
Bauteil 4a	Bereich 8
Altbau A	Bereich 9
Altbau B	Bereich 10
Altbau C	Bereich 11
Casino 1.BA	Bereich 12 (ETS muss noch geprüft werden)

Tabelle 111: 101_Physikalische Adresse - Teilnehmerfestlegungen

Linien (max. 15)

Geschossangabe	Linienzuordnung
Untergeschoss	Linien 1+2
Erdgeschoss	Linien 3+4
1. Obergeschoss	Linien 5+6
2. Obergeschoss	Linien 7+8
3. Obergeschoss	Linien 9+10
4. Obergeschoss	Linien 11+12
5. Obergeschoss	Linien 13+14
6. Obergeschoss	Linien 15+16

Tabelle 112: 101_Physikalische Adresse - Teilnehmerfestlegungen

Teilnehmer (max. 200)

Die numerischen Vergaben der Teilnehmeradressierung erfolgen gemäß nachfolgendem Prinzip:

Teilnehmernummer (Bereich	Art
0-1	Linienkoppler / Spannungsversorgung
2-20	Aktoren in der Verteilung
21-120	Sensoren
121-250	Aktoren im Feld
251-255	Besondere Schnittstellen, wie z.B. USB-Schnittstelle

Tabelle 113: 101 Physikalische Adresse - Teilnehmerfestlegungen

Praxisbeispiel für einen Temperaturfühler im 2.0G des Bauteil 5 in der Hildesheimer Straße 20: **7.4.89**

16.3.2 Gruppenadressen

Es ist grundsätzlich die 3-stufige Gruppenadressstruktur zu verwenden.

Hauptgruppe
 Die Hauptadresse ist f
 ür die Gewerkezuordnungen
 zu verwenden.

Hauptgruppennummer	Gewerkezuordnung
0	-
1	Abwasser-, Wasser-, Gasanlagen
2	Wärmeversorgungsanlagen
3	Raumlufttechnische Anlagen
4	Elektrotechnische Anlagen
5	Kommunikations-, sicherheits- und informationstechnische Anlagen
6	Förderanlagen
7	Außenanlagen
8	Nutzungsspezifische und verfah- renstechnische Anlagen
9	Gebäude- und Anlagenautomation
usw. bis31	

Tabelle 114: Gruppenadressen - Hauptgruppendefinition

Mittelgruppennummer	Etagenzuordnung
0	U1
1	EG
2	1. 0G
3	2. 0G
4	3. OG
5	4. OG
6	5. OG
7	6. OG

Tabelle 115: Gruppenadressen - Mittelgruppendefinition

Untergruppe:

Fortlaufende und frei zu vergebene Ziffernfolge von 0-255. Diese kann z.B. für Zonierungen verwendet werden.

Beispiel Bezeichnungslabel der Gruppenadresse in der ETS:

Hauptgruppe 4: Elektrotechnische Anlagen / Licht

Mittelgruppe 3: 2. Obergeschoss

Untergruppe: 14

Somit folgende Darstellung: 4/3/14 (xx xx xx xxx)



16.3.2.1 Beschriftung der Gruppenadresse/Bezeichnungslabel

Die Struktur des Bezeichnungslabels ist nach dem Empfehlungsstandard von www.knx.org aufzubauen und gliedert sich somit in 4 Informationsblöcken.

In der ETS Software ist bei der Beschriftung der Gruppenadressen darauf zu achten, dass am Schluss des Bezeichnungslabels noch aus der Raumbezeichnungskonvention die Blöcke II, III und V in Klammern anzufügen ist.

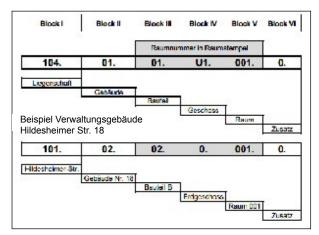


Abbildung 124: Auszug gem. Raumbezeichnungskonvention

Diese Bezeichnungen sind im Rahmen der Werk- und Montageplanung in nachfolgenden Medien zu dokumentieren und sind Bestandteil der Projekt-Abschlussdokumentationsunterlagen (Revisionsunterlagen) des Auftragnehmers:

- Installationsplan
- Elektroschema
- ETS (Engineering Tool Software)

Der Aufbau des Bezeichnungslabels der Gruppenadresse erfolgt im Grunde gem. KNX Association und gliedert sich in 3 Informationsschwerpunkte:

Gewerke- und Funktionslabel

Der erste Informationsschwerpunkt enthält die Abkürzungen für Funktionen und Gewerke. Diese Abkürzungen sind den veröffentlichten Tabellen der KNX Assoziation zu entnehmen und können, nach Rücksprache mit der Projektkoordination der Region Hannover, erweitert werden.

II. Ortsangabe / Orientierung

Der zweite Informationsschwerpunkt bezieht sich auf die Ortsangaben. Zur eindeutigen Identifikation muss jeder Raum nachvollziehbar dokumentiert sein. Diese Festlegungen zur Raumbezeichnungen erfolgen vom projektverantwortlichen Architektenteam, und werden von der Region Hannover freigegeben. und Jeder Raum braucht eine eigene, eindeutige Nummer.

Den weiteren Fachplanern abgestimmt werden. Bei der Verwendung von Raumnummern ist dabei auf die Bedeutung und Aufbau der Raumbezeichnungskonventionen zu achten.

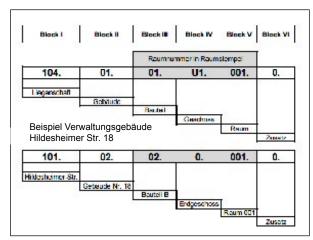


Abbildung 125: Auszug gem. Raumbezeichnungskonvention

Im Rahmen der Erstellung der Werk- und Montageplanungen ist es zwingend erforderlich, dass durch den AN der aktuelle und finale Stand der Raumbezeichnungen und Grundrisse, gegenüber der Projektkoordination der Region Hannover bzw. dem zuständigen Fachplanungsteam, abgefragt wird. Dies hat von Seiten des AN zu erfolgen, bevor mit der Raumnummern- und Grundrissverwendung in der ETS begonnen wird.

III. Fortlaufende Nummer

Der dritte Informationsschwerpunkt innerhalb des Bezeichnungslabels ist eine fortlaufende Nummer, die den elektrischen Verbrauchern zugeordnet wird. Diese Nummer beginnt in jedem Raum mit 01und wird pro Gewerk wieder mit 01 beginnen. Alternativ darf sie auch gewerkeübergreifend pro Raum fortgeführt werden.

Beispiel Bezeichnungslabel der Gruppenadresse für die Funktion:

Licht dimmbar: LD Gebäudenummer: 01 Bauteil: 01 Raumnummer: 045

Somit folgende Darstellung: ... (LD 01.01.045 02)

Die Gesamte Darstellung wäre demzufolge aus Gruppenadresse und Bezeichnungslabel:

Hauptgruppe 4: Elektrische Anlagen / Licht

Mittelgruppe 3: 2. Obergeschoss

Untergruppe: 14

Licht dimmbar: LD
Gebäudenummer: 01
Bauteil: 01
Raumnummer: 045
Verbraucher: 02

Somit folgende Darstellung: 4/3/14 (LD_01.01.045_02)

16.4 Bauteil- und Komponentenqualitäten 16.4.1 Allgemein

Es sind ausschließlich Produkte im KNX-System zu verwenden, welche mit dem KNX-Zeichen gekennzeichnet sind. Ziel ist die Verwendung von Bauprodukten, welche einen Konformitätstest durchlaufen haben, der von einem durch KNX zertifizierten Testlabor ausgeführt wurde

16.4.2 Übertragungsmedium / Kabel

Zum Aufbau der Busnetzes sind ausschließlich grünfarbige und halogenfreie KNX-Buskabel (z.B. J-H(ST)Hh oder HCHM 2x2x0,8) mit einem Aufdruck KNX vorzusehen.

In Ausnahmefällen kann nach Rücksprache mit der Projektkoordination der Region Hannover auch das Funksystem EnOcean verwendet werden (z.B. bei der Montage von Lichtschaltern auf Glaselement an Raumtrennwänden oder der Umsetzung von Open Space-Landschaften).

Alle Leitungsenden der Bereichs- und Hauptlinien sind dauerhaft mit Kennzeichnungsschildern unter Angabe des Bereichs und der Linie zu kennzeichnen. Beispiel: knx-xx.xx (Bereich und Linie). Zur Beschriftung sind Kabelmarkierungen mittels Kabelmarkierer aus Kunststoff, bestehend aus Trägereinheit für mehrzeilige Beschriftung sowie Kabelbinder zur Befestigung am Kabel, vorzusehen.

Bei der Verwendung von Patchkabeln zur Einbindung von KNX-Netzwerkkomponenten sind grünfarbige Patchkabel zu verwenden.

Abzweigdosen, Klemmverteiler sind im Beschriftungskonzept zu berücksichtigen. Beschriftungen sind dabei direkt neben dem Bauteil auf der Wand oder an der Decke vorzusehen (verlierbare Deckel).

Verteilungen sind grundsätzlich nach den Beschriftungsvorgaben/Schlüssel "Aufbau Adressierungsstruktur – ELT" zu beschriften.

16.4.3 Visualisierungseinrichtungen

Bei der Vorsehung von visualisierten Anzeige und Bedienelementen (Panels, Bildschirme etc.) ist auf eine möglichst individuelle Gestaltungsmöglichkeit der anzuzeigenden und zu bedienenden Elemente zu achten. Es muss die Möglichkeit bestehen, die gestalterischen und projektspezifisch individuellen Wünsche der Region Hannover, über einen grafischen Editor (Erstellen von Oberflächen durch eine flexible Menüstruktur, praktische Layouttools und frei definierbare Funktionsvorlagen) umzusetzen.

16.5 Inbetriebnahme, Funktionsprüfung und Einweisung

Zur Durchführung einer Inbetriebnahme und zum Abschluss der Funktionsprüfungen von KNX-Anlagen gehören folgende Teilleistungen, welche von der ausführenden Firma gemäß abgestimmten Pflichtenheft abgearbeitet werden müssen:

- · Inbetriebnahme aller Anlagenteile und Schnittstellen
- Parametrierung der Anlage und aller darin enthaltenen Komponenten
- Durchführung eines 1:1 Datenpunkt- und Funktionstests der Anlagen. Ein alleiniges Prüfen der Schnittstellen ist nicht ausreichend. Hinweis: Nur ein vollständig ausgeführter und protokollierter Funktionstest ist Grundvoraussetzung für eine Abnahme.
- Schnittstellen zu anderen Systemen (Gateways, Koppler etc.) sind 1:1 immer zu testen und zu dokumentieren. Dies muss insbesondere erfolgen, wenn an der Schnittstelle eine durch den AG dritte Person/ Firma beteiligt/beauftragt wurde.
- Bei Verwendung von Raumtemperatursensoren, CO2-Sensoren, bzw. bei der allgemeinen Verwendung von Messfühlern, sind diese mit dem Istwert abzugleichen (ggf. Offset durchführen wie Kostengruppe 480 (Gebäudeautomation) gem. DIN 276).

Vor der Einweisung, Schulung oder Abnahme hat vom AN ein Funktionstest und elektrotechnische Prüfung aller Anlagen zu erfolgen. Hierzu gehören insbesondere:

- · Besichtigung der Anlage hinsichtlich:
 - Anschlüsse und Verdrahtung
 - einwandfreier Zugänglichkeit für Wartung, Bedienung und Auswechselarbeiten von Tableaus, Schaltern, Aktoren, Geräten und sonstigen Anlagenteilen

- Prüfung des ordnungsgemäßen Betriebs und Funktionsprüfungen,
- Protokollierung und Dokumentation

Die Organisation, Durchführung und Dokumentation von Einweisungen erfolgt gem. Kapitel "Aufgaben für Dokumentation, Übergabe und Wartung", insbesondere Unterkapitel "Unterweisungen und Einweisungen". Im Rahmen der Einweisungen sind auch die Anlagen-Kurzanleitungen zu erläutern. Diese Kurzbedienungsanleitungen haben die wichtigsten Bedienschritte, Abläufe, Einrichtungsparameter und z.B. Bildschirmbedienungenund Aufbauten zu erläutern.

16.6 Abnahme und Anlagendokumentationsumfänge

Die Umfänge der Anlagendokumentation sind grundsätzlich gem. Kapitel "Aufgaben für Dokumentation, Übergabe und Wartung" umzusetzen. Auf die Einhaltung und Anwendung der BHKS-Regel 2.001 wird ausdrücklich hingewiesen. Gleiches gilt für die Leistungsumfänge der Abnahmeleistungen, welche gem. Kapitel "Aufgaben für Inbetriebnahme, Funktionsprüfung und Abnahme" zu berücksichtigen sind. Insbesondere wird noch einmal auf folgende Dokumentationsschwerpunkte hingewiesen:

- In allen Schaltschränken und Verteilern sind aktuelle Verteiler- und Klemmenpläne (ohne handschriftliche Eintragungen) zu hinterlegen. Hierzu sind an geeigneter Stelle Plantaschen zu montieren.
- Die Gerätelisten sind zu aktualisieren.
- Ergänzend sind zur Abnahme im Rahmen der Übergabe der Anlagendokumentationen die finalen Programmstände der ETS zu übergeben. Die zu berücksichtigenden Inhalte der ETS wurde in den Kapiteln zuvor beschrieben.
- · Aktualisierung der Schemata und Grundrisse
- Übergabe der Anlagenkurzanleitungen für Tableaus bzw. Raumbedienfunktionen (Sonnensschutzfunktionen, Lichtscenen, Dimmfunktionen etc.)

Bei den Dokumentationsumfängen ist darauf zu achten, dass:

- Software Plugins von Drittanbietern
- Schnittstelle zur ETS (z.B. Firmen-Plugin der Fa. BuschJaeger, Jung etc.)

auch benannt und zur Verfügung gestellt werden.



Anhang E - Muster Nutzerhandbuch

NUTZERHANDBUCH





FÖRDERZENTRUM AUF DER BULT

Inhaltsverzeichnis

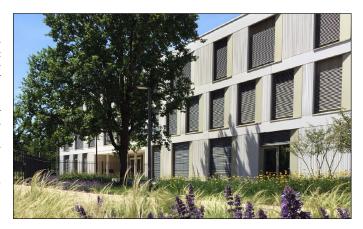
Einleitung	Seite 3
Grußworte	Seite 4 - 5
Architektur	Seite 6
Orientierung	Seite 7 - 9
Energiekonzept	Seite 10
Klassenraum Differenzierungsraum	Seite 12
Sonnenschutz	Seite 14
Beleuchtung	Seite 15
Wichtige Hinweise	Seite 16
Hausordnung	Seite 17
Außenanlage	Seite 18
Wichtige Daten Ansprechpartner	Seite 19
Impressum	Seite 20



Liebe Nutzerinnen und Nutzer,

Ihr neues Schulgebäude bietet beste Voraussetzungen für einen hohen Komfort und ist gleichzeitig besonders energieeffizient konzipiert worden. Damit diese beiden Ziele in der Praxis erreicht werden, stellen wir Ihnen in dieser Broschüre die wichtigsten Funktionen Ihres Gebäudes vor. Sie enthält neben einer Beschreibung der Technik auch einige nützliche Hinweise, wie Sie selbst den Komfort an Ihrem Arbeitsplatz positiv beeinflussen können.

Wir wünschen Ihnen viel Freude in Ihrem neuen Förderzentrum auf der Bult.



3

Grußwort - Region Hannover



Liebe Leserinnen und Leser,

ich heiße Sie herzlich willkommen im Förderzentrum auf der Bult!

Was lange währt, wird endlich gut, sagt ein Sprichwort. Die Region Hannover hat in den vergangenen Jahren viel Zeit, Arbeit und Geld in die Neugestaltung des Förderzentrums auf der Bult investiert, und ich finde: Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Auf der Bult ist eine moderne Lernwelt entstanden, die den Schülerinnen und Schülern ganz neue Möglichkeit eröffnet: Hell und offen sind die Räume und zugleich sicher und geschützt. Hier ist Platz zum Lehren und Lernen, aber auch Spielraum für die Entdeckung der eigenen Fähigkeiten und – ganz wichtig in der persönlichen Entwicklung – für die Entfaltung der Phantasie.

Welche Architektur das Gebäude hat, wie Sie sich im Hause orientieren können, welche energetischen und technischen Eigenschaften das Gebäude hat, und wie die Räume ausgestattet sind, darüber können Sie sich auf den folgenden Seiten dieses Nutzerhandbuches umfassend informieren.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

Marke Jagau Regionspräsident

4



Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

mit diesem neuen Schulhaus wurde ein großzügiger, hochmoderner Lern-, Lebens- und Arbeitsraum geschaffen, der sich an den Bedürfnissen der uns anvertrauten Kinder und Jugendlichen orientiert. Durch seine positive Atmosphäre werden unsere Arbeit und der Erfolg dieser unterstützt. Uns begegnet anspruchsvolle, gelungene Architektur im Zusammenhang mit hoher Funktionalität. Diese steht im Einklang mit einem sehr förderlichen, pädagogischen Handlungs- und Gestaltungsspielraum.

Unsere Schülerinnen und Schüler finden freundlich helle Räume, offene Bereiche und begrünte Innenhöfe vor, die das "ZUSAMMEN LEBEN LERNEN" erleichtern und in denen sie sich wohl und sicher fühlen können. Dieser neue, identitätsstiftende Lernbereich begünstigt sowohl die Lernmotivation als auch das soziale Miteinander.

Die Verantwortung und Wertschätzung unseres Schulträgers, der Region Hannover, ihrer Schule auf der Bult gegenüber wird durch dieses Gebäude und dessen gut durchdachtes Gesamtkonzept deutlich. Vielfältige Anregungen und Wünsche des Kollegiums wurden wohlwollend aufgenommen und im neuen Schulgebäude umgesetzt.

Ihre Kathrin Nippold Förderschulrektorin

5

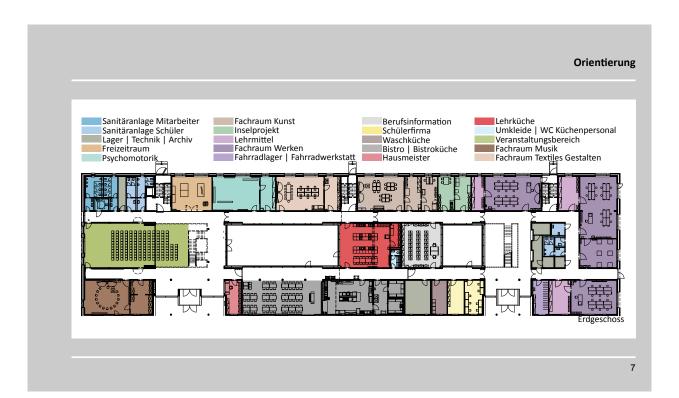
Architektur

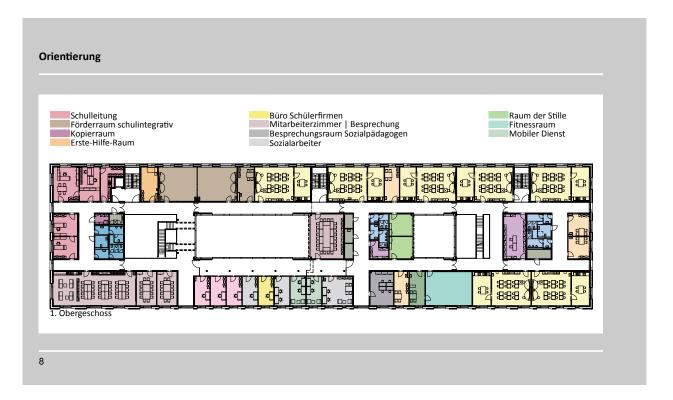


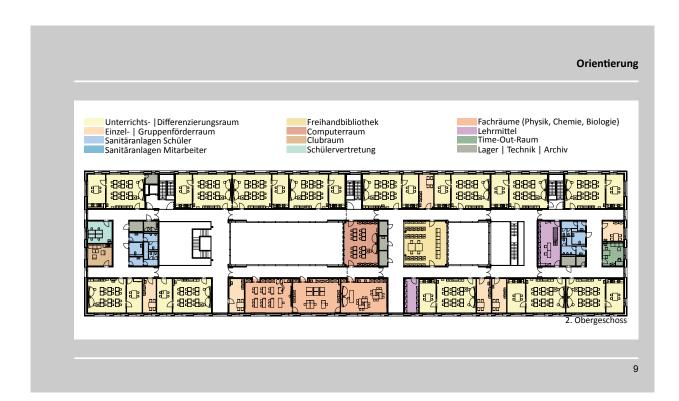
Das Schulensemble versteht sich als eigenständiger und selbstbewusster Einzelkörper im städtebaulich-landschaftlichen und gesellschaftlichen Kontext. Dabei sorgt die Übersichtlichkeit der vielfach verwobenen und markant gegliederten Raumstruktur für eine einfache und gute Orientierung.

Gesetzte Raumeinheiten schaffen Geborgenheit und erzeugen Zuverlässigkeit. Ganzheit und Einzelförderung, Gesellschaft und Individuum, Natur und Mensch werden räumlich thematisiert und lassen Spielraum zur Entdeckung eigener Fantasiewelten. Natur und Landschaft werden in das Gebäude integriert - Architektur mit einer "grünen Seele" (harte Schale, weicher Kern) wird als pädagogisches Konzept verstanden: nach außen kraftvoll gefügt und verbindlich, im Inneren präzise Leichtigkeit. Das gemeinsame Haus – "unsere Schule" – vermittelt durch architektonische Mittel Klarheit und Orientierung. Das Haus als Vorbild, eine Lernwelt mit Identität.

ahrens grabenhorst architekten BDA





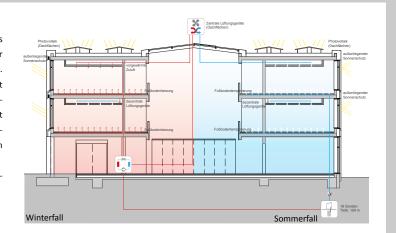


Energiekonzept

Gebäude

Das Förderzentrum auf der Bult ist als energieeffizientes Gebäude mit einer hochwärmegedämmten Hülle geplant. Die großformatigen Fensterflächen mit einem hochdämmenden Sonnenschutzglas und außenliegenden, verdeckt montierten Raffstores sorgen im gesamten Neubau für Behaglichkeit und einen geringen Energiebedarf.

Mit diesem Konzept erreicht das Gebäude den Passivhausstandard.



10

Technik

Die Wärmeerzeugung erfolgt für den Neubau über eine elektrische Sole-Wasser-Wärmepumpe mit 18 angeschlossenen Erdsonden.

Alle zu beheizenden Räume werden über eine Fußbodenheizung versorgt. In den Mitarbeiterräumen besteht die Möglichkeit die Temperatur um 3°C zu verändern.

In den Sommermonaten wird die Erwärmung des Gebäudes durch die Nutzung der niedrigeren Erdreichtemperatur abgemildert.

Auf dem Dach des Gebäudes befinden sich zwei zentrale Lüftungsgeräte, die neben den Büroräumen, die Aula, Sanitäranlagen, das Bistro und die Lehrküche versorgen.

Alle Klassenräume werden mit Lüftungsanlagen belüftet, um die für Bildungsbauten in besonderem Maße relevante Raumluftqualität sicherstellen zu können. Alle Lüftungsanlagen sind hocheffizient und können die Wärme aus der Raumluft weitestgehend zurückgewinnen

Alle außenliegenden Räume können

zusätzlich über die Fenster gelüftet wer-

Weitere Informationen zur Lüftung dieser Bereiche finden Sie auf den Seiten

Das Dach des Gebäudes ist mit Photovoltaikmodulen belegt, die das Gebäude neben der regulären Stromanbindung ans öffentliche Stromnetz mit Strom versorgen.

11

Klassenraum | Differenzierungsraum

Allgemein

In jedem Differenzierungsraum befindet sich ein Telefon und eine Küche. Der Strom für die Küche lässt sich über einen Schlüsselschalter aktivieren. Deaktiviert wird dieser bei Betätigung des Notausschalters. Bei Stromaktivierung leuchtet der Schalter - der Schlüssel kann abgezogen werden.

Nach der letzten Schulstunde werden die Stühle in die Schienen unter den Tischen geschoben, um den Reinigungskräften die Arbeit zu erleichtern.



Lüften

Die dezentrale Lüftungsanlage ist in der abgehängten Decke in den Differenzierungsräumen platziert und versorgt diesen und den angrenzenden Klassenraum durch Auslässe in der Decke mit frischer Außenluft.

Beim Betreten des Raumes aktiviert sich die Anlage automatisch. Über eine blaue Leuchte am Lüftungstaster wird der Betrieb angezeigt.

Ob es energetisch sinnvoller ist stattdessen per Fenster zu lüften, zeigt die Lüftungsampel an.

Gelb:

Lüftungsanlage läuft automatisch, Fenster bitte geschlossen halten.

Grün

Lüftungsanlage bleibt aus, bitte über die Fenster lüften. Manuelle Aktivierung per Taster dennoch möglich.

Hinweis

Alle Fenster sind nach Verlassen des Raumes wieder zu schließen, um eine Auskühlung / Aufheizung des Raumes zu vermeiden. Bitte beachten Sie, dass das Gebäude an kalten Tagen bei dauerhafter Fensterlüftung schnell auskühlt.



Raumtemperatur

Das Gebäude wird im Winter über den Fußboden automatisch und gleichmäßig geheizt und im Sommer vor starker Erwärmung bewahrt.

Hinweis

Wenn Sie in den Räumen, die über kein Raumthermosthat neben der Tür verfügen, Temperaturanpassungen wünschen, dann kontaktieren Sie bitte den Hausmeister.

13

Sonnenschutz



An drei der vier Fassaden sind außenliegende, verdeckt montierte Raffstores eingebaut. An der Nordwest-Fassade ist aufgrund der Ausrichtung und dem vorhandenen Baumbestand kein zusätzlicher Sonnenschutz installiert.

Der außenliegende Sonnenschutz wird teilweise automatisch aktiviert oder deaktiviert. Er ist ansonsten in jedem Raum per Taster manuell den Bedingungen anzupassen (siehe Foto rechts). Ein kurzes Tasten verändert den Lamellenwinkel und ein langes die Position.



Hinweis

Um den Sonnenschutz vor Schäden durch Wind und Vereisung zu bewahren, ist er bei Wind und niedrigen Temperaturen (< 1 $^{\circ}$ C) nicht verfügbar.

Die tageslichtabhängige LED-Beleuchtung wird automatisch per Präsenzmelder ein- und ausgeschaltet. Die Automatik kann mit zwei Tastern zeitweise übersteuert werden.



Die Beleuchtung in den innenliegenden Räumen wird ebenfalls präsenzabhängig geschaltet. In den Sanitäranlagen besteht zusätzlich die Möglichkeit das Licht akustisch zu aktivieren.



15

Wichtige Hinweise

Fachräume

Zum Schutz vor unsachgemäßen Gebrauch muss der Strom in einigen Fachräumen über einen Schlüsselschaler aktiviert werden. Der Schlüssel kann dann wieder abgezogen werden. Die Deaktivierung erfolgt über den Notausschalter.

Bistro | Lehrküche

Die Türen sollten wegen Lärm- und Geruchsbelästigung immer verschlossen sein.

Barrierefreiheit

Die Flurtüren dürfen nicht geschlossen werden. Für den Aufzug und die Behinderten-WC's können beim Hausmeister oder im Sekretariat Schlüssel angefordert werden.

Mülltrennung

Im gesamten Gebäude wird der Müll gemäß der verfügbaren Trennmöglichkeiten sortiert.

Sicherheit

In den Klassen- und Fachräumen befinden sich Amokschalter. Bei einer möglichen Gefährdung befolgen Sie bitte die folgenden Anweisungen:

- 1. Türen verschließen
- 2. Amokschalter betätigen
- 3. Polizei (110) anrufen
- 4. Ruhe bewahren
- 5. Weitere Informationen abwarten

Die Betätigung des Amokschalters löst eine Lautsprecherdurchsage aus. Bitte schließen sie sich unverzüglich mit den Schülern ein und warten Sie auf weitere Informationen.

Bei weiteren Fragen zum Sicherheitskonzept wenden sie sich bitte an den Sicherheitsbeauftragten des Förderzentrums.



Wichtige Hinweise

Es ist verboten in Wände, Decken und Böden zu bohren, da die dahinterliegende Technik beschädigt werden kann.

Das Verhängen oder Bekleben von Glaswänden ist gemäß Brandschutzverordnung untersagt.

Das Gebäude folgt einem einheitlichen Farb- und Gestaltungskonzept: Eigenständige Anstriche und Beklebungen sind verboten.

Bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte an den Hausmeister.

Am Arbeitsende sind unbedingt alle Fenster zu schließen.



© ahrens & grabenhorst architekten stadtplaner BDA

17

Außenanlage

Das 18.400 m² große Außengelände bietet Ihnen und den SchülerInnen viele verschiedene Sport- und Spielmöglichkeiten: Kletterskulptur, Schaukeln, Tischtennisplatten, Sportplatz (nordöstlich). Außerdem können Sie den Werkhof für Lehrzwecke nutzen. Der Schulhof ist umzäunt und über den Haupteingang im westlichen Teil, vom Parkplatz im Osten und vom Bischofsholer Damm im Nordosten begehbar. Die Schließzeiten der Tore richten sich nach den regulären Schulschließzeiten.

Auf dem Gelände befinden sich PKWund Fahrradstellplätze und zusätzlich ein überdachter Fahrradunterstand.



Planstand vom Außengelände (Umsetzung teilweise abweichend)

Wichtige Daten | Ansprechpartner



Förderzentrum auf der Bult

Janusz-Korczak-Allee 7 30173 Hannover Telefon: 0511-475303-11

Telefax: 0511-475303-12 E-Mail:

info@iservbult.de foes-bult@region-hannover.de

Webseite: www.schule-auf-der-bult.de

Ansprechpartner

Tel.: 0511-475303-27 Hausmeister Sekretariat Tel.: 0511-475303-11

19

Impressum

Bauherr Region Hannover - Fachbereich Schulen

Projektkoordination Region Hannover - Service Gebäude

Architektur

ahrens & grabenhorst architekten stadtplaner BDA www.ahrensgrabenhorst.de

Landschaftsarchitektur nsp Landschaftsarchitekten Stadtplaner BDLA www.nsp-la.de

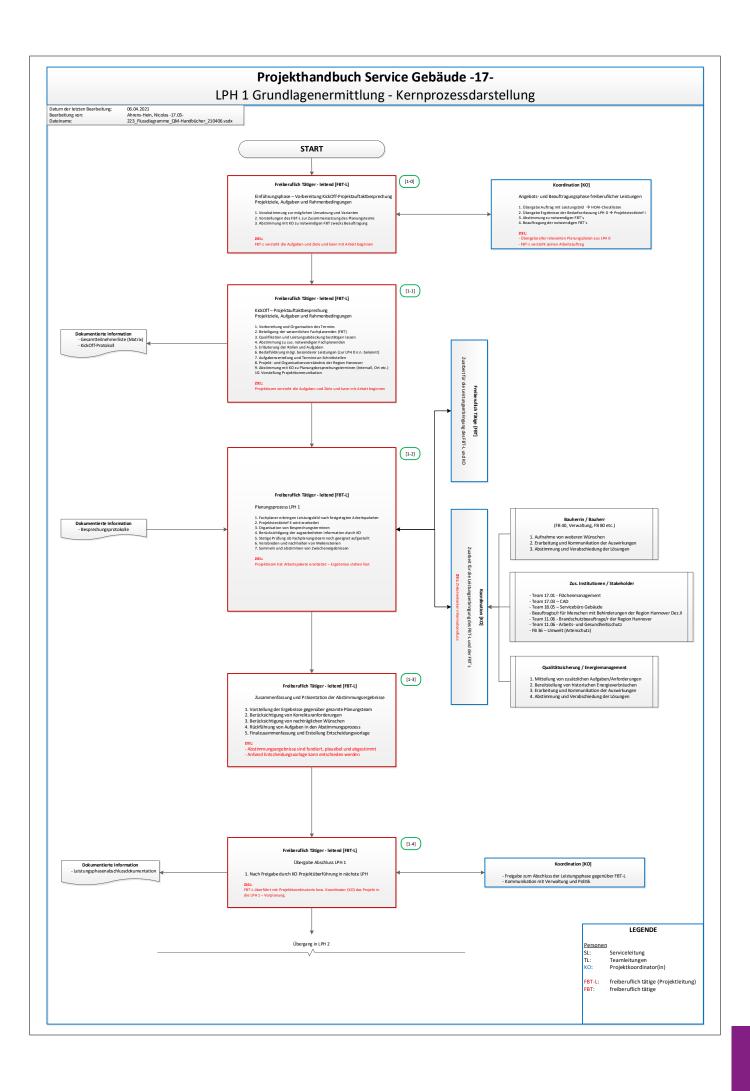
Elektroplanung Taube + Goerz GmbH Ingenieurbüro VDE VDI www.taube-goerz.de

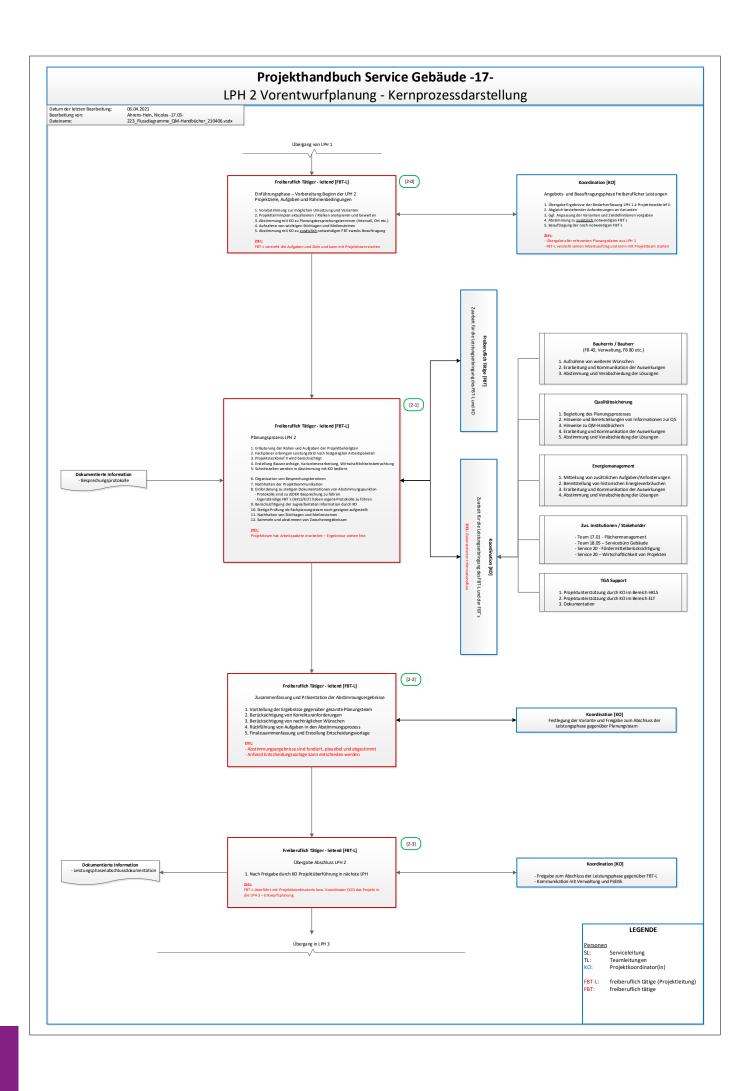
Planung HLS + MSR GMW Ingenieurbüro GmbH www.g-m-w.eu

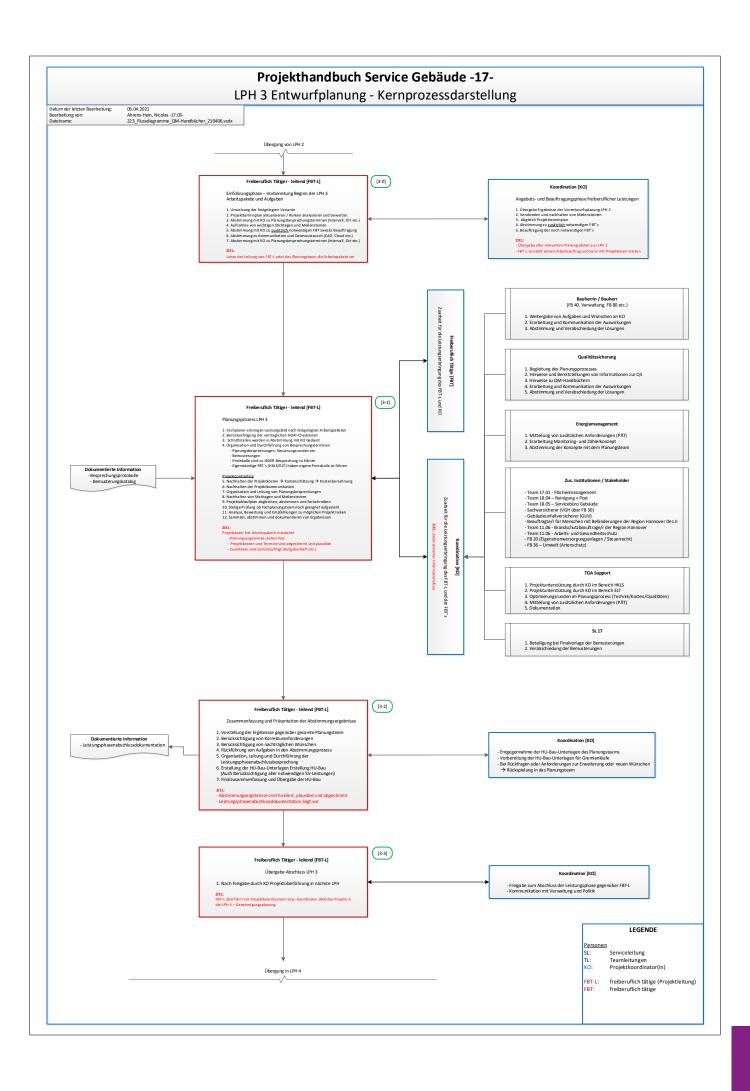
Qualitätssicherung | Nutzerhandbuch energydesign braunschweig GmbH www.energydesign-bs.de

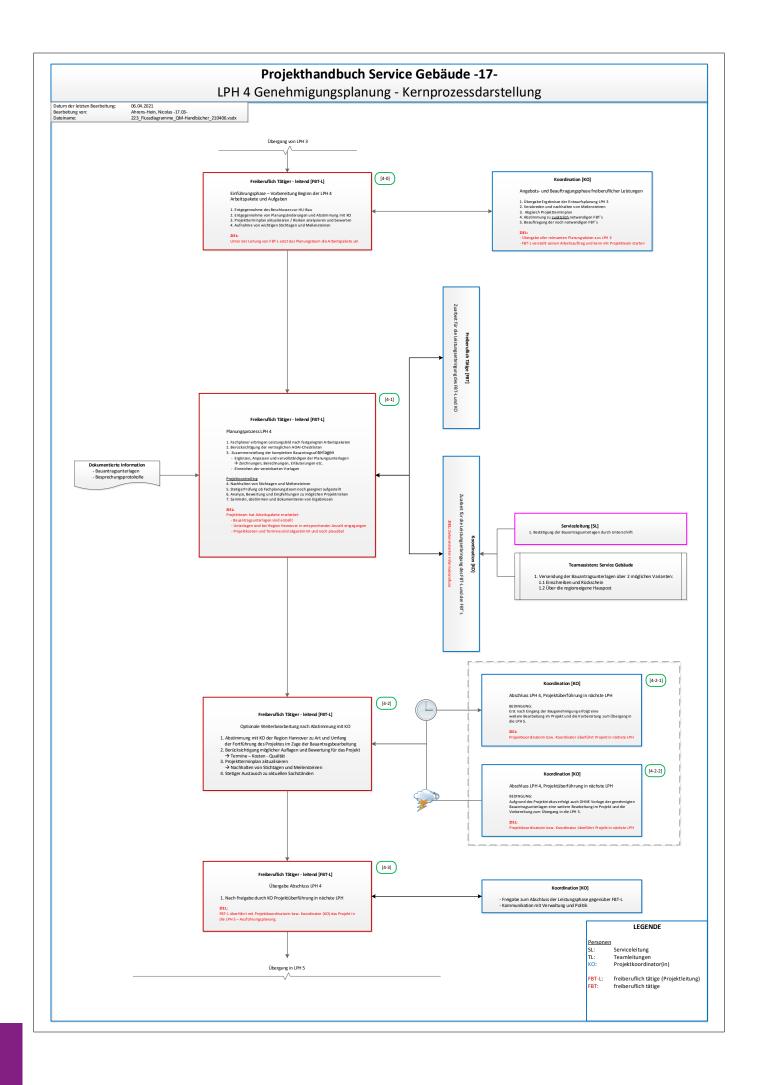
Projektförderung proKlima

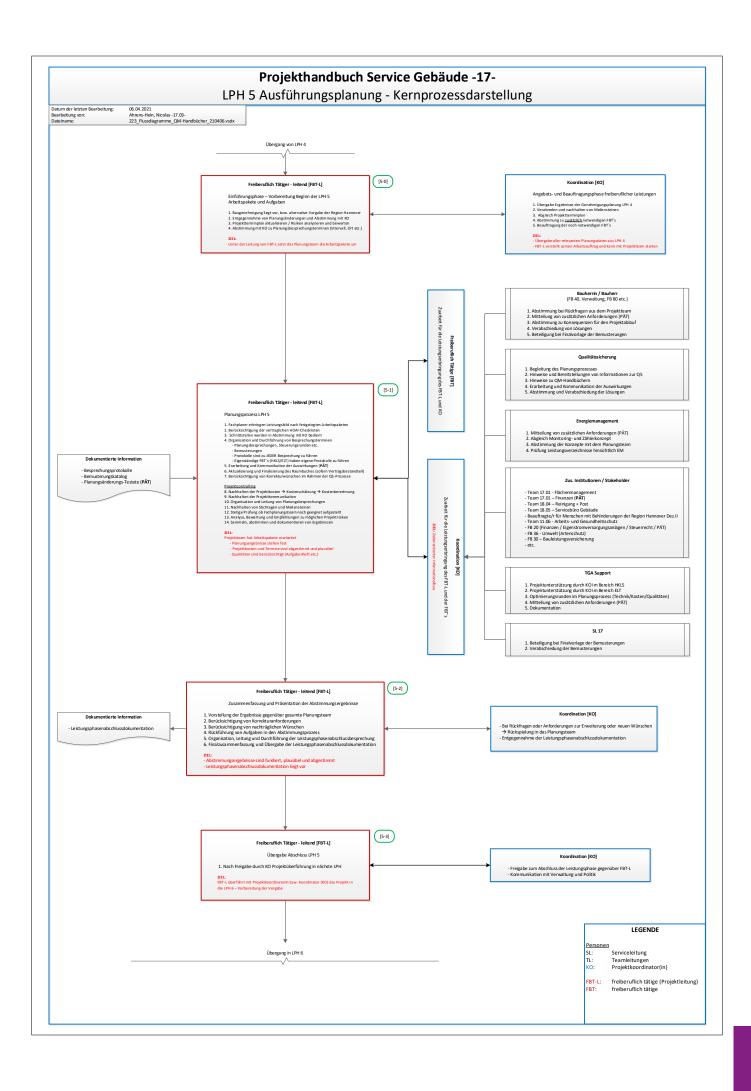
Anhang F - Prozessabläufe der Leistungsphase 0-9

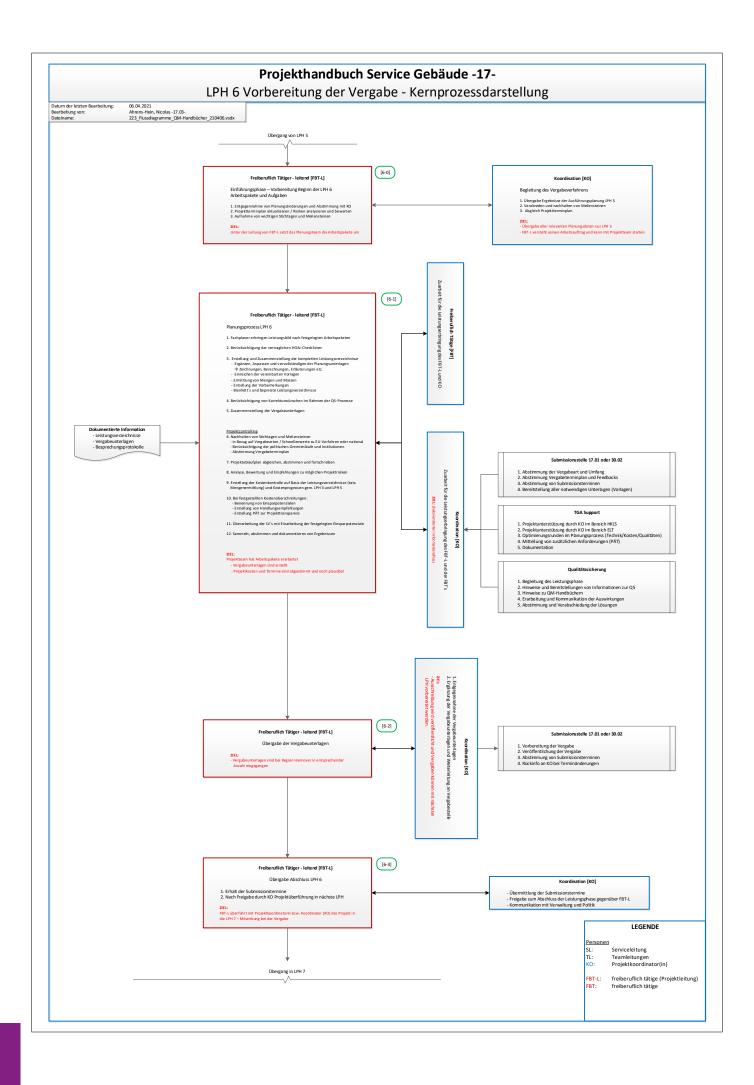


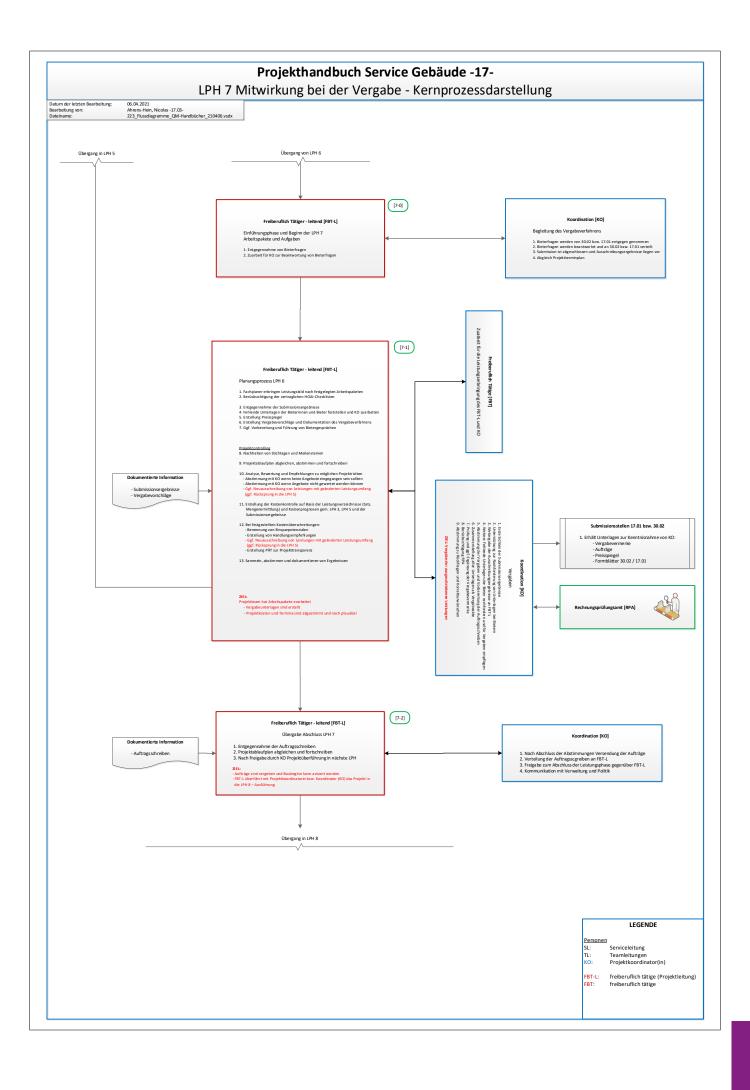


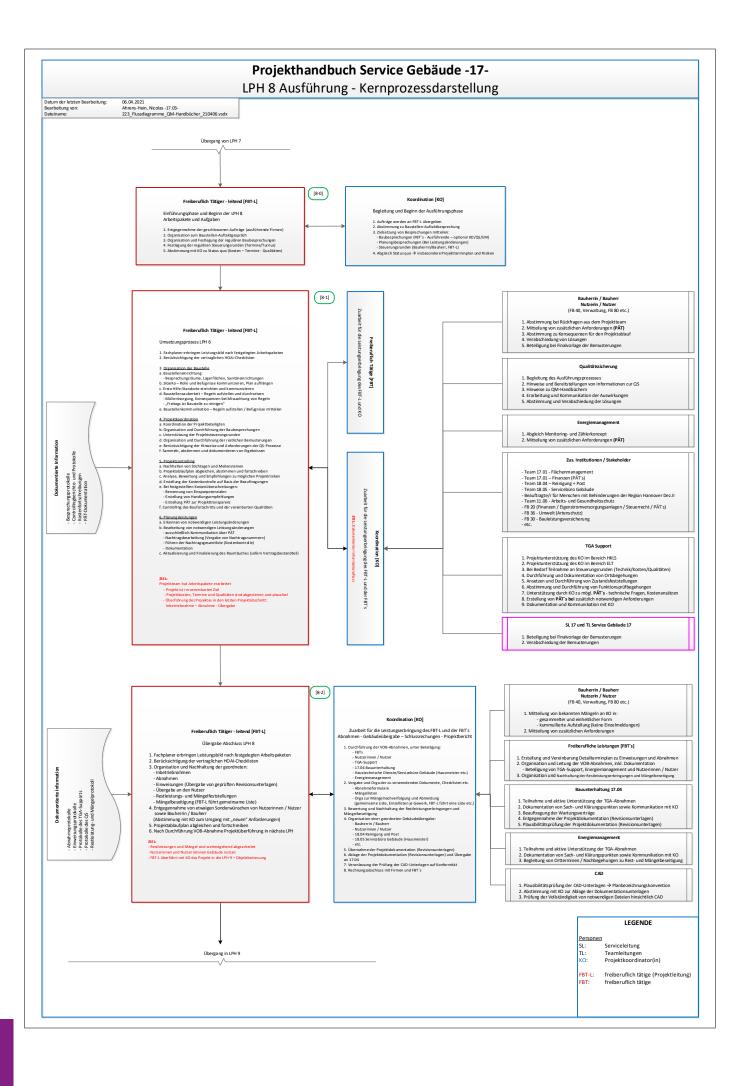


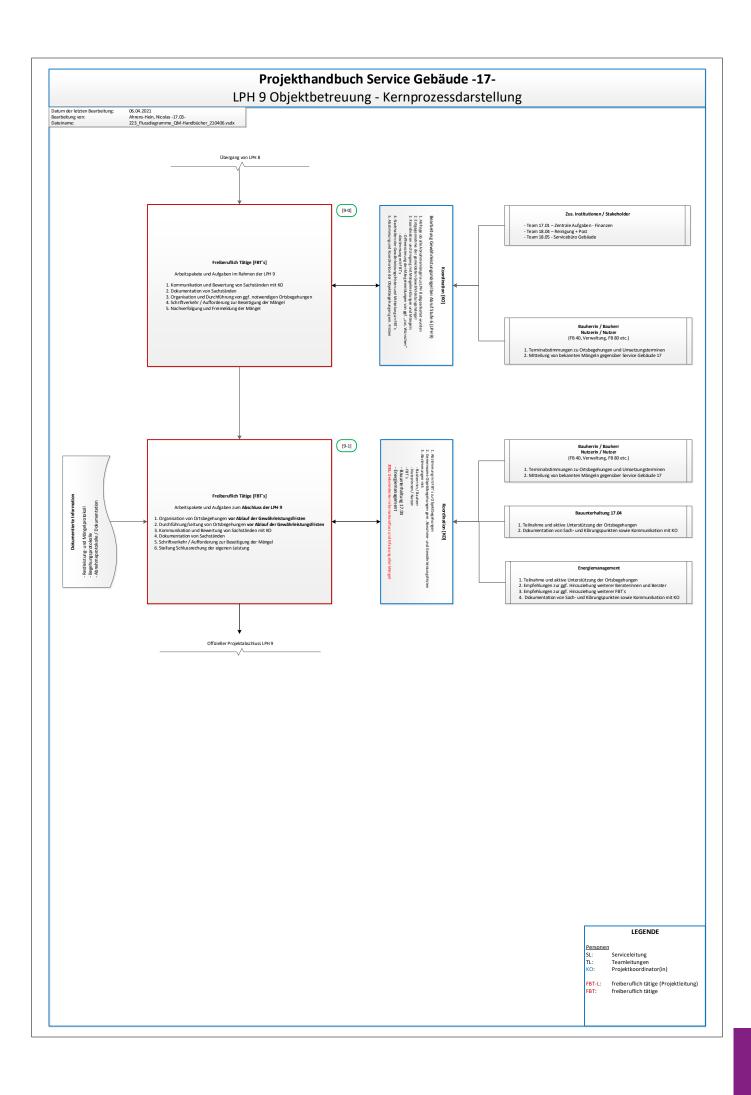














IMPRESSUM

Der Regionspräsident

Region Hannover Service Gebäude Hildesheimer Straße 20 30169 Hannover

Redaktion

Region Hannover, Team Bau und Technik Region Hannover, Team Bauunterhaltung Annette Malkus-Butz Thomas Vormeier

Facharbeitsgruppenmitglieder (alphabetische Reihenfolge): Angelika Schmale, Marco Brückmann, Michael Rohrig, Nicolas Ahrens-Hein, Ralf Krumrich, Lars Symansky, Olaf Platte, Sabina Ackmann-Greulich, Uwe Hammer, Uwe Helmedach

Fachliche Leitung der Facharbeitsgruppe

Region Hannover, Qualitätsmanagement Team Bau und Technik, Nicolas Ahrens-Hein

Fachliche Unterstützung zum Kapitel 15 - Barrierefreies Bauen: ips Architekten + Stadtplaner Fachplaner Barrierefreies Bauen Meppener Straße 67 49808 Lingen (Ems)

Gestaltung

Region Hannover, Team Medienservice

Fotos

Titel, stock.adobe.com - ©vectorcreator

Druck

Region Hannover, Team Medienservice

Version / Stand

V3.0 / 17.03 / Dokument 221/210709

Internet

www.hannover.de/bautech